

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

01 | 2021 30. Jg.

Feministisch Wissen schaffen

FUCHS. GRAF FEMINISTISCH WISSEN SCHAFFEN CRESS
FEMINISTISCHE SITUATIONSANALYSE HALLER STEUERUNGSSTRATEGIEN
IM MEHREBENENDESIGN CONRADS GESCHLECHT, SUBJEKT UND
MACHT FETZ. KORAK KÖNNEN MÄNNER FEMINISTISCHES WISSEN
PRODUZIEREN? SANDER PRODUCING KNOWLEDGE WITH CARE MALIK.
WINTERSTELLER. WÖHRER EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNGEN UND
FEMINISTISCHE FORSCHUNGSPRAXIS



Verlag Barbara Budrich

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

Herausgeberin Femina Politica

Redaktion: Agnes Blome, Jana Günther (Heftverantwortung); Gesine Fuchs, Patricia Graf (Schwerpunkt); Brigitte Bargetz, Magdalena Freudenschuss (Forum); Gabriele Abels, Gabriele Wilde (Tagespolitik); Petra Ahrens, Julia Lepperhoff (Lehre und Forschung); Eva-Maria Hinterhuber, Gundula Ludwig (Rezensionen); Antonia Kupfer, Christine Löw, Alexandra Scheele, Silke Schneider.

Wissenschaftlicher Beirat: Sabine Berghahn (Freie Universität Berlin), Nikita Dhawan (Universität Gießen), Antke Engel (iQI Institut für Queer Theory Berlin), Nancy Fraser (New School of Social Research, New York, USA), Cilja Harders (FU Berlin), Annette Henninger (Universität Marburg), Brigitte Kerchner (FU Berlin), Sabine Lang (University of Washington, Seattle, USA), Andrea Maihofer (Universität Basel, Schweiz), Joyce M. Mushaben (University of Missouri-St. Louis, USA), Birgit Sauer (Universität Wien, Österreich), Angelika von Wahl (Lafayette College, Easton/PA, USA), Ingrid Wehr (Heinrich-Böll-Stiftung, Santiago de Chile, Chile)

Ansprechpersonen im Verlag:

sarah.roegl@budrich.de (Projektbetreuung, Herstellung)

christian.gottlebe@budrich.de (Marketing, Anzeigen)

josef.esser@budrich.de (Vertrieb, Abos)

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare

Sitz der Redaktion: Berlin

Postanschrift:

Femina Politica

c/o Universität Tübingen

Institut für Politikwissenschaft

Melanchthonstr. 36

72074 Tübingen

redaktion@femina-politica.de

www.femina-politica.de

Bestellungen

Verlag Barbara Budrich GmbH

Stauffenbergstr. 7

D-51379 Leverkusen

Tel.: +49 (0) 2171 79491 50

Email: info@budrich.de

Online: <https://fempol.budrich-journals.de>

www.femina-politica.de • www.budrich-journals.de • www.shop.budrich.de

Das Jahresabonnement Print kostet 28 Euro für Geringverdienende und Studierende sowie 39,90 Euro für Erwerbstätige und Institutionen; Förderabonnement 45 Euro. Die Preise verstehen sich jeweils zuzüglich Versandkosten. Preise für Online-Abonnements, Kombi-Abonnements und Downloads einzelner Beiträge: <https://fempol.budrich-journals.de>. Abonnementkündigungen bitte schriftlich an den Verlag. Kündigungsfrist: drei Monate zum Jahresende.

Gestaltung/Satz Susanne Albrecht, Leverkusen

Druck paper & tinta, Warschau

© 30. Jg. 2021 Femina Politica

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung von Femina Politica. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei der Deutschen Nationalbibliothek erhältlich.

ISSN Online 2196-1646 • ISSN 1433-6359; erscheint zweimal jährlich; Jg. 1, Nr. 1 (1992)

Feministisch Wissen schaffen

INHALT

EDITORIAL 7

FEMINISTISCH WISSEN SCHAFFEN 9

GESINE FUCHS, PATRICIA GRAF
Feministisch Wissen schaffen: Erreichtes, in Arbeit und immer noch zu tun 9

ANNE CRESS
Die Situationsanalyse und ihr Potenzial für feministisch-kritische
Politikfeldanalysen 17

LISA YASHODHARA HALLER
Wirkung, Einfluss und Folgen im Mehrebenendesign – Steuerungsstrategien zur
elterlichen Arbeitsteilung und ihre Übersetzung 29

JUDITH CONRADS
Geschlecht, Subjekt und Macht empirisch erforschen, methodologisch neu denken:
Ansätze für einen dekonstruktivistischen Blick auf vergeschlechtlichte
Subjektwerdung 43

SIMON FETZ, JOHANNES KORAK
Können Männer feministisches Wissen produzieren? Von Hegemonieselbstkritik
hin zur pro*feministischen Politisierung der Universität 56

ALENA SANDER
Producing Knowledge with Care. Building Mutually Caring Researcher-research
Participants Relationships 70

MARIAM MALIK, TERESA WINTERSTELLER, VERONIKA WÖHRER
Einverständniserklärungen für eine feministische Forschungspraxis. Überlegungen
zur prozesshaften Gestaltung und gesellschaftlichen Einbettung von Einwilligung.... 82

FORUM 95

ROBERTA GUERRINA. ANNICK MASSELOT

Achille's Heel: How Gendered Ideologies Undermined the UK Efforts to Tackle Covid-19 95

NATALIE IMBODEN. CHRISTINE MICHEL

Die Risiken und Nebenwirkungen sind ungleich verteilt. Covid-19-Krise, Geschlecht und staatliches Handeln in der Schweiz 102

ELISA BOSISIO

Care as a 'New' Feminist Rationality 109

TAGESPOLITIK 117

MONIKA REMÉ

Häusliche Gewalt in der Pandemie bekämpfen 117

ANNA-LENA VON HODENBERG

Öffentlicher Hass gegen Frauen im Netz als politische Strategie 122

JASNA STRICK

Das Digitale ist politisch: Häusliche Gewalt 2.0 und die fehlende öffentliche Sichtbarkeit 125

ANNA GWIAZDA

Feminist Protests, Abortion Rights and Polish Democracy 129

OLGA DRYNDOVA

Protestbewegung in Belarus: Frauen an der Front? 133

Interview with KIRA SONBANMATSU

Kamala Harris and the 'Politics of Presence' of Women in US Politics 138

LEHRE UND FORSCHUNG 143

Kurznachrichten 143

MELANIE BITTNER

Gender und Diversity in der (digitalen) Lehre. Auswirkungen der Corona-Pandemie 148

REZENSIONEN 155

ANICA WALDENDORF

Ariane Brensell und Andrea Lutz-Kluge (Hg.): Partizipative Forschung und Gender. Emanzipatorische Forschungsansätze weiterdenken 155

BARBARA DEGEN

Iwona Dadej: Beruf und Berufung transnational. Deutsche und polnische Akademikerinnen in der Zwischenkriegszeit 157

CHRISTINE M. KLAPEER

Claudia Brunner: Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne 160

CÉLINE BARRY

Stefanie Boulila: Race in Post-racial Europe: An Intersectional Analysis 162

ANNETTE HENNINGER

Gabriele Dietze und Julia Roth (Hg.): Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond 163

ALICIA BERNHARDT

Katharina Hajek: Familie und Biopolitik. Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung in der „nachhaltigen Familienpolitik“ 166

FRIEDERIKE BEIER

Anna Hartmann: Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus 168

MARIEKE FRÖHLICH

Soumita Basu, Paul Kirby und Laura J. Shepherd (Hg.): New Directions in Women, Peace and Security 170

CALL FOR PAPERS 173

Femina Politica Heft 1/2022: Vor der Tür. Intersektionale Dimensionen von Armut und Ausbeutung 173

AUTOR_INNEN DIESES HEFTES 176

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

auch das Jahr 2021 steht unter den Vorzeichen einer weltweiten Krise. Die Corona-Pandemie zeigt nicht nur bereits bestehende Problemlagen im Gesundheitswesen, Bildungsbereich, bei Arbeitsmarktpolitiken und in der Gleichstellungsarbeit auf, sie verstärkt diese. Zweifellos werden die Pandemie und die gesellschaftlichen Konsequenzen eine Rolle bei der im Herbst anstehenden Bundestagswahl spielen. Ideen und Konzepte, wie mit den sich weiter verschärfenden geschlechtsspezifischen Ungleichheiten umzugehen ist, dringen jedoch kaum an die Öffentlichkeit.

Gerade das kurz vor der Pandemie ausgerufenen Gleichstellungsjahr der Bundesregierung hätte sich für gezielte frauenpolitische Aktivitäten angeboten, beispielsweise um Gleichstellungsarbeit auch auf Länder- und Kommunenebene weiter zu stärken und intersektional orientiert zu bearbeiten. Nicht zuletzt gehört dazu eine langfristige Finanzierung, die es Projekten – auch im ländlichen Raum – ermöglicht, Gleichstellungsarbeit abzusichern und zu vertiefen. Die im März von der Bundesregierung einen Schritt weiter gebrachte „Bundesstiftung Gleichstellung“ (ursprünglich Gleichstellungsinstitut, vgl. Frey in der *Femina Politica* 2/2020) könnte dazu einen Beitrag leisten, da sie die Unterstützung von Gleichstellungsarbeit vor Ort zum Ziel hat. Insbesondere soll sie auch zur Bündelung und Herstellung von wissenschaftlicher Expertise beitragen – ein Vorhaben, das nicht nur angesichts des zurückliegenden Jahres und der kommenden Problemlagen dringend notwendig ist. Um Gleichstellungsarbeit sinnvoll zu verstetigen, zu institutionalisieren und im Hinblick auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen anzupassen, bedarf es auch weiterhin einer dezidiert feministischen Forschung, die sich analytisch transdisziplinär und methodisch offen sozialen Ungleichheitsverhältnissen widmet. Dies erfordert, mit Blick auf die öffentliche Verhandlung und Diskussion von Wissen(schaft), methodisch nachvollziehbare Analysen, aber auch die Reflexion geeigneter Methoden. Das Schwerpunktthema dieses Heftes widmet sich eben diesem Thema – „Feministisch Wissen schaffen“ – und fokussiert in sechs Beiträgen aktuelle Fragen zum Methodenstand feministischer und Geschlechterforschung. Dabei wird aus unterschiedlichen Blickwinkeln reflektiert, was feministische Forschung für Epistemologien und Methodologien und letztendlich auch für Forschungsförderung und den Wissenschaftsbetrieb selbst bedeutet.

Der Monat Mai steht auch im Zeichen des Frauen*streiks und des Tages der Arbeit. Arbeitskräfte, überwiegend Frauen*, die in den sogenannten systemrelevanten Berufsbereichen tätig sind, werden trotz erhöhter medialer und politischer Aufmerksamkeit weder entlastet noch besser bezahlt. Den vielfältigen Anforderungen der aktuellen Corona-Situation widmet sich das Forum in zwei Beiträgen zu Großbritan-

nien und in der Schweiz und dem durchaus problematischen Krisenmanagement der Regierungen. Darüber hinaus fokussiert ein weiterer Artikel Care aus einer Perspektive feministischer Netzwerk- und Techniktheorie. Im Bildungsbereich sind derzeit insbesondere die Schulen in der öffentlichen Diskussion. Einen Blick auf die Lehre an Hochschulen wirft ein Beitrag zu Gender und Diversität in der digitalen Lehre in der Rubrik „Lehre und Forschung“ und zeigt aktuelle Probleme, aber auch Chancen für neue Gestaltungsmöglichkeiten auf. Weiterführend finden sich in der „Tagespolitik“ fünf Beiträge, die aktuelle Themen fokussieren: Drei Artikel widmen sich explizit häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen, von denen einzelne Beiträge in besonderer Weise neue digitale Herausforderungen in den Blick nehmen. Und es regt sich auch Widerstand: Beiträge zu den feministischen Protesten in Polen und zur Demokratiebewegung in Belarus verdeutlichen einmal mehr, dass – auch generationsübergreifend – progressive Politiken erkämpft und von Frauen verteidigt werden. Abgerundet wird die Rubrik mit einem Interview zur „politics of presence“ mit Kira Sonbanmatsu, Forscherin an der US-amerikanischen Rutgers University. Die Rubrik Rezensionen bildet auch in unserem aktuellen Heft die Vielfalt neuer Veröffentlichungen ab.

In eigener Sache: Im Rahmen der Fortentwicklung der Zeitschrift wurden einige redaktionelle Neuerungen eingeführt, die in dieser Ausgabe umgesetzt werden: Die Ankündigungen und Infos haben wir als eigenständige Rubrik eingestellt. Die Rubrik „Neues aus Lehre und Forschung“ wird als Rubrik „Lehre und Forschung“ weiterbestehen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!
Ihre/Eure Redaktion

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2021 Schwarze Feminismen

1/2022 Vor der Tür. Intersektionale Dimensionen von Armut und Ausbeutung

Feministisch Wissen schaffen

Feministisch Wissen schaffen: Erreichtes, in Arbeit und immer noch zu tun

GESINE FUCHS, PATRICIA GRAF

Methoden in ihrer Vielfalt und ihrem Verknüpfungspotenzial bilden das innere Gerüst jeder Forschung und bestimmen in hohem Maße mit, welche Erkenntnisse gewonnen werden können. Das wird in der aktuellen Covid-19-Pandemie besonders sichtbar: Mit welchen Methoden soll erforscht werden, wer wie betroffen ist oder welche Lösungsansätze Erfolg versprechen? Als wir den Schwerpunkt für das vorliegende Heft planten, stand die aktuelle Krise noch bevor. Die *Femina Politica* beschäftigte sich mit den Identitären Bewegungen und Politiken der Generativität. Inmitten dieser thematischen Debatten wollten wir innehalten und uns, im Sinne von Ackerly und True (2018, 260) fragen, was der aktuelle Methodenstand feministischer und Geschlechterforschung ist und welche Fragen wie gestellt werden müssten, um kritisch und datenbasiert Wissen zu schaffen. Wir stellten fest, dass es höchste Zeit für eine Selbstbeschau wäre, denn zuletzt hatte die *Femina Politica* 1997 ein Heft dem Stand der Methodenentwicklung gewidmet.

Dabei ist das Nachdenken darüber, was warum als gültiges Wissen gelten soll (Epistemologie), die Theorie und Analyse darüber, wie mit Forschung Erkenntnisse gewonnen werden (Methodologie) und schließlich mit welchen konkreten Forschungswerkzeugen die Fragestellungen bearbeitet werden können (Methoden) (Stauffer/O'Brien 2019, 153) ein integraler Bestandteil feministischer Wissenschaft. Einige Beiträge von damals gehören inzwischen zum Kanon der Methodenausbildung. Bei anderen stellten wir fest, dass die Bestandsaufnahme noch heute Gültigkeit hat. So konstatierte Hofmann (1997, 43), dass der Forschungsverlauf politikwissenschaftlicher Untersuchungen idealisiert dargestellt wird als „durchgeplantes und steuerbares Unternehmen“. Ein Blick in gängige Methodenbücher zeigt, dass sich wenig geändert hat. Im aktuellen Schwerpunkt gibt es sechs Beiträge, die aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Weiterentwicklung der Methoden beschreiben und reflektieren, was feministische Forschung für Epistemologien und Methodologien bedeutet.

Feministische Perspektiven auf Erkenntnistheorie

Feministische Perspektiven sind essenziell für Erkenntnisse zu Geschlecht und Politik. Feministische Kritik in der Politikwissenschaft hatte sich zuerst an positivistischen Grundhaltungen und verengten Konzeptualisierungen vielfältiger Wirklichkeit entzündet. Deren Erkenntnislogik, implizite Vorannahmen und die Weltsicht der Forschenden wurden problematisiert und damit zum Analysegegenstand erhoben. Daraus entwickelten sich drei Aufgaben, die die feministische Politikwissenschaft bewältigen muss im Bestreben, eine Analyse der Geschlechterverhältnisse in die Kerngebiete der Disziplin zu bringen. Diese drei Aufgaben folgen forschungsgeschichtlich aufeinander, doch keine von ihnen ist heute gelöst, sondern im „Rad der Wissenschaft“ beziehen sich theoriekritische, empirische und theoriegenerierende Zugänge fortlaufend aufeinander.

Erstens gilt es, den Ausschluss von Frauen aus gängigen politischen Theorien und die Ausblendung gesellschaftlicher Machtverhältnisse zu kritisieren. Im Kern geht es um die vorgeblich klare, doch konstruierte konzeptionelle Trennung von öffentlicher und privater Sphäre: Wenn sich Politikwissenschaft mit öffentlicher Sphäre beschäftigt, bedient sie sich eines historisch wandelbaren und spezifischen Konzepts, das zudem vielfältige Wechselbeziehungen zu anderen Sphären aufweist. Ein Beispiel für die methodologischen Rekonzeptionalisierungen, die nötig sind, um diese konzeptionelle Trennung zu dekonstruieren, zeigt Yashodhara Haller in diesem Heft mit ihrem Beitrag zur Rolle von Eltern als Subjekte in der Familienpolitik. Indem sie die private Sphäre der elterlichen Arbeitsteilung mit in die Analyse aufnimmt, bezieht sie die Wechselbeziehungen zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre in ihre Wirkungsanalyse mit ein.

Zweitens ist mit der Rekonzeptionalisierung die Kritik an Methodologien, sexistischen Vorannahmen und engen Definitionen des Politischen verbunden. Im Sinne eines feministischen Empirismus sind Untersuchungen relevant, die Geschlecht in die Gegenstandsbereiche der Politikwissenschaft integrieren, ohne zugleich bereits mit einer Rekonzeptualisierung von Begriffen aufwarten zu können. Dies ist in einer Disziplin, die wenig von ihren geschlechtersensiblen Rändern aufnimmt, nicht abgeschlossen, sondern stets aufs Neue notwendig. Wie Johannes Korak und Simon Fetz in diesem Heft zeigen, bedarf es dazu immer wieder einer Reflektion über die Forschenden selbst: Die Autoren hinterfragen das Bild der weiblichen feministischen Forscherin und diskutieren, wer eigentlich feministisch Wissen schaffen darf und kann. Sie rekurrieren auf das im Mainstream immer noch bedeutsame Bild der Wissenschaft als Lebensform (Weber 1919). Damit Männer feministisch Wissen schaffen können, bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Bild und damit mit den Institutionen des Wissens.

Drittens können schließlich aus epistemologischer und methodologischer Kritik, aus Empirie und Hypothesenprüfung Rekonzeptualisierungen politikwissenschaftlicher Begriffe entstehen und somit die Werkzeuge, um Zusammenhänge zwischen

Geschlecht und anderen sozialen Strukturverhältnissen erklären zu können. Damit bringt die feministische Epistemologie Normativität zurück in den Forschungsprozess. Denn feministischer Forschung geht es um die Transformation der Geschlechterverhältnisse. Andere Forschungsbereiche können sich diese Normativität (erneut) aneignen und ihre Forschungsfragen wieder stärker davon leiten lassen (vgl. dazu Ackerly/True 2018, 262).

Diese Normativität impliziert eine andere Positionierung der Forschenden selbst und eventuell einen Verzicht auf die Erhebung immer neuer Primärdaten. Der Anspruch, bisher Ununtersuchtes sichtbar zu machen, bedarf der Arbeit mit Minderheiten, zu Armut oder in Konfliktsituationen. „It may be an additional burden to some research subjects to be interviewed and, in some instances, collecting data may do further harm without providing services to these participants, who may have experienced significant violence and discrimination“ (Ackerly/ True 2018, 269). Bei vielen Forschungsfragen geht es feministisch Forschenden also nicht darum, einfach nur Daten zu sammeln, um Theorien zu testen – auch wenn eine Replikation von Studien die Ansprüche auf Generalisierbarkeit stärken können (ebd.). Gerade die Verfügbarkeit von großen Datensätzen oder von Aggregatdaten (sei es zum Regimetypus, dem Stand der Frauenrechte, der Demokratie oder der Gewerkschaftsdichte) hingegen verführt dazu, vor allem datenorientiert zu forschen, sich dabei immer ausgefeilterer Methoden zu bedienen, aber vor allem jene Fragen zu bearbeiten, für die es Daten gibt. Welche Daten wie erhoben und operationalisiert werden müssten, um auf eine Transformation der Geschlechterverhältnisse hinzuwirken, gerät somit aus dem Blick.

Hier setzen die beiden Beiträge von Mariam Malik, Teresa Wintersteller und Veronika Wöhrer sowie Alena Sander in diesem Heft an. Mit der Untersuchung von Einverständniserklärungen im Forschungsprozess und den dabei auftretenden Geschlechteraspekten geht der erste Beitrag der Frage nach, wie in Forschung involvierte Personen informiert zustimmen können. Sander wiederum greift die Care-Ethik von Fisher und Tronto auf. Am Beispiel der Forschung zu Jordanien entwickelt sie ihren Ansatz, der daraus besteht, Beziehungen auf Augenhöhe mit den Beforschten zu etablieren und zu überlegen, was nötig ist, um den Anspruch feministischer Epistemologie einzulösen, nämlich eine Verbesserung der Lebensverhältnisse herbeizuführen. Feministische Epistemologien und Methodologien fordern eine Verortung des eigenen Standpunkts. Wie Haraway (1995) zeigte, lässt sich Wissen nicht einfach objektiv gewinnen, sondern ist immer situiert (zitiert in Norkus/Baur 2019, 483f.). Die Care-Ethik hilft, das postkoloniale Verhältnis Forschende aus dem globalen Norden – Beforschte aus dem globalen Süden – zu überwinden.

Darum: Feministische Methodologien, keine genuin feministischen Methoden

Methodologien und Methoden entwickeln sich in der feministischen Politikwissenschaft in kritischer Auseinandersetzung sowohl mit Fortschritten im politikwissen-

schaftlichen Mainstream (etwa in quantitativen Designs und fortgeschrittenen multivariaten Analysemethoden) als auch mit Methoden, die ursprünglich in anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen entwickelt wurden wie Diskursanalysen oder ethnografische Methoden.

Feministische Methodologien machen „the invisible visible and the familiar strange, and can open up the gendered nature of politics and the politics of gender relations.“ (Ackerly/True 2018, 260). Sie helfen also, die vergeschlechtlichten ungerechten Dynamiken zu entdecken und deren Persistenz zu erklären. Sie identifizieren wichtige Fragen, klären Konzepte und leiten Forschungsprozesse an, gerade weil feministische Perspektiven machtkritisch und an Konsequenzen orientiert sind, nämlich darauf gerichtet, diskriminierende und ungleiche (Geschlechter-)Verhältnisse in Bezug auf Repräsentation, Umverteilung und Anerkennung zu verändern (Ackerly/True 2018, 260f.). Hier setzt der Beitrag von Anne Cress an. Sie zeigt mit der Situationsanalyse auf, dass Politik in sozialen Welten stattfindet, die eine Vielzahl von Akteur*innen miteinschließen, die beim gängigen Einsatz von Methoden oft übersehen werden. Indem diese Akteur*innen sichtbar gemacht werden, wird der Anspruch realisiert, den Hofmann (1997, 43) formulierte: Forschungsrealität sei nicht als geordneter Prozess sondern als „abenteuerliche(...) Reise durch unübersichtlich-labyrinthische Landschaften“ zu verstehen. Die Mapping-Techniken der Situationsanalyse, darunter die Messy Maps, die Cress für die Politikfeldanalyse fruchtbar macht, tragen diesem Perspektivwechsel Rechnung.

Ein schneller Vergleich zwischen damals und heute suggeriert, dass sich hinsichtlich der Anwendung von Methoden so viel nicht getan hat: Es geht um Interviewforschung, Gruppendiskussionen, Diskursforschung. Doch neu ist die kritische Reflexion im Umgang mit Methoden. Der Beitrag von Judith Conrads nimmt Coming of Age Prozesse bei Jugendlichen in den Blick. Die Autorin untersucht mit Gruppendiskussionen, wie Zweigeschlechtlichkeit bei Jugendlichen im Diskurs hergestellt wird. Dabei reflektiert sie über die Methode der Gruppendiskussion als Prozess, in dem selbst bereits Geschlechtlichkeit hergestellt wird. Die Erkenntnis, dass in Gruppendiskussionen nicht nur bestehendes Wissen expliziert wird, sondern sein Zustandekommen direkt beobachtet werden kann, ist übertragbar auf Effekte in Expert*inneninterviews, bei denen sich Machtverhältnisse zwischen den Involvierten (re)konstituieren (vgl. Abels/Behrens 2002).

Diese Wechselwirkungen hat auch Haller im Blick. Sie untersucht, wie sich Familienpolitik durch den Leistungsbezug auf die egalitäre Arbeitsteilung von Eltern auswirkt. Dabei geht sie über klassische Policy-Analysen hinaus und prüft, wie Aushandlungen zwischen Eltern die Wirkung familienpolitischer Maßnahmen beeinflussen. Es bedarf der Verbindung von Daten durch ein Mehrebenen-design, um dieser Komplexität im Forschungsprozess gerecht zu werden. Gleichzeitig geschieht eine Umwandlung des Forschungsgegenstandes – die Eltern – von Leistungsempfänger*innen zu Politikgestalter*innen. Die Beiträge von Haller und Cress stehen für die Weiterentwicklung feministischer Politikwissenschaft. So ho-

ben Behning und Lepperhoff (1997) den Nutzen der Policy-Forschung und ihrer Methoden für feministische Politikwissenschaft hervor. Heute zeigt sich, welchen Nutzen feministische Epistemologie und Methodologie für eine informierte Policy-Forschung mit sich bringt.

Während Epistemologien und Methodologien ein klares feministisches Profil haben, hat sich die Entwicklung oder Definition genuin feministischer Methoden als unmöglich herausgestellt; vielmehr hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass alle Methoden für feministisches Erkenntnisinteresse und zur Analyse struktureller Ungleichheitsverhältnisse eingesetzt werden können. Nicht zuletzt darum sind Mixed-Methods-Studien beliebt und weit verbreitet, also Untersuchungen, die qualitative und quantitative Zugänge sowie unterschiedliche Daten kombinieren. Sie versprechen umfassendere Erkenntnisse (Norkus/Baur 2019; vgl. Ackerly/True 2018, 268) und eine höhere Reliabilität beider Datensätze. Es kommt also vor allem auf den kritisch-feministischen Einsatz der Methoden an.

Über welche Methoden müssen wir reden?

Das Aufkommen von Mixed-Methods-Designs hat das Spannungsverhältnis zwischen qualitativen und quantitativen Forschungslogiken nicht aufgelöst. Dies lässt sich auf methodischer und institutioneller Ebene zeigen. Die Politikwissenschaft kann bei qualitativen Designs auf entwickelte Methoden der Schwesterdisziplinen, allen voran der Soziologie, zurückgreifen. Das Spektrum möglicher Methoden scheint kaum ausgeschöpft. Adäquates Wissen um die Verknüpfung von qualitativen und quantitativen Methoden, die eine erkenntnisfördernde Triangulation erlauben und damit die Beantwortung gesellschaftspolitisch relevanter Fragen, wird im deutschsprachigen Raum kaum vermittelt (Baur/Blasius 2019, 2).

In der soziologischen universitären Lehre dominieren die quantitativen Methoden deutlich, was Lehrstühle und Curricula angeht (Hirschauer/Völkle 2017). Nur an vier Standorten findet sich die Mixed Methods Lehre im Curriculum. Gerade diese, so zeigt der aktuelle Stand der Debatte, sind für eine in der Empirie basierte feministische kritische Wissenschaft nötig. Sozialwissenschaftliche Professuren zu Gender Studies andererseits bieten ein qualitatives Methodencurriculum. Damit perpetuiert sich die qualitative Tradition der Gender Studies (so auch in diesem Heft), welche das Potenzial quantitativer Methoden und Datensätze nicht ausschöpft. Für die politikwissenschaftliche Lehre fehlen entsprechende Erhebungen, die kursorischen Blicke ins Web bestätigen aber diese Tendenzen.

Die Nutzung quantitativer Methoden ist in der angloamerikanischen politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung hingegen weit verbreitet. Eine Analyse dreier wichtiger Zeitschriften¹ zeigte 2019, dass etwa die Hälfte mit quantitativen Datenauswertungen und ein Zehntel mit experimentellen Designs arbeitete (Stauffer/O'Brien 2019), vor allem im Bereich der politischen Repräsentation, des politischen Verhaltens und der politischen Institutionen. Quantitatives Forschen scheint

in diesem Kontext auch Sache feministischer Designs zu sein. Es bleibt offen, ob dies den Anreizstrukturen und Publikationsanforderungen nordamerikanischer und nordamerikanisch geprägter Politikwissenschaft begründet liegt oder ob im Sinne problemorientierter Forschung quantitative Methoden eingesetzt werden, weil sie für die in der aktuellen Wissenschaft gestellten Fragen am besten geeignet sind (Stauffer/O'Brien 2019, 161). Blicken wir auf die Texte in der *Femina Politica*, die im Schwerpunkt und im Forum (dem offenen Teil) zwischen 2010 und 2020 erschienen sind, so fällt auf, dass es zwar viele Beiträge mit anspruchsvollen empirischen Designs gibt, doch dass quantitative Methoden kaum eine Rolle spielen. So arbeiten acht mit deskriptiven statistischen Verfahren; sie alle beschäftigen sich mit politischer Repräsentation. Ein einziger Beitrag zum Gender Pay Gap präsentiert eine Regressionsanalyse (Busch/Holst 2010). Insgesamt sind dies um die 5% der Beiträge in den beiden Rubriken. Mehrere Erklärungen kommen in Frage und müssten genauer untersucht werden: Die deutschsprachige feministische Politikwissenschaft mag größtenteils skeptisch gegenüber den erkenntnistheoretischen Beschränkungen quantitativer Methoden sein; quantitativ gewonnene Analysen werden durchgeführt, aber anderswo publiziert; oder die behandelten Fragestellungen eignen sich nicht für quantitative Methoden.

Große quantitative Datensätze, ob national oder international, bieten noch viel ungehobenes Potenzial für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung, gerade für Längsschnittdaten bzw. Datensätze im Zeitverlauf – wie das Sozioökonomische Panel SOEP oder der European Social Survey ESS und das International Social Survey Programme ISSP. Netzwerke von Geschlechterforscher*innen können Innovationsmodule, wie aktuell beim ISSP, nutzen, um relevante Variablen zu entwickeln und zu integrieren – etwa eine angemessenere Operationalisierung von Gender (siehe Diskussion bei Stauffer/O'Brien 2019, 164f., Ackerly/True 2018, 268).

Wie weiter? Forschungsbedarf!

Die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung hat vielfach von einem Methodenimport aus Psychologie, Soziologie, Ethnologie oder Erziehungswissenschaften profitiert. Ihm folgen muss jedoch eine Adaption, Weiterentwicklung und Neuerfindung. Hierzu braucht es sicherlich eine enge Vernetzung zum Thema Methoden. Ob und wie sich neue Ansätze bewähren und einen Platz im Repertoire finden, kann sich nur in der Forschungspraxis, in entsprechenden Kooperationen mit einer Reihe von verschiedenen Forschungsthemen zeigen. Die Beiträge in diesem Heft machen hierzu ein Angebot.

Einige Aspekte feministischen Erkenntnisgewinns sind im vorliegenden Heft nicht vertreten. Dazu gehören die Lage in den Unterdisziplinen (z.B. Internationale Beziehungen) oder eine Auseinandersetzung, wie quantitativ *und* feministisch Wissen geschaffen werden kann, denn ohne eine geschlechtertheoretische Verankerung wird mit quantitativen Methoden weiterhin vor allem Sexcounting betrieben werden.

Ebenfalls offen geblieben ist die Drittmittelforschung – ob also Anträge mit bestimmten Methoden, großen quantitativen wie qualitativen Datenmengen sowie einer eher binären Konzeptualisierung von Geschlecht bevorzugt werden oder ob es Widersprüche zwischen feministischer Forschungsethik und der Gewinnbarkeit von Drittmitteln gibt. Wie eine feministisch und intersektional informierte Forschungsethik aussehen muss, zeigen im Heft Malik, Wintersteller und Wöhrer mit ihrem Überblick zur Konzeptualisierung von Einverständniserklärungen.

Die wissenschaftskritische Perspektive bleibt ebenfalls ein Desiderat. Im vorliegenden Heft wird nicht auf Vergabepaxen von Forschungsförderorganisationen, weiter bestehende Geschlechterstereotypen in Forschungs-Designs und bei Karrieren (Berufungen, Denominationen, Publikationsnormen) eingegangen, welche allesamt konträr zu einer feministischen Praxis im Wissenschaftsbetrieb sein können. Ein erster Blick in die aktuelle Forschungslandschaft zeigt, dass noch viel Gleichstellungsarbeit in den Institutionen nötig ist, um feministische Methodologien in die Forschungspraxis zu übersetzen.²

Wie kann Methoden-Triangulation verwirklicht werden, wenn eine gemeinsame Analyse qualitativer und quantitativer Daten doch „mitunter schwierig“ ist (Baur/Blasius 2019, 7)? Wir erkennen hier ein spannendes Potenzial durch Softwarelösungen, die ursprünglich zur qualitativen Analyse entwickelt wurden, sich aber gleichsam als „Brückentechnologien“ auch quantitativen Aspekten öffnen, etwa indem sie die strukturierte Auswertung offener Fragen in quantitativen Fragebögen ermöglichen. In der Software ist somit die Einladung zur Methoden-Triangulation bereits angelegt, was in der Methodenlehre und der Forschungssozialisation im Studium noch stärker genutzt werden könnte – mit dem Ziel, Studierende für das ganze Methodenspektrum zu begeistern und sie einen reflektierten eigenen Standpunkt entwickeln zu lassen.

Fazit

Es bleibt Aufgabe jeder kritischen Wissenschaft, – qualitative wie quantitative – hegemoniale Konzepte zu hinterfragen, gegen den Strich zu bürsten und auf blinde Flecken zu prüfen. Gleichzeitig sind empirische Bestandsaufnahmen unabdingbar, um sich wandelnde Geschlechterverhältnisse in Politiken sichtbar zu machen, ein historisches Bewusstsein zu schaffen (etwa für die Entwicklungslinien oder das Bewusstsein, auf umfangreiche konzeptionelle und methodische Vorarbeiten aufbauen zu können) und um die Hypothesenbildung anzuregen. Die Geschlechterforschung nimmt sehr wohl wahr, was der Mainstream der Disziplin forscht, doch ist dies umgekehrt nach wie vor nur sehr selten der Fall. In dieser Hinsicht ist die Transformation der Disziplin bisher ausgeblieben. Drittmittel für Geschlechterforschung und für die Entwicklung neuer Methoden oder Triangulation als Zuschlagskriterium für Projekte könnten durchaus methodologische Weiterentwicklungen anstoßen.

Anstatt zu überlegen, wie die Disziplin in der Politik und in der Öffentlichkeit sichtbar werden kann, würde es sich lohnen, jenseits smarter Strategien zur Politikbe-

ratung genauer hinzuschauen, wie heutige Anwendungen von Forschungsmethoden bereits Praxis und Wirklichkeit schaffen, somit das Feld verändern und nach einem reflektierten und ethischen Umgang verlangen. Damit eröffnet sich folgende Zukunftsvision für feministische Politikwissenschaft:

The future of gender and politics as a global discipline, we argue, must be feminist and open to plural traditions of theorising and researching, of epistemologies and methodologies. More than transforming the discipline, our subfield has the power to change the world by elevating new subjects and forms of knowledge (Ackerly/True 2018, 271).

Anmerkungen

- 1 Politics & Gender, Journal of Women, Politics & Policy sowie Politics, Groups, Identities
- 2 Ein Beispiel für eine solche Übersetzung ist das laufende Forschungsprojekte Supera (Supporting the Promotion of Equality in Research and Academia, superproject.org). Es widmet sich diesen Fragen und setzt Gender Equality Plans in die Hochschulpraxis um.

Literatur

Abels, Gabriele/Behrens, Maria, 2002: ExpertInneninterviews in der Politikwissenschaft. Geschlechtertheoretische und politikfeldanalytische Reflexion einer Methode. In: Bogner, Andreas/Littig Beate/Menz, Wolfgang (Hg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Op-laden, 173-190.

Ackerly, Brooke/True, Jacqui, 2018: With or without feminism? Researching gender and politics in the 21st century. In: European Journal of Politics and Gender. 1 (1), 259-278.

Baur, Nina/Blasius, Jörg, 2019: Methoden der empirischen Sozialforschung – Ein Überblick. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, 1-28.

Behning, Ute/Lepperhoff, Julia, 1997: Policy-Forschung revisited. Zum theoretischen, methodischen und methodologischen Gehalt von Policy-Analysen. In: Femina Politica. 6 (1), 52-61.

Busch, Anne/Holst, Elke, 2010: Der Gender Pay Gap in Führungspositionen: Warum die Human-kapitaltheorie zu kurz greift. In: Femina Politica. 19 (2), 91-101.

Hirschauer, Stefan/Völkle, Laura, 2017: Denn sie wissen nicht, was sie lehren. „Empirische Sozialforschung“ als Etikettenschwindel. In: Soziologie. 46 (4), 417-428.

Hofmann, Jeanette, 1997: Über Repräsentation und Praktiken empirischer Forschung in der Politikwissenschaft. In: Femina Politica. 6 (1), 42-52.

Norkus, Maria/Baur, Nina, 2019: Feministische Methoden- und Wissenschaftskritik. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, 479-488.

Stauffer, Katelyn E./O'Brien, Diana Z., 2019: Fast friends or strange bedfellows? Quantitative methods and gender and politics research. In: European Journal of Politics and Gender. 2 (2), 151-171.

Weber, Max, 1919: Wissenschaft als Beruf, München.

Die Situationsanalyse und ihr Potenzial für feministisch-kritische Politikfeldanalysen

ANNE CRESS

In ihrem 1997 in der *Femina Politica* veröffentlichten Beitrag „Über Repräsentationen und Praktiken empirischer Forschung in der Politikwissenschaft“ kritisiert Jeanette Hofmann (1997, 48) die „verbreitete Haltung unter PolitologInnen, immer schon alles vorher zu wissen“ und plädiert für einen Forschungsansatz, der dazu bereit ist, das vermeintlich Selbstverständliche zu hinterfragen und das eigene (disziplinäre) Wissen einer „dauerhaft zweifelnden Reflexion zu unterziehen“. In diesem Sinne haben Feminist*innen einen engen, gouvernementalen Politikbegriff kritisiert, da dieser „nicht geeignet ist, um die komplexen und widersprüchlichen Prozesse des Feldes zu erfassen“ (Harders/Kahlert/Schindler 2005, 11). So priorisiert er z.B. politische Eliten und macht marginalisierte Akteur*innen in der Forschung weitgehend unsichtbar (Sauer 2012). Feministische Politikwissenschaft hingegen will die Handlungs- bzw. Partizipationsmöglichkeiten unterschiedlicher Subjekte ausloten und diskursive (Differenz-)Konstruktionen von Subjekten und deren gesellschafts-politische Effekte in den Blick nehmen. Exklusionsmechanismen, Macht- und Unterdrückungsverhältnisse, sowie Kämpfe um Inklusion sollen thematisiert und die Vielfalt an Formen und Orten politischer Partizipation in die Analyse mit einbezogen werden. Wie kann dieses feministische Forschungsvorhaben gelingen? Welches forschungspraktische Vorgehen ist dafür geeignet?

Es gibt eine Vielzahl von feministischen Methoden, Methodologien und Epistemologien (siehe Althoff et al. 2017), gleichwohl bestehen gemeinsame Merkmale feministischer Forschungspraxis. So sind Feminist*innen – wie alle kritischen Wissenschaftler*innen – darum bemüht, eine hierarchisch strukturierte und exkludierende Wissensproduktion möglichst zu vermeiden (Hesse-Biber 2012). Demnach sind existierende Machtverhältnisse, der Einfluss und die Bedeutung von diversen sozialen Positionierungen sowie insbesondere die Beziehung zwischen Forscher*innen und Forschungssubjekten fortlaufend kritisch zu reflektieren (Ackerly/True 2020). Zudem gilt es, die Perspektiven, die gelebten Erfahrungen sowie das (politische) Handeln von marginalisierten Personen(gruppen) angemessen zu berücksichtigen. Insbesondere im Zuge der postmodernen Wende sowie maßgeblich inspiriert durch intersektionale und postkolonial-feministische Ansätze gewannen u.a. Differenz, Heterogenität, Komplexität, Relationalität sowie Historizität zunehmend an Bedeutung (Collins 2019).

Ich möchte der Frage nachgehen, wie sich ein solch feministisch-kritischer Forschungsansatz in der Politikfeldanalyse (PFA) methodologisch umsetzen lässt. Dies zeige ich anhand der Situationsanalyse (SiA). Die SiA ist eine postmodern-feministische Weiterentwicklung der Grounded Theory (GT), die seit den frühen 2000er-Jahren maßgeblich von der US-Soziologin Adele Clarke entworfen, in der

Politikwissenschaft aber bislang kaum beachtet wurde.¹ Dabei ist ihr Potenzial für politikwissenschaftliche Forschung im Allgemeinen sowie für feministisch-kritische PFA im Besonderen nicht zu unterschätzen. Mit der SiA – so meine These – kann der gouvernementale Politikbegriff überwunden und eine politikfeldspezifische feministische Machtanalyse realisiert werden. Zunächst werde ich die lückenhafte politikwissenschaftliche Rezeption skizzieren, um sodann aufzuzeigen, wie die SiA für die Politikwissenschaft und insbesondere für feministische-kritische PFA fruchtbar gemacht werden kann.² Dies verdeutliche ich im Folgenden immer wieder skizzenhaft am Beispiel der deutschen Prostitutionspolitik.

Grounded Theory und Situationsanalyse – politikwissenschaftliche Rezeptionslücken

Die GT ist ein spezifischer qualitativer Forschungsstil, der mittels abduktiven Vorgehens auf eine empirisch fundierte Theoriebildung abzielt (Clarke 2015). Während die GT in einigen politikwissenschaftlichen Methodenhandbüchern, Einführungswerken und Lehrbüchern zumindest cursorisch Beachtung findet, bleibt die SiA in der politologischen Methodendebatte bislang unberücksichtigt.³ Eine Ausnahme stellt die Einführung in die Qualitativen Methoden von Joachim Blatter et al. (2018) dar, in der sowohl die GT als auch die SiA behandelt werden. Die Autoren schreiben der SiA ein großes Potenzial zu, das politikwissenschaftlich bisher nicht genutzt worden sei (ebd., 161). Dabei verschweigen sie jedoch – wie für die deutschsprachige Rezeption nicht unüblich (Offenberger 2019) – deren feministischen Ursprung und Anspruch. Sie stellen die SiA stattdessen nur als postmoderne GT-Variante vor. Ursula Offenberger (2019) konstatiert hingegen, dass das Spezifische der SiA gerade aus Clarke's gelungenem Zusammendenken von GT-Pragmatismus und Feminismus resultiert. Insbesondere der Einfluss feministischer Epistemologie und Wissenschaftskritik (u.a. von Donna Haraway und Patricia Lather) ist nicht zu unterschätzen. Der feministische Charakter der SiA kommt gerade dadurch zum Tragen, dass mit dem situationsanalytischen Forschungsstil eine spezifisch feministische Wissensproduktion – deren Charakteristika ich zu Beginn des Artikels kurz skizziert habe – realisiert werden kann. Clarke (2015, 135) selbst hebt folgende vier Aspekte hervor:

1. Acknowledging researchers' embodiment and situatedness; 2. Grounding analysis in the lived material and symbolic situation itself; 3. Conceptually foregrounding complexities and differences in data; 4. Mapping all actors and discourses in the situation regardless of their power in that situation.

Angesichts dessen ist es durchaus erstaunlich, dass der SiA auch von Seiten feministischer Politikwissenschaft bisher keine Beachtung geschenkt wurde. So findet sie selbst in der kürzlich erschienen zweiten Ausgabe von „Doing Feminist Research in Political and Social Science“ (Ackerly/True 2020) keine Erwähnung. Einzig ein kurzer Hinweis auf Clarkes Mappingtechnik (ebd., 195) ist darin enthalten,

obgleich Brooke A. Ackerly und Jacqui True ausführlich auf die GT und deren hohen Kompatibilität mit feministischer Forschungsethik eingehen (ebd., 191-196). Diese Rezeptionslücken will ich schließen, indem ich im Folgenden verdeutliche, welchen Beitrag die SiA zu feministischen Machtanalysen im Rahmen von PFA leisten kann.

Die Situationsanalyse und ihr Beitrag zu feministischen Machtanalysen

Die SiA kann als umfassendes Theorie-Methoden-Paket den gesamten Forschungsprozess anleiten. Sie ist, wie die GT, im Pragmatismus und Interaktionismus (z.B. Soziale Welten/Arenen-Theorie) verwurzelt, andererseits aber auch von (feministisch-)poststrukturalistischen Theorien (z.B. Foucault; Haraway; Deleuze und Guattari) inspiriert (Clarke/Friese/Washburn 2018). Mit ihren drei Mappingstrategien bietet die SiA konkrete forschungspraktische Tools, die vor diesem theoretischen Hintergrund entwickelt wurden. Der Forschungsprozess ist von dem GT-typischen, iterativ-zyklischen Vorgehen geprägt. Das theoretische Sampling, das Memo-Writing und z.T. das Kodieren werden von der GT übernommen. Im Unterschied zur ‚traditionellen‘ GT steht in der SiA nicht mehr ein Basic Social Process (z.B. Leben mit chronischen Krankheiten) im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses, sondern komplexe, diskursive Aushandlungsprozesse von (gesellschaftlich) umstrittenen Themen (Clarke 2012). Das macht die SiA besonders attraktiv für PFA.

Mit der SiA – so meine These – kann der enge, staatszentrierte Politikbegriff überwunden werden, in dem auch feministische PFA oftmals noch verhaftet sind und der etwa auch in dem Policymaking-Verständnis von Emanuela Lombardo et al. (2017, 1; Herv. AC) zum Ausdruck kommt:

Policymaking is an ongoing process of preparing, executing, and evaluating interventions by state actors, at different levels of government, including the establishment of institutions, to define the rules steering society.

Stattdessen kann Politik – durchaus im Einklang mit anderen Ansätzen der interpretativen Policy-Analyse – in erster Linie „als Kampf um Ideen und Bedeutung“ (Münch 2016, VII) sowie um die „politisch-diskursive Konstitution von Wirklichkeiten“ (ebd., 3) verstanden werden. Diese Überwindung des engen Politikbegriffs ist von Nöten, um eine umfängliche, politikfeldspezifische feministische Machtanalyse realisieren zu können. Denn nur so können die Handlungs- bzw. Partizipationsmöglichkeiten von unterschiedlichsten Akteur*innen (nicht-/staatlich, privilegiert/marginalisiert etc.) in ihrer relationalen Ko-Konstitution empirisch erfasst werden. Auf diese Weise gelingt es, sämtliche kritikwürdige Exklusionsmechanismen aufzudecken und zugleich die Inklusionskämpfe sowie die Perspektiven und Erfahrungen der Marginalisierten gebührend sichtbar zu machen. Hilfreich sind v.a. drei situationsanalytisch inspirierte Strategien (Clarke 2019, 16f.): (1) die Konzeptionalisierung des Politikfeldes als ‚Arena‘, in der verschiedene ‚soziale Welten‘ existieren

und interagieren; (2) die Suche nach ‚implizierten Akteur*innen‘; (3) das Sichtbarmachen von epistemischer Diversität.

Die Konzeptionalisierung des Politikfeldes als Arena

In der PFA wurde die Frage nach der Konzeptionalisierung des politischen Raumes lange Zeit eher vernachlässigt. Gleichwohl ist die Vorstellung von einem in sich strukturierten politischen Raum weit verbreitet. Zumeist wird davon ausgegangen, dass er in themenspezifische Politikfelder – d.h. in mehr oder weniger voneinander abgegrenzte Bereiche mit einem je eigenen Innenleben sowie einer besonderen Struktur (z.B. Akteur*innenkonstellation) – aufgeteilt ist. Sebastian Haunss (2015, 3f.) verweist auf die Wandelbarkeit dieser Topographie und darauf, dass Politikfelder „immer das vorläufige Ergebnis historischer Prozesse sind“ und sie sich somit „auch wieder auflösen oder (...) grundsätzlich transformieren können“. Zudem können sich neue Politikfelder herausbilden und ggf. als distinkte Felder langfristig etablieren, wie z.B. die Umweltpolitik (Haunss/Hofmann 2015). Weiterhin wird zumeist eine spezifische Mehrebenenstruktur unterstellt. Dabei tendieren die weitverbreiteten Multi-Level Governance-Ansätze dazu, die gegenwärtigen politisch-administrativen Ebenen (international, supranational, national, subnational, lokal) als einzig relevante, unveränderliche, natürlich gegebene, eindeutig voneinander abgegrenzte, relativ autonome, maßgeblich territorial definierte sowie hierarchisch geordnete Entitäten zu begreifen (Lang/Sauer 2016).

Folglich wird häufig zunächst danach gefragt, wie (Entscheidungs-)Kompetenzen verteilt sind, um sich sodann auf eine oder mehrere dieser politisch-administrativen Ebenen, deren Akteur*innen und Prozesse zu fokussieren. Unberücksichtigt bleiben somit allzu oft jene Akteur*innen, die an den gesetzgebenden und politisch-administrativen Tätigkeiten zwar nicht aktiv beteiligt sind und diese auch nicht unmittelbar beeinflussen, gleichwohl aber etwa als zivilgesellschaftlich Handelnde gesellschaftliche (Transformations-)Prozesse anstoßen (z.B. durch die #RotlichtAus-Kampagne oder die Sexarbeit ist Arbeit. Respekt!-Kampagne), in wirkmächtige diskursive Praktiken involviert sind (z.B. Sozialarbeitende, die im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit ein bestimmtes Bild von Sexarbeiter*innen zeichnen) oder auf andere Art und Weise das menschliche Zusammenleben mitgestalten (z.B. durch das Initiieren eines Hurenstammtisches).

Das gesellschafts-politische Handeln solcher Akteur*innen erfolgt nicht selten jenseits der politisch-administrativen Mehrebenen-Logik und kann daher besser mit poststrukturalistischen Politics-of-Scale-Ansätzen erfasst werden. Denn diese Ansätze verorten politisches Handeln „in spaces and alliances that do not reside neatly in specific governance levels, but instead take place in, for example, inter-sectoral, trans-regional, scale-jumping contexts“ (Lang/Sauer 2016, 218). Damit erweitern sie den Blick für jene politischen Prozesse, die sich jenseits oder zwischen formal institutionalisierten Regierungsebenen vollziehen (Staehli/Kofman 2004). So wer-

den z.B. auch das Zuhause, der Körper oder der Straßenstrich zu politisch relevanten Entitäten. Politics-of-Scale-Ansätze regen an, den politischen Raum konstruktivistisch zu rekonzeptualisieren und danach zu fragen, wie dieser aus der Perspektive von unterschiedlichen Akteur*innen jeweils beschaffen ist. Welche (diskursiven) Räume sind für welche Akteur*innen von Bedeutung? Wo finden relevante Aushandlungsprozesse statt? Welches Bild machen sich die Akteur*innen von dem politischen Raum und seiner (Relevanz-)Struktur, und welche Konsequenzen ziehen sie daraus für ihr (zum Teil strategisches) Handeln (Papanastasiou 2017; Lang/Sauer 2016)?

Die SiA kann mit ihrer Sozialen Welten/Arenen-Theorie eine Rekonstruktion der Politikfeld-Kartographie im Sinne der Politics-of-Scale-Ansätze unterstützen. Dabei kann der Arena-Begriff äquivalent mit dem Politikfeld-Begriff verwendet werden. Eine Arena ist ein diskursiver Raum, in dem ein bestimmtes (gesellschafts-politisches) Thema (z.B. Prostitution/Sexarbeit) verhandelt wird. Arenen können kurzzeitig oder auch als „ongoing sites of contestation, negotiations and controversy“ (Clarke/Friese/Washburn 2018, 148) über einen längeren Zeitraum existieren. Inspiriert von einem weiten, feministischen Politikbegriff, demzufolge politisches Handeln nicht nur in staatlichen Institutionen stattfindet, gehe ich davon aus, dass der Gegenstand der Arena an vielfältigen, unterschiedlich zugänglichen Schauplätzen verhandelt wird: nicht nur in staatlichen Institutionen (wie Parlamenten), sondern z.B. auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen (bspw. Deutscher Frauenrat, Terre des Femmes, Diakonie Deutschland); in Netzwerken und Bündnissen; an Runden Tischen (z.B. Runder Tisch Prostitution NRW, Runder Tisch Sexarbeit Berlin); auf Podiumsdiskussionen, Tagungen und Kongressen; in den sozialen Medien (Twitter, Facebook etc.) sowie an Orten des alltäglichen Lebens (auf der Straße, im Bordell; in der Kneipe etc.). Manche Arenaschauplätze sind als relevante Aushandlungsorte anerkannt, wie etwa Parlamente, während andere kaum beachtet werden (z.B. der Straßenstrich; die Beratungs- bzw. Anlaufstelle für Sexarbeiter*innen). Arenen sind (potenziell) wandelbare Entitäten. Eine Arena entsteht und erhält ihre charakteristische Gestalt und Struktur durch die je spezifische Art und Weise der Interaktion der Akteur*innen, die am Diskurs beteiligt sind.

Das Besondere der Sozialen Welten/Arenen-Theorie besteht darin, dass sie nicht nur von jeweils einem Diskursuniversum – der Arena – ausgeht, sondern annimmt, dass sich innerhalb einer Arena viele weitere, mehr oder weniger voneinander abgegrenzte und relational konstituierte politische (Diskurs-)Räume aufspannen: die Sozialen Welten. Damit ermöglicht die SiA, die feministische Idee „einer Vielzahl von konfliktorisch angelegten Öffentlichkeiten“ (Lang 2004, 77) in die PFA zu integrieren. Clarke et al. (2018, 148) zufolge sind Soziale Welten „the principle affiliative mechanisms through which people organize social life“. Die Sozialen Welten weisen jeweils ein eigenes Innenleben auf (ebd.). In Sozialen Welten geben Akteur*innen den Dingen, Erfahrungen, Ereignissen, anderen Menschen etc. eine Bedeutung, entwickeln so eine geteilte Perspektive und ziehen daraus Konsequenzen.

zen für ihr (gemeinsames) Handeln (Clark/Star 2008). In den sozialen Welten können sich kollektive Identitäten ausbilden, die dann – in unterschiedlicher Weise und unterschiedlichem Ausmaß – in der Arena zum Vorschein kommen und sich dort an den (konflikthaften) Auseinandersetzungen beteiligen (Clarke/Friese/Washburn 2018, 150).

Soziale Welten können sich u.a. hinsichtlich ihrer Größe (groß vs. klein), ihrer Reichweite (international vs. lokal), ihrem Verortungsgrad (fest mit bestimmten Orten verbunden vs. geringerer Grad räumlicher Bindung), ihrem Ausmaß an Öffentlichkeit (sehr öffentlich vs. kaum sichtbar), ihrem Institutionalierungsgrad (sich in der Gründung befinden vs. etabliert, gut organisiert) und ihrer Grenzziehung⁴ (starke Grenzziehung nach außen vs. große Durchlässigkeit und Schnittstellen mit anderen sozialen Welten) unterscheiden (Strauss 1978). Insofern ist das Konzept der Sozialen Welt sehr elastisch und ermöglicht, auch jene kollektiven Akteur*innen und losen Zusammenschlüsse in der Analyse zu berücksichtigen, die nur einen geringen Institutionalierungsgrad aufweisen und möglicherweise auch nicht die Kriterien erfüllen, um als soziale Bewegung gelten zu können (Clark/Star 2008).

Anselm Strauss (1978) geht davon aus, dass es endlos viele soziale Welten geben kann. Fortwährend können sich neue soziale Welten bilden (wie z.B. im deutschen Kontext seit 2013 die Welt der Prostitutionsgegner*innen), während bestehende soziale Welten womöglich beharrlich in ihrer ursprünglichen Form weiter existieren, sich transformieren (z.B. seit 2017 die Welt der Sozialen Arbeit im Zuge der Implementierung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG)) oder aber auch auflösen. Mittels einer historischen Analyse können Veränderungen und Kontinuitäten im Zeitverlauf identifiziert und neue analytische Fragen generiert werden, etwa welche Sozialen Welten in prostitutionspolitische Auseinandersetzungen um 1900 oder in den 1980er/90er-Jahren involviert waren (vgl. Clarke 2012, 244ff.).

Es kann auch zu einer internen Segmentierung von sozialen Welten kommen (ebd.). Die Gründe für die Herausbildung von Subwelten (wie z.B. der radikal-feministischen Subwelt in der Welt der Prostitutionsgegner*innen) mit zum Teil eigenen Diskursuniversen können vielfältig sein und müssen anhand des jeweiligen empirischen Falls herausgearbeitet werden. Innerhalb und zwischen den Subwelten findet politisches Handeln statt und werden Konflikte verhandelt (etwa zur Rolle von Frauen* mit Prostitutionserfahrung: Inwiefern sollte ihnen ein besonderer Expert*innenstatus zukommen?). Wie kann nun aber eine Analyse der Arena und der in ihr agierenden sozialen Welten forschungspraktisch gelingen? Die situationsanalytische Werkzeugkiste hat hier das Instrument der Soziale Welten/Arena-Map zu bieten.

Soziale Welten/Arena-Map⁵

Schon die Chicago School des symbolischen Interaktionismus untersuchte städtische Sozialräume, indem sie diese in graphischer Form kartierte (Offenberger 2019). In dieser Tradition stehend, greift die SiA ebenfalls auf Kartierungstechniken zurück.

Im Verlauf des Forschungsprozesses wird, basierend auf der Analyse der gewonnenen Daten, eine Soziale Welten/Arena-Map erstellt, mittels derer die sozialen Welten, die an einer spezifischen Arena (z.B. Prostitutions-/Sexarbeitsarena) partizipieren, in ihrer relationalen Ko-Konstitution dargestellt werden können (Clarke/Friese/Washburn 2018, 147ff.).⁶ Dabei fördert das Mapping insbesondere eine relationale Machtanalyse sowie ein tiefergehendes Verständnis einzelner sozialer Welten. Identifiziert werden kann, wer in der Arena über welche Gestaltungs- und Transformationsmöglichkeiten verfügt, wer bspw. den Diskurs in der Prostitutions-/Sexarbeitsarena dominiert, wer eher marginalisiert ist, wessen Stimme kaum gehört wird. Wer ist an den diskursiven Auseinandersetzungen gar nicht beteiligt, z.B. Migrant*innen(selbst)organisationen in der Prostitutions-/Sexarbeitsarena? Außerdem kann herausgefunden werden, wo etwaige Konfliktlinien in und zwischen sozialen Welten verlaufen. Über Größe und Positionierung der sozialen Welten können diese relationalen Aspekte graphisch verdeutlicht werden (Clarke/Friese/Washburn 2018, 155f.). Des Weiteren dienen z.B. unterschiedliche Linienstärken und -arten der Visualisierung der Grenzziehungspraktiken. Die Arbeit an einer Sozialen Welten/Arena-Map kann das weitere theoretische Sampling maßgeblich inspirieren. Dabei spielen Differenz und Heterogenität eine große Rolle (ebd., 16). Ziel ist es, möglichst vielfältige Perspektiven einzufangen, anstatt sich an Repräsentativitätskriterien und Normalverteilungskurven zu orientieren (Clarke 2012, 274). Insbesondere marginalisierte Perspektiven sollen aufgespürt und dargelegt werden. Neben denjenigen politischen Akteur*innen bzw. sozialen Welten, die den Arena-Diskurs dominieren, gut vernetzt sind und über einen etablierten Zugang zu staatlichen Institutionen verfügen, gilt es auch jene wahrzunehmen, die (tendenziell) marginalisiert oder gar exkludiert werden (bspw. männliche*, trans*, migrantische oder drogengebrauchende Sexarbeiter*innen). Methodisch herausfordernd ist es, das zum Schweigen Gebrachte sprechen zu lassen. Hier kommen selbst governance-orientierte Netzwerkanalysen, die darum bemüht sind, auch marginalisierte Akteur*innen mit zu erheben, oftmals an ihre Grenzen (Abels 2016). Zur Lösung dieses Problems schlägt die SiA u.a. vor, mit dem Konzept der ‚implizierten Akteur*innen‘ zu arbeiten, das sich für eine politikfeldspezifische feministische Machtanalyse als wertvoll erweist.

Der Fokus auf implizierte Akteur*innen

Im Einklang mit intersektionalen, postkolonial-feministischen und anderen (de-) konstruktivistische Repräsentationstheorien (z.B. Emejulu/Mügge 2018; Cress 2018; Saward 2006; Castro Varela/Dhawan 2004) richtet die SiA den Fokus auf implizierte Akteur*innen. Dies sind Personen, „(who are) explicitly constructed and/or addressed by a social world and for whom the actions of that world may be highly consequential – but who are either not present or not allowed to be fully agentic in the actual doings of that world“ (Clarke 2015, 138f.). Die SiA fragt nach machtvollen Repräsentationspraxen und deren Effekten insbesondere auf die Partizipationsmög-

lichkeiten der Repräsentierten (Clarke/Friese/Washburn 2018, 77). *Wer wird durch wen auf welche Weise* in einer sozialen Welt bzw. der Arena dargestellt? Wer beansprucht für wen stellvertretend zu sprechen? Welches Repräsentationshandeln wird in der sozialen Welt bzw. Arena anerkannt, welches wird als defizitär zurückgewiesen oder gar ignoriert? Situationsanalytische Forschungsprojekte erörtern, inwiefern die Macht- und Herrschaftsverhältnisse einer sozialen Welt (oder der gesamten Arena) durch die jeweils vorherrschenden Repräsentationspraxen und die damit einhergehenden Subjektformationen (re-)produziert oder verändert werden. Implizierte Akteur*innen verfügen über wenig bis keine Handlungsmacht (Agency). Sie sind nicht

actively involved in actual negotiations of self-representation in the social world or arena, nor are their thoughts or opinions or identities explored or sought out by other actors through any openly empirical mode of inquiry (such as asking them questions). They are invited by those in greater power neither to participate nor to represent themselves on their own terms. If physically present, they are largely ignored and/or silenced (ebd., 76).

Allerdings können Personen, die zu den implizierten Akteur*innen gehören, in einer anderen sozialen Welt durchaus über ein größeres Ausmaß an Agency verfügen. Nach diesen alternativen Handlungsräumen und Partizipationsmöglichkeiten ist im Forschungsprozess explizit zu suchen (z.B. nach der Agency von Sexarbeiter*innen hinsichtlich des Umgangs mit Sperrbezirksverordnungen oder der Kondompflicht nach dem ProstSchG). Generell wird mit der SiA das Ziel verfolgt, etablierte, hegemoniale Repräsentationspraxen zugunsten epistemischer Diversität zu durchbrechen (Clarke 2015).

DAS SICHTBARMACHEN VON EPISTEMISCHER DIVERSITÄT

Feminisms also affect how we go about research (...). Pushing ourselves and others to be open to new ways of seeing and knowing, to legitimate and promote epistemic diversity (knowledge production by differently situated producers), and to work against epistemic violence that erases or silences minor voices and perspectives are each and all important (Clarke 2015, 120).

Es gilt somit anzuerkennen, dass es nicht nur eine Perspektive auf die Prozesse, die umkämpften Themen und Policies, die Akteur*innen, Beziehungen und Strukturen eines Politikfeldes bzw. einer Arena gibt: „there are many and diverse ‘ways of knowing’ or ‘local epistemologies’“ (Clarke 2019, 22). Dementsprechend gibt es auch nicht ‚die‘ eine, sondern vielfältige und z.T. widersprüchliche Perspektiven auf Prostitution/Sexarbeit bzw. auf prostitutionspolitische Prozesse. So ist etwa die Perspektive einer Sexarbeiter*in, die auf dem Ordnungsamt eine Anmeldebescheinigung nach dem ProstSchG (sogenannter ‚Hurenpass‘) beantragen muss, vermutlich eine andere als die einer Abgeordneten, die an der Verabschiedung des ProstSchG beteiligt war. Um dieses Postulat für epistemische Diversität in konkrete feminis-

tisch-herrschaftskritische Forschungspraxis zu übersetzen ist ein großes Maß an analytischer Offenheit im Forschungsprozess zwingend. Dies erfordert ein abduktives anstelle eines deduktiven Vorgehens. Dementsprechend ist der Forschungsprozess nicht hypothesentestend. Situationsanalytische Theoriebildung erfolgt vielmehr iterativ-zyklisch: „the researcher tacks back and forth between the nitty-gritty specificities of empirical data and more abstract conceptual ways of thinking about them“ (Clarke/Friese/Washburn 2018, 28). Konkret bieten die verschiedenen Mapping-Strategien methodische „Werkzeuge, um zwischen verschiedenen Welten zu vermitteln“ (Clarke 2012, 272) und die Heterogenität des Politikfeldes bzw. der Arena sichtbar zu machen. Im Verlauf des situationsanalytischen Forschungsprozesses werden drei Arten von Maps erstellt, die verschiedene Funktionen erfüllen können: Neben der bereits erläuterten Sozialen Welten/Arena-Map sind dies Situationsmaps und Positionsmaps. Das Mapping kann helfen, die Daten aufzubrechen, in die Analyse einzusteigen und neue Interpretationsansätze zu entwickeln. Es kann aber auch die Generierung von weiteren Daten anregen oder in Form von Projekt-Maps zur Veranschaulichung der Analyseergebnisse beitragen.⁷

Situationsmaps identifizieren die verschiedenen in der Situation (d.h. im Politikfeld bzw. der Arena) vorhandenen Elemente. Sie helfen die Komplexität der Situation adäquat zu erfassen und zu theoretisieren, anstatt sie frühzeitig im Forschungsprozess zu simplifizieren (Clarke/Friese/Washburn 2018). Durch diese radikale Ausweitung des analytischen Blicks können auch bislang in der PFA weitgehend unberücksichtigte Elemente wahrgenommen werden (wie etwa die zahlreichen christlich-konservativen Akteur*innen, die zum Bündnis Gemeinsam gegen Menschenhandel e.V. gehören). Elemente, die im Datenmaterial identifiziert wurden, werden zunächst ungeordnet auf einer sogenannten *Messy Map* festgehalten. Im Anschluss können sie mit Hilfe von Kategorien in eine geordnete Situationsmap in tabellarischer Form gebracht werden. Clarke unterscheidet z.B. individuelle (z.B. Alice Schwarzer) und kollektive menschliche Elemente/Akteur*innen (z.B. der Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen) sowie diskursive Konstruktionen der selbigen, lenkt den Blick aber auch auf nicht-menschliche (z.B. Kondome, Kleidung, Bußgelder, die ‚Rotlicht-Aus-Fahne‘ auf Demos) und sozio-kulturelle/symbolische Elemente (z.B. Gender oder Ethnizität).⁸ Auch die Forscher*in selbst ist als ein Element auf der Situationsmap zu erfassen, denn sie ist aktiv an der Wissensproduktion beteiligt und womöglich als teilnehmende Beobachterin auch unmittelbar in die untersuchten Prozesse involviert (ebd.). Die Reflexion der eigenen Situiertheit ist essentiell, da die postmoderne SiA nicht von einer „naiven Objektivität“, sondern von einer „nicht-unschuldigen Subjektivität“ ausgeht (Clarke 2012, 76). Neben Messy Maps und geordneten Maps werden auch diverse *relationale Situationsmaps* erstellt. Hierbei wird ein spezifisches Element fokussiert (z.B. männliche* Aktivist*innen in der Welt der Prostitutionsgegner*innen), um sodann zu fragen, in welcher Beziehung dieses zu sämtlichen weiteren Elementen steht: „How and why do they matter to one another, if at all? Does a change in one element provoke change in the other?“ (Clarke/Friese/

Washburn 2018, 138) So kann ein innovatives und kreatives analytisches Denken angeregt werden, das in Memos schriftlich festgehalten werden sollte. Welche Rolle kommt z.B. Männern* in der Welt der Prostitutionsgegner*innen zu? Inwiefern sind die Partizipationsmöglichkeiten in dieser Welt vergeschlechtlicht?

Die dritte Mapping-Technik hat die Inhalte von Sprechakten zum Gegenstand. *Positionsmaps* zeigen die Struktur eines Diskurses, indem sie die im Datenmaterial vorhandenen diskursiven Positionen zu einem bestimmten Thema ebenso ausmachen wie jene, die von niemanden in der Arena bzw. sozialen Welt eingenommen werden (*positions not taken*) (ebd., 165ff.). Deutlich wird, welche Positionen im Diskurs ggf. gar nicht artikulierbar sind. Diesen diskursiven Exklusionen kann durch theoretisches Sampling und weitere Analyse nachgegangen werden. Positionsmaps werden in drei analytischen Schritten erstellt. Zunächst werden zentrale, i.d.R. umkämpfte Themen der Arena bzw. sozialen Welten identifiziert. Sodann werden wesentliche Dimensionen bestimmt, entlang derer sich die Positionen voneinander unterscheiden. Im letzten Schritt werden alle vorhandenen Positionen graphisch in einem zweidimensionalen Raum verortet, der sich zwischen einer vertikalen (Dimension 1) und einer horizontalen Achse (Dimension 2) aufspannt. Somit werden auch ggf. vorhandene Orte diskursiven Schweigens sichtbar.

Fazit

Mit der SiA kann dem bereits existierenden Methodenrepertoire für feministisch-kritische PFA, zu dem u.a. die Critical-Frame-Analyse (Verloo/Lombardo 2007) und der poststrukturalistische „What’s the Problem Represented to be?“-Ansatz (Bacchi 2009; Bacchi/Goodwin 2016) gehören, eine weitere, vielversprechende Option hinzugefügt werden. Forschende können mithilfe der SiA auch politische Prozesse, kritikwürdige Herrschaftsverhältnisse sowie marginalisierte politische Räume und implizierte Akteur*innen untersuchen, die im Rahmen von PFA sonst oftmals keine Berücksichtigung finden. Ausgehend von der Soziale Welten/Arenen-Theorie kann eine radikale konzeptionelle Ausweitung des politischen Raumes erfolgen. Somit kann eine potenziell unendliche Vielzahl von politischen Kommunikations- und Interaktionsräume (Arenen und soziale Welten) analysiert und dadurch der enge, gouvernementale Politikbegriff erfolgreich überwunden werden. Konkret bieten die Mapping-Strategien methodische Werkzeuge, mit deren Hilfe ein Politikfeld in seiner ganzen Heterogenität sichtbar gemacht werden kann. Das forschungspraktische Vorgehen der SiA entspricht im besten Sinne Hofmanns (1997) Plädoyer für eine offene und kritisch-reflexive Forschungspraxis. Die SiA kann insbesondere die feministische (Hankivsky/Jordan-Zachery 2019; Lombardo/Meier/Verloo 2017) sowie die kritische und interpretative (Münch 2016; Fischer et al. 2015) Policy-Analyse bereichern und zu deren Weiterentwicklung einen wertvollen Beitrag leisten. Ihr Potenzial könnte sie zukünftig auch in anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft entfalten.

Anmerkungen

- 1 Bsp. für eine Ausnahme: Negal (2019). Hier finden situationsanalytische Elemente im Rahmen einer politischen Ethnographie Anwendung.
- 2 Ich danke Gabriele Abels und Elisabeth Conradi für wertvolle Kommentare zu diesem Artikel, sowie meiner Tübinger Schreibgruppe – insbesondere Ursula Offenberger, Anna Reinhardt und Birte Kimmerle – für so manche inspirierende situationsanalytische Diskussion jenseits disziplinärer Grenzen. Außerdem gilt mein Dank den anonymen Gutachter*innen sowie den Herausgeber*innen für hilfreiche Anmerkungen.
- 3 Die SiA wird im deutschsprachigen Kontext v.a. in der soziologischen Diskussion rezipiert, findet aber zunehmend auch in anderen Disziplinen Beachtung, z.B. in der Pflegewissenschaft (Kimmerle/Offenberger/Sayn-Wittgenstein 2020).
- 4 Oft sind diese Grenzen jedoch porös, fluide und können sich immer wieder wandeln (Clarke/Friese/Washburn 2018). Wenn sie sich dagegen empirisch als sehr starr und unbiegsam erweisen, dann ist das bemerkenswert. Die Grenzen können dabei mit organisationalen Grenzen weitgehend übereinstimmen oder aber auch quer durch Organisationen verlaufen. Verschiedene soziale Welten können sich aber auch überschneiden. Für solche Schnittstellen kann es ganz unterschiedliche Gründe geben. „A major analytic task“, so Strauss (1978, 123), „is to discover such intersecting and to trace the associated processes, strategies and consequences“.
- 5 Für ein abstraktes Beispiel einer solchen Map siehe: Clarke 2012, 149; Clarke/Friese/Washburn 2018, 152.
- 6 Die Datengewinnung kann auf vielfältige Weise erfolgen – in der Regel mittels Triangulation. Zur Anwendung kommen u.a. leitfadengestützte offene Interviews, Gruppengespräche/Fokusgruppen, teilnehmende Beobachtungen inkl. ethnographische Interviews. Außerdem können zahlreiche Dokumente, Homepages, Tweets, Blogs etc. Berücksichtigung finden.
- 7 Neben dem Mapping wird zur Datenanalyse auch auf das Memo-Writing und z.T. auf das GT-Kodieren zurückgegriffen. Besonders gut kompatibel ist die SiA mit der konstruktivistischen GT von Charmaz (2014).
- 8 Für eine vollständige Liste s. Clarke/Friese/Washburn 2018, 131. Diese Kategorien sind allerdings keine fixen Größen, sondern können und sollten mit Blick auf das jeweilige Forschungsprojekt angepasst werden.

Literatur

Abels, Gabriele, 2016: Multi-Level Governance: Tailoring a 'Favourite Coat' to the Needs of 'Gender Fashion'. In: Abels, Gabriele/MacRae, Heather (Hg.): Gendering European Integration Theory. Opladen, Berlin et al., 99-121.

Ackerly, Brooke A./True, Jacqui, 2020: Doing Feminist Research in Political and Social Science. London.

Althoff, Martina/**Apel**, Magdalena/**Bereswill**, Mechthild/**Grulich**, Julia/**Riegraf**, Birgit, 2017: Feministische Methodologien und Methoden. Traditionen, Konzepte, Erörterungen. Wiesbaden.

Bacchi, Carol Lee, 2009: Analysing Policy. What's the Problem Represented to Be? Frenchs Forest.

Bacchi, Carol Lee/**Goodwin**, Susan, 2016: Poststructural Policy Analysis. A Guide to Practice. New York.

Blatter, Joachim/**Langer**, Phil C./**Wagemann**, Claudius, 2018: Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden.

Castro Varela, Maria do Mar/**Dhawan**, Nikita, 2004: Horizonte der Repräsentationspolitik – Taktiken der Intervention. In: Roß, Bettina (Hg.): Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft.

Perspektiven für eine anti-rassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft. Wiesbaden, 205-226.

Charmaz, Kathy, 2014: Constructing Grounded Theory. Los Angeles, et al.

Clarke, Adele E., 2012: Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn. Wiesbaden.

Clarke, Adele E., 2015: Feminism, Grounded Theory, and Situational Analysis Revisited. In: Clarke, Adele E./Friese, Carrie/Washburn, Rachel S. (Hg.): Situational Analysis in Practice. Mapping Research with Grounded Theory. Walnut Creek, 119-154.

Clarke, Adele E., 2019: Situating Grounded Theory and Situational Analysis in Interpretive Qualitative Inquiry. In: Bryant, Antony/Charmaz, Kathy (Hg.): The SAGE Handbook of Current Developments in Grounded Theory. Thousand Oaks, California, 3-47.

Clarke, Adele E./**Star**, Susan Leigh, 2008: The Social Worlds Framework: A Theory/Methods Package. In: Hackett, Edward J./Amsterdamska, Olga/Bijker, Wiebe E./Lynch, Michael/Wajcman, Judy (Hg.): The Handbook of Science and Technology Studies. Cambridge (3. Aufl.), 113-137.

Clarke, Adele E./**Friese**, Carrie/**Washburn**, Rachel, 2018: Situational Analysis. Grounded Theory After the Interpretive Turn. Los Angeles, London, et al (2. Aufl.).

Collins, Patricia Hill, 2019: Intersectionality as Critical Social Theory. Durham.

Cress, Anne, 2018: Feministische Repräsentationskritik. (Dis-)Kontinuitäten von den ersten deutschen Frauenbewegungen bis in die Gegenwart. In: Femina Politica. 27 (2), 25-39.

Emejulu, Akwugo/**Mügge**, Liza, 2018: Who is Seen and Heard in Politics? Intersectionality and Political Representation. In: Migration and Citizenship. 6 (1), 44-51.

Fischer, Frank/**Torgerson**, Douglas/**Durnová**, Anna/**Orsini**, Michael (Hg.), 2015: Handbook of Critical Policy Studies. Cheltenham, UK.

Hankivsky, Olena/**Jordan-Zachery**, Julia S. (Hg.), 2019: The Palgrave Handbook of Intersectionality in Public Policy. Basingstoke, Hampshire.

Haunss, Sebastian, 2015: Einleitung: Entstehung und Wandel von Politikfeldern. In: der moderne staat. 8 (1), 3-6.

Haunss, Sebastian/**Hofmann**, Jeanette, 2015: Entstehung von Politikfeldern - Bedingungen einer Anomalie. In: der moderne staat. 8 (1), 29-49.

Harders, Cilja/**Kahlert**, Heike/**Schindler**, Delia, 2005: Forschungsfeld Politik: Method(ologien) - Geschlecht - Politik. In: Harders, Cilja/Kahlert, Heike/Schindler, Delia (Hg.): Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften. Wiesbaden, 7-24.

Hesse-Biber, Sharlene Nagy, 2012: Feminist Research: Exploring, Interrogating, and Transforming the Interconnections of Epistemology, Methodology, and Method. In: Dies. (Hg.): Handbook of Feminist Research. Theory and Praxis. Los Angeles CA, 2-26.

Hofmann, Jeanette, 1997: Über Repräsentationen und Praktiken empirischer Forschung in der Politikwissenschaft. In: Femina Politica. 6 (1), 42-52.

Kimmerle, Birte/**Offenberger**, Ursula/**Sayn-Wittgenstein**, Friederike zu, 2020: Die Situationsanalyse als Weiterentwicklung der Grounded Theory. Am Beispiel einer empirischen Untersuchung zur Kinderkrankenpflege in Frühen Hilfen. In: QuPuG. 7 (2), 86-94.

Lang, Sabine, 2004: Politik - Öffentlichkeit - Privatheit. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hg.): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte - Verknüpfungen - Perspektiven. Wien, 65-81.

Lang, Sabine/**Sauer**, Birgit, 2016: European Integration and the Politics of Scale: A Gender Perspective. In: Abels, Gabriele/MacRae, Heather (Hg.): Gendering European Integration Theory. Opladen, Berlin et al., 217-236.

- Lombardo**, Emanuela/**Meier**, Petra/**Verloo**, Mieke, 2017: Policymaking from a Gender+ Equality Perspective. In: *Journal of Women, Politics & Policy*. 38 (1), 1-19.
- Münch**, Sybille, 2016: Interpretative Policy-Analyse. Wiesbaden.
- Negnal**, Dörte, 2019: Interpretieren als transsituationale Praxis. Das Beispiel präventiver Polizeiarbeit als Professionspolitik. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 29 (2), 287-305.
- Offenberger**, Ursula, 2019: Anselm Strauss, Adele Clarke und die feministische Gretchenfrage. Zum Verhältnis von Grounded-Theory-Methodologie und Situationsanalyse. In: *FQS*. 20 (2), Art. 6.
- Papanastasiou**, Natalie, 2017: How Does Scale Mean? A Critical Approach to Scale in the Study of Policy. In: *Critical Policy Studies*. 11 (1), 39-56.
- Sauer**, Birgit, 2012: Und sie bewegt sich noch. Feministische Theorien in der Politikwissenschaft. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hg.): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Wien, 105-116.
- Saward**, Michael, 2006: The Representative Claim. In: *Contemporary Political Theory*. 5 (3), 297-318.
- Staeheli**, Lynn A./**Kofman**, Eleonore, 2004: Mapping Gender, Making Politics: Toward Feminist Political Geographies. In: Staeheli, Lynn A./Kofman, Eleonore/Peake, Linda J./Peake, Linda (Hg.): *Mapping Women, Making Politics. Feminist Perspectives on Political Geography*. London, 1-13.
- Strauss**, Anselm L., 1978: A Social Worlds Perspective. In: *Studies in Symbolic Interaction*. 1, 119-128.
- Verloo**, Mieke/**Lombardo**, Emanuela, 2007: Contested Gender Equality and Policy Variety in Europe. Introducing a Critical Frame Analysis Approach. In: Verloo, Mieke (Hg.): *Multiple Meanings of Gender Equality. A Critical Frame Analysis of Gender Policies in Europe*. Budapest, 21-49.

Wirkung, Einfluss und Folgen im Mehrebenendesign – Steuerungsstrategien zur elterlichen Arbeitsteilung und ihre Übersetzung

LISA YASHODHARA HALLER

Die Persistenz der geschlechtlichen Arbeitsteilung als methodische Herausforderung

Seit dem Erstarken der ‚neuen‘, durch die rot-grüne Koalition begründeten Familienpolitik ist geschlechtliche Arbeitsteilung ein zentrales Steuerungsziel staatlicher Interventionen. Dabei avanciert Elternschaft zu einer umkämpften Arena gleichstellungspolitischer Bemühungen. Die trotz veränderter Steuerungsziele anhaltende Persistenz einer geschlechtlichen Arbeitsteilung, die sich in Paarbeziehungen insbesondere zum Zeitpunkt der Familiengründung ausdifferenziert, wird mit einem

als ‚natürlich‘ gedeuteten Eigensinn individueller Elternpaare begründet, was diesen eine gewisse Resistenz gegenüber den Reformen zuschreibt. Wirkungsanalysen dieses Bereichs ermitteln meist statistische Korrelationen und Nutzungsverhalten, unklar bleibt jedoch, in welcher Weise staatliche Steuerung sich auf elterliche Arbeitsteilung als privaten Bereich des Familienlebens auswirkt. Da die Lebensphase der Familiengründung familienpolitisch stark flankiert wird, ist anzunehmen, dass die Beständigkeit einer geschlechtlichen Arbeitsteilung sich nicht ausschließlich mit den individuellen Interessen von Paaren begründen lässt.

Vielmehr sind Entscheidungen zur Arbeitsteilung ein Produkt des Verständnisses und der Deutung der staatlichen Steuerungsabsicht durch unterschiedliche Akteur*innen, die diese Absicht im Politikprozess immer wieder übersetzen. Dies erstreckt sich von der Makroebene der Ausgestaltung eines Steuerungsziels durch die Politik über die Mesoebene, wo die Steuerungsabsicht durch staatliche Institutionen wie Behörden und Verwaltung interpretiert wird, bis zur Mikroebene der Adressierten, wo sich Geschlechterdifferenzierung konkret in der Interaktion des Paares konstituiert. Ob und wie familienpolitische Leistungen wirken, hängt wesentlich von interpersoneller Deutung im Zusammenhang mit Kontextbedingungen ab, die als Übersetzungsleistung zu verstehen ist. In dieser Übersetzung werden von den Beteiligten Deutungen vorgenommen, aus denen sich komplexe Zusammenhänge von Wirkung, Einfluss und Folgen der Familienpolitik ergeben (vgl. Abbildung 1). Diese wiederum sind zur forschungspraktischen Bewertung des Nutzens staatlicher Maßnahmen ausgesprochen relevant. Für die Analyse von Geschlechterdifferenzen muss diese dreigliedrige Perspektive in ihrer Komplexität noch ergänzt werden. Denn wenn Steuerungsinstrumente in gleichstellungspolitischer Absicht auf eine Arbeitsteilung zielen, die Geschlechterdifferenz erzeugt, verändert oder verfestigt, erfolgt die Adressierung nicht nur an eine, sondern mindestens an zwei Personen.¹ Diese verstehen die Instrumente im Rahmen ihres Paararrangements interaktiv mit Sinn, deuten sie gemeinsam und verständigen sich darauf, welche Bedeutung sie der jeweiligen Leistung zuschreiben. Daher muss auch der Verständigungsprozess innerhalb der Paarbeziehung als Untersuchungsgegenstand herangezogen werden (Haller 2018, 13). Obwohl die intersubjektive Herstellung der *Geschlechterdifferenz* in zahlreichen Aktionen zwischen Einzelpersonen erfolgt, wird durch ihre Vielfältigkeit im Alltagshandeln ein allgemeines Wissen generiert und in das *Geschlechterverhältnis* überführt. Darin interagieren Frauen und Männer nicht mehr in einzelnen Austauschverhältnissen, sondern werden als soziale Gruppen zueinander positioniert (Becker-Schmidt/Knapp 1995, 16).

Einschlägige politikwissenschaftliche Mehrebenenendesigns haben die Bedeutung steuerungspolitischer Maßnahmen bislang mehrheitlich anhand quantitativer Einflussfaktoren untersucht (u.a. Tausendpfund 2020; Jäckle 2015). Sie fragten z.B. nach der Häufigkeit, mit der eine Leistung eine bestimmte Personengruppe erreicht. Mehrebenenanalysen, die auf die Wirkung familienpolitischer Maßnahmen abzielen, ermitteln meist anhand statistischer Daten Korrelationen (vgl. Kümmerling/

Postels 2020; Grunow 2017; Hipp/Leuze 2015; Berninger 2009). Eine erbrachte Leistung und die damit veränderte monetäre Allokation – die Menge an Geld, die einem Haushalt zur Verfügung steht und Möglichkeiten beeinflusst, z.B. bei familialen Problemen eine Paarberatung oder zur Kindesbetreuung eine Kita in Anspruch zu nehmen – stellen aber aus der Perspektive der Adressierten noch keine Wirkung dar. Diese entsteht vielmehr aus dem, was die Adressierten aus dem Input der Steuerungsressource machen, wie sie diese verstehen und interpretieren, mit Sinn anreichern und nutzen. Die mit einer Steuerungsabsicht adressierten Eltern, so lässt sich eine grundlegende Prämisse über das hier fokussierte empirische Feld zusammenfassen, sind insofern selbst Produzierende der Steuerungswirkung, statt diese nur zu beziehen. Wirkungen bzw. Wirkungszusammenhänge sind dann als Abfolge von Deutungen und Bedeutungszuschreibungen zu verstehen. Hier setzt der vorliegende Beitrag an, indem er der Frage nachgeht, wie durch die Vermittlung mehrerer Ebenen eine Wirkung – begriffen als Verständnis der Steuerungsabsicht, ihrer Deutung und der Bedeutungszuschreibung aus der Perspektive der Adressierten – konzeptualisiert werden kann.

Um diese Vermittlungszusammenhänge auf unterschiedlichen Ebenen herzuleiten, wird im nachfolgenden *zweiten Abschnitt* der Stand der kontroversen Auseinandersetzung um die Analyse und Feststellung von Wirkung, Einfluss und den Folgen für die Ausrichtung staatlicher Steuerungsinstrumente skizziert. Im *dritten Abschnitt* erfolgt die experimentelle Kombination verschiedener Techniken der empirischen Sozialforschung, wobei Erkenntnisse aus Wirkungs-, Einfluss- und Folgenforschung für die Konzeptualisierung von Übersetzungsschritten im Rahmen eines qualitativen Mehrebenendesigns fruchtbar gemacht werden. Der *vierte Abschnitt* schließt die Überlegungen ab, indem der Nutzen des vorgestellten Forschungsdesigns für eine feministische Wirkungsforschung umrissen wird.

Wirkung als Verständnis der Steuerungsabsicht

Da kaum belastbare Daten dazu vorliegen, wie staatliche Steuerung das Handeln von Subjekten tatsächlich beeinflusst, gerät die diesbezügliche *Ursache-Wirkungsbeziehung* aktuell zu einem zentralen Kampfplatz methodischer Auseinandersetzungen.² In medial-öffentlichen Debatten, in Politikberatung und Geschlechterforschung – überall wird absichtsvoll auf den Begriff der Wirkung zurückgegriffen. Insbesondere im Kontext sozial- und familienpolitischer Leistungen, Maßnahmen und Interventionen bleibt der Fragenkomplex, was wie und aus welchen Gründen wirkt, beliebter Spekulationsgegenstand. Die Anekdote, nach der im Jahr 2007 die amtierende Familienministerin Ursula von der Leyen fest davon ausging, die Steigerung der Geburtenrate sei auf das von ihr im selben Jahr eingeführte Gesetz zum Elterngeld und der Elternzeit (BEEG) zurückzuführen, während Bundeskanzlerin Angela Merkel als Ursache der vermehrten Geburten die Fußball-WM des Vorjahres vermutete, illustriert dies.

Der Duden definiert eine *Wirkung* als „durch eine verursachende Kraft bewirkte Veränderung“ (Dudenredaktion o.J.: Wirkung). Als Instrument zur Systematisierung von Ursache-Wirkungszusammenhängen, und um sich auf unterschiedliche Wirkungsverständnisse in verschiedenen Stadien des Politikprozesses verständigen zu können, hat sich in den Praxisfeldern der Politikwissenschaft das systemtheoretische Modell der Wirkungskette etabliert, die den Prozess des Entstehens einer Wirkung in vier Wirkungsebenen differenziert. Abbildung 1 stellt diese Ebenen schematisch dar und führt auf, wie sie interpersonell jeweils als Wirkung gedeutet werden können. Unterschieden werden dabei (1) Input-Indikatoren, welche die verursachende Kraft oder Steuerungsressource ermitteln, die investiert wird, um eine Veränderung zu bewirken, und (2) Output-Indikatoren, welche jene direkte Wirkung identifizieren, die durch die Steuerungsressource erzielt werden. Eine indirekte Wirkung wird als Einfluss der Steuerungsressource durch (3) Outcome-Indikatoren erfasst, während (4) Impact-Indikatoren langfristige Wirkung und damit in gewisser Weise die bleibenden Folgen ermitteln (u.a. Wenzelburger/Zohlnhöfer 2015, 21). Indem *Einfluss* als Beeinflussung und damit als potenzielle Möglichkeit einer Wirkung verstanden wird (Dudenredaktion o.J.: Einfluss), kann eine indirekte Wirkung, die erst durch die Deutung der Steuerungsressource durch die Adressierten zustande kommt, beschrieben werden. *Folgen* begriffen als das Produkt einer nachhaltigen Wirkung, entfalten in der Definition der Folgenforschung ihre Wirkung erst durch eine Co-Produktion der Adressierten. Diese verhalten sich zu einer Steuerungsressource und verursachen im Rahmen von spezifischen Verhaltensweisen eine Wirkung (Pawson/Tilly 1997).

Abbildung 1: Wirkungskette unter Berücksichtigung interpersoneller Deutungsmuster



Quelle: eigene Darstellung

Die meisten Analysen, die die Untersuchung von Wirkungszusammenhängen beabsichtigen, beschränken sich auf die Analyse von Output- und Outcome-Indikatoren. An prominenter Stelle verfolgte diesen Ansatz eine vom Bundesministerium für Fa-

milie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) in Auftrag gegebene Gesamtevaluation. Darin wurde nach der Wirkung der zentralen familienpolitischen Leistungen auf die Ziele einer nachhaltigen Familienpolitik gefragt. Im Rahmen dieser Auftragsforschung erfolgte zudem erstmals „eine systematische und umfassende Wirkungsanalyse der wichtigsten ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen“ (Heimer et al. 2016, 2). Forschungspraktisch wurde hier ein Mixed-Methods-Design mit quantitativem Schwerpunkt gewählt, um die hohe Anzahl von über hundert familienpolitischen Leistungen und Maßnahmen bewältigen zu können. Obgleich im Design der Studie dargelegt wird, dass die Errechnung des fiskalischen Volumens der Leistungen für eine wirkungsorientierte Evaluation nicht ausreiche, werden die Deutungen der Eltern und die darin ausgedrückten Wirkungsweisen in der Analyse wenig berücksichtigt. So argumentieren die Forschenden zwar, dass die vorgenommene Ergänzung der quantitativen um qualitative Methoden eine „deutlich genauere Erfassung des ‚Akzeptanzbildes‘ im Sinne von Begründungen, Deutungsmustern und erklärenden Hintergrundinformationen“ biete, die Ergebnisse fokussieren jedoch stattdessen die Ermittlung der „Bekanntheit, Bewertung und Inanspruchnahme der ehe- und familienbezogenen Leistungen durch unterschiedliche Familientypen“ (ebd., 31). Wirkung wird darin folglich mit der Inanspruchnahme der Leistung gleichgesetzt. Neben dem Anspruch der Bewältigung hoher Fallzahlen scheint ein zentraler Grund hierfür im Fehlen eines methodischen Repertoires zu liegen, mit dem der Impact und damit die langfristigen Folgen einer politischen Intervention gemessen werden könnten. So wird die Messung von Impact-Indikatoren dadurch erschwert, dass Veränderungen häufig erst verzögert eintreten und sich im besten Fall nicht nur auf die unmittelbar Adressierten, sondern auch auf deren soziales Umfeld beziehen (Gerbrände 2016, 317). Darüber hinaus stellt die Komplexität, die sich aus der Untersuchung von Übersetzungen zwischen den Ebenen ergibt, eine plausible Erklärung dafür dar, dass Bedeutungen, welche die Adressierten staatlichen Steuerungsinstrumenten zuschreiben, sowie Umgangsweisen, welche aus den Beurteilungen resultieren, bislang wenig erforscht wurden. Um den Stand der Auseinandersetzung um die Feststellung und Analyse von Wirkung, Einfluss und Folgen für die Ausrichtung staatlicher Steuerungsinstrumente darzustellen und anschließend ihren Gehalt für Übersetzungsschritte von Politikzielen in einem Mehrebenen-Design zu ermitteln, greife ich im Folgenden auf die drei von Bernd Dollinger (2018, 247) herausgearbeiteten Paradigmen der Wirkungsforschung zurück: Evidenzbasierung, realistische Evaluation und performative Folgenforschung.

Paradigmen der Evidenzbasierung

Evidenzbasierung³ „wird ganz allgemein als Beschaffung und Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Zweck der Weiterentwicklung und Verbesserung“ (Tornow 2014, 94) verstanden. Der Gegenstand der Verbesserung bleibt offen: Unter

das Paradigma dieses interdisziplinär etablierten Konzepts fallen politische Steuerungsinstrumente ebenso wie Maßnahmen und soziale Interventionen. Im Rahmen der beschriebenen Wirkungskette soll das Steuerungsinstrument möglichst effizient die erwünschte Steuerungswirkung erzielen. „Um Verzerrungen wissenschaftlicher Ergebnisse zu verhindern, wird eine Klassifizierung von wissenschaftlichen Evaluationsstudien verfolgt, an deren Spitze randomisierte Kontrollstudien – randomized controlled trials (RCTs) – stehen“ (Dollinger 2018, 248). Mit dem Ziel größtmöglicher Objektivität werden ausschließlich numerische Daten genutzt, welche die Darstellung quantitativ belegbarer Sachverhalte ermöglichen. Dies eröffnet das Potential der Vergleichbarkeit. Die Ursache einer Wirkungsfolge lässt sich jedoch anhand statistischer Korrelationen nicht ermitteln: Haben sich zahlreiche Paare infolge der durch das Elterngeld ausgelösten finanziellen Anreize dazu entschieden, eine Familie zu gründen, oder war es der Sieg Italiens bei der Fußball-WM 2006, der die Deutschen massenhaft ihren Trost in sexuellen Aktivitäten hat suchen lassen?

Da in evidenzbasierten, quasi-experimentellen Versuchen lediglich Kausalitäten gemessen werden, „diese aber „sequenziell, dekontextualisiert, apersonal und auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten hin ausgerichtet“ (Dollinger 2018, 250, Herv. i. O.) sind, bleibt der lange Weg unbekannt, den die Steuerungsabsicht bis zur Steuerungswirkung durch unterschiedliche Institutionen und die darin deutenden und handelnden Personen zurücklegt. Damit ist die Veränderung von Steuerungszielen der Analyse nicht zugänglich. Auch Befunde von Experimentalstudien, die nicht im realen Lebensraum der Adressierten stattfinden, können in Rückgriff auf Roy Bhaskar als nicht realistisch kritisiert werden (Bhaskar 2008, 1975). Da Kontext- und Subjektbezüge unter den Bedingungen eines Experimentes keine Berücksichtigung finden, werden die Adressierten auf eine passive Reaktionsfläche der Wirkung reduziert (Casa und Hains 2009, zit. n. Dollinger 2018, 257). Trotz wichtiger Befunde, die mit evidenzbasierten Ansätzen generiert werden können, sind sie für das Vorhaben, die Übersetzung von der Makroebene der staatlichen Steuerung mit der Mesoebene der Deutung durch Multiplikator*innen und der Mikroebene der Aushandlungen im Paar zu konzeptualisieren, weitestgehend ungeeignet.

Paradigmen der realistischen Evaluation

Innerhalb des Paradigmas der realistischen Evaluation ist eine spezifische Vorgehensweise entwickelt worden, um Verkürzungen monokausaler Ursache-Wirkungsprinzipien in nicht standardisierten Settings der sozialen Praxis entgegenzutreten und gleichsam Wirkungsmechanismen wohlfahrtsstaatlicher Leistungserbringung identifizieren zu können, damit diese einen „möglichst optimalen Beitrag zur erwünschten Zielerreichung leisten“ (Albus et al. 2009, 103). Entsprechend zeichnet sich das Paradigma dadurch aus, dass es im Gegensatz zur Realitätsferne dekontextualisierter Experimentalstudien Wirkung als Resultat von Einflüssen und Mechanismen innerhalb eines bestimmten Kontexts fasst (Pawson/Tilly 1997, 58). In der Absicht, ei-

nen geeigneten Bewertungsmaßstab für die Wirkung von Steuerungsstrategien in den Hilfen zur Erziehung zu entwickeln, wurden im Rahmen der Evaluation des Bundesprogramms „Wirkungsorientierte Jugendhilfe“ verschiedene Modelle der gerechtigkeitssensiblen Evaluation wohlfahrtsstaatlicher Leistungen entwickelt und erprobt. Dies bildet ein Beispiel des Paradigmas realistischer Evaluation, mit dem die Relevanz des Kontexts für die Analyse von Politiken hervorgehoben wird. Dabei wurden erstens Verkürzungen monokausaler Ursache-Wirkungsprinzipien in nicht standardisierten Settings der sozialen Praxis vermieden, zweitens die Beteiligung der Adressierten an der Herstellung der Wirkung berücksichtigt sowie drittens die Gefahren von Standardisierungsstrategien für die soziale Praxis einbezogen (Albus et al. 2009, 103). Der Operationalisierung relevanter Wirkungsmechanismen wird im Rückgriff auf den Ökonomen Amartya Sen und die Rechtsphilosophin Martha Nussbaum ein Konzept der Verwirklichungschancen zugrunde gelegt. Das Ziel der Evaluation besteht so nicht nur darin, die Wirkungsweise staatlicher Steuerungsinstrumente zu erforschen; stattdessen soll im Rahmen einer komplexeren Perspektive erfasst werden, „wie, warum und unter welchen Bedingungen (die Instrumente) wirken“ (ebd., 109). Die hierfür entwickelten Untersuchungsdesigns versuchen, den komplexen Bedingungen sozialer Praxis, unter denen spezifische Maßnahmen ihre kontextabhängige Wirkung entfalten, zu entsprechen. Dazu dient die Untersuchung von Wirkungszusammenhängen auf der Struktur-, Prozess- und Adressiertenenebene (ebd., 104). So kann im Rahmen von Evaluationen Wissen über Ursache-Wirkungsbeziehungen in spezifischen Kontexten generiert und ein Bezugspunkt „fachlicher Reflexion“ (Albus et al. 2010, 241) hergestellt werden. Wirkfaktoren werden in Bezug auf die Adressierten und ihre Lebensbedingungen konzeptualisiert und Wirkung als begrenzt auf spezifische Kontexte aufgefasst.

Paradigmen der performativen Folgenforschung

Die performative Folgenforschung fokussiert darüber hinaus staatliche Steuerung als „Intervention in komplexe soziale Zusammenhänge, die stets aktiv reproduziert werden (Dollinger 2018: 253): „Wirkungen resultieren gemäß diesem Ansatzpunkt nicht aus allgemeinen Gesetzmäßigkeiten“ (ebd., 253), vielmehr entstehen ihre Mechanismen in den Interaktionen, welche die mit der Steuerungsabsicht adressierten Subjekte entwickeln, während sie sich mit den Steuerungsinstrumenten auseinandersetzen. Die performative Folgenforschung bewertet Wirkung daher „nicht auf der Grundlage prädefinierter Maßstäbe, sondern rekonstruiert Bewertungen aus empirischen Zusammenhängen (...)“ (ebd., 254). Da Adressierte innerhalb dieses Paradigmas als Co-Produzierende von Wirkung begriffen werden, „kann die Wirkung einzig induktiv aus der Interaktionspraxis erschlossen werden“ (ebd.). Kausalität ist hier eine „Kategorie der sozialen Wirklichkeit“ und damit abhängig von den Deutungen der Adressierten (ebd.). Evidenz entsteht dann aus den Interaktionen der Beteiligten einer Wirkungsabsicht (ebd. 255). Explorative Designs zur Untersu-

chung der Folgen staatlicher Interventionen bieten die Möglichkeit, Vermittlungszusammenhänge aus den Begründungen und Deutungen der Adressierten induktiv herauszuarbeiten und an die jeweils vorgängige Ebene rückzubinden. Wie Folgen sozialer Hilfe konzeptualisiert werden und Adressat*innen in die Konstitution von Folgen eingebunden sind, ist ein expandierendes Forschungsfeld, das staatliche Interventionen in Form sozialer Hilfe untersucht.⁴

Die experimentelle Kombination verschiedener Techniken der empirischen Sozialforschung zu einem Mehrebenendesign

In der deutschsprachigen Familienpolitikforschung wird davon ausgegangen, dass Steuerungsinstrumente in der Regel eine spezifische Steuerungsabsicht implizieren, die häufig als Kompromiss unterschiedlicher Interessen und Akteur*innen entsteht und entsprechend inkohärent sein kann (Bothfeld 2008, 14). Die deutsche Gesetzgebung benennt zwar explizite Verhaltenserwartungen im Zusammenhang mit bestimmten Steuerungsstrategien, diese können jedoch mit weiteren, impliziten Erwartungen verknüpft sein. Die unzureichende Durchsetzung gleichstellungspolitischer Ziele wird in der feministischen Politikwissenschaft als „Fragmentierung“ beschrieben, durch die in der vertikalen Politikvermittlung das Steuerungsziel nicht das gewünschte Steuerungsergebnis erlangt (Bothfeld 2008, 5). Eine vertikale Fragmentierung entsteht beispielsweise, wenn Gesetzesänderungen von Multiplikator*innen in Behörden, Verwaltung und Facheinrichtungen anders gedeutet werden, als dies von der gesetzgeberischen Seite intendiert war und dadurch veränderte Steuerungsziele an die Adressierten vermittelt werden. So kommt es zu einer Inkohärenz zwischen der institutionellen Regulierung und den tatsächlichen sozialen Praktiken (ebd.). Da der Zusammenhang zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene nicht ohne Weiteres herzustellen ist, stellen die Übersetzungsschritte in der Vermittlung von Politikzielen und ihre enorme Bedeutung für die Gleichstellung der Geschlechter sowohl politische Steuerungsstrategien als auch deren Untersuchung vor Herausforderungen. Obgleich die Perspektive zur Untersuchung der Übersetzung in der Vermittlung von Mehrebenendesigns immer wieder zum Streitpunkt forschungstheoretischer Auseinandersetzungen wird, besteht vor dem Hintergrund vertikaler Fragmentierungstendenzen Einigkeit, dass sowohl im Hinblick auf die Untersuchung der vielfältigen Vermittlungszusammenhänge zwischen alltagsstrukturierenden Rahmenbedingungen und subjektiven Lebensweisen als auch hinsichtlich der Wechselwirkungen zwischen diesen Ebenen ein dringender Forschungsbedarf besteht. So weist Regina Becker-Schmidt auf die Gefahr hin, dass subjektorientierte und strukturtheoretische Betrachtungsweisen, „die in ihrer je eigenständigen Perspektive für die Erschließung von Geschlechterrelationen unentbehrlich sind, sich gegeneinander abdichten und verselbständigen“ (Becker-Schmidt 2013, 13). Davon ausgehend hebt Angelika Wetterer das Potential von Mehrebenenanalysen für die Geschlechterforschung hervor, die den Wechselwirkungen zwischen Strukturierung und Subjektivierung ge-

recht würden (Wetterer 2009, 60). Eine Rekonstruktion der mannigfaltigen Vermittlungszusammenhänge wird also von unterschiedlichen Seiten als Desiderat für die Konstitution von Geschlechterverhältnissen herausgestellt. Während in Soziologie und Sozialer Arbeit die zentrale Funktion der Deutungen von Adressierten als Wirkungsproduzierende längst erkannt ist und ein neues, wachsendes Forschungsfeld qualitativer Ausrichtung begründet hat, bleiben qualitative Analysen der Deutungen, Interpretationen und die damit einhergehenden Folgen von Politikprozessen in politikwissenschaftlichen Designs ein weitgehend marginalisierter Forschungsbereich. Vor diesem Hintergrund wird nachfolgend ein Mehrebenendesign skizziert, das es ermöglicht, Wirkung, Einfluss und Folgen staatlicher Steuerungsstrategien auf die Arbeitsteilung und damit auch auf die Geschlechterdifferenzierung von Paaren zu untersuchen. Um die Vermitteltheit der politischen Steuerung auf der Makroebene mit den Geschlechterdifferenzierungen elterlicher Arbeitsteilung auf der Mikroebene zu konzeptualisieren, wurden die in der realistischen Evaluation konzipierten Wirkungsebenen der Struktur-, Prozess- und Adressiertenebene auf das Wirkungsverständnis der beschriebenen Wirkungskette übertragen. Im Folgenden werden diese drei Wirkungsebenen in das Paradigma der performativen Folgenforschung eingeordnet, aus der eine Steuerungswirkung, begriffen als Verständnis der Steuerungsabsicht, ihrer Deutung und Bedeutungszuschreibung aus der Perspektive der Adressierten, resultiert.

Output: die direkte Steuerungswirkung

Mit dem Begriff des Outputs richtet sich der Blick zunächst auf die Makroebene, und zwar mit folgenden Fragestellungen: Welche Leistungen werden durch eine Gesetzesänderung an eine Zielgruppe vergeben oder welche Infrastrukturleistung eröffnet einer Zielgruppe Handlungsmöglichkeiten? Und wie könnte dies die Arbeitsteilung des Paares beeinflussen? Dazu werden mithilfe einer Dokumentenanalyse der relevanten Gesetzestexte die Modifikationen, die sich bei der Vergabe familienpolitischer Leistungen und Maßnahmen durch die Gesetzesänderungen ergeben, herausgearbeitet. Da sich diese in der Ausschüttung monetärer Mittel oder dem Zugang zu Infrastrukturleistungen materialisieren, zeigt sich, wer zu welchen Leistungen in welcher Höhe und unter welchen Umständen berechtigt ist. So können erste Aufschlüsse darüber gewonnen werden, in welcher Weise eine steuerungspolitische Maßnahme für die Adressierten relevant ist. Die Strukturebene bezieht sich insofern auf den Output der Leistungsausschüttung oder der Bereitstellung einer Infrastruktur und die damit entstehenden Handlungsräume. Die Reichweite der hier beschriebenen Untersuchung beschränkt sich auf die Frage, welche (Handlungs-) Möglichkeiten für welche spezifischen Adressat*innengruppe durch eine Gesetzesänderung eröffnet oder geschlossen werden.

Outcome: die indirekte Steuerungswirkung

Die Prozessebene wiederum bezieht sich auf Outcome, Nutzung, Verständnis und Deutung der Leistung. Um die Makroebene der veränderten Leistungsansprüche mit der Mesoebene, d.h. der konkreten Übersetzung einer Leistung im Rahmen von Institutionen oder Organisationen durch Behörden, Verwaltungsangestellte, Fachkräfte, oder andere Multiplikator*innen zu verknüpfen, werden die Ergebnisse und damit einhergehende Annahmen, die sich aus der Untersuchung der jeweiligen Ebenen ergeben, als steuerungspolitische Annahmen zusammengefasst. Dabei handelt es sich nicht um Hypothesen, die es als Kausalzusammenhänge zu überprüfen gälte. Vielmehr wird die nachfolgende Auswertung informiert: Konkret geben die Ergebnisse als steuerungspolitische Annahmen z.B. Auskunft über das Wirkungsverständnis der an der Übersetzung beteiligten Akteur*innen, sodass sie deren Übersetzungsleistung transparent machen und so als Ausgangspunkt für die weiterführenden Untersuchungen dienen. Das Verständnis der Steuerungsabsicht durch die beteiligten Akteur*innen kann beispielsweise im Rückgriff auf Expert*inneninterviews, Gruppendiskussionen, eine Aktenanalyse oder teilnehmender Beobachtung rekonstruiert werden.

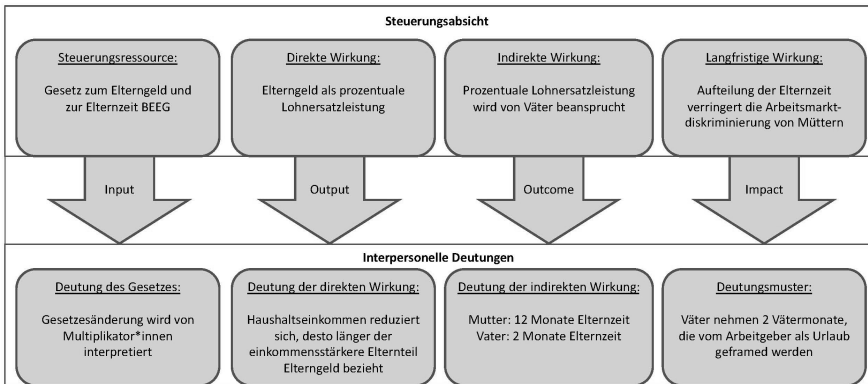
Impact: die langfristigen Folgen

Die Untersuchung des Impacts erfasst Deutungsmuster, die sich als langfristige Folge des Wirkungsprozesses herausbilden. Soziale Deutungsmuster bieten Ulrich Oevermann zufolge Orientierungen in der sozialen Welt, die für selbstverständlich gehalten werden. Ein Deutungsmuster weist „einen funktionalen Bezug auf eine Systematik deutungsbedürftiger objektiver Handlungsprobleme auf, (und) gibt eine intersubjektive verbindliche Antwort auf diese Probleme“ (Oevermann 2001, 5). Zentral ist dabei, dass sich Deutungsmuster von den Bedingungen ihres Entstehens ablösen und verselbständigen, wodurch sie eine gewisse Persistenz erhalten. Als kollektive Strukturen eines sozialen Unbewussten sind Deutungsmuster „relativ autonom und stellen eine eigenständige Dimension sozialer Wirklichkeit dar“ (Geimer 2018, 38).

Den Impact und damit die langfristigen Folgen im Rahmen einer Wirkungskette zu untersuchen, stellt ein methodisches Desiderat dar, dessen konzeptionelle Bearbeitung noch in den Kinderschuhen steckt. Dazu wird vorgeschlagen, die Ergebnisse einer steuerungspolitisch induzierten Wirkungsabfolge in einen gesellschaftlichen Kontext einzubetten, aus den rekonstruierten Deutungen spezifische Deutungsmuster zu erschließen und diese in einen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Untersuchungen dieser Art könnten z.B. an folgenden Leitfragen orientiert sein: Was sagen dominante Deutungsmuster über die untersuchten Adressierten einer Steuerungsstrategie aus? Welche Position nehmen diese Muster in der gesellschaftlichen Gesamtheit ein, und wie verhalten sie sich zu denjenigen anderer Adressierter? Wie

verändern die jeweiligen Deutungsmuster die Steuerungswirkung? Verändert ein modifiziertes Deutungsmuster den Umgang der Paare mit einer bestimmten staatlichen Steuerungsstrategie und damit deren Wirkung? Konkret heißt das nicht nur, Adressierte einer Steuerungsabsicht zu ihren Deutungen zu befragen, sondern darüber hinaus die aus der Steuerungswirkung dominanten Muster zu rekonstruieren. Abbildung 2 kontrastiert die Steuerungsabsicht mit den Interpersonellen Deutungen der Wirkungsabsicht entlang der Wirkungskette am Beispiel des Elterngeldes

Abbildung 2: Wirkungskette am Beispiel des Elterngeldes



Quelle: eigene Darstellung

Was ist an Mehrebenenvermittlung feministisch?

Der vorliegende Beitrag widmete sich anhand einer experimentellen Kombination sozialwissenschaftlicher Methoden der Frage, wie durch die Vermittlung mehrerer Ebenen eine Wirkung – begriffen als Verständnis der Steuerungsabsicht, ihrer Deutung und der Bedeutungszuschreibung aus der Perspektive der Adressierten – konzeptualisiert werden kann.

Die Aufdeckung dieser Vermittlung mehrerer Ebenen ist politisch relevant, weil wir erst anhand solcher Zusammenhänge Politik als etwas verstehen können, das durch menschliches Handeln hervorgebracht wird. Ein Mehrebenenendesign, mit dem sich der Vermittlungsprozess anhand der durch Deutungen materialisierten Kausalitäten von der Makroebene der politischen Steuerungsabsicht über die Mesoebene der staatlichen Institutionen wie Behörden und der Verwaltung bis in die Paarbeziehung hinein als Keimzelle der Geschlechterdifferenzierung rekonstruieren lässt, stellt sich aus dieser Perspektive als genuin feministisches Anliegen dar. Es hilft dabei, die Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Verhalten von Subjekten zu verstehen, statt umstandslos vom einem auf das andere zu schließen (Bereswill/Neuber 2012, 159). Jenseits simplifizierter Ableitungsverhältnisse bietet das Konzept damit die Möglichkeit, Gesellschaftlichkeit in einzelnen Subjekten so-

wie in ihren Handlungen und Einstellungen wiederzuentdecken. Und das ist wiederum Bedingung dafür, gesellschaftliche Verhältnisse als gestalt- und damit veränderbar zu begreifen. Derzeit kann eine Engführung konstatiert werden, bei welcher die unterschiedlichen Ebenen getrennt voneinander untersucht werden. Vertreterinnen der Handlungsebene argumentieren, dass nur im Rahmen empirischer Analysen herausgefunden werden könne, in welcher Weise sich Subjekte in ihren Handlungen an vorgefundenen strukturellen Bedingungen orientieren. Eine derartige Subjektorientierung übersehe jedoch, so entgegnen die Vertreterinnen der Strukturebene, „dass es immer genuin gesellschaftliche Strukturen sind, die subjektivieren, und dass folglich die Weise der Subjektivierung nur gesellschaftstheoretisch zu erfassen ist“ (Soiland 2013, 94). Mit dem Versuch, die Wirkungs-, Einfluss- und Folgenforschung für die Geschlechterforschung fruchtbar zu machen, soll mit der hier vorgeschlagenen Verbindung realistischer Evaluation und performativer Folgenforschung ein Beitrag dazu geleistet werden, Mehrebenendesigns für die feministische Analyse von Vermittlungszusammenhängen aufzuschließen. Dahinter verbirgt sich die Überzeugung, jene „unsichtbaren Mechanismen“ (Meißner 2013, 214) zu entschlüsseln, die dazu führen, dass bei der Konstituierung von Arrangements zur Arbeitsteilung im Anschluss an die Familiengründung staatliche Steuerungsinstrumente „hinter dem Rücken“ (ebd.) der Subjekte wirken und sich eine Arbeitsteilung entsprechend des männlichen Familiernährermodells etabliert.

Anmerkungen

- 1 Aktuelle Forschungsarbeiten zu queeren Familien zeigen, dass diese beständig an der Anpassung an heterosexuelle Normen arbeiten und hier ebenso wie in heterosexueller Elternschaft zum Zeitpunkt der Familiengründung Geschlechterdifferenzierungen entlang der bipolaren Norm von Mutter- und Vaterschaft konstituiert werden (Mangold/Schröder 2020, 124-140; Wimbauer 2021, 249).
- 2 Johannes Bellmann und Thomas Müller beschreiben dies als Déjà-vu, da die Argumente in der Debatte um Ursache-Wirkungszusammenhänge denjenigen Prämissen ähneln, die im sogenannten Positivismusstreit der 1960er-Jahre über die Frage von Werturteilen in den Sozialwissenschaften ausgetauscht wurden. Dort plädierten die ausschließlich männlichen Vertreter des kritischen Rationalismus dafür, Probleme in ihre Einzelaspekte aufzuteilen, um sie isoliert zu analysieren und zu lösen. Vertretern der Kritischen Theorie hingegen ging es darum, die Vermitteltheit vermeintlich einzelner Probleme aufzudecken, um Voraussetzungen für ihre Überwindung zu schaffen (Adorno et al. 1969, zit.n. Bellmann/Müller 2011, 19).
- 3 Johannes Bellmann und Thomas Müller weisen darauf hin, dass die „in der deutschsprachigen Diskussion üblich gewordene Übersetzung von ‚evidence-based‘ mit ‚evidenzbasiert‘“ problematisch ist, da der deutsche Begriff das „augenscheinliche auf der Hand liegende“ beschreibt, während „evidence“ im Englischen als Nachweis, Hinweis oder Beleg aufgefasst wird (Bellmann/Müller 2011, 11).
- 4 Im DFG-Graduiertenkolleg „Zwischen Adressat*innensicht und Wirklichkeitserwartung: Folgen sozialer Hilfe“ an der Universität Siegen wird aktuell untersucht, wie Adressat*innen in die Konstitution von Folgen eingebunden sind. Eine Vorstudie untersuchte die Folgen sozialer Hilfen bereits in vier Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit, vgl. <https://folgensozialerhilfen.de/>

Literatur

Albus, Stefanie/Micheel, Heinz-Günter/Polutta, Andreas, 2009: „Wirkungsorientierte Jugendhilfe“ unter der empirischen Lupe. Welche Wirkungen sind von sozialpädagogischem Interesse und wie kann man sie erkennen? In: Soziale Passagen. Journal für Empirie und Theorie Sozialer Arbeit. 1 (1), 103-111.

Albus, Stefanie/Micheel, Heinz-Günter/Polutta, Andreas, 2010: Empirie der Wirkungsorientierung – Perspektiven einer evidenzbasierten Professionalisierung. In: Otto, Hans-Uwe/Polutta, Andreas/Ziegler, Holger (Hg.): What Works – Welches Wissen braucht die soziale Arbeit? Zum Konzept evidenzbasierter Praxis. Opladen, Berlin, Toronto, 231-244.

Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli, 1995: Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M., New York.

Becker-Schmidt, Regina, 2013: Konstruktion und Struktur. Zentrale Kategorien in der Analyse des Zusammenhangs von Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. In: Graf, Julia/Ideler, Kristin/Klinger, Sabine (Hg.): Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt. Theorie, Praxis, Perspektiven. Opladen, Berlin, Toronto, 19-42.

Bellmann, Johannes/Müller, Thomas, 2011: Evidenzbasierte Pädagogik – ein Déjà-vu? Einleitende Bemerkungen zur Kritik eines Paradigmas. In: Bellmann, Johannes/Müller/Thomas (Hg.): Wissen was wirkt. Kritik evidenzbasierter Pädagogik. Wiesbaden, 9-32.

Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke, 2012: Zur Bedeutung von Tätigkeit im Kontext gesellschaftlicher Prekarisierungsprozesse. In: Bereswill, Mechthild/Figlestadler, Carmen/Haller, Lisa Y./Perels, Marko/Zahradnik, Franz (Hg.): Wechselverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Dynamiken gesellschaftlicher Justierungsprozesse. Münster, 158-175.

Berninger, Ina, 2009: Welche familienpolitischen Maßnahmen fördern die Arbeitsmarktpartizipation von Müttern? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2009, Vol.61 (3), 355-385.

Bhaskar, Roy, 2008: A Realist Theory of Science. London.

Bothfeld, Silke, 2008: Under (re-)Construction – die Fragmentierung des deutschen Geschlechterregimes durch die neue Familienpolitik. ZeS-Arbeitspapier Nr. 1/2008. Internet: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/19571> (10.01.2021).

Dollinger, Bernd, 2018: Paradigmen sozial- und erziehungswissenschaftlicher Wirkungsfor- schung: Eine Analyse kausaltheoretischer Annahmen und ihre Folgen für die Soziale Arbeit. In: Soziale Passagen. Journal für Empirie und Theorie der Sozialen Arbeit. 10 (2), 246-262.

Dollinger, Bernd/Weinbach, Hanna, 2020: Folgen sozialer Hilfe. In: Soziale Passagen. Journal für Empirie und Theorie der Sozialen Arbeit. 12 (1), 179-184.

Dudenredaktion, o.J.: Einfluss. Internet: <https://www.duden.de/suchen/dudenonline/Einfluss> (12.09.2020).

Dudenredaktion, o.J.: Wirkung. Internet: <https://www.duden.de/suchen/dudenonline/Wirkung> (12.09.2020).

Gebrande, Julia, 2016: Wissensbasierte und informierte Soziale Arbeit. In: Gebrande, Julia/Metter, Claus/Bliemetsrieder, Sandro (Hg.): Kritisch ambitionierte Soziale Arbeit. Praxeologische Perspektiven. Weinheim, Basel, 313-328.

Geimer, Alexander, 2018: Deutungsmusteranalyse. In: Bohnsack, Ralf/Geimer, Alexander/Meuser, Michael (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. 4. Auflage. Opladen und Toronto, 38-41.

Grunow, Daniela, 2017: Theoriegeleitetes Sampling für international vergleichende Mixed-Methods-Forschung: Ein Beispiel der Untersuchung von Normen und Praxis familiärer Arbeitsteilung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69 (S2), 213-235.

Haller, Lisa Yashodhara, 2018: Elternschaft im Kapitalismus. Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern. Frankfurt, New York.

Heimer, Andreas/**Juncke**, David/**Risau**, Malte/**Knittel**, Tollmann/**Moog**, Stephan/**Braukmann**, Jan, 2016: Kurzfassung. Zukunftsreport Familie 2030. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Internet: <https://www.prognos.com/publikationen/alle-publikationen/649/show/c924f7cc5e339a89b60b51228db048af/> (12.09.2020).

Hipp, Lena/**Leuze**, Kathrin, 2015: Institutionelle Determinanten einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbsarbeit in Europa und den USA. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 67 (4), 659-684.

Jäckle, Sebastian, 2015: Mehrebenenanalyse. In: Hildebrand, Achim/Jäckle, Sebastian/ Wolf, Frieder/Heindl/Andreas (Hg.): Methodologie, Methoden, Forschungsdesign. Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden, 139-156.

Kümmerling, Angelika/**Postels**, Dominik, 2020: Ist die Geschlechterrolleneinstellung entscheidend? Die Wirkung länderspezifischer Geschlechterkulturen auf die Erwerbsarbeitszeiten von Frauen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 72 (2), 193-224.

Mangold, Katharina/**Schröder**, Julia, 2020: „Ganz normal und doch besonders“ Kategorisierungsarbeit queerer Familien. In: Peukert, Almut/Teschlade, Julia/Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Holzleither, Elisabeth (Hg.): Elternschaft und Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit. GENDER Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 5. Opladen, Berlin, Toronto, 124-140.

Meißner, Hanna, 2013: Feministische Gesellschaftskritik als onto-epistemo-logisches Projekt. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.): Geschlechter Interferenzen. Wissensformen – Subjektivierungsweisen – Materialisierungen. Münster, 163-208.

Oevermann, Ulrich (2001): Zur Analyse der Struktur sozialer Deutungsmuster. In: Sozialer Sinn. Zeitschrift für hermeneutische Forschung. 2001(2), 3-33.

Pawson, Ray/**Tilly**, Nick, 1997: Realistic Evaluation. London.

Soiland, Tove, 2013: Subversion, wo steckst Du? Eine Spurensuche an den Universitäten. In: Graf, Julia/Ideler, Kristin/Klinger, Sabine (Hg.): Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt. Theorie, Praxis, Perspektiven. Opladen, Berlin, Toronto, 93-114.

Tausendpfund, Markus, 2020: Mehrebenenanalyse. In: Tausendpfund, Markus (Hg.): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick. Grundwissen Politikwissenschaft. Wiesbaden, 119-164.

Tornow, Harald, 2014: Wie wirkt Wirkungsorientierung? In: Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV). Beiträge zu Theorie und Praxis der Jugendhilfe. 2014 (8), 89-103.

Wenzelburger, Georg/**Zohnhöfer**, Reimut, 2015: Konzepte und Begriffe der Vergleichenden Policy-Forschung. In: Wenzelburger, Georg / Zohnhöfer, Reimut (Hg.): Handbuch Policy-Forschung. Wiesbaden, 15-32.

Wetterer, Angelika, 2009: Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktionen – Eine theoretische Rekonstruktion. In: Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hg.): Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung. Münster, 42-65.

Wimbauer, Christine, 2021: Co-Parenting und die Zukunft der Liebe. Über post-romantische Elternschaft. Bielefeld.

Geschlecht, Subjekt und Macht empirisch erforschen, methodologisch neu denken: Ansätze für einen dekonstruktivistischen Blick auf vergeschlechtlichte Subjektwerdung

JUDITH CONRADTS

Einleitung¹

Wie kann eine diskursorientierte und dekonstruktivistische *empirische* Analyse mit dem Fokus auf Subjekt, Geschlecht und gesellschaftliche Machtverhältnisse methodisch erfolgen? Anhand einer qualitativen Studie zu vergeschlechtlichter Subjektwerdung Jugendlicher zeigt der Beitrag ein entsprechendes methodisches Vorgehen auf und verbindet Gruppendiskussionen mit der Grounded-Theory-Methodologie (GTM). Durch die Einbettung in poststrukturalistische Perspektiven und die Erweiterung um dekonstruktivistische Ansätze werden Gruppendiskussionen in ihrer Konzeption methodologisch erweitert bzw. neu pointiert. Das Spezifikum von Gruppendiskussionen, das aufeinander bezogene Sprechen, steht dabei im Mittelpunkt. Mit Blick auf das Erkenntnisinteresse wird vorgeschlagen, die Funktions- und Reproduktionsweisen von heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit wie auch deren Ausschlussmechanismen zu fokussieren. Nach der Skizzierung poststrukturalistischer Grundannahmen und Konsequenzen für den Blick auf vergeschlechtlichte Subjektwerdung erweisen sich Gruppendiskussionen als gewinnbringende Methode für diese Rahmung. Im Anschluss wird aufgezeigt, wie die GTM für eine poststrukturalistische Annäherung an Gruppendiskussionsverfahren genutzt werden kann und was das für feministische Forschung bedeutet.

Verknüpfungen beim Erkenntnisinteresse: Produktion von Zweigeschlechtlichkeit und *der Anderen*

Ausgangspunkt der im Beitrag angeführten Studie sind Beobachtungen zur gegenwärtigen Gleichzeitigkeit von Wandel und Beharren der Geschlechterordnung (z.B. Rendtorff/Riegraf/Mahs 2019). So stehen egalitäre Geschlechtervorstellungen, Gleichstellungspolitiken und geschlechtliche Vielfalt einerseits anhaltenden Ungleichheiten und Diskriminierungen sowie polarisierten und heteronormativen Geschlechterbildern andererseits gegenüber. Die Untersuchung leistet einen Beitrag dazu, diese ambivalenten Entwicklungen durch Perspektiven Jugendlicher zu erweitern und sie auf empirischer Grundlage subjektivierungstheoretisch einzuordnen. Zugleich vereinen sich mit Blick auf die Erkenntnisebene zwei Perspektiven, die aktuell in empirischer Forschung überwiegend getrennt bearbeitet werden: Oft stehen entweder die Herstellungsprozesse von heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit oder die Auswirkungen

jener Ordnung für davon abweichende ‚Andere‘ in separierten Betrachtungen im Mittelpunkt. Damit werden jedoch einerseits Festsetzungen von Zweigeschlechtlichkeit vorgenommen und das Bewahren der binären Geschlechterordnung fokussiert. Andererseits kann der Eindruck entstehen, Heteronormativität wirke sich lediglich für davon Abweichende – als *Betroffene* – negativ aus; Auseinandersetzungen mit ausschließenden Machtwirkungen der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit werden zu spezifischen ‚Minderheitenangelegenheiten‘ (vgl. Sedgwick 1990, 1). Selten befinden sich dagegen die machtdurchzogenen Interdependenzen von hierarchischen Geschlechterverhältnissen, zweigeschlechtlicher Ordnung und heteronormativen Ein- und Ausschlüssen im Fokus. Doch genau dieser Blick kann dazu beitragen, „die Verwobenheit von heteronormativen Geschlechter- und Sexualitätskonzepten mit einer androzentrischen bzw. patriarchalen Organisation von Gesellschaft“ (Klapeer 2015, 32) stärker herauszustellen. Meine im Folgenden diskutierte Dissertation (Conrads 2020) setzt hier an und untersucht empirisch die machtvollen Auswirkungen der heteronormativen Geschlechterordnung auch für heterosexuelle Cis-Jugendliche sowie die eine ‚Abweichung‘ anderer Jugendlicher erst erzeugenden Hervorbringungslogiken innerhalb gegenwärtiger Verhältnisse. Die Forschungsfrage lautet, auf welche Weise und unter welchen Bedingungen junge Menschen sich vor dem ambivalenten gesellschaftlichen Hintergrund zu vergeschlechtlichten Subjekten konstituieren. Damit wird untersucht, „wie Heteronormativität mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen verwoben ist, und wie nicht nur vergeschlechtlichte KörperSubjekte, sondern auch unterschiedlich positionierte und hierarchisierte vergeschlechtlichte KörperSubjekte macht- und gewaltvoll hervorgebracht werden“ (Bargetz/Ludwig 2015, 12). Diesem Blick auf die Hervorbringung und Positionierung vergeschlechtlichter Subjekte liegt eine erkenntnistheoretische Rahmung im Poststrukturalismus zugrunde. Demnach wird Geschlecht – und vergeschlechtlichte Subjekte – als etwas *Diskursives* betrachtet, wie im folgenden Kapitel ausgeführt wird.

Erkenntnistheoretische Grundannahmen: poststrukturalistische Perspektiven auf Subjekt(werdung) und Geschlecht(werdung)

Poststrukturalistische und diskurstheoretische Perspektiven gehen von einer produktiven Bedeutung von Sprache für die Konstitution von Wirklichkeit aus. Eine der Sprache vorgängige ‚Wirklichkeit‘ wird als nicht zugänglich und Wirklichkeit damit als stets diskursiv produziert gefasst. Mit Diskursen werden dabei jene historisch kontingenten Machtwirkungen bezeichnet, die das zu einem bestimmten Zeitpunkt Denk- und Sagbare herausbilden – und im Umkehrschluss Bereiche des Nicht-Denkbar und Unsagbar produzieren. Sie sind mit Michel Foucault „als Praktiken zu behandeln, die systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1981, 74). Poststrukturalistische Ansätze interessieren sich dafür, welche ‚Wahrheiten‘ auf diese Weise produziert, welche Möglichkeitsräume damit eröffnet und wie Machtverhältnisse hierbei wirksam werden.²

Auch Geschlecht wird nicht als etwas aufgefasst, das der Mensch per se ‚ist‘ oder ‚hat‘, sondern als kontingent diskursiv produziert und in Machtkontexten verortet. Foucault betrachtet Sexualität und sexuelle Subjekte in historischer Perspektive als Effekt von Macht. Er zeichnet nach, wie Sexualität durch die Konstruktion von Homosexualität als Abweichung und Heterosexualität als Norm erst produziert wird. Auch für Judith Butlers heterosexuelle Matrix als machtvolle Ordnung, die entlang einer binären Kohärenz von Sex, Gender und Begehren intelligible Subjekte hervorbringt, ist der performativ-produktive Aspekt zentral. Das bedeutet, dass die Individuen „selbst daran beteiligt sind, ein geschlechtlich und (hetero-)sexuell bestimmtes, anerkanntes Subjekt zu werden“ (Klapeer 2015, 36). Diese Aushandlungen haben auch konsensuale Züge, denn Macht bzw. Hegemonie operiert immer auch über Zustimmung – produziert aber zugleich auch Ausschlüsse (Laclau/Mouffe 1991 in Anlehnung an Gramsci). Daraus lässt sich eine „tolerante Heteronormalisierung“ (Ludwig 2016, 40) ableiten, in der die Offenheit und Toleranz gegenüber vormals als geschlechtlich oder sexuell deviant Ausgegrenztem konstitutiv ist und als Ausdruck von Modernität gesehen wird.

Hinterfragt wird auch der Ausgangspunkt am autonomen Subjekt, da auch das Ich nur innerhalb der sprachlichen Konstruktion existieren kann. Subjektwerdung wird als grundsätzlich unabgeschlossener Prozess aufgefasst. Für Butler konstituiert sich das Subjekt erst durch Anrufung, gibt es doch kein ‚Ich‘ hinter dem Diskurs (vgl. Butler 1997, 310). Dieser Anrufungsakt ist jedoch stets offen für Bedeutungsverschiebungen und damit prinzipiell instabil. Denn die Bedeutungszuweisung, die über die Anrufung – als performativen Sprechakt – vollzogen wird, ist immer nur eine zitاتفörmige Annäherung, ohne dass es ein dahinterliegendes Original gäbe. Subjekte entstehen in dieser Lesart somit stets *aus* und zugleich *innerhalb* von Sprache (vgl. Butler 2001, 101). Gleichzeitig wird die Bedeutung der Anderen im Prozess der Subjektwerdung deutlich: Die Abhängigkeit von der Anrufung und Anerkennung durch Andere verweist auf die Angewiesenheit auf Andere als konstitutives Merkmal von Subjektivierung (vgl. Butler 2001, 14). Und da in dieser Perspektive Sprache insbesondere über Differenzen operiert, „konstituiert sich das Subjekt durch einen bestimmten Prozess der Ausschließung und Differenzierung“ (Butler 1993b, 44). Das verworfene Andere ist für Butler ein konstitutives Element von Subjektivierung – über diese machtvolle Abgrenzung wird definiert, wer als Subjekt (nicht) gilt bzw. (nicht) gelten darf. Genau diese fortwährende Hervorbringung der Subjekte – der Prozess der Subjektivierung – steht im Mittelpunkt der hier verfolgten Analyse. Butlers Annahme, dass Prozesse der Subjektwerdung stets unabgeschlossen sind, macht sie zugleich anschlussfähig für dekonstruktivistische Ansätze. Diese gehen auf Derridas Grundgedanken der Dekonstruktion zurück und zielen darauf ab, „die hegemonialen Ein- und Ausschlußverfahren auf(zu)decken, wodurch Subjektpositionen konstruiert und konstituiert werden“ (Wartenpfuhl 1996, 206f.). Während rekonstruktive Ansätze auf die systematische, wissenschaftliche Rekonstruktion von Wirklichkeitskonstruktionen abzielen, suchen dekonstruktivistische auch nach den

Wirklichkeitsausschlüssen und damit das, was in den Diskursen nicht aufscheinen ‚darf‘. Die vorgestellte Studie arbeitet diskursive Mechanismen heraus, mittels derer junge Menschen sich im Sprechen zu vergeschlechtlichten Subjekten konstituieren. Im dekonstruktivistischen Sinn wird dabei nicht nur danach gefragt, *wie* Jugendliche sich als vergeschlechtlichte Subjekte formen, sondern auch, *welche Möglichkeiten*, sich selbst als vergeschlechtlichtes Subjekt wahrzunehmen, zu leben und zu sein, im Prozess der Subjektwerdung *auf welche Weise* ein- und ausgeschlossen werden. Denn die „Dekonstruktion der (vergeschlechtlichten) Körper und Subjekte eröffnet den Raum für die Frage, welche Formen von Subjekt-‚Sein‘ überhaupt als lebbar gelten – und was die Bedingungen dafür sind“ (Ludwig 2013, 91). In diesem Sinne werden sowohl rekonstruktive als auch dekonstruktivistische Verfahrensschritte miteinander verkoppelt.

Daran anknüpfend werden Gruppendiskussionen im Folgenden als methodisch induzierte Orte von (vergeschlechtlichter) Subjektconstitution gesehen, in denen (vergeschlechtlichte) Subjektivierungsprozesse im Vollzug beobachtet werden können.

Neuperspektivierung der Erhebung: Gruppendiskussion als Ort der Subjektformung

Gruppendiskussionen zählen zu den etablierten Verfahren qualitativer Sozialforschung (vgl. Przyborski/Wohlrab-Sahr 2014, 88ff.). Ziel ist, ein selbstläufiges Gespräch unter den Teilnehmenden anzuregen und so zu Erkenntnissen über deren Aushandlungsweisen bestimmter Themen zu gelangen. Oft gibt ein Gesprächsimpuls die inhaltliche Ausrichtung der Diskussion vor. Dadurch soll ein Sprechen über Themen initiiert werden, das ohne methodische Induktion nicht notwendigerweise erfolgt wäre. Zugleich wird auf ein von seiner Art her möglichst alltägliches Gespräch abgezielt (vgl. Loos/Schäffer 2001, 13).

Im deutschsprachigen Raum ist das Gruppendiskussionsverfahren eng verknüpft mit der dokumentarischen Methode und ihrer Suche nach regelgeleiteten, impliziten Wissensbeständen. In diesem Kontext zielt die Auswertung darauf ab, kollektive Orientierungsmuster herauszuarbeiten (Bohnsack 2000). Damit wird zugleich auf wissenssoziologische Grundannahmen zu konjunktiven Erfahrungshorizonten und impliziten Wissensbeständen zurückgegriffen, die mittels Gruppendiskussionen rekonstruiert werden können. Dem zugrunde liegt ein Repräsentanzmodell, das von einem Hervortreten von bereits Vorhandenem in den Gruppendiskussionen ausgeht: Die Äußerungen werden als Dokument für etwas Dahinterliegendes gesehen. Die Subjekte, deren kollektive Erfahrungen hier herausgearbeitet werden sollen, sind in dieser Perspektive also bereits konstituiert.

Für die hier gewählte Perspektive greift dieser Ansatz zu kurz, da das Subjekt nicht als Ausgangspunkt von Sinnerzeugung fungiert, sondern Sinn und Subjekt vielmehr in ihrer simultanen diskursiven Hervorbringung im Mittelpunkt stehen. Es geht also nicht allein um eine Widerspiegelung gemeinsam geteilter Orientierungen, sondern

vor allem darum, die Diskussionen als Herstellungsmoment von Subjektivität zu betrachten. Zentral dafür ist das erörterte poststrukturalistische Verständnis von Subjektwerdung als kontinuierlichem Prozess. Daher wird hier in Anschluss an Geipel (2019) vorgeschlagen, Gruppendiskussionen in poststrukturalistischer Rahmung als Orte der Produktion von Wirklichkeit und Hervorbringung von (vergeschlechtlichten) Subjekten zu fassen, in denen „machtvolle Prozesse der Konstitution und Verschiebung von Bedeutung(sordnungen) im Vollzug“ (Geipel 2019, Abs. 3) beobachtet werden können.

Eine Besonderheit in Gruppendiskussionen ist, dass nicht auf die separate Äußerung Einzelner fokussiert wird, sondern die aufeinander bezogenen Redebeiträge mehrerer Gesprächsteilnehmender im Mittelpunkt stehen. Diese können ihre Äußerungen gegenseitig fortführen und bekräftigen, aber auch infrage stellen und destabilisieren. Im poststrukturalistischen Verständnis von Subjektwerdung liegt nun genau in diesem Sprechen die performative und machtdurchdrungene Kraft der Konstitution von Subjekten. Indem sie sich gegenseitig vergeschlechtlicht anrufen und zueinander ins Verhältnis setzen, werden die Diskussionsteilnehmenden zu vergeschlechtlichten Subjekten. Somit ermöglichen gerade die in der Gruppendiskussion vorhandenen Mitdiskutierenden die fortwährende Hervorbringung eines vergeschlechtlichten Subjektstatus. Die Forschenden können sprachlich vollzogenen Prozessen der (Nicht-)Anerkennung und den machtvollen Mechanismen der Ein- und Ausschließung empirisch nachgehen, durch die (vergeschlechtlichte) Subjekte diskursiv hervorgebracht und hierarchisch positioniert werden. In besonderem Maß wird hierbei der subjektivierungstheoretisch zentrale Aspekt der gegenseitigen Angewiesenheit berücksichtigt. Da in Gruppendiskussionen die gegenseitige sprachliche Bezugnahme – etwa als Antworten, Bestätigungen oder Widersprüche – im Vordergrund steht, handelt es sich um eine Sprechsituation, „in der miteinander über Bedeutung verhandelt und sich zueinander ins Verhältnis gesetzt wird/werden muss“ (Geipel 2019, Abs. 16). Die Abhängigkeit des eigenen Subjektstatus von der Anerkennung durch Andere wird unmittelbar deutlich. Gruppendiskussionen sind durch die Anwesenheit von und Auseinandersetzung mit Anderen ein Ort, in dem mit einem Fokus auf die diskursiven Aushandlungsprozesse die mit Subjektivierungsprozessen untrennbar verbundenen Differenzierungen und Hierarchisierungen sowie damit verbundene Machtverhältnisse besonders hervortreten.

Sprechpositionen sind mit unterschiedlicher Durchsetzungsmacht verbunden. Sofern gebildet aus Alltagsgruppen, spiegeln die Diskussionen zugleich alltägliche (Nicht-)Anerkennungs- und Aus- und Eingrenzungsdynamiken wider, die die Subjektbildungen, so kann angenommen werden, auch über die konkrete Erhebungssituation hinaus prägen. Eine dem Alltag entsprechende Zusammensetzung, idealerweise durch die Teilnehmenden selbst, kann eine Selbstläufigkeit und insbesondere auch Selbstverständlichkeit des Diskussionsverlaufs dahingehend anregen, in der Sicherheit der gewohnten Gruppe nicht nur entlang sozialer Erwünschtheit, sondern auch gemäß den eigenen (Macht-)Dynamiken zu agieren.

Gruppendiskussionen als Aushandlungsorte, in denen diskursiv Wirklichkeit erzeugt wird, können nicht nur auf das hin untersucht werden, was in diesen Prozessen als ‚Wahrheit‘ konstruiert wird, sondern auch auf das, was nicht gesagt bzw. zum Schweigen gebracht wird oder kein Gehör findet, und was im Rahmen der Gruppe nicht (wahr) sein kann. Im dekonstruktivistischen Sinn wird nicht nur die rekonstruktive Herausarbeitung von sozialem Sinn oder intersubjektivem Konsens angestrebt, sondern auch „von einem konstitutiven Dissens“ (Angermüller 2005, 40) ausgegangen, der in Gruppendiskussionen aufgedeckt werden kann.

Ziel der poststrukturalistisch fundierten Analyse von Gruppendiskussionen ist folglich, mit Blick auf den diskursiv-produktiven, i.e. wirklichkeitsgenerierenden und subjektkonstituierenden Charakter des Sprechens, Subjektwerdung im Vollzug zu beobachten. Es gilt, die diskursiven Logiken und (Macht-)Mechanismen sowie die Bedingungen herauszuarbeiten, durch die und unter denen sich die Subjekte in den Diskussionen als solche konstituieren und positionieren. Aus feministischer Perspektive interessiert v.a. die vergeschlechtlichte Dimension dieser Prozesse und das diskursive Zusammenspiel von Geschlecht und Macht auf Subjektebene.

In der hier diskutierten empirischen Studie wurden Gruppendiskussionen mit Jugendlichen durchgeführt, die anhand eigener Geschlechtertausch-Erfahrungen zum Austausch über Geschlechtervorstellungen angeregt wurden.³ Exemplarisch wird an folgendem Materialauszug illustriert, wie dabei die fortwährend stattfindende Aushandlung von (Subjekt-)Anerkennung und (Subjekt-)Positionierungen unter den Teilnehmenden hervortritt und mit Bezugnahmen auf Geschlecht verbunden ist.⁴

Caro: *Also für Franziska war der Geschlechtertausch nichts Neues @*
 Helen: *@ (leise)*
 Franziska: *Das stimmt nicht (leise)*
 Helen: *Obwohl du ja schon auch übertrieben hast*
 Caro: *└ Ja das stimmt*
 Franziska: *└ Ja*
(Oleander-Gruppe)

Es zeichnet sich die machtvolle Differenzierung innerhalb dieser Gruppe ab, nach der Franziska von den zwei Mitdiskutantinnen und ihr selbst immer wieder als geschlechtlich abweichend positioniert wird, und zwar im Hinblick darauf, dass sie, als der eigenen Positionierung nach heterosexuelle (Cis-)Frau, nicht dem ‚klassischen‘ i.e. heteronormativen Frauenbild entspricht. Dies erfolgt meist auf scherzhafte Weise, ist jedoch gegenüber Franziska mit einer Ausgrenzung verbunden, indem ihr die Anerkennung eines eindeutigen Subjektstatus als Frau verwehrt wird. Das Ringen um diesen, das sich in ihrem nur zaghaft formulierten Widerspruch zu Caros Aussage zeigt, scheint hier abermals von der Anerkennung der Anderen abhängig zu sein: Erst Helens vermittelndes und auf Zustimmung stoßendes Zugeständnis, dass Franziska beim schulischen Geschlechtertausch „schon auch übertrieben“ habe, mit

dem sie implizit positiv hervorhebt, dass auch Franziskas Männlichkeitsinszenierung gespielt und dementsprechend nicht ‚echt‘ war, sichert Franziska die Anerkennung als vergeschlechtlichtes Subjekt/Frau.

Exemplarisch wird deutlich, wie in den Gruppendiskussionen im Miteinander-Sprechen machtvoll Prozesse von Ein- und Ausschluss, Hierarchisierungen und Positionierungen stattfinden. Auch die Abhängigkeit des – stets auch vergeschlechtlichten – Subjektstatus von der Anerkennung Anderer tritt hervor. Subjektivierung wird hier auch zur Zugehörigkeitsarbeit. Nicht zuletzt zeigen sich hier „die Grausamkeiten, durch die Subjekte produziert und differenziert werden“ (Butler 1993a, 131).

Gruppendiskussionen und das dortige Sprechen werden also als Ort und Vollzug der Geschlechts- und Subjektkonstitution betrachtet (vgl. auch Geipel 2019, Abs. 40). Zur Auswertung wird im Folgenden die Grounded-Theory-Methodologie herangezogen.

Alternative Auswertung: Grounded Theory in poststrukturalistischer Perspektive

Die ursprünglich handlungstheoretische Ausrichtung (Glaser/Strauss 1967) machte die GTM zunächst insbesondere für rekonstruktive Ansätze anschlussfähig, die Interaktionsprozesse in sinnverstehender und erklärender Absicht untersuchen.

Bereits die erkenntnistheoretischen Vorannahmen der GTM bieten jedoch Anknüpfungspunkte für poststrukturalistische Ansätze. Der Begriff der „theoretischen Sensibilität“ (Strauss/Corbin 1996, 56) reflektiert den Umstand, dass im Rahmen der GTM einerseits keine theoretischen Konzepte und darauf basierende Kategorien vorab zugrunde gelegt werden, nach denen das Material untersucht würde. Zugleich unterstreicht er, dass die Forschenden andererseits dennoch mit auch theoretischem Vorwissen in die Datenerhebung und -analyse gehen, das die Annäherung an den Untersuchungsgegenstand vorprägt. Dies ist in der Analyse zu berücksichtigen – als „Offenheit gegenüber anderen Sichtweisen und Deutungen sowie als Offenheit im Sinne von Reflexionen des eigenen Vorwissens und der vorhandenen ‚Vor-Urteile‘“ (Kuckartz 2016, 55). Hier können poststrukturalistische Positionen anknüpfen. Denn in beiden Perspektiven befindet sich Realität „ebenso wie die Theorien über sie in einem kontinuierlichen Herstellungsprozess, kann also nicht als immer schon gegebene ‚Welt da draußen‘ vorausgesetzt werden“ (Strübing 2008, 38). Folglich können auch Theorien nicht universal sein; vielmehr müssen die Forschenden deren Konstruktionscharakter sowie ihren eigenen Anteil daran berücksichtigen. Auch das (pragmatistisch geprägte) Anliegen der GTM, Ergebnisse zu generieren, die eine praktische Relevanz besitzen, d.h., „Theoriebildung nicht um ihrer selbst willen, sondern mit dem Ziel einer verbesserten Handlungsfähigkeit der Akteure“ (Strübing 2008, 85) zu betreiben, deckt sich auf gewisse Weise mit poststrukturalistischen Positionen. Diese konzentrieren sich mit dem Fokus auf die diskursive Erzeugung von Wirklichkeit und Wahrheit darauf, „wie Macht ausgeübt wird und welche Verände-

lungsmöglichkeiten bestehen“ (Weedon 1990, 32) – wenn auch die Ausführungen häufig auf theoretisch-abstrakter Ebene verbleiben.

Entsprechend lösen jüngere Ausdifferenzierungen der GTM den Forschungsstil aus der engen handlungstheoretischen Anbindung und ziehen ihn auch für poststrukturalistische Perspektiven heran. Adele E. Clarke (2003) und Kathy Charmaz (2017) haben entsprechende Weiterentwicklungen vorgelegt (für einen Überblick Mey/Mruck 2011). Beide teilen einen machtkritischen, emanzipatorischen Anspruch und betonen die Bedeutung des Prinzips der Selbst-Reflexivität im Forschungsprozess. Dabei schließen sie an Donna Haraways (1988) feministische Wissenschaftskritik und ihr Konzept des *situated knowledge* an, nach dem die eigene Positioniertheit als Forschende für den Erkenntnisprozess stets mitzudenken ist. Sie nutzen die Verfahrensweisen der GTM als „tools for studying power and inequality“ (Charmaz 2017, 40) und suchen nach den „*sites of silence* in our data“ (Clarke 2003, 561, Herv. i. O.) und den „positions not taken in the data“ (Clarke/Friese/Washburn 2018, 172). Damit steht auch eine Sensibilität für das im Vordergrund, was im Rahmen der Datenerhebung nicht zur Sprache oder Positionierung kommen konnte.

Solchermaßen (neu)justiert bietet die GTM erhebliches Potenzial für poststrukturalistisch fundierte empirische Analysen auf Grundlage von in Interviews (Klenk 2019) und Gruppendiskussionen erhobenen Daten. Die Umsetzung in der hier diskutierten Studie wird im Folgenden selektiv anhand zentraler Elemente skizziert.

Im ersten Schritt des mehrstufigen Kodierverfahrens, dem offenen Kodieren, werden die vielfältigen Bezugnahmen der Jugendlichen auf Geschlecht und Sexualität deutlich, ebenso der starke Zusammenhang geschlechtlicher Positionierungen mit Selbstverhältnissen. Das axiale Kodieren zielt, zweitens, auf die Herausarbeitung zentraler Kategorien, die hier die Grundlage für die Erzählungen darstellen. Das selektive Kodieren ermöglicht, drittens, mit der Bildung der Kernkategorie „geschlechtliche Selbstregulierung“ eine Rückbindung an theoretische Bezüge. Durch das Mehrfach-Kodieren einzelner Materialstellen und das damit verbundene Hervortreten von Überschneidungen sowie Abweichungen und Widersprüchen wird das in den Diskussionen vollzogene diskursive Ringen um Bedeutung und Positionen auch in diesem Arbeitsschritt sichtbar. Das im Kodierprozess vorgesehene Dimensionalisieren, also das Auffächern eines Phänomens in unterschiedliche Ausprägungen, erweist sich in poststrukturalistischer Lesart als hilfreich, um Binaritäten aufzubrechen bzw. in der eigenen Ergebniskonstruktion zu vermeiden. Auch lässt sich der grundsätzlich kontingente Charakter von durch die Daten manifestierten ‚Wirklichkeiten‘ wahrnehmen und verdeutlichen. Durch das Schreiben von Memos wird die Reflexion als Element des methodischen Vorgehens berücksichtigt und die eigene Situiertheit im Forschungsprozess nachvollziehbar gemacht. Auch der Anteil der Forschenden an der Ergebnisproduktion wird besonders deutlich. Irritationen, die auf Brüche, Widersprüche oder auch Auslassungen, als Hinweise auf Nicht-Gesagtes oder Nicht-Sagbares, im Material hinweisen können, werden in Memos festgehalten und weiterverfolgt. Ein Kodierparadigma als Hilfsgerüst für das axiale Ko-

dieren (vgl. Strauss/Corbin 1996, 78ff.) wurde nicht erstellt, da es für die Analyse als zu statisch und mit seinen interaktionistischen Grundannahmen wenig zielführend erachtet wurde (vgl. auch Breuer/Muckel/Dieris 2019, 288). Schaubilder rund um die Schlüsselkategorien visualisieren die Bezüge zwischen ihnen, decken Widersprüche und Leerstellen auf und unterstützen die Herausarbeitung der Kernkategorie. Eine Typenbildung, wie sie im Rahmen der Grounded Theory vielfach für die Bündelung der Ergebnisse vorgenommen wird, bot sich nicht an. Denn anstelle einer Entwicklung homogener Gebilde und vergleichender Kontrastierung geht es stärker darum, auch Kontinuitäten zwischen und Widersprüche innerhalb der herausgearbeiteten Dimensionen aufzudecken (vgl. Angermüller 2005, 41).

Es wurden Mechanismen der Hervorbringung und Positionierung von vergeschlechtlichten Subjekten herausgearbeitet. Sie werden als drei Erzählungen – der Erzählung der geschlechtlichen Flexibilität, der geschlechtlichen Selbstbestimmung und der geschlechtlichen Selbstverwirklichung – und als vergeschlechtlichtes Maßnehmen bezeichnet. Diese besitzen eigene Machtwirkungen und entfalten eine Produktivität, indem sie bestimmte Konstitutionsweisen von Wirklichkeit und Subjekten ermöglichen und andere verstellen, denn „(a) narration is never a passive reflection of a reality“ (Trinh 1991, 13). Somit sind die Erzählungen der Jugendlichen nicht allein als rekonstruiertes ‚Abbild‘ einer dahinterliegenden ‚Wirklichkeit‘ oder gemeinsamen Erfahrung zu betrachten, sondern insbesondere als empirisch herausgearbeitete diskursive Mechanismen der Herstellung von Wirklichkeit und der Hervorbringungen vergeschlechtlichter Subjekte *in actu*. Die Mechanismen können somit verstanden werden als „machtvolle Praktiken des Ordners von Bedeutungen, die Individuen als (bestimmte) Subjekte an-erkennbar werden lassen“ (Geipel 2019, Abs. 46).⁵ Es sind damit die diskursiven Praktiken, durch die sich die Jugendlichen als vergeschlechtlichte Subjekte konstituieren – Fremd- und Selbstpositionierungen können hier in ihrem Wechselspiel untersucht werden (vgl. auch Kleiner 2016, 24f.). Das Zusammenwirken der Mechanismen wird, hier geht es nun um die in den Daten verankerte Theorie, mit der herausgearbeiteten Kernkategorie als geschlechtliche Selbstregulierung gefasst. Diese wird im Anschluss an Foucaults Techniken der Fremd- und Selbstregulierung als gegenwärtige Weise verstanden, in der die Jugendlichen zu vergeschlechtlichten Subjekten geformt werden und sich selbst zu vergeschlechtlichten Subjekten formen. Dass dies nicht reibungslos verläuft, ist geschlechtertheoretisch kein Novum, wurde aber in den Gruppendiskussionen empirisch beobachtbar. Insbesondere zeigten sich auch die komplexen, auf das Gegenüber angewiesenen Anerkennungslogiken, wonach nicht nur Ausgrenzungen, sondern auch der Einschluss bzw. hegemoniale Einhegungen nicht-heteronormativer Seinsweisen eine wichtige Funktion erfüllen. Denn die diskursiv gesetzte geschlechtliche Autonomie der Anderen ist erst die Voraussetzung dafür, dass auch die zunehmend reflexiv und legitimierungsbedürftig werdende (Konform-)Geschlechtlichkeit, die sich an patriarchalen Mustern orientiert, ebenfalls als selbstbestimmt angesehen und damit anerkennungswürdig wird. Die geschlechtlich und sexuell ‚Abweichenden‘

sind, so lässt sich mit Butler (1993b, 44) folgern, als die *tolerierten Anderen* für Prozesse der Subjektkonstitution wie auch für die Stabilisierung hierarchischer Geschlechterverhältnisse grundlegend.

Die Studienbefunde verdeutlichen, wie die Jugendlichen eine autonome Handlungsfähigkeit als diskursive Grundlage setzen, von der aus sie einen selbstbestimmten, flexiblen Umgang mit der eigenen Geschlechtlichkeit und Sexualität konstatieren und diese als freie Entscheidung und individuelle Ausprägung des Selbst rahmen. Dabei zeigen sich Verschränkungen von diskursiv gesetzter Autonomie und der Zuweisung individueller Verantwortung und es lassen sich Parallelen ziehen zu den neoliberalen Anrufungen von Leistung, Flexibilität und Selbstverantwortung (vgl. z.B. Pühl/Sauer 2018), die hier eine vergeschlechtlichte Konnotation erhalten. Im Mittelpunkt der vergeschlechtlichten Subjektwerdung steht die Formierung „innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und ohne radikale Umgestaltung heteronormativ organisierter Geschlechterverhältnisse und -arrangements“ (Hark 2019, 175f.). In den Gruppendiskussionen konkret beobachtbare Folgen sind die De-Thematisierung von Ungleichheiten sowie die Verdeckung von Diskriminierung und Privilegien – und damit die Unsichtbarmachung heteronormativer wie patriarchaler Machtverhältnisse, deren Effekte jedoch im Material aufschienen.

Durch das methodische Vorgehen kann die Studie empiriebasiert auf theoretische Weise fassen, wie die zu Beginn aufgezeigten Ambivalenzen von den Jugendlichen im Rahmen ihrer Subjektwerdung austariert werden (müssen), wie dieses Unterfangen aber auch stets scheitern kann und wie damit vergeschlechtlichte Subjektivierung innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft als per se spannungsgeladen und ambivalent aufgefasst werden kann. In dieser empirischen Fundierung bietet die Re- und Dekonstruktion vergeschlechtlichter Subjektivierung eine Ergänzung zu den häufig theoretisch-konzeptionell ausgerichteten dekonstruktivistischen Perspektiven auf den Zusammenhang von Geschlecht, Subjekt und Macht. Ebenso erweitert sie das Feld empirischer Subjektivierungsforschung, deren Potenzial für die Geschlechterforschung noch nicht ausgeschöpft wird.

Resümee

Es wurde argumentiert, wie Gruppendiskussionen in poststrukturalistischer, diskursorientierter Einbettung herangezogen werden können, um machtvollen Prozesse vergeschlechtlichter Subjektwerdung empirisch zu untersuchen. Wenn Gruppendiskussionen sowohl re- wie auch dekonstruktiv analysiert werden, kommen diskursive Rahmungen in den Blick, die Denk- und Handlungsräume in Bezug auf Geschlecht und Sexualität strukturieren. Ebenfalls deutlich werden machtdurchgezogene Mechanismen, durch die sich die Einzelnen als vergeschlechtlichte Subjekte konstituieren und hierarchisch positionieren. Mit dem hier dargelegten methodischen Vorgehen wird „nicht nur die Ungleichheit sozialer Positionen, sondern das ‚Spiel‘ der Positionierung selbst zum Thema“ (van Dyk 2012, 191). Subjekte und ihre Positionie-

rungen treten auf komplexe Weise in den Fokus, die über Ungleichheiten zwischen ‚den‘ Geschlechtern und ‚Abweichungen‘ von der Heteronorm hinausgeht. Vielmehr eröffnet sich ein differenzierter Blick auf die Formung und Positionierung vergeschlechtlichter Subjekte im heteronormativ-patriarchalen Machtgefüge, die mit unterschiedlichen Dramatisierungsgraden von Hierarchisierungen und Ausschlüssen verbunden sind.

Damit kann ein zentrales Ziel feministischer Wissenschaft seit den frühen Tagen der Frauenforschung, nämlich aufzuzeigen, „dass und wie das Geschlechterverhältnis machtvoll und hierarchisch strukturiert ist“ (Norkus/Baur 2017, 480) empirisch nachverfolgt und zugleich um aktuellere heteronormativitätskritische und intersektionale Perspektiven erweitert werden. Auch dem feministischen Wissenschaftspostulat, den Standpunkt der Beforschten von diesen selbst formulieren zu lassen und das Machtgefälle zwischen Forschungssubjekt und -objekt zu minimieren (vgl. Behnke/Meuser 1999, 16f.), kann in Gruppendiskussionen Rechnung getragen werden: Positionierungen und Differenzsetzungen erfolgen nicht etwa durch Adressierungen oder Zuschreibungen der Forschenden, sondern werden den Teilnehmenden selbst überlassen. Für die feministische Politikwissenschaft lassen sich auf diese Weise vielfältige Fragestellungen etwa zu Reproduktion, Care- und Erwerbsarbeit, Flucht und Migration, Demokratie und Zivilgesellschaft oder Sicherheit und Verletzbarkeit anvisieren. In der hier diskutierten Studie lag der Fokus auf Geschlecht und Sexualität. Es wurden aber im Material immer wieder Verschränkungen mit anderen Differenzierungs- und Hierarchisierungskategorien deutlich, so etwa entlang von *race*, Klasse, Bildung, Nationalstaaten, Kolonialität oder Religion. Der aufgezeigte Forschungsansatz bietet über die hier nachgezeichnete Umsetzung hinaus Potenzial für eine machtkritische feministische intersektionale Perspektive auf subjektkonstitutive Verwobenheiten. In postkolonialer Sicht kann zudem die – auch dem vorliegenden Beitrag innewohnende – westliche Zentrierung der Subjektivierungsanalytik selbst kritisch in den Blick genommen und dieser Kontext für einen differenzierteren Blick auf Subjektivierungsprozesse berücksichtigt werden (vgl. Bergold-Caldwell 2020, 169).⁶ Der vorgestellte Ansatz ermöglicht somit die Herausarbeitung empirisch beobachtbarer Mechanismen und Bedingungen, unter denen sich gegenwärtig Subjektivierung vor dem Hintergrund komplexer gesellschaftlicher Machtverhältnisse vollzieht.

Anmerkungen

- 1 Ich danke den anonymen Gutachtenden und den Herausgeberinnen für die Kommentare zum Beitrag. Ebenfalls gilt mein herzlicher Dank Florian C. Klenk für seine Anregungen zum Text.
- 2 Das praxistheoretische Verständnis von Diskursen als diskursive Praktiken (vgl. z. B. Reckwitz 2008), die nicht auf Sprache begrenzt sind, bietet eine instruktive Erweiterung des Blicks auf Subjektkonstitutionen in diskursiven Praktiken.
- 3 Der Geschlechtertausch fand im Vorfeld innerhalb von schulischen „Mottowochen“ statt. In diesem Rahmen verkleiden sich angehende Abiturient_innen in ihrer letzten Schulwoche nach verschiedenen Tagesmottos. Das häufig vorkommende Motto „Geschlechtertausch“ fußt dabei auf der binären Grundannahme, dass ‚die Mädchen‘ als Jungen und ‚die Jungen‘

als Mädchen verkleidet erscheinen. Die Diskussionsgruppen bestanden aus freundschaftlicher oder stufenkameradschaftlicher, selbstgewählter Zusammensetzung und wurden in der Auswertung mit anonymisierten Gruppennamen versehen.

- 4 In der Transkription markiert @ Lachen; in () wird die Sprechweise erläutert; mit L. werden Überlappungen von Redebeiträgen gekennzeichnet.
- 5 Es zeigt sich eine gewisse Ähnlichkeit zu Ansätzen, die mit der Herausarbeitung von Deutungsmustern arbeiten, wenn auch in etwas anderer Ausrichtung.
- 6 So sieht Denise Bergold-Caldwell nicht-weiße Menschen als konstitutives Außen in der Hervorbringung des modernen Subjekts und dessen hegemonialer Subjektstruktur und weist vor diesem Hintergrund auf die grundsätzliche „Devianz des Schwarzen Subjekts“ (Bergold-Caldwell 2020, 349) hin.

Literatur

Angermüller, Johannes, 2005: Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse in Deutschland: Zwischen Rekonstruktion und Dekonstruktion. In: Keller, Reiner/Hirsland, Alexander/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.): Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Konstanz, 23-48.

Bargetz, Brigitte/**Ludwig**, Gundula, 2015: Perspektiven queerfeministischer politischer Theorie. Bausteine einer queerfeministischen politischen Theorie. Eine Einleitung. In: *Femina Politica*. 24(1), 9-24.

Behnke, Cornelia/**Meuser**, Michael, 1999: Geschlechterforschung und qualitative Methoden. Opladen.

Bergold-Caldwell, Denise, 2020: Schwarze Weiblich*keiten. Intersektionale Perspektiven auf Bildungs- und Subjektivierungsprozesse. Bielefeld.

Bohnsack, Ralf, 2000: Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung (4. Aufl.). Opladen.

Breuer, Franz/**Muckel**, Petra/**Dieris**, Barbara, 2019: Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis (4., durchges. u. akt. Aufl.). Wiesbaden.

Butler, Judith, 1993a: Für ein sorgfältiges Lesen. In: Benhabib, Seyla/Butler, Judith/Cornell, Drucilla/Fraser, Nancy: Der Streit um Differenz: Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt/M., 122-132.

Butler, Judith, 1993b: Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der „Postmoderne“. In: Benhabib, Seyla/Butler, Judith/Cornell, Drucilla/Fraser, Nancy: Der Streit um Differenz: Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart. Frankfurt/M., 31-58.

Butler, Judith, 1997: Körper von Gewicht: Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Frankfurt/M.

Butler, Judith, 2001: Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Frankfurt/M.

Charmaz, Kathy, 2017: The Power of Constructivist Grounded Theory for Critical Inquiry. In: *Qualitative Inquiry*. 23(1), 34-45.

Clarke, Adele, 2003: Situational Analyses: Grounded Theory Mapping After the Postmodern Turn. In: *Symbolic Interaction* 26(4), 553-576.

Clarke, Adele/**Friese**, Carrie/**Washburn**, Rachel, 2018: Situational Analysis: Grounded Theory After the Interpretive Turn (2. Aufl.). Thousand Oaks/CA.

Conrads, Judith, 2020: Das Geschlecht bin ich. Vergeschlechtlichte Subjektwerdung Jugendlicher. Wiesbaden.

Foucault, Michel, 1981: Archäologie des Wissens. Frankfurt/M.

Geipel, Karen, 2019: Diskurs- und Subjektivierungstheorie meets Gruppendiskussionen: methodologische Überlegungen zu einer neuen Verbindung (54 Absätze). In: *Forum Qualitative Sozialforschung*. 20(2), Art. 20.

Glaser, Barney G./Strauss, Anselm L., 1967: The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. Chicago.

Haraway, Donna, 1988: Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: Feminist Studies. 4(3), 575-599.

Hark, Sabine, 2019: Same same but different? Einige Anmerkungen zur Frage des Wandels im Geschlechterverhältnis in der bürgerlichen Moderne. In: Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Mahs, Claudia (Hg.): Struktur und Dynamik – Un/Gleichzeitigkeiten im Geschlechterverhältnis. Wiesbaden, 171-178.

Klapeer, Christine M., 2015: Vielfalt ist nicht genug! Heteronormativität als herrschafts- und machtkritisches Konzept zur Intervention in gesellschaftliche Ungleichheiten. In: Schmidt, Friederike/Schondelmayer, Anne-Christin/Schröder, Ute B. (Hg.): Selbstbestimmung und Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Wiesbaden, 25-44.

Klenk, Florian C., 2019: Interdependente Geschlechtervielfalt als un/be/deutende Anforderung an pädagogische Professionalität. In: Baar, Robert/Hartmann, Jutta/Kampshoff, Marita (Hg.): Geschlechterreflektierte Professionalisierung – Geschlecht und Professionalität in pädagogischen Berufen. Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung (Bd. 15). Opladen, Berlin et al., 57-81.

Kleiner, Bettina, 2016: Komplizierte Verhältnisse: Geschlecht und Begehren in schulbiographischen Erzählungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen und Trans*-Jugendlichen. In: GENDER. 8(3), 12-28.

Kuckartz, Udo, 2016: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. (3., überarb. Aufl.). Weinheim, Basel.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal, 1991: Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.

Loos, Peter/Schäffer, Burkhard, 2001: Das Gruppendiskussionsverfahren. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendung. Opladen.

Ludwig, Gundula, 2013: Subjekte und ‚ihre‘ Körper. Politiktheoretische Überlegungen. In: Graf, Julia/Ideler, Kristin/Klinger, Sabine (Hg.): Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt. Theorie, Praxis, Perspektiven. Opladen, 79-92.

Ludwig, Gundula, 2016: Freiheitsversprechen und Technologien der Macht. Transformationen des Sexualitätsdispositivs und das Begehren nach dem neoliberalen Staat. In: Lorey, Isabell/Ludwig, Gundula/Sonderegger, Ruth: Foucaults Gegenwart. Sexualität – Sorge – Revolution. Wien, Linz et al., 15-45.

Mey, Günter/Mruck, Katja (Hg.), 2011: Grounded Theory Reader (2., akt. u. erw. Aufl.). Wiesbaden.

Norkus, Maria/Baur, Nina, 2017: Feministische Methoden- und Wissenschaftskritik: Kontroversen, Entwicklungen und Forschungsperspektiven in der Geschlechterforschung. In: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hg.): Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden, 479-488.

Przyborski, Aglaja/Wohlrab-Sahr, Monika, 2014: Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch (4., erw. Aufl.). München.

Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.), 2018: Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queerfeministische Positionen. Münster.

Reckwitz, Andreas, 2008: Praktiken und Diskurse. Eine sozialtheoretische und methodologische Relation. In: Kalthoff, Herbert/Hirschauer, Stefan/Lindemann, Gesa (Hg.): Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung. Frankfurt/M., 188-209.

Rendtorff, Barbara/Riegraf, Birgit/Mahs, Claudia (Hg.), 2019: Struktur und Dynamik – Un/Gleichzeitigkeiten im Geschlechterverhältnis. Wiesbaden.

Sedgwick, Eve Kosofsky, 1990: Epistemology of the Closet. Berkeley, Los Angeles.

Strauss, Anselm L./**Corbin**, Juliette, 1996: Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung.

Strübing, Jörg, 2008: Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung (2., überarb. u. erw. Aufl.). Wiesbaden.

Trinh, Thi Minh-Ha, 1991: When the Moon Waxes Red. Representation, Gender, and Cultural Politics. New York, London.

van Dyk, Silke, 2012: Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik: Über Potenziale, Probleme und Perspektiven. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft. 42(167), 185-210.

Wartenpfehl, Birgit, 1996: Destruktion – Konstruktion – Dekonstruktion. Perspektiven für die feministische Theorieentwicklung. In: Fischer, Ute Luise/Kampshoff, Marita/Keil, Susanne/Schmitt, Mathilde (Hg.): Kategorie: Geschlecht? Empirische Analysen und feministische Theorien. Opladen, 191-209.

Weedon, Chris, 1990: Wissen und Erfahrung. Feministische Praxis und poststrukturalistische Theorie. Zürich.

Können Männer feministisches Wissen produzieren? Von Hegemonieselbstkritik hin zur pro*feministischen Politisierung der Universität

SIMON FETZ. JOHANNES KORAK

Einleitung: Können Männer feministisches Wissen produzieren?¹

Karin Hausen und Helga Nowotny fragten in den 1980er-Jahren: „Wie männlich ist die Wissenschaft?“ (Hausen/Nowotny 1986). 30 Jahre später antworten Sandra Beaufaÿs, Anita Engels und Heike Kahlert (2012, 9, 18) so: Weiterhin sehr. Welche Konsequenzen hat also der Androzentrismus für die Möglichkeiten emanzipatorischer oder feministischer Wissensproduktion? Vertreter*innen feministischer Standpunktepistemologien widmen sich dieser Frage. Dabei fokussieren sie darauf, welche Subjekte unter welchen Bedingungen emanzipatorisches Wissen produzieren können. Ein grundlegender Gedanke ist, Herrschaftskritik und Wissenschaft vom Standpunkt der Beherrschten oder Unterdrückten aus zu konzipieren. Für frühe feministische Standpunktepistemologien fungierte das Subjekt (*weiße*) Frauen* als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen. Doch Schwarze Feministinnen stellten vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen klar, dass Machtverhältnisse in ihrer Komplexität und Gleichzeitigkeit theoretisiert werden müssen. Einen einheitlichen Standpunkt von Frauen* gibt es nicht, denn Rassismus, Klassenverhältnisse und andere Spaltungslinien durchzögen die Lebensrealitäten von Frauen*. Daher biete sich

der Standpunkt der Marginalisierten als adäquatere politische und epistemische Positionierung für eine feministische Wissenschaftspraxis an (vgl. Harding 2015, 30ff.; Collins 2000, 279; Singer 2008, 290).

Die Frage nach dem Subjekt feministischer Wissensproduktion wurde weiter diskutiert. Welche Rolle spielt dabei die qua Geburt und Sozialisation gegebene soziale Positioniertheit der*des Wissensproduzent*in? Kann von dieser auf die Befähigung zu kritischer Wissensproduktion geschlossen werden? Oder geht es vielmehr um die Einnahme eines epistemisch-politischen Standpunktes auf Seiten der Marginalisierten, beispielsweise durch Bezugnahme auf feministische Theorien? Joey Sprague (2018, 52) schreibt dazu, dass gerade neues und differenziertes Wissen über Themen wie Familie, Gewalt oder Gesundheit von Personen unterschiedlicher sozialer Positioniertheiten produziert wurde – „*some have been privileged white men* (H.i.O.)“ (ebd., 50).

Können also Männer, die in Geschlechterverhältnissen und im androzentrischen Wissenschaftsbetrieb privilegiert positioniert sind, feministisches Wissen produzieren? Unter welchen Bedingungen? Welche Rolle spielt dabei die Institution Universität?

Im folgenden Text gehen wir diesen Fragen nach. Wir argumentieren, dass die Befähigung zu einer pro*feministischen² Wissensproduktion in einem Spannungsfeld entsteht: Die soziale Positioniertheit einer*s Forscher*in (z.B. als *weißer Mann**) bedingt zu einem gewissen Maß, auf welche Erfahrungen diese*r (nicht) zurückgreifen kann, um Wissen zu produzieren. Männer erfahren etwa nicht den alltäglichen Sexismus, dem Frauen* ausgesetzt sind und sind somit epistemisch benachteiligt, um Wissen über patriarchale Verhältnisse zu produzieren. Neben der sozialen Positioniertheit betonen wir den Aspekt der epistemisch-politischen Positionierung: die Einnahme eines Standpunktes mittels politischer Solidarisierung und Bezugnahme auf etwa feministische Diskurse und Erfahrungen Marginalisierter. Diese betont also einen Praxisaspekt, der über die soziale Positioniertheit hinausweist. Zudem betonen Ansätze der feministischen Standpunktepistemologien auch kollektive und institutionelle Aspekte feministischer Wissenschaftspraxis, die jedoch in ihrer Rezeption nur am Rande aufgegriffen werden. Daran anschließend argumentieren wir, dass die Frage wer feministisches Wissen produzieren kann – neben individueller Positioniertheit und Positionierung – den institutionellen Kontext (universitärer) Wissensproduktion betrifft. Das akademische Feld verlangt von Forscher*innen Verhaltensweisen ab, die unseres Erachtens dem Projekt pro*feministischer Wissensproduktion entgegenlaufen. Sie werden im akademischen Feld auf eine Weise angerufen, die einem maskulinen Ideal autonomer, kompetitiver Subjektivität folgt. Wir argumentieren daher, dass diese vergeschlechtlichenden Subjektivierungsweisen auf- und angegriffen werden müssen.

Wir schlagen in diesem Artikel eine transformatorische Perspektive vor, die versucht, über die androzentrische Logik universitärer Wissensproduktion hinauszugehen. Dazu halten wir das Konzept der Hegemonieselbstkritik für einen geeigneten

neten Ausgangspunkt, um aus der Reflexion über vergeschlechtlichte Privilegien heraus eine emanzipatorische Selbsttransformation anzustreben. Jedoch wollen wir die Hegemonieselbstkritik in Richtung einer kollektiven politischen Praxis weiterdenken. Hier stellen wir vier mögliche Ebenen einer pro*feministischen Politisierung der universitären Wissensproduktion und der Institution Universität selbst vor. Dabei fungieren für uns – im Anschluss an feministische Standpunktepistemologien – Dialog und Dialogfähigkeit als erste Orientierungspunkte einer pro*feministischen Wissenschaftspraxis. Auf der epistemischen Ebene heißt dies für uns, Wissenschaft als unstete und ungewisse Praxis zu begreifen, die immer wieder kritisch befragt werden muss. Auf der habituellen Ebene rücken verkörperte Geschlechterpraxen, wie Konkurrenzverhalten, in den Blick. Eine pro*feministische Wissenschaftspraxis verfolgt eine solidarische Haltung, die bei der Transformation männlicher (Körper-) Praktiken ansetzt und sich bis auf die Beziehungsebene erstreckt. Damit ist für uns der Grundstein gelegt, um abschließend nicht nur die vermännlichende Logik innerhalb der Universität in Frage zu stellen, sondern um jene Bedingungen zu politisieren, die diese Institution erst ermöglichen.

Feministische Standpunktepistemologien: zwischen Positioniertheit, Positionierung und Standpunkt

Ein zentrales Anliegen feministischer Standpunktepistemologien ist es, in der Forschung vom Standpunkt der Marginalisierten auszugehen. Dabei rückt das Spannungsverhältnis zwischen sozialer Positioniertheit und der epistemisch-politischen Positionierung von Subjekten in Bezug auf zwei Fragen in den Vordergrund: Wie entsteht aus den unterschiedlich positionierten Subjekten ein Standpunkt der Marginalisierten? Wer tritt als Forscher*in, also als forschendes Subjekt, im Sinne der feministischen Standpunktepistemologie auf? Damit setzen wir an Debatten darüber, wie eine soziale Positioniertheit zu einer epistemisch-politischen Positionierung transformiert wird (vgl. Stoetzler/Yuval-Davis 2002, 320) oder wie die These der Situiertheit jedes Wissens ausgelegt wird (vgl. Singer 2005, 142), an. Wir argumentieren folglich weder, dass die soziale Positioniertheit Subjekte monokausal in der Erarbeitung eines Standpunktes *determiniert*, noch wollen wir einer Loslösung der epistemisch-politischen Positionierung von der sozialen Positioniertheit das Wort reden. Aus pro*feministischer Perspektive ist für uns die Anerkennung der Wirkmächtigkeit einer vergeschlechtlichten Subjektivierungsweise zentral, die sich durch den Wissenschaftsbetrieb zieht. Denn feministische Standpunktepistemologien setzen die Situiertheit jedes Wissens und jeder Wissensproduktion als (wissenschafts-)politische Einsatzpunkte dem androzentrischen „god trick“ (Haraway 1991, 189) entgegen.³ Wenn der Einsatz feministischer Standpunktepistemologien eingelöst und Mr. Nowhere – also das hegemonial-männliche (*weiß* privilegierte, heterosexuelle, hochschulgebildete und able-bodied) Wissenssubjekt – als Garant legitimen Wissens abgeschafft wird, welche Rolle können dann Männer bei der Produktion kritischen

Wissens spielen? Welche Fragen müssen vor diesem Hintergrund berücksichtigt werden, wenn ihre Wissenschaft vom Standpunkt der Marginalisierten ausgehen will?

Sandra Harding (1992, 442f.) betont, dass herrschaftskritische Wissenschaft sich intensiv mit den gelebten Erfahrungen und Lebenswelten Marginalisierter auseinandersetzen muss. Die daran anschließenden Debatten um den Status des Subjektes haben gezeigt: Eine einfache Gleichsetzung zwischen sozialer Positioniertheit und Subjekt reduziert Komplexität und kann tendenziell depolitisierend wirken. Nira Yuval-Davis und Marcel Stoetzler (2002, 325f.) verweisen dabei auf die emotionalen Dispositionen im und widersprüchlichen ideologischen Anrufungen an das Subjekt. Subjekte sind „much more problematic and contingent“ (Haraway 1991, 192), als dass sie als Standpunkte im Sinne der feministischen Standpunktepistemologien dienen könnten.

Hingegen entstehen für Standpunktepistemolog*innen Subjekte aus kollektiven und politischen Prozessen heraus. Ausgehend von der individuellen sozialen Positioniertheit (vgl. Collins 2004, 248) und geteilten emanzipatorischen Werten (vgl. Harding 2015, 42) bilden sich erst durch den Dialog (vgl. Yuval-Davis 2012, 51) politisch-epistemische und kollektive Subjekte. Ebendiese sind schließlich die Ausgangspunkte „for *everyone's* (H.i.O.) research and scholarship“ (Harding 1992, 442-43). Doch inwieweit kann diese Konzeption von Subjekten auf das forschende Subjekt übertragen werden? Denn, wie Mendel hervorhebt (2015, 86), können sich auch Männer auf feministische Standpunktepistemologien beziehen und die These der sozialen Situiertheit jedes Wissens wird abgeschwächt. Insofern könnte der Blick auf das Spannungsverhältnis zwischen sozialer Positioniertheit, und epistemisch-politischer Positionierung von Männern* im Wissenschaftsbetrieb verstellt werden. Steht also „Mr. Nowhere“ (Harding 2015, 150), der sich nun aber auf feministische Theorien und Standpunktepistemologien beruft, wieder im Raum?

Dieses Spannungsfeld gilt es zu reflektieren. Wir sehen dabei im Konzept der Hegemonieselbstkritik einen produktiven Weg, um die soziale Positioniertheit als Mann* infrage zu stellen und eine epistemisch-politische pro*feministische Positionierung zu ermöglichen. Denn wie Harding schreibt: „(m)en, too, must learn to take historic responsibility for the social position from which they speak“ (Harding 1992, 457). Wie eine solche Verantwortungsübernahme gedacht werden kann, wollen wir im Folgenden erkunden.

Hegemonieselbstkritik als Weg zu einer pro*feministischen Wissenschaftspraxis

Diese reflektierte Verantwortungsübernahme für die eigene privilegierte Positioniertheit ist ein zentrales Element der Hegemonieselbstkritik (Dietze 2015). Sie bezeichnet einen Modus des Denkens, der „die eigene Verstrickung in Macht- und Herrschaftsverhältnisse“ (Thym 2018, 196) reflektiert und „sich auch kritisch gegen

sich selbst wendet, kritisch ist gegenüber den eigenen Denk- und Lebensweisen“ (Maihofer 2013, 330). Das eigene Handeln, Denken und Fühlen wird als in gesellschaftlichen Machtverhältnissen situiert und als durch diese konstituiert begriffen. Wir fragen: Inwiefern trägt das eigene Sein mit seinen Handlungen, Denk- und Fühlweisen zur Reproduktion von Machtverhältnissen bei? Für männliche und somit privilegierte Individuen bedeutet dies, die eigene Praxis kritisch durcharbeiten und sie auf ihre Komplizenschaft mit den bestehenden Verhältnissen hin zu befragen. Hegemonieselbstkritik impliziert eine doppelte Bewegung der Entunterwerfung: Zum einen nicht selbst „dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992, 12 zit. nach Thym 2018, 199) – von hegemonialen Männlichkeitsanforderungen und Geschlechternormen – und zum anderen, „nicht dermaßen regieren zu wollen“ (ebd.), also männliche Dominanz aktiv zu unterlaufen.

Hegemonietheoretisch betrachtet sind Machtverhältnisse nicht statisch, sondern umkämpft, fragil und widersprüchlich. Ein Diskurs ist hegemonial, wenn er „die herrschenden Normen, Werte und Verhaltensstandards einer Gesellschaft konstituiert“ (Maihofer 1995, 81). Hegemonieselbstkritik heißt, die eigene epistemische Verortung kritisch durcharbeiten und aktiv nach einem emanzipatorischen Standpunkt zu suchen. Thym begreift die Befähigung zu dieser Arbeit am Selbst als „historisch und kulturell bedingt, biographisch verortet und (als) Bestandteil spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse und Aushandlungsprozesse“ (Thym 2018, 199). Bei dieser Arbeit gibt es keinen sicheren emanzipatorischen Standpunkt außerhalb der bestehenden Verhältnisse, von dem diese Selbstkritik ausgehen kann. Demnach fordert für uns die Hegemonieselbstkritik dazu auf, das Terrain vermeintlicher Gewissheiten zu verlassen und Aspekte des eigenen Denkens und Handelns zu befragen – insbesondere dann, wenn sie das eigene Recht und die eigene Überlegenheit affirmieren. Kritik ist – im zweifachen Sinne des Wortes – zu üben, „nicht in einer Aura der Selbstgewissheit, sondern in einem Ethos der Ungewissheit und der Einsicht, dass es diese auszuhalten gilt“ (Maihofer 2013, 330f.).

Hegemonieselbstkritik verortet individuelle Praktiken in einem Gefüge von Machtverhältnissen und betont gleichzeitig widerständige individuelle Handlungsfähigkeit. Ihr Gegenstand ist gesellschaftlich-kollektiv – die Spuren hegemonialer Diskurse im individuellen Handeln, Denken und Fühlen. Sie schreibt dem Individuum ein Maß an subversiver Handlungsfähigkeit zu, ohne dieses Moment voluntaristisch von seinem gesellschaftlichen Kontext loszulösen. Dennoch sind die im Konzept angelegten Handlungsoptionen stark individualisiert. Mit Claudia Brunner (2017, 200) halten wir Hegemonieselbstkritik für ein grundsätzlich selbstreflexives Theorem. Somit besteht die Gefahr, dass kollektive und politische Aspekte gegenhegemonialer Kämpfe aus dem Blick geraten.

Wie kann eine kritische Transformation von Selbstverhältnissen gelingen? Antonio Gramsci begreift bei diesem Prozess sowohl individuelle wie politisch-kollektive Aspekte als zentral. Für Gramsci sind Handeln, Denken und Fühlen geprägt von widersprüchlichen ideologischen Einflüssen, die es zu erkennen gilt:

Der Anfang der kritischen Ausarbeitung ist das Bewußtsein dessen, was wirklich ist, das heißt ein ‚Erkenne dich selbst‘ als Produkt des bislang abgelaufenen Geschichtsprozesses, der in einem selbst eine Unendlichkeit von Spuren hinterlassen hat, übernommen ohne Inventarvorbehalt. Ein solches Inventar gilt es zu Anfang zu erstellen (Gramsci 1991, 1376).

Es gilt also, für einen pro*feministischen Standpunkt die subjektiven Wissensbestände androzentrismuskritisch zu dekonstruieren. Gramsci zeigt auf, dass dies kein individuelles Unterfangen bleiben kann. Denn Subjektivität entsteht immer in einem politischen und sozialen Umfeld, wo spezifische Denk-, Fühl- und Handlungsweisen als akzeptabel und normal gelten und auf spezifische Weise sanktioniert werden. Die Ausbildung kritischer Subjektivitäten ist an gegenhegemoniale politische Diskurse, Praktiken und Kämpfe geknüpft: „Zum kritischen Selbstverständnis kommt es (...) über einen Kampf politischer ‚Hegemonien‘, kontrastierender Richtungen“ (ebd., 1384, vgl. auch Harding 1992, 454). Eine emanzipatorische Selbsttransformation impliziert ein entscheidendes kollektives und politisches Moment. Im Folgenden versuchen wir, die auf individuelle Reflexionspraktiken fokussierte Hegemonie-selbstkritik zu erweitern. Die Erarbeitung eines pro*feministischen Standpunktes fassen wir als kollektive epistemische Praxis, die emanzipatorischen und marginalisierten Weltdeutungen Raum verschaffen soll. Zudem ist eine Transformation von Beziehungsweisen und institutionellen Bedingungen für uns notwendig, um eine emanzipatorische Wissensproduktion zu ermöglichen.

Vier Dimensionen einer pro*feministischen Politisierung der Universität

Für die Erarbeitung eines pro*feministischen Standpunktes knüpfen wir an die feministischen Standpunktepistemologien an. Sie fordern privilegiert positionierte Individuen auf, solidarisch, kollaborativ und demokratisch mit marginalisierten Gruppen in Beziehung zu treten und zusammenzuarbeiten. Dazu zählt für Harding (1992, 457f.) die kritische Reflexion der eigenen sozialen Positioniertheit und die Veränderung des eigenen epistemischen Standpunktes. Hierbei schlägt Harding (ebd.) eine intensive Auseinandersetzung mit marginalisierten Wissens- und Lebenswelten und eine „critical examination of the dominant institutional beliefs and practices“ (ebd.) vor, die marginalisierte Gruppen aus der Wissensproduktion ausschließen. Im Folgenden werden wir diesen Impuls aufgreifen und fragen: Wie kann eine pro*feministische Praxis der Wissensproduktion aussehen, die auch die Bedingungen der universitären Wissensproduktion kritisiert und darauf abzielt, diese zu verändern? Dabei legen wir die hegemonietheoretische Annahme zugrunde, dass gegenhegemoniale Subjektivitäten und Praxen erst dann Form annehmen und verstetigt werden können, wenn es einen entsprechenden sozialen Resonanzraum gibt und somit „(k)ollektive Bedingungen (...) gestaltet werden (müssen), damit Kritik und (emanzipatorische) Handlungsfähigkeit als transformatorische Praktiken in Erscheinung treten können“ (Meißner 2015, 224). Die Notwendigkeit der politisch-kollektiven Dimension von Wissenschaftskritik skizzieren wir anhand des hegemonialen

Leitbildes wissenschaftlicher Subjektivierung. Wissenschaftler*in zu sein heißt, sich leidenschaftlich und ausnahmslos auf die universitäre Arbeit zu fokussieren, ist „weniger Beruf als Berufung, eine Lebensform, die gewissermaßen kein anderes Engagement neben sich duldet“ (Müller/Speck 2016, 203). Zugleich sind die Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens prekär und veranlassen Wissenschaftler*innen dazu, um Geldmittel und Stellen zu konkurrieren, unbezahlte Überstunden zu leisten, und in eine ungewisse Zukunft zu blicken. Kompetitivität und Selbstinszenierung sind die Gleise der wissenschaftlichen Laufbahn. Ein männlicher Habitus zahlt sich in einem solchen Umfeld aus (vgl. Beaufaÿs/Engels/Kahlert 2012, 18f.). Müller und Speck verweisen auf die Widersprüchlichkeit und den vergeschlechtlichten Charakter dieses Leitbildes, das sich „an der ‚männlichen Normalbiographie‘: an der Idee eines vollversorgten und nicht sorgenden Menschen, an einer weitgehend von Reproduktionsarbeit freigestellten Person (orientiert)“ (2016, 208) und somit den Androzentrismus der Wissenschaft ausweist.

Wissenschaft aus einer pro*feministischen Perspektive zu begreifen, heißt für uns neben dem Innenleben der Wissenschaftler*innen und Universitäten, auch die ausgelagerten Bedingungen dieser zu analysieren. Wissenschaft als Lebensform „basiert auf der Abspaltung und Ausblendung des Praktischen, Alltäglichen und Notwendigen“ und wird somit „im Sinne einer Berufung gerade außerhalb des Kontexts von Arbeit und LebeSinn“ verortet (Jung 2018, 135).

Hier schlagen wir den Bogen zurück zum Konzept der Hegemonieselbstkritik: Wenn Kritik an der Arbeit am Selbst stehen bleibt und nur auf der epistemischen Ebene Entfaltung findet, besteht die Gefahr, dass die Machtverhältnisse in der Wissenschaft reproduziert werden. Für uns müssen die institutionellen Bedingungen der Wissensproduktion ebenso in den Blick genommen werden. Wir wollen dies veranschaulichen. Wir erachten einen Wissenschaftler, der sich mit feministischen Standpunktepistemologien und Theorien so auseinandersetzt, dass neben einem 15-Stunden-Arbeitstag Zeit und Energie für die Reproduktionsarbeit fehlt, als problematisch. Denn im Kern verkörpert er die Konkurrenzlogik der Universität und feilt an seiner wissenschaftlichen Karriere. Unterdessen erledigen seine Partner*innen, Freund*innen und Kolleg*innen die für ihn lebensnotwendige, unsichtbare Reproduktions- und Sorgearbeit. Ein solcher feministischer Wissenschaftler ist für uns Teil eines patriarchalen Problems und keine Lösung.

Damit einer solch individualisierenden Praxis entgegengewirkt werden kann, schlagen wir vier Ebenen pro*feministischer Kritik und Transformation vor: die epistemische, habituelle, institutionelle und strukturelle. Wir beabsichtigen damit ein Handlungsfeld zu skizzieren, in dem emanzipatorische Veränderungen universitärer Wissensproduktion ansetzen können und die auf den Bruch mit der hegemonialen wissenschaftlichen Männlichkeit abzielen.

Epistemische Ebene

Zunächst möchten wir die feministischen Kritiken am Androzentrismus in der Wissenschaft aufgreifen und die epistemische Ebene pro*feministischer Praxis ausloten. Aus einer pro*feministischen Perspektive ist mit jeglichem Androzentrismus zu brechen und kritisch infrage zu stellen, welche impliziten Normierungen wissenschaftlichen Diskursen zugrunde liegen, welches und wessen Wissen überhaupt als legitimes angesehen wird. Dabei können die Zitation eines bestimmten Kanons (vgl. Alatas/Sinha 2017, 8f.), die Auswahl von Literatur, von bestimmten Interviewpartner*innen, Expert*innen und Forschungsthemen sowie die Bezugnahme auf Beziehungsnetze, in denen Erkenntnisse erarbeitet wurden, als Ansatzpunkte herangezogen werden.

Im Anschluss an Harding sind für eine pro*feministische Wissenschaftsproduktion Machtverhältnisse vom Standpunkt der Marginalisierten aus zu beforschen. Denn: „Men, too, must contribute distinctive forms of specifically feminist knowledge from their particular social situations. Men’s thought, too, will begin first from women’s lives“ (Harding 1992, 457). Jedoch bedeutet eine pro*feministische Wissenschaftspraxis für uns, gegenüber der eigenen Perspektive und der eigenen sozialen Positioniertheit als Mann* wachsam und kritisch zu bleiben.

Ilan Kapoor (2004) hat hier von der Notwendigkeit zur Hyperreflexivität gesprochen. Dieser Verdacht gegen sich selbst, sich mit dem eigenen Handeln potenziell zum Komplizen von Machtverhältnissen zu machen, ist verunsichernd. Anstatt jedoch dieser Verunsicherung zu entfliehen und neue Gewissheiten zu finden, liegt in dieser Verunsicherung eine Chance. Denn eine pro*feministische Wissenspraxis folgt dem von Maihofer ausformulierten „Ethos der Ungewissheit“, der an die Stelle einer „Aura der Selbstgewissheit“ (2013, 330f.) tritt.

Die Figur eines pro*feministischen Forschers setzt sich nicht nur reflexiv mit seiner unsicheren sozialen Positioniertheit auseinander, sondern begreift Wissensproduktion als dialogischen Prozess. Die Vermittlung verschiedener Positionen mit verschiedenen situierten Erfahrungen und Perspektiven ist notwendig, um einen umfassenderen Blick auf gesellschaftliche Phänomene zu erhalten, Yuval-Davis schlägt hier eine dialogische Standpunkt epistemologie vor, also

the recognition that from each positioning the world is seen differently, and thus any knowledge based on just one positioning is ‚unfinished‘ (H.i.O.) (...) Thus the only way to approach ‚the truth‘ (H.i.O.) is by dialogue between people of differential positionings, and the wider the better (Yuval-Davis 2012, 51).

Doch die Ermöglichung eines Dialoges ist nicht nur ein epistemisches Thema. Daran schließt die Frage, wer zu universitären Räumen überhaupt Zugang hat, an. Dies betrifft die Wissenschaftskultur und einen damit verwobenen wissenschaftlichen Habitus, die einem solidarischen Dialog über Differenzen hinweg im Weg stehen.

Habituelle/Beziehungsebene

„Wir (prekären Nachwuchswissenschaftler_innen) kennen wahrscheinlich alle das Verblüffen darüber, mit welchem Selbstbewusstsein und welcher Verve so mancher Typ totale Banalitäten von sich gibt“ (Müller/Speck 2016, 209). Hier wird eine Ebene von Machtverhältnissen deutlich, die über verkörperte Praktiken funktioniert; Dominanz wird über spezifische Arten zu sprechen, Positionierungen im Raum, Arroganz und Bezugnahme aufeinander hergestellt. Müller und Speck beschreiben hier einen männlichen Habitus, der im androzentrischen Wissenschaftsbetrieb positiv sanktioniert wird und einen entscheidenden Vorteil im Ringen um kulturelles Kapital darstellt.

Wenn pro*feministische Wissensproduktion darauf basiert, auf solidarische Weise miteinander in Beziehung zu treten und darauf abzielt, im Dialog über Differenzen hinweg Wissen zu produzieren, dann muss dieser Habitus Gegenstand von Kritik und Transformation werden. Unser Ziel ist es, pro*feministische solidarischen Praktiken zu entwerfen, um solidarische wissenschaftliche Beziehungen zu ermöglichen. Dabei steht die respektvolle und interessierte Auseinandersetzung mit anderen Positionen im Vordergrund. Damit schlagen wir aber keine Absage an Dissens vor. Vielmehr sind wir überzeugt, dass Debatten erst dann das Potenzial kollektiver Wissensproduktion ausschöpfen, wenn sie nicht nach der Logik eines Kampfs der Positionen funktionieren, sondern die Perspektiven und Erfahrungen von Diskussionsteilnehmer*innen ernst nehmen und den Austausch als Möglichkeit zur Vervollständigung eines Bildes begreifen. Diese Prinzipien gehen auf die dialogische Methode der Mahloquet zurück, die insbesondere von Leah Czollek und Gudrun Perko im deutschsprachigen Raum eingebracht und weiterentwickelt wurde (vgl. Czollek et al., 2019).⁴

Eine derartige Veränderung kann nur gelingen und verstetigt werden, wenn kollektiv neue Räume zur Erprobung einer alternativen Wissenschaftskultur geschaffen werden. Dies betrifft „informelle Hierarchien, Sitten und Gebräuche der *scientific community* (H.i.O.), Kommunikationsformen, Interaktionsmuster zwischen den verschiedenen Akteuren, das Selbstverständnis der Wissenschaftler und Ähnliches mehr“ (Beaufaÿs/Krais 2005, 83). Diese kulturelle Transformation sowie die Notwendigkeit dafür, den Zugang zu universitären Räumen zu demokratisieren, verweist für uns auf die Ebene institutioneller Transformationen – auf das verstetigte Gefüge von Regeln, Normierungen und Normalisierungen, die Beziehungen und Interaktionen innerhalb der Universitäten rahmen.

Institutionelle Ebene

Welche institutionellen Veränderungen sind also notwendig, um das hegemoniale Ideal des männlichen Wissenschaftlers herauszufordern und Bedingungen für ein solidarisches wissenschaftliches Handeln zu schaffen? Universitäten sind andro-

zentrische Institutionen, insofern sie ihre Subjekte auf eine vermännlichende Weise anrufen. Wissenschaftler*innen und Studierende werden dazu angehalten, sich männlich kodierte Verhaltensweisen anzueignen, um im akademischen Feld bestehen und weiterkommen zu können (vgl. Sauer 2001, 94). Eine pro*feministische Perspektive kann für uns deshalb nicht bei der Frage nach der Zusammensetzung der Spieler*innen des akademischen Feldes stehen bleiben. Sondern sie muss die ‚Spielregeln‘ des Wissenschaftsbetriebs politisieren, um die Universität als vermännlichenden ideologischen Apparat zu transformieren. In diesem Zusammenhang wollen wir folglich auf zwei Aspekte eingehen: Kämpfe um Arbeitsbedingungen und die Gestaltung von Lehre. Denn

(w)er in der ‚unternehmerischen Hochschule‘ (...) heute eine Laufbahn erwägt, ist nicht nur mit unsicheren Perspektiven, Kettenbefristungen und hohen Anforderungen an Mobilität, Flexibilität und Zeitaufwand konfrontiert, sondern auch mit einer enormen Konkurrenz um knappe Stellen und Ressourcen wie Forschungsgelder, Publikationsmöglichkeiten und Anerkennung (Laufenberg 2018, 280).

Diese Umstände stehen somit dem pro*feministischen Horizont solidarisch-dialogischer Beziehungen innerhalb der Universität diametral entgegen (vgl. Müller/Speck 2016, 210). Denn das Hinnehmen der männlichen und vermännlichenden Logik des Wissenschaftsapparates bedeutet – auch als epistemisch feministisch positionierter Wissenschaftler – die Einnahme einer komplizierten Position. Wir argumentieren daher, dass politische Organisation im Kampf um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf der Universität Teil einer pro*feministischen wissenschaftlichen Praxis ist. Müller und Speck (2016, 211) schlagen hier vor, für unbefristete Stellen jenseits der Professur, den Abbau feudaler Macht- und Abhängigkeitsstrukturen in universitären Hierarchien oder die Einführung einer kurzen Vollzeit zu kämpfen. Entprekarierte Arbeitsbedingungen könnten die hegemoniale Wissenschaftskultur grundlegend verändern. Dann müssten Wissenschaftler*innen nicht aus permanenter Angst um die eigene berufliche Zukunft ihre Verwertbarkeit auf dem akademischen Markt behaupten. Stattdessen könnten sie auf kollegiale und solidarische Weise zusammenarbeiten und so ihre eigene Praxis denjenigen (solidarischen) Prinzipien annähern, von denen ihre Forschung getragen wird – Geschlechtergerechtigkeit, Machtkritik und Emanzipation.

Auch in der Gestaltung von Lehre sehen wir Potenzial, mit Androzentrismus und dem Ideal männlicher Wissenschaftssubjekte zu brechen. Hierbei möchten wir ausloten, inwieweit im Seminarraum gegenhegemoniale Beziehungs- und Subjektivierungsweisen erprobt werden können. Doch die gegenwärtig dominanten Formen von Lehre setzen auf Benotbarkeit, Standardisierung und den darin eingeschriebenen Wettbewerb. Entgegen einer didaktisierten Lehre, die auf die Vermittlung und Erreichung von Lernzielen reduziert bleibt, könnte eine durch feministische Standpunktepistemologien inspirierte Lehre auf die Herstellung offener, kommunikativer Situationen bauen. In diesen können die teilnehmenden Subjekte ihre Erfahrungen

als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelten preisgeben und diese in Dialog und Konflikt mit anderen Perspektiven stellen (Bürk 2016, 236). Wichtige Impulse für subjektorientierte Bildung können aus dem Bereich der Erwachsenenbildung oder der politischen Bildungsarbeit kommen. Aufgrund unserer praktischen Erfahrungen damit möchten wir hier nochmals auf die Mahloquet (Czollek et al. 2019) verweisen, welche nicht nur in der gemeinsamen Wissensproduktion, sondern auch im Seminarraum einen Rahmen für – auch konflikthafte – Gespräche zwischen verschiedenen Subjekten über Erfahrungsdifferenzen hinweg ermöglicht. Die Rolle von Lehrenden ist dabei für uns klar. Sie verweisen immer wieder auf die Grundlagen der Mahloquet und halten den Rahmen, damit die Lernenden in kleinen Schritten einen Bruch mit ihrem in Bildungsinstitutionen angeeigneten Habitus vollziehen können. Denn

(g)erade in den Bachelorstudiengängen muss zuerst geübt werden, nicht mehr an der Schule zu sein. Das ist quasi institutionelles und intellektuelles Detoxing! Eine zentrale Aufgabe kritischer oder gar subversiver Lehre ist es also, den Mythos Wissenschaft und Universität zu dekonstruieren (Bürk 2016, 237).

Die Bedingungen der Universität politisieren

Zuletzt argumentieren wir, dass auch die gesellschaftlichen Bedingungen politisiert werden müssen, die die Universität erst ermöglichen. Wissenschaft als Lebensform bedarf der „Abspaltung und Ausblendung des Praktischen, Alltäglichen und Notwendigen jenseits wissenschaftlicher Wahrheitssuche“ (Jung 2018, 135). Diese Abspaltungen basieren u.a. auf einer vergeschlechtlichten Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit (ebd., 136). Der berufene Wissenschaftler stützt sich nicht nur auf die reproduktive Arbeit von Partner*innen, sondern auch auf die oftmals abgewertete Arbeit von administrativen und studentischen Mitarbeiter*innen. Diese Kolleg*innen müssen für uns gleichberechtigt als Teil der Universität anerkannt werden.

Wir wollen auf ein Bild zurückkommen, das die Relevanz dieser Ebene für eine pro*feministische Politik illustriert: Die Arbeit eines Wissenschaftlers, der sich feministisch positioniert, mit seinen Kolleg*innen solidarische Umgangsformen pflegt und für bessere Arbeitsbedingungen für wissenschaftliches Personal kämpft, wird von Sorgearbeiter*innen und abgewerteten Personalgruppen innerhalb der Universität getragen. Eine pro*feministische Haltung bedeutet für uns auch, sich genau mit ihnen zu solidarisieren. Dies kann in gemeinsamen politischen Kämpfen oder im vermeintlich Privaten direkt umgesetzt werden: bei der Aufteilung von Haus- und Sorgearbeit oder im Beziehungsaufbau und der Anerkennung von Reinigungskräften als Teil der Universität. Gerade weil das ‚Private‘ als Ausgeschlossenes der Universität konstruiert wird, muss für uns dieses als Teil des Universitätsbetriebes politisiert werden.

Fazit

Können also Männer feministisches Wissen produzieren? Für uns kann diese Frage nicht mit einem Ja oder Nein beantwortet werden. Männer sind im Lichte feministischer Standpunktepistemologien durch Auseinandersetzung mit feministischen Diskursen und Beteiligung in feministischen politischen Kämpfen in der Lage – trotz ihrer privilegierten sozialen Positioniertheit – eine pro*feministische epistemisch-politische Haltung einzunehmen. Doch die vergeschlechtlichten Institutionen der Wissensproduktion bedingen auch, dass selbst feministisch verortetes Wissen unter patriarchalen Produktionsbedingungen entsteht. Folglich können feministische Standpunktepistemologien und ihr politischer Impuls vereinnahmt werden. Deshalb haben wir eine pro*feministische Wissenschaftspraxis vorgeschlagen, die über den Bezug auf feministische Theorie hinausgeht. Sie betont dabei nicht nur eine pro*feministische epistemisch-politische Haltung des Wissenschaftlers*, sondern auch die Politisierung des Wissenschaftsbetriebes. Diese Politisierung haben wir auch mit dem Blick auf die habituelle bzw. Beziehungsebene, die Institution Universität und die sie ermöglichenden patriarchalen Strukturen thematisiert. All diese Vorschläge, mit denen wir über die individuelle Praxis hinaus auf eine kollektive pro*feministische Wissenschaftspraxis verweisen wollen, müssen für uns theoretisch vertieft und im Handeln erprobt werden. Außerdem können wir mithilfe dieses Blicks über die individuelle Praxis hinaus die eingangs aufgeworfene Frage um weitere ergänzen: Welche pro*feministischen Kämpfe müssen Männer führen und unterstützen, welche Verhaltensweisen müssen sie verändern, um die androzentrische Institution Universität hin zu einem Ort egalitärer und solidarischer Wissensproduktion zu transformieren? Hierauf Antworten zu finden kann nicht der Anspruch einer wissenschaftlichen Publikation sein. Die Fragen verweisen auf eine Herausforderung für die politische Praxis oder für – in Hanna Meißners Worten – „Erfindungsarbeit an den Grenzen unserer Gewissheiten“ (2015).

Anmerkungen

- 1 Wir wollen Patricia Graf, Gesine Fuchs und zwei anonymen Reviewer*innen für die Betreuung sowie die wertvollen Kommentare und Anregungen zu diesem Text danken.
- 2 Wir verwenden die Schreibweise pro*feministisch aus zwei Gründen. Das Sternchen symbolisiert zum einen einen affirmativen Bezug auf queere Kritiken der heteronormativen Geschlechterordnung, welche ein binäres, naturalisiertes Verständnis von Geschlecht und Sexualität in Frage stellt. Zum anderen weist das Sternchen auf eine tastende Haltung bezüglich der Frage hin, ob von profeministischer oder pro-feministischer Politik zu sprechen ist. Die eine steht für einen feministisch informierten männerpolitischen Standpunkt, die andere sieht Männer eher als Verbündete und Unterstützer feministischer Kämpfe, deren Subjekte sie selbst nicht sind (vgl. Brod 1998).
- 3 Donna Haraway (1991, 188ff.) kritisiert mit dem „god-trick“ die Umsetzung eines neutralen Objektivitätsverständnisses, das in der androzentrischen Wissenschaft und in Wissenschaftspraxen eingeschlossen ist. Durch den „god-trick“ löst sich der weiße und männliche Wissenschaftler von jenen Machtverhältnissen, die ihm seine Privilegien zusichern und setzt sich zugleich als nicht-markierte Norm. Dabei handelt er laut Haraway (ebd., 188) im Interesse jener Macht-

verhältnisse, urteilt über sexistisch sowie rassistisch Diskriminierte und produziert Wissen, das den Anspruch auf universelle Gültigkeit erhebt. Zwar sitzt der tatsächliche Wissenschaftler an seinem Schreibtisch, doch durch den „god-trick“ blickt er – wie ein Gott – von oben auf die Gesellschaft und spricht dabei von einem angeblichen neutralen Punkt aus. Seine Stimme ist somit überall präsent, aber nirgendwo verortet (vgl. ebd., 191).

- 4 Czollek et al. (2019, 51) beschreiben die Mahloquet als „dialogische Gesprächsform (H.i.O.) [...] mit dem Ziel, eine Vielzahl von Perspektiven wahrnehmbar zu machen“ (ebd.). Für die kollektive Wissensproduktion und unser Argument hier halten wir die Mahloquet für zentral, weil sie als Methode auch auf die Produktion von neuem Wissen abzielt. Der Dialog bietet also nicht die Bühne zur Selbstinszenierung.

Literatur

Alatas, Syed Farid/**Sinha**, Vineeta, 2017: Introduction: Eurocentrism, Androcentrism and Sociological Theory. In: Alatas, Syed Farid/Sinha, Vineeta (Hg.): *Sociological Theory beyond the Canon*. London, 1-14.

Beaufays, Sandra/**Engels**, Anita/**Kahlert**, Heike, 2012: Einleitung: Einfach Spitze? In: Beaufays, Sandra/Engels, Anita/Kahlert, Heike (Hg.): *Einfach Spitze? Neue Geschlechterperspektiven auf Karrieren in der Wissenschaft*. Frankfurt, 7-22.

Beaufays, Sandra/**Krais**, Beate, 2005: Doing Sciene – Doing Gender. Die Produktion von Wissenschaftlerinnen und die Reproduktion von Machtverhältnissen im wissenschaftlichen Feld. In: *Feministische Studien*. 23(1), 82-99.

Brod, Harry, 1998: To be a Man, or Not to Be a Man – That Is the Feminist Question. In: Digby, Tom (Hg.): *Men Doing Feminism*. New York, 197-212.

Brunner, Claudia, 2017: Von Selbstreflexion zu Hegemonieselbstkritik. In: *Sicherheit & Frieden*. 35(4), 196-201.

Bürk, Thomas, 2016: Es kann nicht nur darum gehen, dass wir David Harvey unterrichten. Interview mit Thomas Bürk zu Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten kritischer Lehre an der neoliberalen Universität. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*. 4 (2/3), 233-240.

Collins, Patricia Hill, 2000 (1990): *Black Feminist Thought: Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. New York.

Czollek, Leah Carola/**Perko**, Gudrun/**Czollek**, Max/**Kaszner**, Corinne, 2019: *Praxishandbuch Social Justice und Diversity: Theorien, Training, Methoden, Übungen*. 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim.

Dietze, Gabriele, 2015: Intersektionalität und Hegemonie(selbst)kritik. In: Gippert, Wolfgang/Götte, Petra/Kleinau, Elke (Hg.): *Transkulturalität: Gender- und Bildungshistorische Perspektiven*. Bielefeld, 27-43.

Gramsci, Antonio, 1991: *Gefängnishefte*. Kritische Gesamtausgabe. Hamburg.

Haraway, Donna, 1991: *Simians, Cyborgs, and Women: The Reinvention of Nature*. New York.

Harding, Sandra, 2015: *Objectivity and Diversity: Another Logic of Scientific Research*. Chicago.

Harding, Sandra, 1992: Rethinking Standpoint Epistemology: What is Strong Objectivity? In: *The Centennial Review*. 36(3), 437-470.

Hausen, Karin/**Nowotny**, Helga (Hg.), 1986: *Wie männlich ist die Wissenschaft?* Frankfurt am Main.

Jung, Tina, 2018: Wissenschaft machen und kritische Haltung. Aspekte feministischer und marxistischer Wissenschaftskritik. In: Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hg.): *Feminismus und Marxismus, Arbeitsgesellschaft im Wandel*. Weinheim Basel, 130-144.

Kapoor, Ilan, 2004: Hyper-self-reflexive Development? Spivak on Representing the Third World Other. In: *Third World Quarterly*. 25(4), 627-647.

Laufenberg, Mike, 2018: ‚Feminisierung‘ der Wissenschaft? Affektive Arbeit, Geschlecht und Prekarität in wissenschaftlichen Arbeitsgruppen. In: Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hg.): *Prekäre Gleichstellung. Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft*. Wiesbaden, 279-306.

Maihofer, Andrea, 2013: Hegemoniale Selbstaffirmierung und Veränderung. In: Karin Hostettler und Sophie Vögele (Hg.): *Diesseits der imperialen Geschlechterordnung*. Bielefeld, 319-332.

Maihofer, Andrea, 1995: *Geschlecht als Existenzweise: Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz*. Frankfurt am Main.

Meißner, Hanna, 2015: Kritik und Widerstand – Erfindungsarbeit an den Grenzen unserer Gewissheiten. In: Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (Hg.): *Gouvernementalität und Geschlecht. Politische Theorie im Anschluss an Michel Foucault*. Frankfurt, New York, 207-228.

Mendel, Iris, 2015: *WiderStandPunkte: umkämpftes Wissen, feministische Wissenschaftskritik und kritische Sozialwissenschaften*. Münster.

Müller, Annekathrin/Speck, Sarah, 2016: And the winner is.... The male academy oder: Die ungleichen Auswirkungen universitärer Prekarität. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtfor-schung*. 4(2/3), 203-212.

Sauer, Birgit, 2001: Politikwissenschaft als Männerberuf? Geschlechterforschung in der Politikwissenschaft. In: *SWS-Rundschau*. 41(1), 81-89.

Singer, Mona, 2008: Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie: Voraussetzungen, Positionen, Perspektiven. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie*. Wiesbaden, 285-294.

Singer, Mona, 2005: *Geteilte Wahrheit: feministische Epistemologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies*. Wien.

Sprague, Joey, 2018: Feminist Epistemology, Feminist Methodology, and the Study of Gender. In: Risman, Barbara J./Froyum, Carissa M./Scarborough, William J. (Hg.): *Handbook of the Sociology of Gender*. New York, 45-55.

Stoetzler, Marcel/Yuval-Davis, Nira, 2002: Standpoint Theory, Situated Knowledge and the Situated Imagination. In: *Feminist Theory*. 3(3), 315-333.

Thym, Anika, 2018: Ansätze zur Hegemonieselbstkritik – Einblicke in kritische (Selbst-)Reflexionen von Männern aus Führungspositionen im Finanzsektor. In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.): *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: queerfeministische Positionen*. Münster, 196-214.

Yuval-Davis, Nira, 2012: Dialogical Epistemology – an Intersectional Resistance to the Oppression Olympics. In: *Gender & Society*. 26(1), 46-54.

Producing Knowledge with Care. Building Mutually Caring Researcher-research Participants Relationships

ALENA SANDER

Introduction

I had quit my job at a European development agency for which I had worked in the Global Souths for a couple of years, to start a doctoral thesis in the research project “Resistance to international prescriptions and injunctions in Africa and the Middle East today” in the beginning of 2017.¹ Thanks to the research project, I was now given the chance to study a phenomenon that had fascinated me during the time I had been working in the field of international development: the power relations between actors from the Global Norths and Southern actors inherent in the international development cooperation, and the (re)actions they provoke from the Southern side.

My research investigates how Jordanian women’s organizations and their staff members resist to certain injunctions in the context of their cooperation with Western donors for the implementation of development projects. I view development through Foucauldian lenses, that is as a transnational neo-liberal discourse that creates knowledge about the so-called developed and under-developed, and which is translated into social reality for people in the Norths and the Souths (Escobar 2012 (1995)). This discourse builds on colonialism and racism, and continuously (re-)produces power asymmetries between the “West and the rest” (Hall 2011 (1993)), discursively putting Southern civil society organizations at the other end of the development power equation. From a Foucauldian perspective, knowledge is always political. Consequently, producing knowledge as a researcher is political, too. Researching power relations in development and individual acts of resistances to them, however, is even more political.

Because of the political character of my research, my positionality, that is, who I am as a researcher and as a person, informs and influences the questions that I ask, the work that I do, and the knowledge that I produce. On the one hand, I study women’s organizations’ resistances in the development contexts of Jordan through the perspective of the White European researcher that I undoubtedly am. This part of me comes with the heavy colonial baggage of Western research, that puts me at risk of reproducing a Eurocentric mode of knowledge production and thus, contributing “to interpretive bias, epistemological injustice, and other forms of harm” (Fang Law 2016, 525). On the other hand, I look into these resistances through the perspective of the intersectional feminist that I aspire to be not just as a researcher, but also in everyday life. This part of me is shaped by my personal experiences in this world. I believe in the positive impact of social change on all human beings, and wish to make a contribution to it.

Coming from there, I critique the ‘traditional’ way of doing research in development studies, that is one conducted *on the other* and obsessed with an alleged objectivity mostly made in and by the West, which helps reproduce unequal power relations. Instead, I aim to conduct research *with, for* and *at the side of* people (Higginbottom 2008; Truman et al. 2000) through an approach that would allow me to consider myself as a part of my field and build meaningful relationships with my research participants. I argue against the idea of “science for science’s sake” (Gjessing 1968, 397) and, instead, wish to have an impact on my field which my research participants would perceive as positive and useful. Ideally, this approach would not just give me normative guidance on how research *should* be conducted, but also accompany me as a practical guide.

My quest for such an approach led me to post-colonial, de-colonial, feminist and other qualitative participatory methodologies – and, finally, to the feminist theory of an ethics of care. Berenice Fisher and Joan Tronto define care as an “activity that includes everything we do to maintain, continue, and repair our ‘world’ so that we can live in it as well as possible” (Fisher/Tronto 1990, 40). I suggest that the mutuality of the caring relationship, which is at the heart of their ethics of care, may be transferred to the researcher-research participants relationship, and make it more reciprocal, attentive, competent and responsive to the needs of all parties involved. It then may produce knowledge more useful and meaningful for those who helped constructing it. In this article, I show how this transfer may be done through the application of Tronto’s and Fisher’s four phases of an ideal act of care to my study. I do so through the example of a participant observation that I conducted with a Jordanian women’s organization between October 2017 and December 2018 in Amman, Jordan, which was influenced and guided by these four phases.

I argue that the mutual caring approach comes handy to the field of development studies, which is presently raring to go through a de-colonial turn (Patel 2020; Ziai 2020; Cornwall 2020). The field is currently in need of self-reflective research practices that help shed light on the colonial power relations between researchers and research participants in general, and “the social relations, institutional arrangements, norms, and structures through which perceptions of difference and moral exclusion are created in the global system” (Robinson 1997, 114) in particular. With development researchers having started to put more emphasis on researcher positionality, power relations between researchers and their field and research ethics, Tronto’s and Fisher’s ethics of care complements other alternative participatory methodologies. It is an approach that is relatively easy to put in practice and helps “to frame reflective questions, to surface understanding of the political and justice aspects of research that may not be well acknowledged” (Brannelly/Boulton 2017, 348) like: Who benefits from our research? Who asks the research questions and why? How may we conduct research with discursively marginalized groups in a more respectful and attentive way?

This study is divided into five parts. Following this introduction, I dig deeper into Fisher’s and Tronto’s ethics of care. It illustrates how the approach differentiates

from dyadic caring approaches and positions itself within the broader perspective of participatory action research approaches (PAR). In the third part, I look into the example of my participant observation of a women's organization in Jordan, and present how I used Tronto's and Fisher's four phases of an ideal act of care in the form of four guiding questions in the course of my research. The fourth part discusses the three main lessons learned from applying the ethics of care approach to my research. Finally, I conclude this article with a discussion of how a feminist caring ethical research approach in particular may contribute to social change, and be an asset for development researchers who identify themselves with decolonial and feminist thought.

A Mutually Caring Relationship

The ethics of care is a normative ethical theory originally developed by the feminist researcher Carol Gilligan (1983). In her study on gender differences in moral reasoning between men and women, Gilligan identifies two ways of thinking ethically. The first way relies on the ethics of justice and rights, and emphasizes what is right, good and just. The second one relies on the ethics of care and focuses on maintaining healthy relationships and on questions of what is needed when, where and by whom to do so. Nel Noddings, who builds on Gilligan, asserts that care is when "the other's reality becomes a possibility for us (...) to eliminate the intolerable, to reduce the pain, to fill the need, to actualize the dream" (Noddings 1984, 14).

Noddings' definition of care has been criticized as a dyadic and top-down approach, viewing the caring-relation as a mother-child relationship that excludes others and builds upon a rigid power relation between the mother as the care-giver and her child as the care-receiver (Barnes 2015; Tronto 1993).

Many social researchers approach their research participants from such a dyadic caring perspective. Dyadic caring methodologies are practiced within different strands of qualitative research in general, and studies which include research with marginalized or vulnerable research participants in particular, as it is often the case in empirical development studies. They take into consideration researcher's positionality, personal experience and proximity to the field, but as an ethical challenge that the researcher should overcome or deal with (Eide/Kahn 2008; Dickson-Swift et al. 2006), rather than as a source of inspiration. They preach sensitive behavior when in contact with research participants (Collins/Cooper 2014), but for the sake of do-no-harm rather than out of mutual respect. Some promote taking care of and caring for their participants in the sense of doing them good (Collins/Cooper 2014; Rallis/Rossman 2010; Dickson-Swift et al. 2007; Gunzenhauser 2006; McCarthy Brown 1992) – but out of pity rather than of genuine interest or shared values, positions and objectives. Put differently, even though traditional qualitative methodologies plea for minimizing the distance between the researcher and her research participants (Karnieli-Miller et al. 2009), they presume that they belong to two different worlds

(Aluwihare-Samaranayake 2012), where only the researcher may be able to enter their world (Ceglowski 2000) but not the other way around.

With regard to my epistemological stance, as well as my personal experience with and critique towards development practice, it is unsurprising that the dyadic caring research approach, which mirrors the unequal Norths-/Souths-power relations that I criticize, did not appeal to me. Further readings on the notion of care, however, brought me to Tronto and Fisher. They present an alternative to Noddings' definition of care that highlights the interdependent and reciprocal relationship between the care-giver and the care-receiver. Tronto and Fisher identify four ideal elements of care: (1) "care about", that is concerned with being attentive to others' needs in order to reply to it; (2) "taking care of", that is recognizing and assuming responsibility in order to satisfy a specific need for care; (3) "care-giving", which describes the act of caring as a reaction to a specific need (which also implies that the care-giver has the competences and skills to satisfy this need) and (4) "care-receiving", which reflects the reciprocal and interdependent need between the care-giver and the care-receiver (Fisher/Tronto 1990, 40). In *Caring Democracy* (2013), Tronto furthermore develops a fifth element: "caring with", which requires that caring needs of care-receivers should be in line with "democratic commitments to justice, equality, and freedom for all" (Tronto 2013, 23).

The mutual caring-relationship that results from such a definition follows a one-world-approach, that is one, in which both the care-giver and the care-receiver live and interact. A world which they shape and build together from two sides of the same coin – even though in asymmetric forms (Pettersen 2011), that is through different social roles, and with different privileges and perspectives which may evolve and change over time and space. As a societal practice, the mutual caring approach therefore considers *all* humans as "vulnerable and not vulnerable at different points in their lives" (Tronto 2014, quoted in Visse, Abma et Widdershoven 2015, p. 167). Applied to qualitative research, this implies that the researcher is viewed as a part of her field, at least to a certain extent, and therefore has a personal interest in contributing to making it a place in which we can all live as well as possible. This interest is not an altruistic or naïve one, nor is it born out of a "good Samaritan" or "White savior" complex (Madsen/Mabokela 2016, 155), a trap into which many researchers fall especially in the field of development studies. It is rather a genuine interest that is the consequence of looking at the world as interconnected and interdependent, and recognizing one's place in it. This demands an increased researcher reflexivity with a strong focus on needs, interests and agendas on both sides of the research process' coin (Harding 2012), with the goal to build "collaborative, reciprocal, trusting and non-oppressive relations" (Denzin, 1997, 273).

Following a mutual caring approach in qualitative research also implies activist forms of science that engage in political and societal transformation (Conradi 2015; Tronto, 1993) with the goal of "deconstructing current systems that fail communities so as to offer methods and possibilities to create more just, supportive systems"

(Novotny/Gagnon 2018, 74). The caring researcher does so at the side of her research participants (Plesner 2011).

Finally, caring for each other mutually in a research process also comes with the notion of responsibility, that is for each other, but also for the knowledge (co-)produced in the course of a research process. It allows, and even promotes close bonds between researchers and participants, based on common values and goals, mutual trust and respect (Tillmann-Healy 2003). Especially in research that involves a Norths-/Souths-component, the ethics of care emphasizes political action, including “breaking down the barriers of lay and expert knowledge and the importance of the relation of those involved” (Ward/Gahagan 2010, 212).

The mutual caring research approach as it is used here clearly positions itself within participatory action research (PAR). PAR approaches draw researchers’ attention to understanding, mutual involvement, social change, and a process that promotes personal growth (Kidd/Kral 2005). As the production of “knowledge and action directly useful to a community” (Reason 1994, 43), PAR “encourages the co-production of knowledge by academic (researchers) and (non-academic) local groups in a collaborative (co-)research process” (Schurr/Segebart 2012, 148). Therein, the mutual caring research approach does not claim to be an approach of its own. It rather nestles itself up against existing PAR approaches. It puts the spotlight on a particular feminist mindset with which a researcher who implements a PAR-project may approach and construct her field. It paves a way in which PAR may be practiced (Mason 2015) and on an epistemological approach to PAR (Cahill 2007) that “provides us with a novel reading of human relations” (Pettersen 2011, 52). This necessarily influences the way of producing knowledge and the kind of knowledge we produce within PAR and beyond.

To make the mutual caring approach operational for qualitative research in development studies, I developed four leading questions from my understanding of Fisher’s and Tronto’s definition of an ethics of care and their four phases mentioned above. They guided me through my research process, and I came back to them at various stages. These are:

1. What are my and my research participants’ specific needs and priorities with regard to the overall topic of my research?
2. How am I, as a researcher, responsible to satisfy these needs?
3. What can I, as a researcher and with the competences and resources I have, do to satisfy my research participants’ needs?
4. What needs to be done to make my research more reciprocal, participant and equal?

In the following, and by drawing from notes from my research diary, I will show how these questions are reflected in my practice throughout my research with a Jordanian women’s organization.

Studying Norths-/Souths-cooperation through a Mutual Caring Research Approach

I came to Amman in October 2017, not for the first time in my life, but for the first time in the context of my study. I was only given a couple of weeks to explore how Jordanian organizations cooperated with Western donors, and to narrow down my rather broad research interest to more specific research questions. In the over 40 conversations I conducted with government officials, politicians, human rights activists and staff members of civil society organizations as well as donor representatives, I had the chance to listen to various standpoints and stories from very different people expressing various *needs*. All of them were interesting, all of them justified – and all of them could have become the centerpiece of my research. However, I was especially drawn to the stories told by staff members of several Jordanian women's organizations.

The situation of Jordanian women's organizations seemed complex. They cooperated with Western donors and identified with international development and women's rights standards. They financially depended on their donors, and simultaneously looked for partnerships with them. They often felt underestimated, misunderstood or unfairly treated by them, and denounced certain practices. For example, donors did not share budget control over projects, or reserved a veto for important decisions. At the same time, donors with whom I discussed complained about the difficulties they encountered when cooperating with these organizations. For example, the organizations did not always respect contracts and terms or missed deadlines. Both parties expressed their frustration of working with each other. Both equally emphasized that they wanted to improve their relationship to increase the quality and outcome of the development projects they implemented, which they considered extremely important.

I was intrigued – and absolutely wanted to dig deeper into this relationship. With regard to my interest in women's rights and feminist activism, my personal experiences as a development practitioner and my feminist values, this may seem unsurprising. Approaching my attraction to this topic through the mutual caring approach, however, also made me reflect upon my personal needs and agenda in studying, writing about and ideally having a positive impact on the cooperation of women's organizations and their Western donors. Indeed, conducting this research did not only satisfy my need for data in order to be able to write a thesis and foster my career. I also wanted it to satisfy my need to reflect upon, understand and contribute to change certain inequalities inherent to the cooperation of women's organizations and donors, of which I had been an integral part as an aid worker, and continue to be a part as a researcher and producer of the knowledge that underpins these inequalities. After my first field trip, I took some time to reflect on my *responsibility* in the context of my study. I came to the conclusion, that I am responsible for how I do research and how I represent my research participants through my study. Traditionally, in so-

cial sciences, this responsibility includes doing no harm to my research participants, for example by keeping the aftermath of the study in mind. In my case, this was, amongst others, the fact that the women's organizations I would deal with had to continue their cooperation with their donors after my study would end, while I could leave the field and the contacts I made if I needed to. As an outsider, I decided that I was responsible to strategize, discuss and plan the study together with my research participants from Jordanian women's organizations. I also came to convince myself that I was not responsible to "fight their fight", when it comes to changing the relationship they entertained with their donors. What I was responsible for, however, was how I would position myself. I decided to join their cause as a researcher ally (Maynard et al. 2020; Jaworsky 2019), putting my research, my skills and resources, as well as certain privileges that I might have, at their disposal.

My second stay in Amman took place from October to December 2018 during which I observed staff members of one women's organization through an open participant observation. I was given the role of an intern. As such I accompanied staff members to meetings with donors or conferences, and participated in the daily work routine of the organization. On my first day, I had a discussion with the organization's director. She asked me: "So we're giving you data, good. But what can you do for us?" I remember her looking surprised when she realized that I was excited for being asked that question. I explained my mutual caring approach to her. I told her that I already felt taken well cared of by her and her colleagues, and that I was now looking to put my *competencies* and *resources* at their disposal, if they wanted. For example, I explained that, as a researcher, I am trained to see the extra-ordinary in the ordinary and to collect, analyze and interpret data. I am also an intermediary between the women's organization and their donors, in the sense that I can ask the donors uncomfortable questions in the name of research. The director smiled. "Can you conduct a separate study for us about the challenges, opportunities and best practices of the organization's cooperation with its donors?", she asked. She had always wanted to do something alike, but never had the time to do it herself. Since I was offering my help, she wanted to seize the opportunity. I was puzzled – a supplementary study was not what I had expected. I had hoped, probably too naïvely, that her organization could simply benefit from the thesis I would write. She looked at me as if she saw my brain rattling. "What do you think, can you do this for us?", she insisted. I finally nodded. Ten minutes later, I started the work.

The study was planned together with two staff members of the organization. We decided that it should dig deeper into the cooperation both the organization and its donors wanted to build and the challenges that came with it. The two staff members being busy with the organization's everyday business, helped me organize meetings with their colleagues and donor representatives, but let me do the interviewing. The donors welcomed the initiative. They took the time to discuss with me, even though I was transparent about the fact that the study may not be shared with them, depending on the findings and on the decision of the women's organization. I also took over

interview transcription and the first round of analysis, for which I used Thematic Analysis (Braun/Clarke 2012). Although I emphasized anonymity, I discussed my research findings in the making with the staff members of the organization, especially where I thought I had found patterns. We thereby co-constructed the study's results together, at least to a certain extent. The discussions with the two staff members of the organization took place between meetings, in the car or at the lunch table, but also in two separate meetings that we dedicated solely to the interpretation of the results. At the end of my research stay, I discussed the final study findings with the director of the women's organization and the same two project managers. The director and the project managers were satisfied, not simply because the study "proved their point", but because it proved their point from an outside and scientifically grounded approach and in a way that valued their opinions and *participation*. They complimented my research approach, which they perceived as inclusive and transparent. The next step was to share the results of the study with the organization's donors and to hold a workshop to improve the relationship between the women's organization and the donors. However, shortly after this meeting, the director contacted me. She explained that she decided not to share the findings with their donors, at least for now. She was afraid that some could misunderstand them, which could harm their cooperation. My first reaction was the desire to convince her of the opposite. But I held myself back, accepting the decision with a heavy heart – this was not the outcome *I* wished for. Until today, the study and its findings have not been shared with the donors.

A Journey of Learning and Unlearning

Embarking on the journey of conducting research through a mutual caring perspective involves the learning of new reflexes, and the unlearning of antiquated top-down research approaches to researcher-research participants relationships. It may be perceived as challenging from the researcher's perspective. In my case, it resulted in two major lessons learned.

Firstly, the mutual caring approach may not come to the researcher as naturally as she may expect. She may have to actively work on developing a "care thinking" (Barnes 2012, 2), that is consistently integrating mutual caring into her everyday (research) practice. I, personally, understood that part and parcel of my background was not just my personal experience in development combined with the readings and discussions of feminist, post-colonial and de-colonial literature which pushes me towards wanting to conduct research differently. Growing up and receiving education in some of the richest countries of the Global Norths, is equally a part of me, and needs constant reflection. Putting the mutual caring research approach into practice meant, at least for me, unlearning the top-down approaches which are part of my social upbringing. That includes learning to fully accept and live with unexpected demands from research participants. For example, when the organization's director asked me to conduct a study, which I had perceived as a supplementary work at first.

It finally became an opportunity for me to put my mutual caring approach into practice. It also involves accepting certain decisions, such as the one of the organization's director of not wanting to share the study with their donors, even though I had hoped for a different, more spectacular outcome.

Secondly, the mutual caring research approach relies on a paradox. As the term *mutual* implies, the approach involves relationships being nourished from both sides of the research process' coin. However, coming to the field with the goal to establish such mutual relationships with one's research participants usually involves initial action taken by only one side – the researcher. She thereby remains at the center of decision-making on how to approach her field. This, however, leads to a dilemma: Whereas the researcher may conduct her study by approaching the relationships she builds as mutual, her research participants do not necessarily have to do the same. Instead, and exactly because the approach is based on trust and respect, the researcher may be obliged to accept that her vis-à-vis may not be interested in building the relationship she initially had in mind to build. Even more, it is questionable whether the members of the women's organization cared more about me than they did about other researchers who came by in the past and who may have used more traditional, less caring research approaches. This is at least partly due to the fact that relation building usually relies on a resource that is increasingly scarce for researchers: time. Consequently, I personally learned to use the ethics of care as *my* approach to the field and the people with whom I conducted research, trying not to expect much in return from my research participants. This was a difficult lesson learned, as it also implied accepting that one of the expectations that *I* brought to the research project – namely having a visible positive impact on the cooperation between the organization and their donors – would not be encountered immediately. Finally, I learned to accept that the approach is rather an ideal we may want to strive for – an ongoing process which may not be completed by the end of one's research project in which the journey itself is the reward.

Conclusion

Conducting research through a mutual caring research perspective puts the relationship between the researcher and her research participants at the heart of research practice. It is a one-world approach that emphasizes interdependence and reciprocity, without masking the privileges and inequalities which may lie on both sides of the research relationship? Studies conducted by Western development researchers who often apply a dyadic caring perspective to their Southern fields may benefit from the mutual caring research approach. This is especially because it is accompanied by a journey of learning to unlearn in order “to forget what we have been taught, to break free from the thinking programs imposed on us by education, culture, and social environment, always marked by the Western imperial reason” (Tlostanova/Mignolo 2012, 7).

To conclude, the way in which my application of the mutual caring research approach contributed to social change, the motive that initially drew me to the ap-

proach, was unexpected: My impact on the power relations between the Jordanian women's organization and their donors seems to be almost negligible. Furthermore, even though my research participants seemed to enjoy the way they were involved in the study, and gave positive feedback, it remains questionable if the relationships built during it were as reciprocal as I had initially hoped for. This may be the biggest shortcoming of the approach, at least within the configurations of *my* research project. Finally, the impact the approach had on myself, however, was astonishing. I started out with the illusion of already being a researcher-ally to my research participants by wanting to do research differently. Conducting research through the lenses of the mutual caring approach however shed light on my personal shortcomings and socio-colonial baggage which influence the way I do research and the knowledge I produce. The approach opened a door to a new process of self-decolonization, during which I had to ask myself questions like: Why is it so important for me to do research differently, to build reciprocal relationships with my research participants? Why was it so difficult for me to accept that my research participants decided not to share our study's result with their donors? This process of self-decolonization is still ongoing – and is painful at times. It is one that is necessary to produce knowledge in a more inclusive way in the future, and one that more and more development scholars are going through as the decolonial turn proceeds within the field. In order to create new and better practices of doing development research differently, mutually caring approaches may help researchers in three ways: Firstly, in reflecting upon their personal positioning with regard to their research participants, who are often from the Global Souths. Secondly, in challenging Norths-Souths-power relations not just within development practice, but also within research. And thirdly, in equipping them with reflective ways of using knowledge production as a means to repair our world, not *for* one's research participants, but together *with* them in respectful cooperation.

Note

- 1 I am grateful for Elena Aoun's, Florence Degavre's and Amanda Grittner's, as well as for the reviewers' constructive inputs and thoughts.

References

- Aluwihare-Samaranayake**, Dilmi, 2012: Ethics in Qualitative Research. A View of the Participants' and Researchers' World from a Critical Standpoint. In: International Journal of Qualitative Methods. 11 (2), 64-81.
- Barnes**, Marian, 2015: Beyond the Dyad. Exploring the Multidimensionality of Care. In: Barnes, Marian/Brannelly, Tula/Ward, Lizzie/Ward/Nicki (Eds.): Ethics of care. Critical advances in international perspective. Bristol, 31-44.
- Barnes**, Marion, 2012: Care in Everyday Life. An Ethic of Care in Practice. Bristol, Chicago.
- Brannelly**, Tula/**Boulton**, Amohia, 2017: The Ethics of Care and Transformational Research Practices in Aotearoa New Zealand. In: Qualitative Research: 17 (3), 340-350.

Braun, Virginia/Clarke, Victoria, 2012: Thematic Analysis. In: Cooper, Harris (Ed.): APA Handbook of Research Methods in Psychology, 57-71.

Cahill, Caitlin, 2007: Repositioning Ethical Commitments. Participatory Action Research as a Relational Praxis of Social Change. In: ACME. 6 (3), 360-373.

Ceglowski, Deborah, 2000: Research as Relationship. In: Qualitative Inquiry. 6 (1), 88-103.

Collins, Christopher S./Cooper, Joanne E., 2014: Emotional Intelligence and the Qualitative Researcher. In: International Journal of Qualitative Methods. 13 (1), 88-103.

Conradi, Elisabeth, 2015: Redoing Care: Societal Transformation through Critical Practice. In: Ethics and Social Welfare. 9 (2), 113-129.

Cornwall, Andrea, 2020: Decolonizing Development Studies. Pedagogic Reflections. In: Bendix, Daniel (Ed.): Beyond the Master's Tools? Decolonizing Knowledge Orders, Research Methods and Teaching. Lanham, 191-204.

Denzin, Norman K., 1997: Interpretive Ethnography. Ethnographic Practices for the 21st Century. Thousand Oaks.

Dickson-Swift, Virginia/James, Erica L./Kippen, Sandra/Liamputtong, Pranee, 2006: Blurring Boundaries in Qualitative Health Research on Sensitive Topics. In: Qualitative Health Research. 16 (6), 853-871.

Dickson-Swift, Virginia/James, Erica L./Kippen, Sandra/Liamputtong, Pranee, 2007: Doing Sensitive Research: What Challenges do Qualitative Researchers Face? In: Qualitative Research. 7 (3), 327-353.

Eide, Phyllis/Kahn, David, 2008: Ethical issues in the Qualitative Researcher—Participant Relationship. In: Nursing Ethics. 15 (2), 199-207.

Escobar, Arturo, 2012 [1995]: Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World. Princeton, N.J.

Fang Law, Siew, 2016: Unknowing Researcher's Vulnerability. Re-searching Inequality on an Uneven Playing Field. In: Journal of Social and Political Psychology. 4 (2), 521-536.

Fisher, Berenice/Tronto, Joan C., 1990: Toward a Feminist Theory of Caring. In: Abel, Emily/Nelson, Margaret (Eds.): Circles of Care. Work and Identity in Women's Lives. Albany, 35-54.

Gilligan, Carol, 1983: In a Different Voice. Psychological Theory and Women's Development. Cambridge.

Gjessing, Gutorm, 1968: The Social Responsibility of the Social Scientist. In: Current Anthropology. 9 (5), 397-402.

Gunzenhauser, Michael G., 2006: A Moral Epistemology of Knowing Subjects. In: Qualitative Inquiry. 12 (3), 621-647.

Hall, Stuart, 2011 [1993]: The West and the Rest. Discourse and Power. In: Hall, Stuart/Gieben, Brad (Eds.): Formations of Modernity. Cambridge, 185-225.

Hanisch, Carol, 1970: The Personal is Political. In: Firestone, Shulamith/Koedt, Anne: Notes From the Second Year. Women's Liberation. Pamphlet.

Harding, Sandra, 2012: Feminist Standpoints. In: Hesse-Biber, Sharlene Nagy (Ed.): Handbook of Feminist Research. Theory and Praxis. Los Angeles, 46-64.

Higginbottom, Andy, 2008: Solidarity Action Research as Methodology. In: Latin American Perspectives. 35 (5), 158-170.

Jaworsky, Denise, 2019: An Allied Research Paradigm for Epidemiology Research with Indigenous Peoples. In: Archives of public health. 77 (22), 1-12.

Karnieli-Miller, Orit/Strier, Roni/Pessach, Liat, 2009: Power Relations in Qualitative Research. In: Qualitative Health Research. 19 (2), 279-289.

- Kidd**, Sean A./**Kral**, Michael J., 2005: Practicing Participatory Action Research. In: *Journal of Counseling Psychology*. 52 (2), 187-195.
- Madsen**, Jean A./**Mabokela**, Reitemetse Obakeng, 2016: Critical Consciousness in the Cross-Cultural Research Space: Reflections from Two Researchers Engaged in Collaborative Cross-Cultural Research. In: Wiseman, Alexander W. (Ed.): *Annual Review of Comparative and International Education* 2016, Vol. 30, 147-163.
- Mason**, Kelvin, 2015: Participatory Action Research: Coproduction, Governance and Care. In: *Geography Compass*. 9 (9), 497-507.
- Maynard**, Emma/**Barton**, Sarah/**Rivett**, Kayleigh/**Maynard**, Oscar/**Davies**, William, 2020: Because 'Grown-ups Don't Always Get It Right': Allyship with Children in Research – From Research Question to Authorship. In: *Qualitative Research in Psychology*. 1 (3), 1-19.
- McCarthy Brown**, Karen, 1992: Writing about "the Other". In: *Chronicle of Higher Education*. 38 (32), A56.
- Mountz**, Alison/**Bonds**, Anne/**Mansfield**, Becky/**Loyd**, Jenna/**Hyndman**, Jennifer/**Walton-Roberts**, Margaret, 2015: For Slow Scholarship. A Feminist Politics of Resistance through Collective Action in the Neoliberal University. In: *ACME*. 14 (4), 1235-1259.
- Noddings**, Nel, 1984: *Caring. A Feminist Approach to Ethics and Education*. Berkely.
- Novotny**, Maria/**Gagnon**, John T., 2018: Research as Care. A Shared Ownership Approach to Rhetorical Research in Trauma Communities. In: *Reflections*. 18 (1), 71-101.
- Patel**, Kamna, 2020: Race and a Decolonial Turn in Development Studies. In: *Third World Quarterly*. 41 (9), 1463-1475.
- Pettersen**, Tove, 2011: The Ethics of Care: Normative Structures and Empirical Implications. In: *Health care analysis: Journal of Health Philosophy and Policy*. 19 (1), 51-64.
- Plesner**, Ursula, 2011: Studying Sideways: Displacing the Problem of Power in Research Interviews With Sociologists and Journalists. In: *Qualitative Inquiry*. 17 (6), 471-482.
- Rallis**, Sharon F./**Rossmann**, Gretchen B., 2010: Caring reflexivity. In: *International Journal of Qualitative Studies in Education*. 23 (4), 495-499.
- Reason**, Peter, 1994: Human Inquiry as Discipline and Practice. In: Reason, Peter (Ed.): *Participation in Human Inquiry*. London, Thousand Oaks, Calif., 40-56.
- Robinson**, Fiona, 1997: Globalizing Care. Ethics, Feminist Theory, and International Relations. In: *Alternatives*. 22 (1), 113-133.
- Schurr**, Carolin/**Segebart**, Dörthe, 2012: Engaging with Feminist Postcolonial Concerns through Participatory Action Research and Intersectionality. In *Geogr. Helv.* 67 (3), 147-154.
- Tillmann-Healy**, Lisa M., 2003: Friendship as Method. In: *Qualitative Inquiry*. 9 (5), 729-749.
- Tlostanova**, Madina Vladimirovna/**Mignolo**, Walter, 2012: *Learning to Unlearn. Decolonial Reflections from Eurasia and the Americas*. Columbus.
- Tronto**, Joan C., 1993: *Moral Boundaries. A Political Argument for an Ethic of Care*. New York.
- Tronto**, Joan C., 2013: *Caring Democracy. Markets, Equality, and Justice*. New York.
- Truman**, Carole/**Mertens**, Donna M./**Humphries**, Beth. (Eds.), 2000: *Research and Inequality*. London: UCL Press.
- Visse**, Merel/**Abma**, Tineke/**Widdershoven**, Guy, 2015: Practising Political Care Ethics: Can Responsive Evaluation Foster Democratic Care? In: *Ethics and Social Welfare*. 9 (2), 164-182.
- Ward**, Lizzie/**Gahagan**, Beatrice, 2010: Crossing the Divide between Theory and Practice: Research and an Ethic of Care. In: *Ethics and Social Welfare*. 4 (2), 210-216.
- Ziai**, Aram, 2020: Decolonizing Development Studies. Teaching in Zhengistan. In: Bendix, Daniel (Ed.): *Beyond the master's tools? Decolonizing knowledge orders, research methods and teaching*. Lanham, 243-256.

Einverständniserklärungen für eine feministische Forschungspraxis

Überlegungen zur prozesshaften Gestaltung und gesellschaftlichen Einbettung von Einwilligung

MARIAM MALIK. TERESA WINTERSTELLER. VERONIKA WÖHRER

Einleitung¹

Sozialwissenschaftliche Forschungsprozesse sind zunehmend von ethischen und formalen Regulierungsprozessen geprägt, ein Umstand, der im europäischen Raum durch die Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) forciert wurde. Da immer mehr forschungsfördernde Institutionen und wissenschaftliche Zeitschriften auch für sozialwissenschaftliche Forschung nach Bewilligungen durch Ethikkommissionen fragen, wird es für Forschende dieser Disziplinen – so auch der feministischen empirischen Forschung – immer notwendiger, sich mit formalisierten Prozessen von informierten Einverständnis- oder Einwilligungserklärungen² (Informed Consent) auseinanderzusetzen.

Informierte Einwilligungen haben ihren Ausgangspunkt in der medizinischen Forschung. Dies war das erste Feld, in dem standardisierte Prozesse im Rahmen von Ethikkommissionen etabliert wurden (Rothman 2014). Kritik an der einheitlichen Umsetzung wurde u.a. sowohl auf Basis sozialwissenschaftlicher Methodendiskussionen (Marzano 2012; Miller/Boulton 2007) als auch auf der Grundlage feministischer Ethikkonzepte (Osuji 2018; Tronto 2008) formuliert. Einverständniserklärungen müssen, so die Kritik, neu konzipiert werden, um (forschungs-)ethischen Prinzipien gerecht zu werden. Obwohl mittlerweile zahlreiche Texte und Bücher zu feministischen Methoden, feministischer Forschungspraxis und feministischer Ethik vorliegen (u.a. Hesse-Biber 2007; Jaggar 2015), gibt es nur sehr wenige explizit feministische Arbeiten zu informierter Einwilligung (McCormick 2012; Bhat-tacharya 2007). Noch seltener sind Studien, die über eine Berücksichtigung von Genderaspekten hinausgehend auch eine intersektionale und postkoloniale Perspektive miteinbeziehen. Auf Basis dieser Ausgangssituation möchten wir der Frage nachgehen, wie ein feministisches postkoloniales Verständnis von informierten Einwilligungsprozessen aussehen kann, und welche konkreten Schlussfolgerungen für die Forschungspraxis daraus resultieren.

Wir skizzieren im Folgenden den historischen Kontext und die konstitutiven Dimensionen informierter Einwilligungen. Auf Basis aktueller feministischer und sozialwissenschaftlicher Debatten über Herausforderungen von Einverständniserklärungen in der Forschungspraxis gehen wir zuerst auf die Konstitution von Einverständniserklärungen als Prozess und anschließend auf die Bedeutung sozialer Zusammenhänge im Sinne einer Ethics of Care bei Einwilligungsprozessen ein. Um

die Auswirkungen gesellschaftlicher Ungleichheiten zu erfassen, greifen wir auf eine Ethics of Representation zurück, die Bedingungen für Repräsentation in kolonialen Machtverhältnissen formuliert. Postkoloniale Kritik ist unserem Verständnis nach auch für Forschungen in Europa und innerhalb nur eines Staates wesentlich, da der Kolonialismus massive Auswirkungen auf die europäische Moderne und die darin entstandenen Wissenschaften hatte (Hall 1992). Abschließend formulieren wir konkrete Vorschläge, wie Einverständniserklärungen im Sinne einer feministischen postkolonialen Forschungsethik und -praxis konzipiert werden können.

Historischer Kontext

Einverständniserklärungen haben ihren Ursprung in der Kritik an Studien, die aus heutiger Sicht als Menschenrechtsverletzungen gelten, da Forschungen ohne Wissen und/oder Zustimmung von Beforschten durchgeführt wurden. Historisch gesehen ist informiertes Einverständnis eine Antwort auf Ausbeutungsverhältnisse, denn medizinische Forschung ist von einer langen Geschichte der Ausbeutung marginalisierter Personen geprägt (King 1998, 95). Dehumanisierungsprozesse im Kolonialismus, in der Sklaverei und im Zuge der Herausbildung *weißer* Vorherrschaft ebneten u.a. den Weg für medizinische Experimente, die Machtverhältnisse zwischen *weißen* Forscher_innen bzw. medizinischem Personal und Schwarzen Forschungsteilnehmenden bzw. Patient_innen ausnutzten (Washington 2007). Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu normativen Weiterentwicklungen und kritischen öffentlichen Debatten ethischer Grundlagen der medizinischen Forschung, die dazu führten, bestimmte Forschungspraktiken als Misshandlungen und Folter anzuerkennen und ihnen durch rechtliche und ethische Vorgaben entgegenzuwirken. Auch wenn erste Formulierungen von Einverständnis weiter zurückgehen (Hostiuc/Buda 2018; Sutrop/Löuk 2020), ist der Nürnberger Kodex der erste prominente Ethikkodex, der – als Antwort auf die Verbrechen im Nationalsozialismus im Namen der medizinischen Forschung – informiertes Einverständnis als Voraussetzung medizinischer Behandlungen formuliert. Ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Entwicklung ethischer Forschungsprinzipien war die Kritik an der Tuskegee-Studie in den USA der 1970er Jahre, in der Schwarzen Männern seit den 1930er Jahren im Namen der Forschung die Syphilisbehandlung vorenthalten wurde (Oberle et al. 2019; Hostiuc/Buda 2018; Brall/Maeckelberghe/Porz 2017).

Heute sind Einverständniserklärungen auch in den Sozialwissenschaften üblicher Bestandteil ethischer Forschungspraxis. Dies zeigt sich beispielsweise in den Ethikkodizes internationaler wissenschaftlicher Organisationen wie der American Sociological Association oder der American Anthropological Association.³ Auch die nationale (Hostiuc/Buda 2018) und transnationale Rechtsprechung (siehe die bereits erwähnte DSGVO) ist mit der Standardisierung von Datenschutz und damit einhergehend Dateneinwilligungserklärungen befasst. Diese Entwicklungen machen es notwendig, zu beobachten, wie die „ethical bureaucracy“ (Aaltonen 2017, 329)

ethische Ansätze in Forschung einschreibt, und andererseits, wie diese kontestiert und erweitert werden können.

Was ist eine informierte Einwilligungserklärung?

Informierte Einwilligung in der Wissenschaft wird definiert als die autonome Zustimmung einer Person zur Involvierung in ein Forschungsprojekt durch Dritte (Faden/Beauchamp/King 1986, 278). Ihre Gültigkeit wird anhand von fünf Dimensionen (Sutrop/Löuk 2020, 219) festgestellt. Erstens anhand der gesetzlichen und kollektiven Grundlage, wer dazu berechtigt ist, eine Autorisierung vorzunehmen. So dürfen z.B. Minderjährige oder Menschen mit akuten psychischen Erkrankungen in vielen Ländern keine informierte Einwilligung im Sinne einer autonomen Autorisierung für die Teilnahme an einem Forschungsprojekt geben. Zweitens müssen die Ziele, Inhalte, Absichten und die Finanzierung des Forschungsprojekts offengelegt werden. Sie werden als Grundlage für autonome Entscheidungen gesehen. Dies ist eine Reaktion auf historische Beispiele (medizinischer) Forschung, in denen diese Informationen oftmals verschwiegen wurden. Drittens müssen die Teilnehmenden verstehen, in welche Studie sie einwilligen und welche Konsequenzen eine solche Einwilligung hat. Dies dient dem Schutz des Individuums und ist eng verknüpft mit der vierten Voraussetzung, der Freiwilligkeit der Entscheidung. Die Forschungsteilnehmenden dürfen nicht durch andere zur Teilnahme überredet oder durch indirekte Beeinflussung (z.B. den Zugang zu Ressourcen infolge der Teilnahme) dazu motiviert werden. Dem folgt als fünftes und letztes Erfordernis die Autorisierung für die Datenverarbeitung, beispielsweise durch eine Unterschrift (siehe auch Beauchamp 2010, 62f.). Vorrangiges Ziel informierter Einwilligungserklärungen ist die Anerkennung individueller Autonomie (Iphofen 2020, 205) und der Schutz bestimmter Werte, z.B. anderen keinen Schaden zuzufügen, der Erhalt der Menschenwürde, aber auch Ehrlichkeit und Vertrauen durch die Offenlegung der Forschungsinhalte (Sutrop/Löuk 2020, 214).

Herausforderungen von Einverständniserklärungsprozessen in der Sozialforschung aus einer feministischen Perspektive

Die Etablierung von Einwilligungsprozessen in den Sozialwissenschaften hat in den letzten Jahren vor allem von Seiten der qualitativen Sozialforschung einige Kritik erfahren (Marzano 2012; von Unger/Dilger/Schönhuth 2016; Bell 2014a; Bhattacharya 2007). Aus einer feministischen Perspektive haben u.a. Tina Miller und Linda Bell (2002) oder auch Melinda McCormick (2012) argumentiert, dass informierte Einwilligung mitunter schwierig umzusetzen ist und ethische Fragen eher aufwirft als lösen kann. Die Frage „Consenting to What?“ von Miller und Bell (2002, 53) greift die Problematik auf, dass qualitative Forschungsprozesse nicht planbar sind und die Idee der Transparenz wissenschaftlicher Forschung gegenüber den Studien-

teilnehmenden in diesem Kontext nur schwer umzusetzen ist, wenn informierte Einwilligung bedeutet, *vor* der Datenerhebung die Zustimmung einzuholen. Durch den induktiven Forschungsansatz werden manche Inhalte und Risiken erst während des Forschungsprozesses definierbar (von Unger/Dilger/Schönhuth 2016; Marzano 2012). Ziele, Studieninhalte, Risiken und Nutzen vorab für die Teilnehmenden zu beschreiben, ist daher oft schwierig. Ein zweiter Kritikpunkt bezieht sich auf kollaborative Aushandlungsprozesse in qualitativer oder partizipativer Forschung, beispielsweise wie mit Forschungsteilnehmenden besprochen wird, ob sie in Publikationen genannt werden möchten (Marzano 2012), oder wie Inhalte diskutiert und Validierungsprozesse umgesetzt werden (Bhattacharya 2007; Renold et al. 2008). Qualitative Forschung geht von einem relationalen Verhältnis von Forschenden und Forschungsteilnehmenden aus, unterstützt also das Verständnis eines „cyclical and iterative process of collaboration and dialogic interaction“ (Anthony-Okeke 2020, 102). Informierte Einwilligung sieht keine prozessualen Aushandlungen vor, insbesondere dann nicht, wenn Aspekte wie Anonymisierung, Forschungsgegenstand etc. in den Einwilligungserklärungen festgehalten und von Ethikkommissionen vorab bereits einer Überprüfung unterzogen werden müssen. Die Formalisierung von Einverständniserklärungen, so ein weiteres Argument, behindere die auf Beziehungen und Vertrauen beruhende qualitative Forschung (Miller/Bell 2002; Marzano 2012) insbesondere dann, wenn mit Personen geforscht wird, die mit schriftlichen Rechtsdokumenten negative Assoziationen verbinden oder andere Vorgehensweisen favorisieren, um Einwilligung auszudrücken (Sikes 2004, 530). Die strikten rechtlichen Vorgaben und Regeln von Ethikkommissionen sind hier, so der Vorwurf, nicht flexibel genug, um auf die jeweiligen Forschungsmethoden und Forschungsfelder einzugehen. McCormick (2012) illustriert anhand verschiedener Studien, dass die bürokratische Umsetzung von informierter Einwilligung zu ethischen Dilemmata führt, z.B. wenn Jugendliche in vulnerablen Situationen das Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten brauchen, oder wenn in Institutionen Vorgesetzte Druck auf Teilnehmende ausüben. Informierte Einwilligung als formalisierter Akt verliert in diesen Kontexten an Bedeutung und muss durch ethisches Handeln erst wiederhergestellt werden. Dass informierte Einwilligung als synonym zu ethischer Forschung und ethische Forschung vor allem anhand von informierter Einwilligung verhandelt wird, wie Bell (2014a, 513) es ausdrückt, ist aus dieser Perspektive zu problematisieren. Darüber hinaus bleibt festzustellen, dass insbesondere der Aspekt der Freiwilligkeit (der im Abschnitt zum Einbezug von Kollektiven in Einverständniserklärungen nochmals aufgegriffen wird) sowie die Frage, wem die Kompetenz zugesprochen wird, eine informierte Einwilligung zu geben, auch quantitative Studien betreffen, auch wenn die genannten Beispiele sich hauptsächlich auf qualitative Forschung beziehen.

In den folgenden Abschnitten gehen wir auf zwei Schwerpunkte ein, die wir in Bezug auf die Adaption informierter Einwilligung an einen sozialwissenschaftlichen Forschungsprozess aus einer feministischen Perspektive setzen möchten: erstens die

Konzeption von Einverständnis als Prozess und zweitens das Einbeziehen sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhänge in der Umsetzung von Einwilligungserklärungen. Wir vertreten die Position, dass informierte Einwilligung ein wichtiges Instrument ist, um die Rechte von Forschungsteilnehmenden zu schützen. Für einen reflexiven feministischen Forschungsprozess muss unserer Meinung nach jedoch Einwilligung auf Basis feministischer ethischer Überlegungen entworfen werden, und das bedeutet, über die formal-rechtlichen Bedingungen hinauszugehen.

Vom Akt zum Prozess

In aktuellen Forschungsdebatten, und insbesondere in den Sozialwissenschaften (Ferreira/Serpa 2018), wird Einwilligung vermehrt als Prozess konzipiert. Dies resultiert vor allem daraus, dass qualitative Forschungsprojekte nur begrenzt planbar sind und kollaborative Prozesse zwischen den Forschenden zu Aushandlungen führen. Im Verlauf eines Forschungsprojektes entstehen wiederholt ethisch relevante Momente, die Einfluss auf die Einwilligung der Forschungsteilnehmenden haben (Guillemin/Gillam 2004; Iphofen 2011, 67). So beschreibt Kakali Bhattacharya (2007) etwa ihre Studie, in der – anders als geplant und von der Ethikkommission genehmigt – die vertrauensvolle Beziehung zwischen Forscherin und Teilnehmerin die Methode zur Validierung von Interpretationen durch die Teilnehmerin veränderte. Diese Aushandlungsprozesse führten dazu, dass ein Teil der vorab autorisierten schriftlichen Einverständniserklärung nicht mehr der Forschungspraxis entsprach. Um die Implikationen von ethisch relevanten Momenten und deren Einfluss auf Einverständnisse zu verstehen, stellt Reflexivität im Forschungsverlauf eine wesentliche Ressource dar (Guillemin/Gillam 2004).

Ein weiteres Beispiel für einen möglichen Umgang mit Einverständnis, das Veränderungen unterliegt, ist die ethnographische Forschung von Marlies Kustatscher (2014). Sie forschte in einer schottischen Schule mit Kindern und ermöglichte prozessorientierte Zustimmung anhand einer Magnettafel, die im Klassenraum für alle sichtbar war. Sie diente dazu, die Kinder immer wieder neu entscheiden zu lassen, wann die Forscherin sie beobachten und Notizen machen durfte. Durch Positionierung und Verschieben des eigenen Magneten konnten die Kinder Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken. Zustimmung und Ablehnung wurden durch die visuelle Repräsentation im Klassenraum auch transparent und diskutierbar. So konnte Einwilligung nicht nur als einmaliger Akt, sondern als immer wieder neu zu entscheidende und an die aktuellen Gegebenheiten angepasste Aushandlung verstanden und umgesetzt werden.

Einverständniserklärungen als relationale Prozesse in sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhängen

Der zweite Schwerpunkt, auf den wir eingehen möchten, ist die Berücksichtigung sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhänge in Einverständniserklärungsprozessen.

sen. Im Folgenden unterscheiden wir für die analytische Bearbeitung in Individuum, Gruppen oder Communitys und Gesellschaft, obwohl wir diese Größen als ineinander verwoben begreifen. Informierte Einwilligung ist ein Prozess, der nicht nur ein autonom agierendes Individuum betrifft. Vielmehr steht er in Verbindung zu Familien, Gruppen und Communitys und ist davon gekennzeichnet, dass auch größere gesellschaftliche Zusammenhänge – beispielsweise strukturelle Ungleichheit und globale ökonomische Verhältnisse – eine Rolle spielen.

Kritik am Autonomieverständnis in Einverständniserklärungen: Einwilligungserklärungen folgen einem Konzept, das maßgeblich auf der Garantie von Rechten basiert. Einerseits wird durch Einwilligungserklärungen das Recht auf Entscheidung von Individuen respektiert (beispielsweise sich für oder gegen eine Beteiligung an einem Forschungsprojekt zu entscheiden). Andererseits werden Individuen in diesem Kontext gewisse Rechte zugesichert und gewährt (z.B. das Recht auf Beendigung der Teilnahme) (Beauchamp 2010, 37). Die Fokussierung auf die Zusicherung von Rechten im Sinne von „rights are ,trumps“ (Tronto 2008, 185), also die Stärke des Individuums in einer Gesellschaft an seinen Rechten zu messen, basiert auf der liberalen Idee, individuellen Rechten eine Vormachtstellung gegenüber kollektiven oder gemeinschaftlichen Wertesystemen einzuräumen (Lomelino 2015; Mackenzie/Stoljar 2000). Auch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) basiert auf fundamentalen Grundrechten in der Europäischen Union: dem Recht auf Privatsphäre und dem Recht auf den Schutz persönlicher Daten. Diese sind in der Charta der Grundrechte der EU verankert (Mondschein/Monda 2019, 56f.).

Die Fokussierung auf individuelle Rechte ist verknüpft mit der Idee, dass autonome Entscheidungen von einem rationalen, reflexiven Individuum getroffen werden, das unbeeinflusst von Anderen agiert (Faden/Beauchamp/King 1986, 7f.; Lomelino 2015, 23ff.). Autonomie bedeutet in diesem Zusammenhang die Fähigkeit, unbeeinflusst von der Umwelt Entscheidungen treffen zu können, die auf inhaltlichem Verständnis und persönlicher Willensbildung beruhen. Die unbeeinflusste, freie Entscheidung als Voraussetzung für informierte Einwilligung ist Ausdruck dieses Autonomieverständnisses. Das Primat autonomer Entscheidung in der Konzeption von Einverständniserklärungen hat dazu geführt, kollektiven Werten wie Reziprozität oder Solidarität, aber auch Ungleichheitsverhältnissen weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Denn die Ausrichtung auf das Individuum ist nicht geeignet, kollektive Interessen oder gesellschaftliche Strukturen miteinzubeziehen (Sutrop/Löuk 2020, 230; Lomelino 2015, 39ff.). Kritik an diesem Zugang wird aus feministischer Perspektive vor allem in Bezug darauf geäußert, dass Individuen auf Grund der sozio-kulturellen Kontexte, in die sie eingebettet sind, oft nur unfrei und unter Zwängen agieren können (Tronto 2008; Miller/Bell 2002, 56). In der feministischen Ethik wurde das Konzept einer individuellen und rationalen Autonomie hinterfragt und stattdessen ein relationales Autonomieverständnis entwickelt, das diese Beschränkungen besser zu erfassen vermag (Mackenzie/Stoljar 2000). Die Ethics of Care (Gilligan 1982), eines der prominentesten Konzepte innerhalb feministisch-ethi-

scher Debatten, bezieht gegenseitige Fürsorge und Verantwortlichkeiten in Beziehungen in Debatten über moralisches Handeln mit ein (Bell 2014b, 80). Soziale Beziehungen, historische Kontexte, Normen und Institutionen werden in ihren Auswirkungen auf Handlungsfähigkeit und Fähigkeit zur (relational-)autonomen Entscheidung von Individuen reflektiert (Mackenzie/Stoljar 2000). Die Kritik an der ursprünglichen Konzeption, sich auf Erfahrungen *weißer* Mittelschicht-Frauen zu stützen, führte zur Entwicklung einer intersektionalen Ethics of Care (Hankivsky 2014). Basierend auf dem von Crenshaw (1989) entwickelten Ansatz der Intersektionalität begreift eine intersektionale Ethics of Care nicht Geschlecht als zentrale Analysekategorie, sondern denkt es mit anderen Differenzverhältnissen wie Klasse, Sexualität, Herkunft, (Dis-)Ability oder Alter zusammen (Collins 2017, 115).

Für Einverständniserklärungsprozesse lassen sich zwei zentrale Gedanken aus einer intersektionalen Ethics of Care ableiten: 1) Menschen treffen Entscheidungen nicht unabhängig und autonom, sondern im Kontext ihrer sozialen Beziehungen, Verantwortlichkeiten und in Machtverhältnissen, 2) informierte Einwilligung sollte so konzipiert sein, dass diese Beziehungen und relevanten Personen in den Prozess miteinbezogen werden können, 3) durch die Fokussierung auf Austausch und gegenseitige Bezugnahme wird informierte Einwilligung zu einem Prozess, an dem an unterschiedlichen Punkten verschiedene Personen teilhaben können (Osuji 2018, 109). In der Sozialforschung wird das soziale Umfeld beispielsweise dann herangezogen, wenn Personen an einer Studie teilnehmen, die als ‚vulnerabel‘ definiert werden, z.B. Menschen mit Lernschwierigkeiten (Carey/Griffiths 2010), aber auch, wenn Sozialstrukturen im Forschungsfeld eine Involvierung der Familie (Aaltonen 2017) oder die Berücksichtigung der Peer-Group (Gallagher et al. 2010) sinnvoll erscheinen lassen.

Ein Einbezug sozialer Zusammenhänge soll nicht bedeuten, individueller Entscheidungsfreiheit weniger Bedeutung zuzumessen, sondern vielmehr, soziale Interdependenzen, kollektive Prozesse und gesellschaftliche Strukturen miteinzubeziehen, die Individuen in ihrer Entscheidungsfähigkeit und in ihrem Reflexionsprozess beeinflussen.

Einbezug von Kollektiven in Einverständniserklärungen: Auch größere Bezugssysteme wie Interessensverbände, subkulturelle Gruppen oder Dorfgemeinschaften können bei der informierten Einwilligung eine Rolle spielen. Nicht nur als Austauschpartner für das Individuum, sondern auch bei Überlegungen, wie sich ein Forschungsprojekt über das Individuum hinaus auf dessen soziales und gemeinschaftliches Umfeld auswirkt.

Konzepte wie „Community Consent“ (Xiaomei 2012), „Community Advisory Boards“ (Strauss et al. 2001) oder „Community Consultation“ (Dickert/Sugarman 2005) beschäftigen sich mit dem Einbeziehen des sozialen Umfeldes von Forschungsteilnehmenden. Dadurch werden verschiedene Dimensionen sozialer Beziehungen im Prozess der Einwilligung in den Blick genommen. Diese Konzepte entsprechen damit auch einer Konsequenz, die sich aus der intersektionalen Ethics

of Care ergibt. Einerseits geht es bei einer Risiken-und-Nutzen-Kalkulation nicht nur um das Individuum selbst, sondern auch um die Gemeinschaft, in der das Individuum eingebettet ist (Leadbeater et al. 2006, 8). Andererseits geht es in manchen Fällen darum, tatsächlich das Einverständnis der Gemeinschaft einzuholen, um beispielsweise Entscheidungsstrukturen einer Gemeinschaft auch anzuerkennen. Ein anschauliches Beispiel beschreiben Liboiron, Zahara und Schoot (2018), die einen „Community Peer Review“ umgesetzt haben: Vorläufige Forschungsergebnisse wurden mit betroffenen Personen aus der Region diskutiert und deren Haltung zu verschiedenen Aspekten des Forschungsprojektes, z.B. Schwerpunktsetzungen oder Kooperationen, dokumentiert und miteinbezogen. Den Forschenden ging es dabei um einen Eindruck von Zustimmung, Ablehnung und Einschätzung von Risiken seitens der Community.

Community oder Collective Consent ist insbesondere dann notwendig, wenn die zuständigen Ethikkommissionen wenig Einsicht in die an der Forschung beteiligte Gemeinschaft haben, wie dies beispielsweise nach Hudson (2009) bei den Maori in Neuseeland der Fall ist. Gerechtigkeit, soziale und kulturelle Verantwortung, Respekt für die Gemeinschaft, Vermeidung von Schaden oder auch Kompensationen für die Beteiligung an der Forschung sind Aspekte, die neben der individuellen Ebene auch auf der kollektiven Ebene diskutiert werden sollen (Hudson 2009). Neben einer positiven Bezugnahme auf die Community ist es ebenso relevant, auf restriktive Strukturen in Gemeinschaften zu achten. Leadbeater et al. (2006) illustrieren anhand der Frage, inwiefern Jugendlichen die Kompetenz zugesprochen wird, über ihre Beteiligung an einer Forschung selbst zu entscheiden, wie wichtig es ist, auch Barrieren innerhalb von Communitys zu erkennen (z.B. institutionelle Regelungen, sozioökonomische Marginalisierung oder die Rolle von Gatekeepern), die manchen Personen eine Beteiligung verunmöglichen.

Rolle gesellschaftlicher Machtverhältnisse: Bei der Betrachtung von informiertem Einverständnis im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse sind zwei Aspekte wesentlich: erstens die Beziehung von Zustimmung zu Ablehnung und zweitens Fragen der Repräsentation. Informiertes Einwilligen kann nur dann auf einer informierten Entscheidung basieren, wenn informierte Ablehnung möglich ist (Benjamin 2016). Um die enge Verbindung zwischen Einwilligung und Ablehnung zu verdeutlichen, kann das Human Provenance Pilot Project des britischen Grenzschutzes aus dem Jahr 2009 herangezogen werden. Dieser veranlasste DNA-Tests, um Staatsangehörigkeit zu überprüfen und Asylbetrug vorzubeugen. Auf die Kritik der Öffentlichkeit und Wissenschaft am Zwangscharakter der DNA-Analyse betonten die Zuständigen, alle DNA-Proben seien freiwillig entnommen worden. Gleichzeitig ist jedoch einem offiziellen Protokoll zu entnehmen, dass die Verweigerung bei Verdacht auf Betrug negative Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit im Asylverfahren haben kann (Benjamin 2016, 979). Die Betroffenen in diesem Beispiel sind also in ihrer Handlungs- und Entscheidungsmacht stark eingeschränkt, da eine informierte Ablehnung ihre Abschiebung begünstigen kann. Die Autorin veranschaulicht, dass

die scheinbare Freiwilligkeit der Zustimmung angesichts negativer Konsequenzen einer Ablehnung de facto nicht gegeben ist. Informierte Ablehnungen müssen so möglich sein, dass von Macht-Ungleichheitsverhältnissen betroffene Personen selbst – nicht Stellvertreter_innen, etwa aus Öffentlichkeit oder Wissenschaft – ihre Ablehnung zum Ausdruck bringen können, ohne Nachteile befürchten zu müssen (Benjamin 2016, 979-982).

Die angeführten Beispiele zeigen, dass vielfältige Einflüsse das Handeln von Menschen prägen. Somit ist die Frage zu stellen, wie eine ethisch verantwortliche Forschungspraxis aussehen kann, die die Verwobenheit der Individuen in gesellschaftliche Strukturen anerkennt und deren Wirkmächtigkeit auf informierte Einwilligung versteht.

Wie die Repräsentation von Forschungsteilnehmenden sowie von deren Meinungen und Anliegen feministischen Ansprüchen gerecht werden kann, ist schon lange Teil feministischer Methodendiskussionen (Wilkinson/Kitzinger 1996; Preissle 2007). Aktuelle Debatten der postkolonialen Studien zeigen auf, dass auch wissenschaftliche Erkenntnisprozesse von den Nachwirkungen kolonialer Machtverhältnisse geprägt sind (Smith 1999; Spivak 2008). Vorherrschende gesellschaftliche Ungleichheiten können durch wissenschaftliche Repräsentation reproduziert werden, zumal Forschungsteilnehmende meist kein Mitspracherecht haben, in welcher Form sie dargestellt werden. Wenn informiertes Einverständnis als Prozess verstanden wird und Subjekte, im Sinne der intersektionalen Ethics of Care, als in relationale Beziehungen und gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet gesehen werden, ist nach Marco Marzano (2012, 452) auch zu fragen, was nach der Datenerhebung passiert. Die Frage der Repräsentation ist umso relevanter, wenn Forschungsteilnehmende gesellschaftlich marginalisierten Gruppen angehören und von ungleichen Machtstrukturen betroffen sind, wie in einem Beispiel von Ruha Benjamin (2016) beschrieben: In einer Studie zur Genstruktur indigener Gruppen argumentierten die Forscher_innen, dass sie die Genehmigung der institutionalisierten Ethikkommissionen erlangt und alle formalen Richtlinien für den Einwilligungsakt erfüllt hatten. Doch sie hatten weder in den Prozess der Einwilligung noch in die Studie Vertreter_innen der Community („Community Councils“) einbezogen. Zudem stellten sie die betroffene Community in einer stereotypen Art dar, sodass zu befürchten ist, dass dies zu einer Verstärkung der Diskriminierung führen wird (Benjamin 2016, 974f.). Die Ethics of Representation, die Griffiths (2018) entlang von Gayatri Spivaks Thesen formuliert, bezieht koloniale Kontinuitäten in Gesellschaften und Erkenntnisprozessen mit ein. Die Repräsentation von (postkolonialen) Anderen hat Grenzen, weil die wissenschaftliche Repräsentation immer auch eine Selbstrepräsentation der Forschenden ist (Spivak 2008, 21f.). Möglichkeiten, wie Fragen der Repräsentation ethischer beantwortet werden können und Othering (das zum Anderen Machen) vermieden werden kann, sieht Griffiths (2018) in der Hyper-Selbstreflexion (Kapoor 2004) der Forschenden. Dies meint nicht nur, die Ungleichheit hervorrufenden Verhältnisse in den Blick zu nehmen, sondern auch die eigene Involviertheit in und die Aufrechter-

haltung von Machtverhältnissen sowie deren Einfluss auf ethische relevante Aspekte reflexiv und verantwortungsvoll zu befragen.

Conclusio

Abschließend möchten wir einige konkrete Schlussfolgerungen für die Forschungspraxis vorstellen, die sich aus den genannten theoretischen Überlegungen und Kritikpunkten ergeben. Einverständniserklärungsprozesse aus der Perspektive feministischer Sozialforschung und Ethik zu begreifen bedeutet, über den rechtlich-formalen Akt hinauszugehen und die konstituierenden Elemente von Einverständniserklärungen – Kompetenz, Verständnis, Information, Freiwilligkeit und Autorisierung – während des Forschungsprozesses in Aushandlungen mit den Forschungsteilnehmenden regelmäßig zu aktualisieren. Als konsequente Weiterführung der Dokumentation von Einverständniserklärungen wäre es denkbar, diese Prozesse ebenfalls strukturiert zu erfassen, um den Prozess für sich und andere nachvollziehbar zu machen. Die sozialen Zusammenhänge in Einverständniserklärungen miteinzu-beziehen entspricht einer feministischen Ethik, die das Subjekt relational-autonom begreift. Elemente wie Freiwilligkeit, Kompetenz oder Autorisierung werden nicht nur auf einer individuellen Ebene, sondern auch im Kontext sozialer Beziehungen – Unterstützungsstrukturen und Communitys – reflektiert, und diese können bei Bedarf aktiv in den Einwilligungsprozess inkludiert werden. Zudem muss der Einfluss von sozialen Strukturen auf den Einwilligungsprozess reflektiert werden.

Anhand von Beispielen wurde illustriert, wie gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse auf den Einwilligungserklärungsprozess einwirken. Einwilligungserklärungen werden kompromittiert, wenn gesellschaftliche Machtverhältnisse die Entscheidungsmacht einschränken. Für feministische Sozialforschung bedeutet eine feministische postkoloniale Ethik das Bemühen, bestehende Ungleichheiten nicht zu reproduzieren und in Bezug auf Einwilligungsprozesse zu reflektieren. Insbesondere für die Repräsentation von Forschungsteilnehmenden sind die Selbstreflexion eigener Positionierungen, das Etablieren von gemeinsamen Diskussionen der Ergebnisdarstellung mit teilnehmenden Individuen und Communitys bzw. das Einbeziehen verschiedener Positionen in der Ergebnisdarstellung mögliche Verfahrensweisen. Durch das Einbinden von Wissen aus den Communitys in den Einverständnisprozess ebenso wie in die Repräsentation wird der eigene Erfahrungshorizont erweitert und die Auswirkung struktureller Verhältnisse auf Individuen sowie die damit zusammenhängende Vulnerabilität besser verständlich und damit im Forschungsprojekt reflektierbar. Die Umsetzung informierter Einwilligung wird uns auch in Zukunft beschäftigen. Unser Artikel ist ein Beitrag, wie dies auf Basis postkolonialer feministischer Überlegungen aussehen kann.

Anmerkungen

- 1 Der Artikel entstand im Rahmen des Projektes „Co-Designing Citizen Social Science for Collective Action (CoAct)“, gefördert durch das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon 2020 der Europäischen Union (CoAct, Vertragsnummer 873048).
- 2 Wir verwenden in diesem Text die Begriffe Einverständniserklärung und Einwilligungserklärung synonym.
- 3 „Informed consent is a basic ethical tenet of all research involving human subjects, including sociological research. Sociologists do not involve a human being as a participant in research without the informed consent of the participant or the participant’s legally authorized representative, except as otherwise specified in these Ethical Standards“ (American Sociological Association 2018, 12).

Literatur

Aaltonen, Sanna, 2017: Challenges in Gaining and Re-Gaining Informed Consent among Young People on the Margins of Education. In: *International Journal of Social Research Methodology*. 20 (4), 329-41.

American Sociological Association, 2018: Code of Ethics. Internet: https://www.asanet.org/sites/default/files/asa_code_of_ethics-june2018a.pdf (11.01.2020).

Anthony-Okeke, Lorette, 2020: Researching Young People’s Experiences. An African-Centered Perspective of Consent and Ethics. In: Billett, Paulina/Hart, Matt/Martin, Dona (Hg.): *Complexities of Researching with Young People, Youth, Young Adulthood and Society*. New York, 101-114.

Beauchamp, Tom, 2010: *Standing on Principles: Collected Essays*. New York.

Benjamin, Ruha, 2016: Informed Refusal: Towards a Justice-based Bioethics. In: *Science, Technology, and Human Values*. 41(6), 967-990.

Bell, Linda, 2014a: Resisting Commensurability: Against Informed Consent as an Anthropological Virtue. In: *American Anthropologist*. 116 (3), 511-522.

Bell, Linda, 2014b: Ethics and Feminist Research. In: Hesse-Biber, Sharlene Nagy (Hg.): *Feminist Research Practice. A Primer*. Thousand Oaks, London et al., 73-106.

Bhattacharya, Kakali, 2007: Consenting to the Consent Form: What Are the Fixed and Fluid Understandings Between the Researcher and the Researched? In: *Qualitative Inquiry*. 13 (8), 1095-1115.

Brall, Caroline/**Maeckelberghe**, Els/**Porz**, Rouven, 2017: Research Ethics 2.0: New Perspectives on Norms, Values, and Integrity in Genomic Research in Times of Even Scarcer Resources. In: *Public Health Genomics*. 20 (1), 27-35.

Carey, Eileen/**Griffiths**, Colin, 2017: Recruitment and Consent of Adults with Intellectual Disabilities in a Classic Grounded Theory Research Study: Ethical and Methodological Implications. In: *Disability and Society*. 32 (2), 193-212.

Collins, Patricia Hill, 2017: Intersectionality and Epistemic Injustice. In: Kidd, Ian James/Medina, José/Pohthaus, Gaile M. (Hg.): *The Routledge Handbook of Epistemic Injustice*. London, 115-124.

Crenshaw, Kimberlé, 1989: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex. A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. In: *University of Chicago Legal Forum*. 1989 (1), 139-167.

Dickert, Neal/**Sugarman**, Jeremy, 2005: Ethical Goals of Community Consultation in Research. In: *American Journal of Public Health*. 95 (7), 1123-1127.

Faden, Ruth/**Beauchamp**, Tom/**King**, Nancy, 1986: *A History and Theory of Informed Consent*. New York.

- Ferreira**, Carlos Miguel/**Serpa**, Sandro, 2018: Informed Consent in Social Sciences Research. Ethical Challenges. In: *International Journal of Social Science Studies*. 6 (5), 13-23.
- Gallagher**, Michael/**Haywood**, Sarah L./**Jones**, Manon W./**Milne**, Sue, 2010: Negotiating Informed Consent with Children in School-Based Research: A Critical Review. In: *Children & Society*. 24 (6), 471-482.
- Gilligan**, Carol, 1982: *In a Different Voice. Psychological Theory and Women's Development*. Cambridge, Massachusetts.
- Griffiths**, Mark, 2018: For Speaking Against Silence. Spivak's Subaltern Ethics in the Field. In: *Transactions of the Institute of British Geographers*. 43 (2), 299-311.
- Guillemin**, Marilys/**Gillam**, Lynn, 2004: Ethics, Reflexivity, and „Ethically Important Moments“ in Research. In: *Qualitative Inquiry*. 10 (2), 261-280.
- Hall**, Stuart, 1992: The West and the Rest. Discourse and Power. In: Hall, Stuart/Gieben, Bram (Hg.): *Formations of Modernity*. Cambridge, 275-331
- Hankivsky**, Olena, 2014: Rethinking Care Ethics: On the Promise and Potential of an Intersectional Analysis. In: *American Political Science Review*. 108 (2), 252-264.
- Hesse-Biber**, Sharlene Nagy (Hg.), 2007: *Handbook of Feminist Research. Theory and Praxis*. Thousand Oaks, London et al.
- Hostiuc**, Sorin/**Buda**, Octavian, 2018: *The Age of Informed Consent. A European History*. Newcastle upon Tyne.
- Hudson**, Maui, 2009: Think Globally, Act Locally. Collective Consent and the Ethics of Knowledge Production. In: *International Social Science Journal*. 60 (195), 125-133.
- Iphofen**, Ron (Hg.), 2011: *Ethical Decision Making in Social Research. A Practical Guide*. Basingstoke.
- Iphofen**, Ron, 2020: Key Topics in Research Ethics. In: Iphofen, Ron (Hg.): *Handbook of Research Ethics and Scientific Inquiry*. Cham, 203-212.
- Jaggar**, Alison (Hg.), 2015: *Just Methods: an Interdisciplinary Feminist Reader*. London.
- Kapoor**, Ilan, 2004: Hyper-self-reflexive development? Spivak on representing the Third World 'Other'. In: *Third World Quarterly*. 25 (4), 627-647.
- King**, Patricia, 1998: Race, Justice, and Research. In: Kahn, Jeffrey/Mastroianni, Anna/Sugarman, Jeremy (Hg.): *Beyond Consent: Seeking Justice in Research*. New York, 88-110.
- Kustatscher**, Marlies, 2014: Informed Consent in School-Based Ethnography. Using Visual Magnets to Explore Participation, Power and Research Relationships. In: *International Journal of Child, Youth and Family Studies*. 5 (4.1), 686-701.
- Leadbeater**, Bonnie/**Riecken**, Ted/**Benoit**, Cecilia/**Banister**, Elizabeth/**Brunck**, Conrad/**Glass**, Kathleen, 2006: Community-Based Research with Vulnerable Population: Challenges for Ethics and Research Guidelines. In: Leadbeater, Bonnie/Banister, Elizabeth/Benoit, Cecilia/Jansson, Mikael/Marshall, Anne/Riecken, Ted (Hg.): *Ethical Issues in Community-Based Research with Children*. Toronto, 3-21.
- Liboiron**, Max/**Zahara**, Alex/**Schoot**, Ignace, 2018: Community Peer Review. A Method to Bring Consent and Self-Determination into the Sciences. Internet: <https://www.preprints.org/manuscript/201806.0104/v1> (15.09.2020).
- Lomelino**, Pamela, 2015: *Community, Autonomy and Informed Consent. Revisiting the Philosophical Foundation for Informed Consent in International Research*. Newcastle upon Tyne.
- Mackenzie**, Catriona/**Stoljar**, Natalie, 2000: Introduction. Autonomy Refigured. In: Mackenzie, Catriona/Stoljar, Natalie (Hg.): *Relational Autonomy Feminist Perspectives on Autonomy, Agency, and the Social Self*. New York, 3-31.
- Marzano**, Marco, 2012: Informed Consent. In: Gubrium, Jaber/Holstein, James/Marvasti, Amir/McKinney, Karyn (Hg.): *The SAGE Handbook of Interview Research. The Complexity of the Craft*. Thousand Oaks, 443-456.

McCormick, Melinda, 2012: Feminist research Ethics, Informed Consent, and Potential Harms. In: *The Hilltop Review*. 6 (1), 23-33.

Miller, Tina/**Bell**, Linda, 2002: Consenting to What? Issues of Access, Gate-keeping and 'Informed' Consent. In: Mauthner, Melanie/Maxine, Birch/Jessop, Julie/Miller, Tina (Hg.): *Ethics in Qualitative Research*. London, Thousand Oaks et al., 53-69.

Miller, Tina/**Boulton**, Mary, 2007: Changing Constructions of Informed Consent. *Qualitative Research and Complex Social Worlds*. In: *Social Sciences & Medicine*. 65 (11), 2199-2211.

Mondschein, Christopher/**Monda**, Cosimo, 2019: The EU's General Data Protection Regulation (GDPR) in a Research Context. In: Kubben, Pieter/Dumontier, Michel/Dekker, Andre (Hg.): *Fundamentals of Clinical Data Science*. Cham, 55-71.

Oberle, Kathleen/**Page**, Stacey/**Stanley**, Fintan/**Goodarzi**, Aaron, 2019: A Reflection on Research Ethics and Citizen Science. In: *Research Ethics*. 15 (3-4), 1-10.

Osuji, Peter I., 2018: Relational Autonomy in Informed Consent (RAIC) as an Ethics of Care Approach to the Concept of Informed Consent. In: *Medicine, Health Care and Philosophy*. 21 (1), 101-111.

Preissle, Judith, 2007: Feminist Research Ethics. In: Hesse-Biber, Sharlene Nagy (Hg.): *Handbook of Feminist Research. Theory and Praxis*. Thousand Oaks, 515-532.

Renold, Emma/**Holland**, Sally/**Ross**, Nicola J./**Hillman**, Alexandra, 2008: 'Becoming Participant': Problematising 'Informed Consent' in Participatory Research with Young People in Care. In: *Qualitative Social Work: Research and Practice*. 7 (4), 427-447.

Rothman, David J., 2014: Research, Human: Historical Aspects. In: Jennings, Bruce (Hg.): *Bioethics*. Farmington Hills, Michigan, San Francisco et al., 2775-2785.

Sikes, Pat, 2013: Working Together for Critical Research Ethics. In: *Compare: A Journal of Comparative and International Education*. 43 (3), 516-536.

Smith, Linda Tuhiwai, 1999: *Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples*. London, New York et al.

Spivak, Gayatri Chakravorty, 2008: *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien.

Strauss, Ronald/**Sengupta**, Sohini/**Crouse Quinn**, Sandra/**Goeppinger**, Jean/**Spaulding**, Cora/**Kegeles**, Susan/**Millett**, Greg, 2001: The Role of Community Advisory Boards. Involving Communities in the Informed Consent Process. In: *American Journal of Public Health*. 91 (12), 1938-1943.

Sutrop, Margit/**Löuk**, Kristi, 2020: Informed Consent and Ethical Research. In: Iphofen, Ron (Hg.): *Handbook of Research Ethics and Scientific Inquiry*. Cham, 213-232.

Tronto, Joan, 2008: Consent as a Grant of Authority. A Care Ethics Reading of Informed Consent. In: Lindemann, Hilde/Verkerk, Marian/Urban Walker, Margaret (Hg.): *Naturalized Bioethics: Toward Responsible Knowing and Practice*. New York, 182-198.

Von Unger, Hella/**Dilger**, Hansjörg/**Schönhuth**, Michael, 2016: Ethikbegutachtung in der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung? Debattenbeitrag aus soziologischer und ethnologischer Sicht. In: *Forum: Qualitative Sozialforschung*. 17 (3), 1-12.

Washington, Harriet, 2007: *Medical Apartheid. The Dark History of Medical Experimentation on Black Americans from Colonial Times to the Present*. New York.

Wilkinson, Sue/**Kitzinger**, Celia (Hg.), 1996: *Feminism and Psychology*. London.

Xiaomei, Zhai, 2012: Community Consent. In: Chadwick, Ruth (Hg.): *Encyclopedia of Applied Ethics*. London, 522-529.

Achille's Heel: How Gendered Ideologies Undermined the UK Efforts to Tackle Covid-19

ROBERTA GUERRINA. ANNICK MASSELOT

This article explores the links between austerity, Brexit and the UK government's response to Covid-19. Specifically, it looks at the way in which Covid-19 has compounded the impact of austerity policies and Brexit on the UK gender regime. Our article sets out how the UK government's response to the pandemic is the result of ten years of austerity and how it is intended to pave the way for more policies designed to maintain gendered and racialized hierarchies currently underpinning the UK socio-legal and economic system.

Our analysis revolves around the issue of care work as a way of illustrating governments' lack of consideration for the impact of gendered social practices on decision making processes. Whereas Covid-19 has highlighted that care and caring are key pillars of society, policymakers have ignored the way this practice is gendered. In this context, it is important to think about the place of care in the market economy, as well as who is doing the caring and who is being cared for.

Covid-19 as a Continuing Crisis

The crisis generated by the Covid-19 pandemic is not only affecting public health but is also disrupting economies and labour markets. It exacerbates prevalent vulnerabilities in social, political and economic structures which, in the UK, have been weakened by waves of previous crises. The outbreak of the 2020 pandemic occurred just after the UK officially withdrew from the European Union (EU) on January 31, 2020 and in the midst of ten years of austerity linked to the 2008 Global Financial Crisis (GFC). The government's response to the latest health crisis, thus, needs to be understood as a continuum that started with the 2008 GFC and continued with the Brexit process. Austerity policy is directly contributing to undermine gender equality in the UK (Karamessini/Rubery 2014) by cutting back on state provision of services used predominately by women such as childcare, women shelter, health and education. The delivery of Brexit further contributes to the losses around gender equality (Guerrina/Masselot 2018), normalised forms of toxic masculinity, a general silencing around gender issues and the rise in violence against women in the public sphere (Guerrina/Masselot 2021; Achilleos-Sarll/Martill 2019). There is also evidence that domestic violence increases and becomes amplified in times of crises. Moreover, the disestablishment of support structures under austerity policies

increased women's vulnerability (Walby 2020; Walby/Towers/Francis 2016). This is more acute amongst migrant and ethnic minority communities who are disproportionately targeted by austerity measures and Brexit (Solanke 2020; Bassel/Emejulu 2018).

Following the 2010 general election, George Osborne, the Chancellor of the Exchequer under Prime Minister Cameron (Conservative and Unionist Party), set out to implement a strict austerity regime. Welfare and public sector cuts affected a range of services intended to support women's access to the labour market, employers were encouraged to become more flexible and individual families were made responsible for filling the gaps left by the cuts in social welfare and care services. Throughout this process, little or no consideration was given to the effect on an ageing society, the need to expand the labour pool and the impact of caring on individuals' ability to engage with the labour market (Fawcett Society 2010; Women's Budget Group 2010).

Ten years on, there is ample evidence of the asymmetrical impact of austerity measures on women and minority groups across the UK. Non-traditional families and women of colour are amongst the worst affected groups and increasingly face precarious work (Bassel/Emejulu 2018). Legal protections rooted in industrial modes of production and based on an outdated male breadwinner/female caregiver social norm (Crompton 2006) have not only proven insufficient to guarantee labour rights to such workers, but have also entrenched segregated work along gendered and racialized lines (Forstater 2015; Caracciolo di Torella/Masselot 2013).

Focussing on the experience of black and minority women who have experienced social and economic hardship for much longer, Leah Bassel and Akwugo Emejulu (2018) reveal deeply rooted patriarchal and colonial processes, for instance in the ways in which care workers have historically been rendered invisible in their gendered, migrant and ethnic diversity. The unpaid/under-paid nature of this work has led policy-makers to underestimate its value, often viewing it as un-productive to the market economy (Tronto 2002). Whereas the austerity policies adopted in the wake of the financial crisis reified this binary, Covid-19 brings to light that caring is in fact essential work for life and cannot be disconnected from paid work.

The 2016 EU Referendum and the Brexit process further exposed overarching blindness and casual disregard for gender and intersectional issues within political debate, mainstream media and the academic record this historic moment. The Brexit process and the associated institutional mechanisms created for negotiating the UK's withdrawal from the EU have almost entirely been focussed on 'high stakes' issues, such as trade, migration and sovereignty. Such (economic) questions are considered unconnected to social politics. Yet these issues are in fact highly gendered and impact disproportionately on minoritized and racialized groups. For instance, trade directly affects women and minority groups who are unequally positioned in the market, particularly due to care responsibilities (Stephenson/Fontana 2019). Similarly, migration is neither gender nor racially neutral, as paid work is often linked to work

visas and women, more often than men, take time off to care for others, disrupting their continuous period of employment and thus risking their visa status. The UK's withdrawal from the freedom of movement provisions in the final trade agreement with EU (2020) will have significant implication for the position of migrant women in the UK, as well as the care-work industry's heavy reliance on migrant women.

In the political arena, Brexit has normalised a highly divisive political discourse. The rise in toxic masculinity and violence against women in the public sphere is one the most significant impacts of Brexit on political culture in the UK (Guerrina/Masselot 2021). The murder of Member of Parliament (MP) Jo Cox (Labour Party) during the referendum campaign, whilst she was out campaigning in her constituency, is one of the legacies of the 2016 campaign. The House of Commons Joint Committee on Human Rights (2019) has linked the increased violence against women and ethnic minority MPs to Brexit. The violent rhetoric has not been limited to the political sphere. The media frames have been setting the scene for a more violent and conflictual discourse in society, including against the judiciary, critical voices in the Brexit process and female experts (Galpin 2018), in an effort to silence women's voices as experts (Haastrup/Wright/Guerrina 2016).

These issues have gained increased significance in the context of Covid-19. It was almost inevitable that the response to the pandemic would slot into a pre-existing gendered trajectory. The agenda has been defined by an ideologically driven government focused on scaling down the public sector and shifting responsibility for care to the family. The securitization of public health policy, with lockdown measures as the primary defence against the virus, were an opportunity to re-familiarize the function of care (Walby 2020). The link between Brexit and Covid-19 is one that requires us to think about who fulfils the function of care in the public sphere. For instance, in connection with the freedom of movement, the National Health Service (NHS) and the care sector have been critically reliant on migrant (female) workers to fill ongoing vacancies, especially in nursing. Yet, following the Brexit policies on migration, many EU workers face an increasingly hostile environment in the UK and as a result, they have started to repatriate, thus leaving the UK health and care sector more exposed than ever (Huijg 2019).

Gender Consequences of UK Government Response to Covid-19

The first confirmed cases of Covid-19 in the UK were reported on January 31, 2020, which coincided with the date the UK formally left the EU. Most of January was spent in the UK debating the final terms of the exit, the ratification of the European Union (Withdrawal Agreement) Act 2020 and the way the country was going to mark this date. Meanwhile, in the rest of Europe a number of Member States increased alert levels and surveillance related to the emergence and potential spread of this novel disease. The emerging Covid-19 thus provides a useful illustration of the impact of Brexit on the UK polity. Having absorbed much of the political bandwidth for

the best part of four years, Brexit also created a significant blind spot at the beginning of 2020 that adversely affected national preparations for the larger crisis looming on the horizon.

With the third highest death rate in the world at the end of June 2020, the UK government has been criticised in the media for being slow off the mark. It is too early to ascertain the rationale and drivers behind key decisions, but there are some useful insights that can be gained by examining the way the government has approached this public health crisis in the first six months of 2020. The announcement of the lockdown was accompanied by the slogan “Stay Home, Save the NHS, Save Lives”, underscoring that during the first stage of the government’s response, the NHS took centre stage. Health care workers, doctors and nurses, were described as heroes for doing work under strenuous circumstances in what was branded the new frontline in the fight against the virus. The discourse deployed by the government consistently heralds the work of frontline workers as courageous and exemplary of the national spirit, continuing the militarized narrative used in relation to Brexit. What was not discussed was that the NHS was itself facing this crisis on ‘life support’, having endured ten years of austerity cuts, labour shortages and wholesale devaluing of care work and caring (Enloe 2020), as well as loss of staff resulting from Brexit migration policy.

During this first phase of the pandemic, public health became securitized. The public sphere is where the virus can attack and thus the primary site of insecurity. Conversely, the so-called private sphere, the family home, becomes a space of safe harbour. The policy discourse and decision surrounding the closing of schools, staying at home and safeguarding, were based on a number of blind spots. The assumption that the home is a place of safety disregards gender-based and domestic violence as causes of insecurity. The mainstream media was ‘surprised’ at the increased volume of reports of domestic violence during the lockdown, despite the existence of a vast body of research that points to trigger factors for an increase in domestic violence, including economic uncertainty, stress and living in crowded accommodation (John et al. 2020; Walby 2020).

Care work is another blind spot. As schools shut their doors to most pupils during the lockdown, families assumed responsibility for supporting their children in the transition to online schooling. Families thus reorganised work and family life accordingly, however the burden of schooling and caring fell largely on women/mothers (Hupkau/Petrologo 2020), highlighting the economy’s reliance on women’s invisible domestic work as well as their management of emotions and wellbeing (Hochschild 1997; Hochschild/Machung 1989).

The UK government’s response to Covid-19 has highlighted one of the most fundamental limitations of UK’s equal rights policy model. Focusing primarily on access to the employment market, it has done little to challenge deeply rooted gender divisions of care work in households. In many ways, policy responses to Covid-19 have underscored the longevity of the values associated with the male breadwinner

model (Caracciolo di Torella/Masselot 2020). Unsurprisingly, there is now growing evidence that Covid-19 has increased the burden of care and gendered work in the private sphere (EIGE 2020).

The challenge for the UK as it emerges from the pandemic will be to embed a gender lens into its economic model. Essential workers such as nurses, care and social workers, teachers, supermarket attendants and cleaners, these feminized and racialized workers that truly supported the country and the economy through the worst of the pandemic, were not employed in those sectors of the economy that are rewarded with high wages. Uncovering the gendered and racialized consequences of Covid-19 is to expose the lack of value placed on care work and caring. The gendered and racialized nature of this work explicitly highlights the deep-rooted socio-economic hierarchies in contemporary British society. In many ways, Covid-19 has only brought existing inequalities to light (EIGE 2020), but these hierarchies will also shape the post-Brexit and post-Covid-19 gender regime.

Covid-19: Who Cares?

What is important to note about Covid-19 is the level of continuity in terms of gendered and racialized assumptions about care both in the public sphere, e.g. hospitals and care homes, as well as in the family. Public displays of support for the efforts of key workers, especially health and care workers during the crisis, have not led to a revaluing of care work and caring. Moreover, the UK care industry's reliance on the work and efforts of migrant and minority ethnic women (Bassel/Emejulu 2018) has become obfuscated by Covid-19. The repatriation of many migrant care workers as a result of Brexit exposes the inequalities underpinning the UK's neoliberal gender regime. In the absence of this labour force, the family (i.e. women) will absorb the increased care load with significant implications for gender equality (Walby 2020). Undoubtedly, Covid-19 has highlighted the role played by women in the economy. However, such recognition has not resulted in a revaluation of its value to society and the economy. It is interesting to note that investment in the care infrastructure is not at the top of the government agenda for its post-Covid-19 recovery strategy. Caring therefore continues to remain invisible in the official accounting of the economy. Yet the makeup of the key workers should bring renewed ways of thinking about the value of work to include both production and reproduction. Such a reflection on the economy could be underpinned by the theory of the ethics of care, which is based on the idea that life is a series of mutual and interdependent relationships without which we would not exist (Caracciolo di Torella/Masselot 2010). Just one year from the start of this pandemic, it is clear that the gender bias is actively limiting the government's public policy options by favouring traditionally male dominated sectors of the economy as key to economic recovery.

References

- Achilleos-Sarll, Columba/Martill, Benjamin**, 2019: Toxic Masculinity: Militarism, Deal-Making and the Performance of Brexit. In: Dustin, Moria/Ferreira, Nuno/Millns, Susan (eds): *Gender and Queer Perspectives on Brexit*. Cham. 15-44.
- Bassel, Leah/Emejulu, Akwugo**, 2018: *Minority Women and Austerity: Survival and Resistance in France and Britain*. Bristol.
- Caracciolo Di Torella, Eugenia/Masselot, Annick**, 2010: *Reconciling Work and Family Life in EU Law and Policy*. London.
- Caracciolo Di Torella, Eugenia/Masselot, Annick**, 2013: Work and Family Life Balance in the EU Law and Policy 40 Years On: Still Balancing, Still Struggling. *European Gender Equality Law Review*. 2, 6-14.
- Caracciolo Di Torella, Eugenia/Masselot, Annick**, 2020: *Caring Responsibility in EU Law and Policy: Who Cares?* Oxon.
- Crompton, Rosemary**, 2006: *Employment and the Family: The Reconfiguration of Work and Family Life in Contemporary Societies*. Cambridge.
- European Institute for Gender Equality (EIGE)**, 2020. Covid-19 and Gender Equality. Internet: <https://eige.europa.eu/topics/health/covid-19-and-gender-equality> (14.12.2020).
- Enloe, Cynthia**, 2020: "Waging War" against a Virus is not What We Should Be Doing. Internet: www.wilpf.org/covid-19-waging-war-against-a-virus-is-not-what-we-need-to-be-doing/ (14.12.2020).
- Fawcett Society**, 2010: *Cutting Women Out? A StopGap Special Issue on How the Cuts Will Hit Women*. Winter.
- Forstater, Matthew**, 2015: Working for a Better World: Cataloguing Arguments for the Right to Employment. In: *Philosophy and Social Criticism*. 41(1), 61-67.
- Galpin, Charlotte**, 2018: Video Must Not Kill the Female Stars of Academic Debate. In: *Times Higher Education*, 8.11.2018. Internet: www.timeshighereducation.com/opinion/video-must-not-kill-female-stars-academic-debate (28.2.2020).
- Guerrina, Roberta**, 2015: Socio-Economic Challenges to Work-Life Balance at Times of Crisis. In: *Journal of Social Welfare and Family Law*. 37 (3), 368-377.
- Guerrina, Roberta/Masselot, Annick**, 2018: Walking in the Footprint of EU Law. Unpacking the Gender Consequences of Brexit. In: *Social Policy and Society*. 17 (2), 319-330.
- Guerrina, Roberta/Masselot, Annick**, 2021: The Gender Story of Brexit: From Under-Representation of Women to Marginalisation of Equality. In: Abels, Gabriele/Krizsan, Andrea/MacRae, Heather/van der Vleuten, Anna (eds): *The Routledge Handbook of Gender and EU Politics*. Oxon. 392-403.
- Haastруп, Toni/Wright, Katharine/Guerrina, Roberta**, 2016: Women in the Brexit Debate. Still Largely Confined to 'Low' Politics. *LSE Brexit*. Internet: <https://blogs.lse.ac.uk/brexit/2016/06/17/women-in-the-brexit-debate-still-largely-confined-to-low-politics/> (5.5.2020).
- Hochschild, Arlie**, 1997: The Time Bind. Working. In: *USA*. 1(2), 21-29.
- Hochschild, Arlie/Machung, Anne**, 1989: *The Second Shift: Working Parents and the Revolution at Home*. Viking Penguin.
- Hochschild, Arlie**, 1997: The Time Bind. Working. In: *USA*. 1(2), 21-29.
- Hojić, Aida/True, Jacqui**, 2017: Brexit as a Scandal: Gender and Global Trumpism. In: *Review of International Political Economy*. 24 (2), 270-287.
- Huijg, Dieuwertje Dyi**, 2019: The Vulnerable, the Dependant and the Scrounger: Intersectional Reflections on Disability, Care, Health and Migration in the Brexit Project. In: Dustin, Moria/Ferreira, Nuno/Millns, Susan (eds): *Gender and Queer Perspectives on Brexit*. Gender and Politics. London. 93-123.

Hupkau, Claudia/Petrongolo, Barbara, 2020: Work, Care and Gender During the COVID-19 Crisis. A CEP Covid-19 Analysis, No. 2. <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cepcovid-19-002.pdf> (5.5.2020).

Karamessini, Maria/Rubery, Jill, 2014: Economic Crisis and Austerity. In: Karamessini, Maria/Rubery, Jill (eds): *Women and Austerity: The Economic Crisis and the Future for Gender Equality*. Oxon. 314-352.

Masselot, Annick, 2015: EU Childcare Strategy in Times of Austerity. In: *Journal of Social Welfare and Family Law*. 37 (3), 345-355.

Neetu, John/Casey, Sarah E./Carino, Giselle/McGovern, Terry. 2020: Lessons Never Learned: Crisis and Gender-Based Violence. In: *Developing World Bioethics*. 20 (2), 65-68.

Solanke, Iyola, 2020: The Impact of Brexit on Black Women, Children and Citizenship. In: *Journal of Common Market Studies Annual Review*. 58, 147-159.

Stephenson, Mary-Ann/Fontana, Marzia, 2019: The Likely Economic Impact of Brexit on Women. Lessons from Gender and Trade Research. In: Dustin, Moira/Ferreira, Nuno/Millns, Sue (eds): *Gender and Queer Perspectives on Brexit*. London, 415-438.

Tronto, Joan, 2002: The Value of Care. In: *Boston Review*. <https://bostonreview.net/archives/BR27.1/tronto.html> (30.6.2020).

Walby, Sylvia, 2020: Gender, Violence and Brexit. In: *Northern Ireland Legal Quarterly*. 70 (1), 17-33.

Walby, Sylvia/Towers, Jude/Francis, Brian, 2016: Is Violent Crime Increasing or Decreasing? A New Methodology to Measure Repeat Attacks Making Visible the Significance of Gender and Domestic Violence. In: *British Journal of Criminology*. 56 (6), 1203-1234.

Women's Budget Group, 2010: Impact on Women of the Coalition Spending Review. Internet: www.wbg.org.uk/RRB_Reports_4_1653541019.pdf (14.12.2020).

Die Risiken und Nebenwirkungen sind ungleich verteilt. Covid-19-Krise, Geschlecht und staatliches Handeln in der Schweiz

NATALIE IMBODEN. CHRISTINE MICHEL

Nancy Fraser (2020) sieht in der Coronapandemie eine mehrfache Krise. In der Covid-19-Krise wurde insbesondere der Zusammenhang zwischen systemrelevanter Arbeit und schlecht bezahlter (Care-)Arbeit (Fraser 2017) zum Thema. „Wer etwas offensichtlich Nützliches macht, wird dafür finanziell abgestraft. Und zwar umso mehr, je reicher ein Land ist. Ja es ist geradezu ein Merkmal hochentwickelter Länder, dass Menschen in sogenannten systemrelevanten Berufen einkommensmäßig immer mehr ins Hintertreffen geraten“ (Binswanger 2020). Obwohl Krisen für die Geschlechterordnung entscheidende Momente sind, war die offizielle Strategie in der Schweiz bislang mehrheitlich geschlechterblind.¹

Am 2. Juni 2020 veröffentlichte eine breite Allianz von Frauenorganisationen einen Appell (Frauenstreik 2020) an die Bundesbehörden, der den Einbezug von Frauen in die Beschlussfindung und die Berücksichtigung ihrer Lebenssituationen bei der Festlegung der wirtschaftlichen Maßnahmen forderte. Im nationalen Parlament fand am 18. Juni 2020 eine Debatte zum Thema „Gleichstellung der Geschlechter und Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben: Aus der Covid-19-Krise jetzt lernen“ statt, die ohne konkrete Beschlüsse blieb (Nationalrat 2020) und medial als „emotionale Debatte“ titulierte wurde (Keystone 2020).

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitnehmenden unterscheiden sich in der Realität nach Beruf und Branche, sowohl was die gesundheitlichen Risiken (Exposition) als auch die wirtschaftlichen Nebenwirkungen angeht. Dieser Artikel geht der Frage nach, welche geschlechtsspezifischen Unterschiede es bei der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Betroffenheit unterschiedlicher Arbeitsmarktbereiche gibt, die stark vom jeweiligen Digitalisierungsgrad der beruflichen Tätigkeit abhängen (Alon et al. 2020). Mit welchen Maßnahmen reagiert der Staat im Bereich Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz oder beim Ersatz für Lohnausfälle? Und welche Implikationen und Nebenwirkungen hatte die Totalschließung der Schulen für die Erwerbstätigkeit von Eltern?

Ausgangssituation

In der Schweiz fand von Mitte März bis Mitte Mai 2020 ein Teil-Lockdown statt (Schulschließungen, Herunterfahren der öffentlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten, aber keine Ausgangssperren). Nach einer darauffolgenden Phase von Lockerungen kam es Mitte Oktober während der zweiten Welle zu erneuten Teilschließungen. Während in der medialen Öffentlichkeit der Rückzug ins Homeoffice das

große Thema war, lag die Herausforderung für viele Beschäftigte in der Bewältigung ihrer alltäglichen Tätigkeiten unter außerordentlichen Bedingungen. Arbeiten im Homeoffice war insgesamt ein Minderheitenmodell und korrelierte mit einem hohen Lohn (Rutzer/Niggli 2020). Drei Viertel der Angestellten der höchsten Einkommenskategorie können zu Hause arbeiten, bei Personen mit einem Durchschnittslohn ist es nur ein Drittel.

Für die Phase des ersten Teil-Lockdowns können grob drei Gruppen von Arbeitnehmenden unterschieden werden: erstens die ArbeitnehmerInnen mit Computer im Homeoffice, insbesondere aus den gut bezahlten Dienstleistungsbranchen wie beispielsweise IT oder Finanzdienstleister;² zweitens die Beschäftigten in der Pflege, im Handel, in der Reinigung, in Logistik und Transport, teilweise auch in der Produktion, die weiter am gewohnten Arbeitsplatz arbeiteten und den gesundheitlichen Risiken einer Ansteckung besonders ausgesetzt waren; drittens die Beschäftigten jener Dienstleistungsbetriebe, die zwangsgeschlossen wurden (u.a. Gastgewerbe, Kosmetik, Freizeit), oder die Beschäftigten produzierender Unternehmen, deren Produktion reduziert oder auf Grund von Gesundheitsvorschriften oder unterbrochener Lieferketten ganz eingestellt wurde.

Gesundheitliche Exposition: Frauen sind stärker exponiert, aber weniger geschützt

Auf den ersten Blick scheint die Kategorie Geschlecht kein prägendes Merkmal dafür zu sein, ob Beschäftigte während des Teil-Lockdowns von Mitte März bis Mitte Mai 2020 eher im Homeoffice arbeiten konnten, oder ob ihr Beruf sich dadurch auszeichnet, dass er physische Nähe zu anderen (KundInnen, KollegInnen) mit sich bringt und ihre Tätigkeit damit entweder komplett eingestellt wurde oder größere Risiken einer Ansteckung barg. Auch in den von Forschenden der Universität Basel entwickelten Homeoffice- und Lockdown-Indexen sind die Frauen- und Männeranteile sowohl an den Berufsgruppen, die Homeoffice machen können, wie auch an den Berufsgruppen mit starker physischer Nähe jeweils relativ ausgeglichen (Faber/Ghisletta/Schmidheiny 2020; Rutzer/Niggli 2020). Anders sieht es jedoch aus, wenn weitere soziodemographische Merkmale wie die Einkommensklassen und das Ausbildungsniveau herangezogen werden. Hier wird deutlich, dass die Ansteckungsgefahr mit sinkendem Einkommens- und Bildungsniveau stark steigt. Insbesondere im Tieflohnbereich sind Frauen klar übervertreten. Die stärkere Exponiertheit von Frauen wird noch deutlicher, wenn man die sogenannten systemrelevanten Berufe in Betracht zieht. Diese wurden im Basler Lockdown-Index nicht berücksichtigt, da in diesen Branchen weiterhin gearbeitet wurde. Die Frauenanteile im Gesundheitswesen und im Einzelhandel betragen 76% und 66%, wobei insbesondere der Einzelhandel mit über 300.000 Beschäftigten eine der größten Wirtschaftsbranchen der Schweiz darstellt. Nehmen wir also nicht die Frage der Schließung oder des Offenbleibens bestimmter Branchen als Gradmesser für die unterschiedliche Betroffenheit durch die Krise,

sondern die *Exponiertheit* bestimmter Berufsgruppen sowohl auf Grund des direkten Infektionsrisikos wie im Gesundheitsbereich wie auch auf Grund der fehlenden Möglichkeit, Abstand zu halten, so wird sofort deutlich, dass die meisten dieser Berufsgruppen zu den sogenannten systemrelevanten Berufen mit einem sehr hohen Frauenanteil gehören: Den höchsten Risiken ausgesetzt ist das Pflegepersonal des Gesundheitsbereichs gefolgt von Betreuerinnen im Privathaushalt, Sanitätern, Kitabetreuerinnen, Lehrpersonen, Coiffeusen und Kassiererinnen.³

Insgesamt haben sich in der Schweiz während der ersten Phase der Epidemie (Wochen 9-23) deutlich mehr Frauen (54%) infiziert als Männer (46%) (Bundesamt für Gesundheit 2020). Für eine differenzierende Analyse hinderlich ist, dass die Berufszugehörigkeit bei den Infizierten nicht ausgewiesen wird. Insbesondere jüngere Frauen hatten im Vergleich zu ihren gleichaltrigen männlichen Kollegen höhere Ansteckungsraten, was unsere These bestärkt, dass die stärkere Exponiertheit bei der Arbeit zur höheren Infektionsrate der Frauen beiträgt. Zudem übernehmen Frauen einen großen Teil der unbezahlten Haus- und Betreuungsarbeit. Dies beinhaltet auch die Fürsorge für kranke Angehörige und viele Einkaufstätigkeiten. In anderen Worten: Gerade die Vielfalt der von Frauen ausgeübten Tätigkeiten verstärkt ihre höhere Exponiertheit.

Haben die staatlichen Schutzmaßnahmen diesen Tatsachen Rechnung getragen? In der außerordentlichen Lage vom 16. März bis 19. Juni 2020 wurden von der Schweizer Regierung mittels Notrecht im Wesentlichen drei Maßnahmen für Arbeitnehmende eingeführt: besondere Präventionsmaßnahmen auf Baustellen und in der Industrie, obligatorische Schutzkonzepte für öffentlich zugängliche Einrichtungen wie Geschäfte, Coiffeursalons und Restaurants sowie eine besondere Schutzpflicht der ArbeitgeberInnen gegenüber besonders gefährdeten Personen. Letztere hatten grundsätzlich das Recht, von zu Hause aus zu arbeiten oder, wenn dies nicht möglich war, unter Lohnfortzahlung freigestellt zu werden. Ebenso konnten Betriebe in Bau und Industrie ihren Betrieb einstellen und Kurzarbeit beantragen, wenn sie die geltenden Abstands- und Hygienemaßnahmen nicht einhalten konnten. Gleichzeitig wurden die Bestimmungen zu den Arbeits- und Ruhezeiten für das Spitalpersonal außer Kraft gesetzt und im Bereich Transport und Logistik massiv verschlechtert.

Aus Gendersicht gibt es dazu folgende Bemerkungen zu machen: Erstens griffen die Maßnahmen insbesondere in den traditionellen Wirtschaftssektoren von Bau und Industrie. Vernachlässigt wurden Branchen mit vielen atypischen Arbeitsverhältnissen. Im Falle der Reinigungsbranche z.B. wurde die Arbeit während der Krise oft gar nicht mehr nachgefragt, ohne dass eine soziale Absicherung gegriffen hätte. Die Übervertretung von Frauen, insbesondere von Migrantinnen, in atypischen Arbeitsverhältnissen führt dazu, dass die auf traditionelle Arbeitsverhältnisse ausgerichteten Schutzmaßnahmen und die wirtschaftlichen Instrumente zum Lohnerhalt wie Kurzarbeit bei ihnen deutlich weniger zur Anwendung kamen.

Zweitens wurden die sukzessiven Lockerungsmaßnahmen ab Mitte Mai nicht aus der Perspektive des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmenden ergriffen, sondern

von einer wirtschaftlichen Logik und der Erfüllung von KundInnenbedürfnissen diktiert. Zum Beispiel gehörten Coiffeurläden zu den Betrieben, die als Erste wieder öffneten, obwohl Coiffeusen in direktem KundInnenkontakt stehen und die Abstandsregeln offensichtlich nicht eingehalten werden können. Ähnliches gilt für das Gastgewerbe mit einem sehr hohen Publikumsaufkommen. Beide Branchen gehören zum Niedriglohnsektor und zeichnen sich durch einen hohen Frauenanteil aus. Dass der Schutz der Arbeitnehmenden nicht gewährleistet war, wurde in Kauf genommen.

Drittens wurden trotz früher Intervention von Arbeitsmedizinerinnen (Politis Mercier et al. 2020) schwangere Frauen erst im August 2020 in die Liste der besonders gefährdeten Personen aufgenommen, zu einem Zeitpunkt, als die Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Arbeitnehmende bereits wieder außer Kraft waren. Fühlen sich Schwangere am Arbeitsplatz ungenügend geschützt, können sie wie zuvor nur auf die geltende, weitgehend unbekannte Mutterschutzverordnung zurückgreifen und durch die behandelnden ÄrztInnen eine Risikoanalyse des Arbeitsplatzes und entsprechende Maßnahmen und bei Nichteinhaltung eine bezahlte Freistellung fordern.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass keine adäquaten gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen wurden, um der besonderen Exponiertheit von Arbeitnehmerinnen Rechnung zu tragen, oder dass sie, wie im Falle Schwangerer, mit solcher Verzögerung ergriffen wurden, dass sie kaum mehr Wirkung entfalteten.

Doppelkrise in der Kinderbetreuung und auf dem Arbeitsmarkt: Frauen als Krisenpuffer

Insgesamt waren in der Schweiz im April 2020 37% der Beschäftigten für Kurzarbeit angemeldet. Da keine Statistiken nach Geschlecht vorliegen, ist dazu keine Analyse möglich. Bewiesen ist, dass Frauen mehr Erwerbsarbeitsstunden eingebüßt haben als Männer. Die wöchentliche Arbeitszeit ist im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahr bei den Frauen (-11,3%) stärker zurückgegangen als bei den Männern (-8,4%) (Bundesamt für Statistik 2020). Dies dürfte auf die Schließung der Schulen zurückzuführen sein. Das hatte für die Erwerbstätigkeit der Eltern maßgebliche Folgen, da die Kinderbetreuung weitgehend in den privaten Haushalt verschoben wurde. „Der erhöhte Kinderbetreuungsaufwand wirkt sich nach Geschlecht unterschiedlich auf die Erwerbstätigkeit aus: Der höhere Betreuungsaufwand der Kinder führte für Frauen deutlich häufiger zu einer Reduktion der beruflichen Arbeitskapazitäten als für Männer“ (Sotomo 2020b, 4-5). Die erst im Juni publizierte Sonderauswertung zeigt, dass berufstätige Mütter während der Schulschließung mehr unbezahlte Betreuungsarbeit zu Hause übernahmen und dies auf Kosten ihrer beruflichen Arbeitskapazitäten ging. Rund ein Viertel bis knapp ein Drittel der Befragten hatten im Vergleich zum Februar weniger Kapazitäten für ihre Erwerbstätigkeit. Dabei zei-

gen sich „deutliche Unterschiede“ (ebd., 6) zwischen den Geschlechtern. Die berufliche Arbeitslast der Männer blieb seit Februar häufiger unverändert als diejenige der Frauen. Unabhängig von den Einkommensklassen und der Bildung verfügten Frauen auf Grund von mehr Betreuungstätigkeiten über weniger Kapazitäten für ihre berufliche Arbeit (ebd., 8). Insbesondere Frauen mit den höchsten Einkommen und einem hohen Bildungsniveau schränkten ihre Erwerbstätigkeit am stärksten ein. Anscheinend verfügen diese Frauen über mehr Handlungsspielräume, während dieselben Situationen für Frauen mit niedrigerem Einkommen und Bildung weniger Flexibilität ermöglichen.

Corona-Kinderbetreuungsgeld: Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität

Die Schweizer Regierung hatte früh eigens ein neues sozialversicherungsrechtliches Corona-Kinderbetreuungsgeld im Sinne eines Lohnersatzes geschaffen. Eltern, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen mussten, sollten Anspruch auf Entschädigung haben, weil die Fremdbetreuung der Kinder nicht mehr gewährleistet war. Dass das Instrument aber weniger als erwartet genutzt wurde (Bundesamt für Sozialversicherungen 2020), liegt an seiner restriktiven Ausgestaltung.⁴ In der ursprünglichen Version waren alle Personen im Homeoffice von dieser Regelung ausgeschlossen. Auf Druck der Gewerkschaften (Medici 2020) wurde dies dann geändert in: „Wenn die Arbeit von zu Hause aus möglich ist, besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Entschädigung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeit im Homeoffice verrichten, haben einen Entschädigungsanspruch, sofern ein effektiver Erwerbsausfall vorliegt und der Arbeitgeber den Lohn entsprechend kürzt“ (Informationsstelle AHV/IV 2020). Für eine Sozialversicherung erstaunlich ist, dass die Arbeitnehmenden Anträge stellen sollten und dafür mehrere Nachweise erbringen mussten. Im Gegensatz zum Lohnersatz bei Kurzarbeit wurde die Verantwortung an die Arbeitnehmenden delegiert. Sie sollten nicht nur Anträge einreichen, sondern auch mit ArbeitgeberInnen über Pensen- und Lohnreduktionen verhandeln.

Hoffnungen auf eine geschlechterdemokratische Transformation (Sauer 2009) stehen immer wieder Tendenzen zu (Re-)Privatisierung und (Re-)Traditionalisierung gegenüber bei gleichzeitiger Persistenz des „männlichen Ernährermodells“ (Fuchs et al. 2019). Die Befunde zeigen, dass im Krisenmodus nicht Lösungen für besonders betroffene Gruppen gesucht werden, die Korrektive zu existierenden Benachteiligungen wären. Die finanziell prekäre Lage von TieflöhnerInnen wurde erst Mitte Dezember verbessert, indem auf Druck der Gewerkschaften eine Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung für tiefere Löhne beschlossen wurde (Schweizerischer Gewerkschaftsbund 2020). Hingegen bleibt die Situation Alleinerziehender häufig prekär. Für den Betreuungsausfall gab es keine geeignete Antwort, sodass dieser Aspekt weitgehend privatisiert wurde. Positive Ansätze wie die Corona-Entschädigung für Kinderbetreuung zeigten auf Grund bürokratischer Restriktionen wenig Wirkung. Die gesundheitlichen Expositionen und Risiken großer Beschäftigungsgruppen (wie

im Einzelhandel) wurden erst unter Druck der Gewerkschaften zum Thema. Diskursiv dominante Erklärungsmuster wie „Homeoffice ist erstrebenswert“ wurden verallgemeinert, obwohl Homeoffice ein Minderheitsmodell für mehrheitlich gut bezahlte Berufsgruppen war.

Auf der politischen Handlungsebene zeigt sich, dass gerade in Krisenzeiten eine gendersensitive Politik unabdingbar ist. Voraussetzung sind nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten und Indikatoren und ein geschlechterpolitisches Monitoring der Maßnahmen, wie sie auch in verschiedenen politischen Vorstößen gefordert werden (Arežina 2020), sowie die angemessene Vertretung von Frauen in den verschiedenen ExpertInnengremien zur Krisenbewältigung. Aktuelle Handlungsfelder in der Schweiz sind bessere Arbeitsbedingungen mit Mindestlöhnen in den sogenannten systemrelevanten Berufen, die Aufwertung des Pflegeberufes⁵ und Investitionen in die sozialen Infrastrukturen des Care-Sektors.

Anmerkungen

- 1 Die wissenschaftliche Taskforce veröffentlichte im Mai 2020 erstmals geschlechterspezifische Aspekte (National COVID-19 Science Task Force 2020).
- 2 Bei der Versicherung Zürich arbeiteten 95% von zu Hause aus, bei der Swisscom waren es 90% und bei der Novartis 80% (SRG 2020).
- 3 Siehe beispielsweise die interaktive Grafik in der New York Times (Gamio 2020).
- 4 Die Behörden rechneten mit 60.000 beziehenden Eltern. Es wurden aber nur 14.619 Entschädigungen für Arbeitnehmende und 2.669 Entschädigungen für Selbstständigerwerbende ausbezahlt.
- 5 Dies fordert die 2017 vom Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK 2017) eingereichte Volksinitiative „Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)“.

Literatur

Alon, Titan/Doepke, Matthias/Olmstead-Rumsey, Jane/Tertilt, Michèle, 2020: The Impact of COVID-19 on Gender Equality. NBER Working Paper No. 26947, April. Internet: www.nber.org/papers/w26947 (14.11.2020).

Arežina, Andrea, 2020: Was die Mehrheit der Mächtigen übersieht. In: Republik, 20.10.2020. Internet: www.republik.ch/2020/10/20/was-die-mehrheit-der-maechtigen-uebersieht (31.10.2020).

Bundesamt für Gesundheit, 2020: Situationsbericht zur epidemiologischen Lage in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein. In: Woche 45, 2.11-8.11.2020.

Binswanger, Mathias, 2020: Warum systemrelevante Berufe schlecht bezahlt werden. In: Neue Zürcher Zeitung, 8.5.2020.

Bundesamt für Statistik, 2020: Coronavirus und Arbeitsmarkt im 2. Quartal 2020: Zusatzanalysen. Internet: www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.14447732.html (31.10.2020).

Bundesamt für Sozialversicherungen, 2020: Reporting über ausbezahlte Leistungen per 25.10.2020. Internet: www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/eo-msv/grundlagen-und-gesetze/eo-corona.html#1711048475 (31.10.2020).

Faber, Marius/Ghisletta, Andrea/Schmidheiny, Kurt, 2020: Auswirkungen der Corona-Massnahmen auf die Erwerbstätigkeit in der Schweiz. Universität Basel. Internet: www.unibas.ch/de/applieconometrics/coronavirus/#c23995 (7.7.2020).

Fraser, Nancy, 2017: Crisis of Care? On the Social-reproductive Contradictions of Contemporary Capitalism. In: Bhattacharya, Tithi (Hg.): Social Reproduction Theory: Remapping Class, Recentring Oppression. London, 21-36.

Fraser, Nancy, 2020: The Left Reflects on the Global Pandemic. Webinar Transformeurope, 17.4.2020. Internet: www.youtube.com/watch?v=SzfymFO8hHI (23.5.2020).

Frauenstreik, 2020: Appell an den Bundesrat und das Parlament vom 2. Juni 2020: Wann, wenn nicht jetzt? Frauen* zählen! Internet: <https://frauen-streiken.ch/appeall-fordert-frauen-waehend-coronakrise-nicht-vergessen/> (6.6.2020).

Fuchs, Gesine/Pilotto, Maria Giovanna/Lanfranchi, Lucia M./Boegli, Annelis, 2019: Persistenz des „männlichen Ernährersmodells“ in der Umsetzung der Schweizerischen Arbeitslosenpolitik: eine explorative Analyse auf mehreren Ebenen. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit. (25), 52-70.

Gamio, Lazaro, 2020: The Workers Who Face the Greatest Coronavirus Risk. In: New York Times, 15.3.2020. Internet: www.nytimes.com/interactive/2020/03/15/business/economy/coronavirus-worker-risk.html (14.11.2020).

Informationsstelle AHV/IV in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen, 2020: Merkblatt. Corona Erwerbsersatzentschädigung. Entschädigung für Eltern. Versionen vom 22. April 2020 und vom 11. Mai 2020. Internet: <https://www.ahv-iv.ch/p/6.03.d> (2.6.2020).

Keystone-SDA-ATS AG, 2020: Emotionale Debatte über Corona-Krise und Gleichstellung. Internet: www.parlament.ch/de/services/news/Seiten/2020/20200618120204540194158159041_bsd109.aspx (31.10.2020).

Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline, 2020: Corona trifft Frauen doppelt – weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. WSI Policy Brief Nr. 40, Mai. www.boeckler.de/boeckler-impuls-ruckschritt-durch-corona-23586.htm (23.5.2020).

National COVID-19 Science Task Force (NCS-TF), 2020: Gender Aspects of COVID-19 and Pandemic Response. Internet: <https://ncs-tf.ch/de/policy-briefs> (1.11.2020).

Nationalrat, 2020: Amtliches Bulletin. Sitzung vom 18.06.2020. Internet: www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=49398 (31.10.2020).

Medici, Gabriela, 2020: Kinderbetreuung ist auch in Corona-Zeiten keine Privatsache. Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 8.4.2020. Internet: www.sgb.ch/corona-virus/details/kinderbetreuung-ist-auch-in-corona-zeiten-keine-privatsache (6.6.2020).

Politis Mercier, Maria Pia/Krief, Peggy/Probst, Isabelle/Abderhalden-Zellweger, Alessia/Danuser, Brigitta, 2020: Les travailleuses enceintes sont sous-protégées. In: REISO, Revue d'information sociale. Internet: www.reiso.org/document/5912 (15.11.2020).

Rutzer, Christian/Niggli, Matthias, 2020: Corona-Lockdown und Homeoffice in der Schweiz. Universität Basel. Internet: https://cieb.shinyapps.io/HomeOffice_CH/ (7.7.2020).

Sauer, Birgit, 2009: Transformation von Staatlichkeit: Chancen für die Geschlechterdemokratie? In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden, 105-115.

Schweizerischer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), 2017: Eidgenössische Volksinitiative „Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)“. Internet: www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis472.html (5.1.2021).

Schweizerischer Gewerkschaftsbund, 2020: Endlich eine Lösung für die Geringverdienenden in dieser schwierigen Zeit. Internet: www.sgb.ch/corona-virus/details/endlich-eine-loesung-fuer-die-geringverdienenden-in-dieser-schwierigen-zeit (5.1.2021).

Sotomo, 2020a: Die Schweiz und die Corona-Krise. Monitoring der Bevölkerung. Im Auftrag von Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR. Internet: <https://sotomo.ch/>

site/wp-content/uploads/2020/03/SRG_Bevoelkerungsmonitoring_Coronakrise_20200324.pdf (15.5.2020).

Sotomo, 2020b: Schweizer Familien in der Covid-19-Pandemie. Spezialauswertung des SRG-Corona-Monitors zu Familien- und Betreuungsstrukturen im Kontext der Krise. Internet: www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/das-ebg/nsb-news_list.msg-id-79484.html (1.11.2020).

SRG, 2020: Nachrichtensendung 10vor10. 5.5.2020. www.srf.ch/news/schweiz/die-schweiz-zu-hause-homeoffice-hat-sich-mit-der-krise-definitiv-etabliert (23.5.2020).

Care as a 'New' Feminist Rationality

ELISA BOSISIO

Networks, Entanglements and Proximity

What could notions such as network and entanglement possibly mean for today's feminisms? The answer presented in this paper is: a new conception of care. Aiming to reframe the crucial feminist figure of care within new ontological and political horizons, I engage with cyberfeminism, neomaterialisms and feminist technoscience. Poised as we currently are on the edge of social and ecological collapse, these approaches question the stability of the autonomous subject typical of Modern Western politics and philosophy by proposing to move beyond the regime of so-called "skinned existence"¹ (Bosisio 2020, 6). Let me begin by outlining some key references of this shift from the last four decades.

1. Since the 1980s, the American biologist Lynn Margulis has challenged the dominant conception of evolution as a self-contained process, instead recognizing multi-species and trans-kingdom mutualism as generators of proximity: *topoi/tropoi* for the emergence of new cells, tissues, organs, and individuals. Margulis shows that the nucleated cell is the result of a process of cohabitation, cooperation and quasi-fusion between different bacteria and archaea and, consequently, argues that the tendency of life (including that of *homo sapiens*) is to bind together and re-emerge in a new wholeness at higher and broader levels of organization. Conceptualizing life as a continuous "intimacy of strangers" (Margulis, quoted in Mazur 2009), Margulis displaces the centrality of the individual in dominant understandings of life by focusing on relationality.

2. In 2000, ecology scholar Beth Dempster (2000, 1) introduced the notion of the "sympoietic system" on behalf of those "semio-material mundane phenomena" in which constitutive matter, informative components and control tasks are situated and distributed in a complexity of quasi-individual, quasi-collective, multi-levelled parts. Dempster underlines that earthly systems depend not on the production of fixed boundaries but rather on ongoing complex and dynamic relations among the

systems' components and other influences. She thus emphasizes linkages, feedback, cooperation, and synergistic behaviors.

3. In 2007, theoretical physicist Karen Barad (2007, 160) put the notion of “entanglement” on the table of feminist philosophy. Entanglement does not mean simply being intertwined with others as a joining of originally separated entities; it instead entails the utmost disavowal of an independent and self-contained existence. Indeed, Barad’s argument aims to disrupt the perceived separation of individuals and things by emphasizing that they do not exist before their interactions and only emerge through and as part of their intra-acting transformative proximity.

4. Since the early 2000s, anthropologist Elizabeth Povinelli has interrogated Western philosophy’s commitment to discontinuist environmentalism. She has launched this challenge by integrating into her writings Aboriginal conceptions of space and time as brimming with spirits as well as science-based evidence of the constant flux of toxic elements that connect up human, animal, organic and non-organic bodies (Povinelli 2016). In doing so, she has intervened in what I call “skinned existence” (Bosisio 2020), that is, an individualistic understanding of the self as ending at the skin. In fact, Povinelli argues that particles, emanations, factories, mines, lungs, pores, and roots all give rise to patterns of sufferance and mutual dependency beyond epidermal borders.

All of these arguments posed by feminist scholars from social/natural science and the humanities stress corporal experiences and seek to show how everything on earth is connected to something else in a proliferation of patterns of existence in which both emancipatory and suffocating co-habitation regimes are possible. In other words, they propose an onto-epistemological turn that allows us – as feminists and scholars – to acknowledge the world produced by material encounters, a world in which vicinity and touch must be taken into feminist political and ethical consideration.

Why Feminism Has to Deal with Webs and Complex Multi-levelled Systems

Why have feminist theorists (or theorists evoked by feminists) ended up discussing the complex systems that constantly and differentially materialize the planet as a *web of existence*?

I believe the genealogy of this engagement began in the 1970s, when Marxist feminist scholars and activists² emphasized that the reproduction of labor-power provides the “ground zero” (Federici 2012) of capitalist relations of production. Later, in the 1980s, feminist scholars addressed the issue of post-industrial revolution. The irreversible decline of Fordist manufacturing forced national and transnational capitalist formations to move from heavy industry to an innovation-based economy in which the creativity of the human mind and the regenerative power of living matter displaced the mass-production of industrial commodities (at least in the Global North). Scholars such as Nicolas Rose (2006) have argued that “life itself” has now be-

come productive and has been transformed into surplus value. Indeed, cutting-edge technologies of information are able to plunge affects, relations and semio-material connections into the schizoid fluxes of a new global economy. This multi-layered expansion of the now-precarious third sector is what the Italian neomaterialist feminist Cristina Morini (2010, 136) calls the “feminization of labor *tout court*”. Morini’s expression describes the emergence of a service economy that has absorbed many of the tasks previously performed in the home or, in Haraway’s words, “the ‘homework economy’ outside ‘the home’” (1991, 166).

This process could be described as a transition from the economic valorization of the working-time of an abstract male/human subject to the valorization of life itself, complete with its regenerative sympoietic tendencies as well as its unavoidable propensity for connections, relations, mutual aid, affects and proximity. As such, the neoliberal economy widens the scope of both production and reproduction and blurs perceived frontiers between subjects and their relational environment.

Against the backdrop of this global network capitalism, critical feminist scholars such as Haraway have been working to update the feminist anti-capitalist critique. Drawing on insights from Science and Technology Studies (STS), they have scrutinized the way capitalism has become successful in both exploiting and dominating affects and relation-ability. Simultaneously, feminist STS provided fertile ground for developing epistemologies capable of detecting the bio-info-techno mediations at the core of the ontological relation-ability and hybridism of the existent, always-already in ‘fix and flux’ of matter, ideas, and conditions. Moreover, feminist scholars and activists have transformed their understanding of the “web of the existent” as both a cartography of exploitation through vectors of racialization, sexualization, and naturalization and as a new terrain for alliances.

Care as More Than a “Politics of Love”: Care as a Sympoietic Concrete

It is in this spirit that I would like to problematize the ethical dilemmas we encounter as humans, especially feminists, on having recognized how deeply we are immersed in a web of differential relatings. María Puig de la Bellacasa is the author who has helped me the most in questioning our practices in an entangled world. In *Matters of Care* (2017) she thoroughly considers the complex cosmologies we – as differential humans – produce with and within the non-human. Describing forms of affect as world-makers, she claims that care surfaces as an unavoidable affect in the encounters bringing *natureculture* (Haraway 1997) together with technoscience. Subjects, objects and the field in which they intra-act and relate emerge only in intra-dependence: here, care is always active as both something that is present or something that is missing. Existence, Puig de la Bellacasa argues, is ontologically a matter of care in that being proximate necessarily involves care.

Yet what is care, more precisely? And how to practice care? Let us proceed step by step.

The concept of care is a milestone in feminist political theory. Care is women's practical labor, a form of labor historically concealed under the interwoven assemblages of capitalism and patriarchy. Care-as-labor was the cornerstone of the so-called "politics of love" (Dalla Costa 1978, 19), a specific articulation of oppression as a spontaneous, rewarding sentiment typical of seemingly biologically determined women. From this perspective, reproduction is not considered a specific and pivotal form of work, but rather as a natural and hence outside-wage propensity of women.

And yet, care is more than that: It is a vital affective state or, as Joan Tronto (1993, 45) writes, "everything that we do to maintain, continue and repair 'our world' so that we can live in it as well as possible. That world includes our bodies, our selves and our environment, all of which we seek to interweave in a complex, life sustaining web". Tronto's notion of care entails the form of relational ontology I have emphasized from the outset of this article and paves the way for an affirmative vision of care as entanglement and the networks we produce/are produced by. However, in order to avoid inadvertently romanticizing care as spontaneity and un-mediated maintenance, we as differential humans should interrogate this definition by asking: whose world is mentioned? When Tronto uses a "we" embroiled in the possessive "our," who does she have in mind? And what does "as well as possible" mean? Instead of proposing a universal answer, I want to underline that care already *lies in* and *emerges from* this very act of situated knowledge. Indeed, in the ongoing process of the world's entangling, the continuous act of interrogating positionality and dynamics of in-/ex-clusion is unquestionably an act of care. By hacking Tronto's notion of care, I understand her "life sustaining web" as the act of *staying in the entanglements*. The *detournement*³ of Tronto's conception of care aims to problematize the mutual unfolding of the vectors and nodes that make up the changing networks. More precisely, mapping how these nets operate reveals a geography of our mutual differential enfolding: staying alert and keeping our gaze vigilant so as to grasp where the patriarchal and capitalist vectors of power strike is a *caring* radical and rational exercise for a useful and critical feminism. We map their centers and, with particular care, their margins as well. In this exercise, rationality and epistemology are unavoidable tools for deploying care as a cartographic instrument. Because care is the effort of living and thinking within. The feminist project of rehabilitating rationality is an intense commitment to practicing social change by taking care of the neglected. As the cyberfeminist collective Laboria Cuboniks (2014) stated in their *Xenofeminist Manifesto*, new epistemologies and relentless streams of thought must be implemented if we are to figure out how to interrupt monodirectional patriarchal and capitalist social reproduction. Caring thus means noticing and tracing the vectors of power that constitute these entanglements. Caring is a synonym for being responsible for the light we shed and the way it travels along complex assemblages, nodes that are neglected by the dominant humanist gaze.

As a scholar involved in discussions about such new ontologies, I have taken the notions of network and entanglement seriously. But it is as a feminist that they have

become crucial to me as both ethical-political and ontological lenses. Indeed, while feminisms have always focused on relationality and proximity as critical concepts⁴, contemporary cyberfeminism and neomaterialism are further de-territorializing these concepts by moving beyond those dualisms that have historically reduced the performative role of women to so-called ‘female duties.’ What I am therefore proposing is a cartography of the theories that ground relationality on ontological rather than moral foundations. Following Barad (2007), I consider ontology to be inseparable from epistemology and ethics and, therefore, I define care as an onto-ethico-epistemological object that challenges our human mode of being in the world.⁵ What could care become if it were based on these cyberfeminist and neomaterialist discussions? The following suggestion of care as a mode of thinking could be defined as a critique that reveals itself as embedded cognition, a matter-based (or body-based) rationality that is prepared to substitute modern, male, western, ego-centered rationality. It is a form of thinking that not only engages with a new ontology by resisting the drive to impoverish epistemological gazes, but which also fundamentally includes matter-based experiences in the process of knowing.

Cyberfeminism and Tentacular Caring Epistemologies

As outlined above, my understanding of care as a form of critical epistemology is primarily inspired by Puig de la Bellacasa, and she was stimulated in turn by Haraway’s (2016) tentacular thinking. Haraway moves through the bio-info-techno mediated entanglements in which women, racialized subjects, queer subjects, new technological devices, nonhuman animals, bacteria, viruses, indigenous collectives, and activists move in networked relations with each other but also with men, Sapiens, multi-nationals, fuel industries, extractivist companies, white supremacists etc. Haraway’s multi-layered resistance to conceptual enclosure expresses the desire and necessity to think of earthly entanglements in a way that moves beyond individualisms and *discontinuisms*. In this vein, she argues for an understanding of environment and subjectivity, body and mind, matter and ratio, nature and culture, self and non-self as mutually unfolding. When all these contacts materialize, there emerges an idea of care that overlaps with the willingness to follow the mutating differences that articulate earthly ecopolitics.

A similar conception of care is pivotal in cyberfeminism’s political ethics. Cyberfeminism, indeed, also relies on connectivity as a process of collective liberation. This insight entails perceiving rationality as a subversive tool of care that transforms those who are related to each other and the worlds they live in, as suggested by the Russian activist and cyberfeminist scholar Irina Aristarkhova (2007). Aristarkhova proposes that we place the body at the core of a generative network which, as a matrix, substitutes the re/productive and nurturing figure of the mother: we are all the offspring of a complex system of techno and biological molding in which sex, linear biology and vertical transmission play limited roles. For Aristarkhova, our selves are

the result of a continuous semio-material, organic and inorganic cutting and patching. Alongside our porous borders we have to *do* politics, and in this space care both materializes and must materialize out of feminist attention.

Conclusions

From natural/techno-sciences and experiences we learn that nothing comes without its world and that the political consequence of recognizing networks and entanglements is an endless act of acknowledging the systems in which we, as earthly beings, are immersed. In such systems, we always assume differential hierarchical positionalities in an intricate web of life structured by vectors of power. New forms of rationality that are attentive to these proximities work as counterclaims to the understanding of *ratio* as a patriarchal enterprise or as a standardized transcendental logic detached from needs, desire, and change. A cyberfeminist and neomaterialist understanding of networks and entanglements functions as an epistemology of all those geographies that place bodies in communication with a relational environment. Yet, which movements put the bodies in particular stances? Who is at the center and who is at the margins?

Granting so much attention to epistemologies, rationalities and thoughts has brought me to read feminist *thinking-with*, *thinking-within*, *thinking-for* as an epistemology that enables us to incorporate multiple issues into the daily analysis of complex systems. As such, they help in drafting caring cartographies of confusing geographies where no margin should end up being neglected. Indeed, considering care as an act of recovering rationality – and reshaping it in a non-individualist way – opens up an opportunity for new futures in which the as yet neglected relations between differential elements are acknowledged. This mode of thinking allows us to consider the “becomings and heterogeneity as opposed to the stable and eternal, the identical and the constant”, as Sadie Plant (1997, 80) once put it in her cyberfeminist classic. This shift in thinking seeks to move towards a non-exclusive and liberating ecopolitics.

Care is a method, namely a way of seeing; it is a complex epistemological approach to entanglements and networks, a constant questioning of positionalities in which someone touches and someone is being touched. Care means living in the wrinkles that arise within the fabric of the world, wrinkles in which we have to learn to notice the others who are co-weaving our shared ecologies. In this vision, caring is the process of learning and practicing noticing. *Care as a feminist rationality* is a relational practice of ethical *response-ability* for which lives come to matter. It is an ecology that uses compassion to mold rational critique in the affective encounter; it is the ability to affect and to be affected (D'Alessandro 2020, 24).

Notes

- 1 I define skinned existence as the dominant, standardized pattern of self-contained subjectivity distinctive of the Modern Western understanding of bodies and their environment (Bosisio 2020).
- 2 Silvia Federici, Selma James, Mariarosa Dalla Costa and the grassroots women's network The International Wages for Housework Campaign have been campaigning for recognition and payment for all caring work, in the home and outside.
- 3 This is an artistic-political and conceptual technique developed in the 1950s by the Letterist International and later adapted by the Situationist International that was defined as the integration of present or past artistic production into a superior construction.
- 4 I am thinking in particular of Carol Gilligan's (1982) famous and controversial essay *In a Different Voice* and the way it launched a tradition of thought that anchored the origins of caring ethical subjectivities in the figure of the nurturing mother.
- 5 The neologism "ethico-onto-epistemology" (Barad 2007, 90) marks the inseparability of ontology, epistemology, and ethics. The analytic philosophical tradition takes these fields to be entirely separate, but this presupposition depends on specific ways of figuring the nature of being, knowing, and valuing.

References

- Aristarkhova**, Irina, 2007: *Collectivism After Modernism. The Art of Social Imagination After 1945*. Minneapolis.
- Barad**, Karen, 2007: *Meeting the Universe Halfway*. Durham, London.
- Bosisio**, Elisa, 2020: Onto-Ethico-Epistemology of HIV. A Vulnerable Cyborg Challenge to Immunological Obsession. In: Bosisio, Elisa/D'Alessandro, Ludovica (Eds.): *The Delusional Faith in Immunological-Skinned Existence: Corpo-Affective Enactments of HIV and Anxiety*. Internet: www.iaphitalia.org/the-delusional-faith-in-immunological-skinned-existence-corpo-affective-enactments-of-hiv-and-anxiety/ [20.2.2021].
- D'Alessandro**, Ludovica, 2020: Affective Resistance to Normative Psycho-Pathologies: Taking Care of Anxious Entanglements. In: Bosisio, Elisa/D'Alessandro, Ludovica (Eds.): *The Delusional Faith in Immunological-Skinned Existence: Corpo-Affective Enactments of HIV and Anxiety*. Internet: www.iaphitalia.org/the-delusional-faith-in-immunological-skinned-existence-corpo-affective-enactments-of-hiv-and-anxiety/ [20.2.2021].
- Dalla Costa**, Giovanna Franca, 1978: *Un lavoro d'amore*. Roma.
- Dempster**, Beth, 2000: Sympoietic and Autopoietic Systems. A New Distinction for Self-Organizing Systems. Proceedings of the World Congress of the Systems Sciences. Paper presented during the International Society for Systems Studies Annual Conference, Toronto, Canada, July. Internet: <https://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.582.1177&rep=rep1&type=pdf> [20.2.2021].
- Federici**, Silvia, 2012: *Revolution at Point Zero. Housework, Reproduction, and Feminist Struggle*. New York.
- Gilligan**, Carol, 1982: *In a Different Voice*. Cambridge, London.
- Haraway**, Donna, 1991: A Cyborg Manifesto: Science, Technology, and Socialist-Feminism in the Late Twentieth Century. In: Haraway, Donna: *Simians, Cyborgs and Women: The Reinvention of Nature*. New York, 149-181.
- Haraway**, Donna, 1997: *Modest_Witness@Second_Millennium. FemaleMan_Meets_Ocomouse™: Feminism and Technoscience*. London.

Haraway, Donna, 2016: *Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene*. Durham, London.

Laboria Cuboniks, 2014: *The Xenofeminist Manifesto. A Politics for Alienation*. Internet: <https://laboriacuboniks.net/books/the-xenofeminist-manifesto/> (20.2.2021).

Mazur, Susan, 2009: Interview with Lynn Margulis: Intimacy of Stranger & Natural Selection. Internet: <https://www.scoop.co.nz/stories/HL0903/S00194/lynn-margulis-intimacy-of-strangers-natural-selection.htm> (20.2.2021).

Morini, Cristina, 2010: *Per forza o per amore. Femminilizzazione del lavoro e biopolitiche del corpo*. Verona.

Plant, Sadie, 1997: *Zeros and Ones: Digital Women and the New Technoculture*. London.

Povinelli, Elizabeth, 2016: *Geontologies. A Requiem to Late Liberalism*. Durham, London.

Puig de la Bellacasa, María, 2017: *Matters of Care. Speculative Ethics in More Than Human Worlds*. Minneapolis, London.

Rose, Nikolas, 2006: *Politics of Life Itself. Biomedicine, Power and Subjectivity in Twenty-First Century*. Princeton.

Tronto, Joan Claire, 1993: *Moral Boundaries. A Political Argument for an Ethic of Care*. New York, London.

Häusliche Gewalt in der Pandemie bekämpfen

MONIKA REMÉ¹

Die Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité untersucht und dokumentiert Verletzungen von Gewaltbetroffenen niedrigschwellig und kostenfrei. Im ersten Corona-bedingten Lockdown im Frühling 2020 suchten weniger Betroffene die Ambulanz auf. Dafür stieg laut Medienberichten der Schweregrad der registrierten Verletzungen: Würgemale am Hals und Mittelgesichtsbrüche wie Brüche der Augenhöhle oder des Kiefers sind dafür Beispiele (ntv 2020). Mit den Lockerungen stiegen die Fallzahlen wieder und übertrafen das Vorjahresniveau. Im Lockdown blieben vor allem jene Betroffene aus, die Verletzungen dokumentieren lassen, aber (noch) nicht zur Anzeige bereit sind.

Die – wenngleich tentativen – Daten (vgl. BAFzA 2020, international: UN Women 2020a), erste Studien (Steinert/ Ebert 2020, für Großbritannien: Davidge 2020) und die Praxiserfahrung im Hilfesystem bestätigen die Warnungen der Expert*innen: Häusliche Gewalt steigt im Zusammenhang mit Ausgangsbeschränkungen, sozialem Stress und wirtschaftlicher Unsicherheit an bzw. eskaliert. Gleichzeitig bleiben ohne soziale Kontakte selbst sichtbare Spuren der Gewalt unsichtbar und für Betroffene ist es schwieriger, Kontakt zum Hilfesystem aufzunehmen bzw. sich aus der Situation zu lösen.

Das erklärt auch das heterogene Bild in den EU-Staaten: Während in einigen die Anrufe bei Hilfetelefonen stark gestiegen sind, beobachteten andere einen Einbruch zu Beginn des Lockdowns (UNODC 2020; EPRS 2020). In Frankreich betrug der Anstieg der angezeigten Vergewaltigungen in 2020 11%, bei der innerfamiliären Gewalt 9% (taz 2021). In Großbritannien hat fast die Hälfte der Frauen und Mädchen in der Pandemie digitale Gewalt erfahren (Glitch/EVAW 2020, siehe Strick in diesem Heft). Zudem ist von einer Verschärfung der Lage für Frauen in besonders vulnerablen Situationen auszugehen. Dazu gehören wohnungslose Frauen (BIK 2021, 11), geflüchtete Frauen, die in Lagern leben und deshalb stärker gefährdet sind (medica mondiale 2020; UNHCR 2020) oder Frauen mit Behinderungen, die allgemein überdurchschnittlich von sexualisierter Gewalt und Gewalt im Nahbereich betroffen sind (Schrötte et. al. 2014).

Zugleich war das Hilfesystem – in Deutschland und Europa – bereits vor der Pandemie überlastet und unterfinanziert. Frauenhäuser und Beratungsstellen mussten Hygienekonzepte einführen, was die raren Frauenhausplätze weiter verknappte, und auf digitale Kommunikation umstellen – ohne dafür zunächst die erforderlichen Mittel zu erhalten.

Keine Priorisierung des Gewaltschutzes

Die Corona-Krise verdeutlicht die seit Jahrzehnten bekannten politischen Unzulänglichkeiten und die Ressourcenknappheit im Gewaltschutz. Verantwortlichkeiten werden zwischen den politischen Ebenen Bund – Länder – Kommunen hin- und hergeschoben. Hilfesuchende sowie Mitarbeitende bleiben auf der Strecke (vgl. BIK 2021). Bis heute hat das BMFSFJ „keine repräsentativen Erkenntnisse“ über die Situation der Frauenhäuser und Beratungsstellen sowie ihrer Mitarbeitenden und Bewohner*innen unter Corona in Deutschland (BMFSFJ 2021). Frauenministerin Franziska Giffey erklärte bereits Anfang April 2020, dass Gewaltschutz systemrelevant sei (BMFSFJ 2020). Die Entscheidungen obliegen allerdings den Ländern, was zu ungleichen Standards und Praktiken im Umgang mit knapper gewordenen Frauenhausplätzen führt, wie die Zentrale Informationsstelle der Autonomen Frauenhäuser berichtet. Während in Berlin zwei Hotels angemietet wurden, forderte das Land Hessen die Frauenhäuser auf, jede Frau aufzunehmen, aber trotzdem coronafrei zu bleiben. Eine Quarantäne- oder Schleusenwohnung habe es nicht gegeben (Lenz u.a. 2021). Auch im zweiten Lockdown sind die Frauenhäuser in vielen deutschen Regionen überlastet.

Auf Bundesebene werden Frauenhausmitarbeitende – trotz erhöhtem Infektionsrisiko – in der Impfstrategie nicht priorisiert (BMFSFJ 202; FHK 2020). Das bundesweite Förderprogramm zur Digitalisierung des Gewaltschutzbereiches wird vom Hilfesystem selbst verwaltet, denn es handelt sich nicht um zusätzliche Gelder (BMFSFJ 2021). Die Gelder des Bundes treffen erst jetzt ein.

Mit den ersten internationalen Daten, die auf einen Anstieg der häuslichen Gewalt im Lockdown hinwiesen (Taub 2020), erfuhr die Thematik großes mediales Interesse. Das BMFSFJ unterstützte dies durch seine Öffentlichkeitsarbeit. Online, auf Plakatwänden und insbesondere auf Einkaufszetteln der Supermärkte wurde teils mehrsprachlich auf Hilfskontakte verwiesen, wobei migrantische Supermärkte leider nicht einbezogen wurden (BIK 2021, 67f.). In Bezug auf die Onlinekampagne „Stärker als Gewalt“ bemängelt das Bündnis Istanbul-Konvention allerdings, dass anfangs Männer und Frauen dort als gleichermaßen betroffen dargestellt wurden (ebd.), was der gesellschaftlichen Realität nicht entspricht. Dennoch ist festzuhalten, dass eine breitangelegte gesellschaftliche Sensibilisierung, wie sie in der Pandemie erfolgt ist, unbedingt verstetigt werden sollte.

Öffentlichkeit: ja – Finanzierung: nein

Auch auf EU-Ebene sind Öffentlichkeitsmaßnahmen und nachholende Digitalisierung im Gewaltschutz wichtige positive Vermächtnisse der Pandemie. Eine Studie des Europäischen Instituts für Geschlechtergleichstellung stellt fest, dass jeder EU-Mitgliedsstaat besondere Gewaltschutzmaßnahmen während der Pandemie ergriffen hat, dass allerdings „persistent under-funding of shelters and domestic violence hotlines has resulted in sometimes patchy support“ (EIGE 2020).

Irland, Spanien und Litauen haben Nationale Aktionspläne verabschiedet. Bedeutsam sind dabei u.a. Maßnahmen, die Polizei und Justiz betreffen. So sollen Gerichte in Irland Fälle von häuslicher Gewalt priorisieren und die Polizei Hausbesuche bei Frauen machen, die in der Vergangenheit von Gewalt betroffen waren. In anderen Staaten wurden Gesetzesreformen initiiert. In Lettland, Estland, Frankreich und der Slowakei gibt es jetzt die staatliche Verpflichtung, bei häuslicher Gewalt eine alternative Unterbringung zu gewährleisten. Ein solch entschiedenes staatliches Handeln gegen die „Schattenpandemie der häuslichen Gewalt“ (UN Women 2020b) fehlt in Deutschland. Auch während der aktuellen Krise setzen sich rechtspopulistische Angriffe auf die Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt fort. Während die EU den Beitritt zur Konvention noch prüft, stellt Polen 2020 deren Verfassungskonformität in Frage und im ungarischen Parlament wurde ihre Umsetzung auf Eis gelegt. Die Bundesregierung machte sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 für den Schutz der Konvention, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ein EU-weites Hilfetelefon stark (Abels 2020). Letzteres wurde beschlossen, aber bislang nicht umgesetzt.

Es braucht politischen Willen

In ganz Europa finden rechtspopulistische und antifeministische Strömungen mit Corona mehr Zulauf. Auch deshalb muss der Erhalt und Ausbau des feministischen Hilfesystems zur gleichstellungspolitischen Priorität auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten werden. Finanzielle Kürzungen bei Gleichstellung und Gewaltschutz sind durch die wirtschaftlichen Corona-Folgen zu befürchten. Spätestens mit der Pandemie sollte klar sein, dass sich Europas Gesellschaften Sparen hier nicht leisten können. Im Gegenteil: Es müssen mehr Mittel bereitgestellt werden (vgl. WAVE 2020). Der Schutz vulnerabler oder von Mehrfachdiskriminierung betroffener Gruppen sollte mit Blick auf die Auswirkungen der Ausgangsbeschränkungen, aber auch hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen prioritär behandelt werden. Eklatante Mängel im Gewaltschutz für geflüchtete Frauen von den Asylverfahren bis zur Unterbringung sind dafür – auch hierzulande – ein eindrückliches Beispiel (BIK 2021, 172ff.).

Um häusliche Gewalt zu bekämpfen, gibt es mit der Istanbul-Konvention eine politische Handreichung, die die notwendigen Maßnahmen konkret ausbuchstabiert. Zur konsequenten Umsetzung in Deutschland fehlt aber drei Jahre nach Inkrafttreten noch immer der politische Wille (vgl. Die Linke 2021; BIK 2021). Eine politische Gesamtstrategie gegen geschlechtsspezifische Gewalt muss parteiübergreifend Bestandteil der Wahl- und Regierungsprogramme sein.

Die Pandemie hat einmal mehr deutlich gemacht, dass es auf Bundesebene für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Akteur*innen, Institutionen und Verwaltungsebenen eine Koordinierungsstelle braucht, die mit einem klaren Mandat ausgestattet und in der administrativen Hierarchie hoch angesiedelt ist. Auch für

Deutschland gilt, dass künftige Sparpolitik nicht auf dem Rücken von Frauen ausgetragen werden darf. Die Finanzierung eines flächendeckenden Hilfesystems, das der individuellen Situation der Frauen gerecht wird, ist gesamtstaatliche Aufgabe. Dafür ist die dauerhafte Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Präventionsmaßnahmen und des Hilfesystems notwendig (Deutscher Frauenrat 2021). Denn Männergewalt gegen Frauen und Kinder ist kein Problem, das mit der Corona-Krise über uns gekommen ist und es wird auch nicht mit ihr verschwinden.

Anmerkung

- 1 Die Autorin dankt Urte Poppinga für die Mitarbeit und Britta Schlichting von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser für die Unterstützung.

Literatur

Abels, Gabriele, 2020: Making progress, fighting rollback, in: #BerlinPerspectives 7/2020. Internet: <http://iep-berlin.de/en/making-progress-fighting-rollback-germanys-eu-council-presidency-must-secure-gender-equality-achievements-and-reach-new-milestones/> (23.02.2021).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2020: Ministerin Giffey: Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind systemrelevant. Internet: www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/ministerin-giffey--frauenhaeuser-und-frauenberatungsstellen-sind-systemrelevant/154622 (23.02.2021).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2021: Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Möhring, Doris Achelwilm u. a. und der Fraktion DIE LINKE: Corona-Hilfsmaßnahmen für das Hilfesystem bei Gewalt an Frauen, Drucksache 19/26414. Internet: www.cornelia-moehring.de/wp-content/uploads/2021/02/KA-Corona-Hilfsmassnahmen-fuer-das-Hilfesystem.pdf (23.02.2021).

Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), 2020: Gewalt gegen Frauen darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Pressemitteilung v. 24.11.2020.

Bündnis Istanbul-Konvention (BIK), 2021: Alternativbericht zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Internet: www.buendnis-istanbul-konvention.de/alternativbericht-buendnis-istanbul-konvention-2021/ (25.4.2021).

Davidge, Sarah, 2020: A Perfect Storm: The Impact of the Covid-19 Pandemic on Domestic Abuse Survivors and the Services Supporting them. Internet: www.womensaid.org.uk/wp-content/uploads/2020/08/A-Perfect-Storm-August-2020-1.pdf (23.02.2021).

Deutscher Frauenrat, 2021: Gewalt gegen Frauen und Mädchen bekämpfen. Internet: www.frauenrat.de/gewalt-gegen-frauen-und-maedchen-bekaempfen-und-verhindern/ (23.02.2021).

DIE LINKE, 2021: #IKnachgefragt. Überblick zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Internet: www.cornelia-moehring.de/wp-content/uploads/2021/02/Auswertung-Tabelle.pdf (23.02.2021).

European Institute for Gender Equality (EIGE), 2020: Covid-19 wave of violence against women shows EU countries still lack proper safeguards. Internet: <https://eige.europa.eu/news/covid-19-wave-violence-against-women-shows-eu-countries-still-lack-proper-safeguards> (23.02.2021).

European Parliamentary Research Service (EPRS), 2020: Violence against women in the EU – State of play. Internet: [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/659333/EPRS_BRI\(2020\)659333_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/659333/EPRS_BRI(2020)659333_EN.pdf) (23.02.2021).

Frauenhauskoordinierung (FHK), 2020: FHK fordert Schutzimpfungen für Frauenhaus-Mitarbeiter_innen & Schnelltests für Bewohner_innen. Internet: www.frauenhauskoordinierung.de/publikationen/detail/fhk-fordert-schutzimpfungen-fuer-frauenhaus-mitarbeiter-innen-schnelltests-fuer-bewohner-innen/ (23.02.2021).

Glitch/End Violence Against Women (EVAW), 2020: The Ripple Effect: COVID-19 and the Epidemic of Online Abuse. Internet: www.endviolenceagainstwomen.org.uk/wp-content/uploads/Glitch-and-EVAW-The-Ripple-Effect-Online-abuse-during-COVID-19-Sept-2020.pdf (23.02.2021).

Lenz, Miriam/Ricci, André/Siber, Pia/Donheiser, Max/Sachse, Jonathan, 2021: Häusliche Gewalt: Überlastete Schutzunterkünfte für Frauen und Kinder. Internet: <https://correctiv.org/aktuelles/gesundheits/2021/02/10/ueberlastete-schutzorte-fuer-frauen-und-kinder/> (23.02.2021).

medica mondiale, 2020: Corona-Krise: Gewaltschutz für geflüchtete Frauen muss endlich umfassend umgesetzt werden. Internet: www.medicamondiale.org/nc/nachrichten/corona-krise-gewaltschutz-fuer-gefluechtete-frauen-muss-endlich-umfassend-umgesetzt-werden.html (23.02.2021).

ntv, 2020: Corona-Stress führt zu Gewalt: „Viele Betroffene sind schwer verletzt“. Internet: www.n-tv.de/panorama/Viele-Betroffene-sind-schwer-verletzt-article22191528.html (23.02.2021).

Schrötte, Monika u.a., 2014: Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland. Internet: www.bmfsfj.de/blob/jump/94206/lebenssituation-und-belastungen-von-frauen-mit-behinderungen-langfassung-ergebnisse-der-quantitativen-befragung-data.pdf (23.02.2021).

Steinert, Janina/Ebert, Cara, 2020: Gewalt an Frauen und Kindern in Deutschland während COVID-19-bedingten Ausgangsbeschränkungen: Zusammenfassung der Ergebnisse. Internet: https://drive.google.com/file/d/19WqpbY9nwMNjdgO4_FCqqlfYyLJmBn7y/view (23.02.2021).

Taub, Amanda, 2020: A New Covid-19 Crisis: Domestic Abuse Rises Worldwide. In: New York Times, 6.4.2020. Internet: <https://www.nytimes.com/2020/04/06/world/coronavirus-domestic-violence.html> (23.02.2021).

taz, 2021: Frankreich: Mehr Vergewaltigungen. Internet: <https://taz.de/!5747996/> (23.02.2021).

UN High Commissioner for Refugees (UNHCR), 2020: UNHCR warns second wave of COVID pandemic driving further violence against refugee women and girls. Internet: www.unhcr.org/news/press/2020/11/5f8e0f394/unhcr-warns-second-wave-covid-pandemic-driving-further-violence-against.html (23.02.2021).

UN Women, 2020a: Issue Brief: COVID-19 and Ending Violence Against Women and Girls. Internet: <https://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2020/issue-brief-covid-19-and-ending-violence-against-women-and-girls-en.pdf?la=en&vs=5006> (23.02.2021).

UN Women, 2020b: The Shadow Pandemic: Violence against women during COVID-19. Internet: www.unwomen.org/en/news/in-focus/in-focus-gender-equality-in-covid-19-response/violence-against-women-during-covid-19 (23.02.2021).

United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), 2020: Research brief: What crime and helpline data say about the impact of the COVID-19 pandemic on reported violence against women and girls. Internet: www.unodc.org/documents/data-and-analysis/covid/Violence_against_women_24Nov.pdf (23.02.2021).

Women against Violence Europe (WAVE), 2020: Open letter to EU Decision-makers: Funding the fight to end violence against women and girls. Internet: www.wave-network.org/2020/09/23/open-letter-to-eu-decision-makers-funding-the-fight-to-end-violence-against-women-and-girls/ (23.02.2021).

Öffentlicher Hass gegen Frauen im Netz als politische Strategie

ANNA-LENA VON HODENBERG

70% der Mädchen und jungen Frauen¹ in Deutschland sind im Internet schon bedroht, beleidigt oder diskriminiert worden (Plan International 2020a). Sie bekommen auf Twitter Mord- oder Vergewaltigungsandrohungen. Ihre Privatadresse wird bei Facebook veröffentlicht. Sie finden ihr Gesicht auf Pornoseiten wieder, wo ihr Kopf auf nackte Frauenkörper montiert wurde oder erhalten Hardcorepornos, in denen sie die vermeintliche Protagonistin sind. Der nackte Penis bei Tinder oder WhatsApp – ein sogen. Dickpic – gehört für viele junge Frauen zum Alltag. 53% der US-amerikanischen weiblichen Millennials geben an, schon einmal eines bekommen zu haben (Bame 2017). Auffällig ist: Die Gewalt, die Frauen im digitalen Raum erleben, ist häufig sexualisiert und fast immer misogyn. Sie ist gegen Frauen gerichtet, weil sie Frauen sind.

Angegriffen werden vor allem die, die sich aktiv öffentlich positionieren: für Feminismus, gegen Diskriminierung, Rassismus oder den Klimawandel (Hoppenstedt 2020). Women of Color sind besonders betroffen: Zum Faktor Frauenhass kommen Rassismus, Antisemitismus oder Sinti- und Romafeindlichkeit hinzu (Amnesty International 2018). Unter Artikeln von Journalist_innen wird online durchschnittlich viel mehr gehasst und diffamiert als unter denen von ihren männlichen Kollegen (Šimonović 2020). 87% der Politiker_innen im Bundestag geben an, schon einmal digitale Gewalt erlebt zu haben – sie erzählen von brutalen Vergewaltigungs- und Verstümmelungsphantasien (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2019). Jede Elfte von ihnen denkt darüber nach, deshalb nicht mehr für ein politisches Amt anzutreten. Viele Frauen ziehen sich nach den Angriffen zunächst zurück, äußern sich nicht mehr so dezidiert oder vermeiden Reizthemen (Plan International 2020). Der Hass verdrängt Frauen aus dem digitalen Raum, aus dem öffentlichen Diskurs, der immer öfter über Twitter und Co. stattfindet und nicht mehr in Fernsehinterviews. Frauen sollen mundtot gemacht werden (Geschke et al. 2019).

Dieser sogenannte Silencing-Effect ist kalkuliert. Vor allem rechte und rechtsextreme Gruppen nutzen die sozialen Medien gezielt und hochprofessionell für gemeinsame Hassattacken (Bundeskriminalamt o.D.). Sie treten mit vielen falschen Profilen gleichzeitig an, um den Anschein zu erwecken viel mehr zu sein, als sie eigentlich sind und verstärken so die Wucht ihrer Attacken (Davey/Ebner 2017). Misogynie ist dabei Teil einer rechtsextremistischen Ideologie, die Frauen auf ihre Gebär- und Erziehungsfunktion reduziert und dem Mann hierarchisch unterordnet (Sigl 2018).

Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die Drohmails des sogenannten NSU 2.0, die vor allem an weiblich und/oder migrantisch gelesene Politiker_innen, Anwält_innen und weitere Personen des öffentlichen Lebens adressiert wurden. So griff etwa im Bayernwahlkampf 2017 eine Gruppe von internationalen Rechtsextremist_innen gezielt die grüne Spitzenkandidatin Katharina Schulze an, verbreiteten Falschmel-

dungen über sie und erniedrigende Bilder von ihr (Institute for Strategic Dialogue 2019). Auch die rechtsextremistischen Attentäter von Christchurch, El Paso, Dayton und Halle sowie der Norweger Anders Breivik bezogen sich explizit auf Hass gegen Frauen als wichtige Motivation für ihre Taten.

Doch der Frauenhass kommt bei weitem nicht nur von rechts. Daneben hat sich in den letzten Jahren die sogenannte Manosphere im Netz ausdifferenziert, deren gemeinsamer Nenner die Abwertung von Frauen ist. Die Gruppen unterscheiden sich vor allem in ihrer Radikalität: Die Pick-up Artists (PUA) verachten Frauen und sammeln sie wie Trophäen. Die Bewegung der Men Going Their Own Way (MGTOW) inszenieren sich selbst als Opfer eines dominanten Feminismus und wollen sich aus der Gesellschaft abkapseln (Ribeiro et al. 2020). Am radikalsten und mit Abstand am gewaltbereitesten ist aber die Gruppe der Incels, der Involuntary Celibates (unfreiwillig im Zölibat lebend). Sie behaupten, keinen Geschlechtsverkehr zu haben, weil sie von Frauen ungerechtfertigt abgelehnt werden (Kracher 2020). In der Logik der Incels stünde Sex ihnen aber in jedem Fall zu. In ihren Echokammern im Netz ergehen sich die Incels mit Verweis auf den Feminismus in Frauenhass und Gewaltphantasien, die durchaus reale Folgen haben. Alek Minassian, der im April 2018 mit seinem Auto zehn Menschen tötete, war ein Incel, genau wie Elliot Rodger, der 2014 in Kalifornien sechs Menschen ermordete und gezielt Jagd auf Frauen machte (ebd.). Laut einer aktuellen Studie sind sie die am schnellsten wachsende Gruppe der Manosphere, die wiederum Elemente aus rassistischem und antisemitischem Gedankengut integriert. So zitierte auch der Attentäter von Halle Codewörter aus der Incelsprache in seinem Livestream (Schiele 2019).

Damit stehen Räume und Rechte, die Frauen sich in der analogen Welt seit Ende des 19. Jahrhunderts erkämpft haben, im Internet wieder zur Debatte. Die Signale, die aus diesen radikalen Zentren in die digitale Öffentlichkeit gesandt werden, finden in abgeschwächter Form auch in konservativen und liberalen Kreisen Resonanz und führen damit zu vielen Likes im Netz.

Die Rechtswidrigkeit der frauenfeindlichen Kommentare wird seitens der Strafverfolgungsbehörden oftmals kaum überprüft. Vielmehr stehen Frauen, die sich wehren und gegen die Täter_innen rechtlich vorgehen wollen, häufig alleine da. Victim Blaming bezeichnet dabei Reaktionsmuster etwa von Polizist_innen, die Frauen provokante Äußerungen unterstellen und dann darauf verweisen, sie hätten die Gewalt provoziert. Oft werden Verfahren gegen Betroffene eingestellt, weil Gewalt und Hasskriminalität gegen Frauen von den Staatsanwaltschaften nicht als solche erkannt werden (Deutscher Juristinnenbund 2019). So sahen im Fall von Renate Künast selbst die Richter_innen am Landgericht Berlin Beleidigungen gegenüber der Grünenpolitikerin im Netz als „Drecksfotze“ und „Stück Scheiße“ zunächst von der Meinungsfreiheit gedeckt (Sehl 2020).

Dabei braucht es gerade konsequente Strafverfolgung, um die Rechte von Frauen im Netz zu stärken und den Täter_innen rote Linien aufzuzeigen. Voraussetzungen dafür jedoch sind ein verstärktes Bewusstsein seitens der Behörden für Frauenhass

im Internet jenseits der Bagatellisierung. Gewalt an Frauen muss detaillierter in die Kriminalitätsstatistik aufgenommen werden, um das Ausmaß valide quantifizieren zu können. Außerdem bedarf es auf digitale Gewalt spezialisierte Staatsanwaltschaften, die bei Hass gegen Frauen nicht vorschnell wegen Geringfügigkeit einstellen. Und wir brauchen Gesetze, die Misogynie thematisieren, denn solange Täter_innen nicht zur Verantwortung gezogen werden, führt diese Leerstelle des Rechts zu einer Normalisierung von Hass und Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit.

Verstärkten Regelsbedarf bedarf es jedoch auch für die Plattformen, die Frauenhass viel zu oft dulden (Amnesty International 2020). Ihre Richtlinien, die sogen. Community Guidelines sind dehnbar, die Hetze gegen Frauen emotionalisiert und verspricht hohe Klickzahlen. Social Media-Unternehmen verdienen am Prinzip des Prangers. Es braucht daher klare Regeln, wann und wie Plattformen illegale Inhalte löschen müssen und diese sollten sich an deutschem Strafrecht orientieren. Außerdem müssen sie verpflichtet werden, Daten über Täter_innen herauszugeben, wenn Gerichte dies anordnen. Das läuft bisher nur auf freiwilliger Basis und bedeutet in der Praxis, dass Täter_innen aufgrund fehlender Daten oftmals nicht belangt werden können.

Nicht zuletzt deshalb sind Beratungsstellen wie etwa HateAid für die Unterstützung bei digitaler Gewalt wichtig. Sie sind für die Betroffenen, neben Freund_innen oder Familie, als erste Anlaufstelle von zentraler Bedeutung. Unsere Beratungstätigkeit zielt vor allem darauf ab, Sicherheit und den Zugang zum Recht herzustellen, so dass das Unbehagen zurückweicht und Frauen wieder ein Gefühl der Kontrolle erhalten. Sichere Passwörter, wenig private Daten im Netz oder eine Meldesperre können dazu ebenso beitragen wie finanzielle Unterstützung von HateAid, um anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen können.

Anmerkung

- 1 Mit dem Begriff Frauen sind im Folgenden alle Menschen gemeint, die als Frauen gelesen werden, d.h. Cis-Frauen, nonbinäre Menschen, die als Frauen gelesen werden und Trans-Frauen.

Literatur

Amnesty International, 2018: #TOXICTWITTER – Violence And Abuse Against Women Online. Internet: <https://docs.house.gov/meetings/IF/IF00/20180905/108642/HHRG-115-IF00-20180905-SD015.pdf> [09.11.2020].

Bame, Yael, 2017: 53% of millennial women have received a naked photo from a man. Internet: <https://today.yougov.com/topics/lifestyle/articles-reports/2017/10/09/53-millennial-women-have-received-dick-pic> (30.01.2021).

Bundeskriminalamt, o. D.: Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts-. Internet: www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts_node.html [30.01.2021].

Davey, Jacob/**Ebner**, Julia, 2017: The Fringe Insurgency. Connectivity, convergence and mainstreaming of the extreme right. Internet: www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/10/The-Fringe-Insurgency-221017.pdf [09.11.2020].

Deutscher Juristinnenbund, 2019: Mit Recht gegen Hate Speech – Bekämpfung digitaler Gewalt gegen Frauen. Policy Paper. Internet: [www.djb.de/verein/Kom-u-AS/ASDigi/st19-23/\(11.11.2020\)](http://www.djb.de/verein/Kom-u-AS/ASDigi/st19-23/(11.11.2020)).

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2019: Politikerinnen werden beleidigt und bedroht. FAZ, 08.10.2019. Internet: www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/bundestag-weibliche-abgeordnete-als-opfer-von-hass-im-netz-16422620.html (20.01.2021).

Geschke, Daniel/**Klaßen**, Anja/**Quent**, Matthias/**Richter**, Christoph, 2019: #Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Eine bundesweite repräsentative Untersuchung. Internet: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf (09.11.2020).

Hoppenstedt, Max, 2020: Luisa Neubauer kämpft gegen Hatespeech in sozialen Medien: „Was über mich geschrieben wird, ist schon krass“. Spiegel Netzwerk, 12.08.2020. Internet: www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/luisa-neubauer-ueber-hatespeech-was-ueber-mich-geschrieben-wird-ist-schon-krass-a-19bd80bb-4fec-4fea-8e11-85b817c05bf3 (30.01.2021).

Institute for Strategic Dialogue, 2019: The Battle for Bavaria. Online information campaigns in the 2018 Bavarian State Election. Internet: www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2019/02/The-Battle-for-Bavaria.pdf (09.11.2020).

Kracher, Veronika, 2020: Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults. Mainz.

Plan International, 2020a: Free to be online? Erfahrungen von Mädchen und jungen Frauen mit digitaler Gewalt. Zusammenfassung vom „Free to be online“ - Report 2020. Internet: <https://plan.de/presse/free-to-be-online.html> (02.05.2021)

Plan International, 2020b: Free to be online? Girls' and young women's experiences of online harassment. Internet: <https://plan-international.org/publications/freetobeonline> (09.11.2020).

Ribeiro, Manoel/**Blackburn**, Jeremy/**Bradlyn**, Barry/**De Cristofaro**, Emiliano, 2020: The Evolution of the Manosphere Across the Web. Internet: www.researchgate.net/publication/338737324_The_Evolution_of_the_Manosphere_Across_the_Web (09.11.2020).

Schiele, Katharina, 2019: „Halle reiht sich in die Serie frauenfeindlicher Attentate ein“. Internet: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2019/Halle-reiht-sich-in-die-Serie-frauenfeindlicher-Attentate-ein,frauenhass120.html> (20.01.2021).

Sehl, Dr. Markus, 2020: LG-Berlin-Richter ändern „Drecks Fotze“-Entscheidung. Künast mit Teilerfolg gegen Hasspostings im Netz. Internet: www.lto.de/recht/hintergruende/h/lg-berlin-27ar17-19-aendert-beschluss-kuenast-beleidigung-hass-posting-facebook-schmaehkritik/ (09.11.2020).

Sigl, Johanna, 2018: Identitäre Zweigeschlechtlichkeit. Über männliche Inszenierungen und Geschlechterkonstruktionen bei den Identitären. In: Speit, Andreas (Hg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten. Bonn, 160-172.

Šimonović, Dubravka, 2020: Combating violence against women journalists. Internet: <https://undocs.org/en/A/HRC/44/52> (09.11.2020).

Das Digitale ist politisch: Häusliche Gewalt 2.0 und die fehlende öffentliche Sichtbarkeit

JASNA STRICK

Seit 2015 wird verstärkt über digitale Gewalt diskutiert. Auslöser waren steigende Zahlen von geflüchteten Menschen in Deutschland und rassistische Kommentierung im Netz bzw. Bedrohung von Personen, die sich für eine menschliche Migrationspo-

litik einsetzen. Dass über das Problem gesprochen wird, ist wichtig. Das Internet ist als Ort der Meinungsbildung nicht mehr wegzudenken und es ist zentral, dass alle Menschen hier gleichberechtigt und ohne Angst an Debatten teilnehmen können. Aber der Diskurs schleicht dem realen Problem hinterher und müsste breiter geführt werden: Es gibt mehr Formen von digitaler Gewalt als Hate Speech und betroffen sind nicht ausschließlich Prominente. Auch findet Belästigung im Netz nicht nur öffentlich statt – vielmehr können sowohl Öffentlichkeit als auch Nicht-Öffentlichkeit Faktoren sein, die die Gewalterfahrung verschlimmern.

Bereits im Februar 2010 schrieb die Autorin Anna auf dem damals wichtigsten feministischen Blog Mädchenmannschaft über frauen- und feminismusfeindliche Beleidigungen in den Kommentaren zu Artikeln des Blogs (Mädchenmannschaft 2010). Unter Hate Speech wird meistens „der sprachliche Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen verstanden, insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen dienen“ (Meibauer 2013, 1). Hate Speech findet vielfach in sozialen Medien, Kommentarspalten, Foren und anderen zumindest teilweise öffentlich einsehbaren Orten statt. In einer USA-weiten Studie wurde festgestellt, dass einige Bevölkerungsgruppen stärker von Online Harassment¹ betroffen sind als andere, insbesondere Menschen mit Rassismuserfahrung, aber auch Frauen: „Similarly, women are about twice as likely as men to say they have been targeted as a result of their gender (11% vs. 5%)“ (Pew Research Center 2017). Sexualisierte digitale Gewalt ist vor allem ein ernstzunehmendes Problem für junge Frauen: „Some 21% of women ages 18 to 29 report being sexually harassed online, a figure that is more than double the share among men in the same age group (9%). In addition, roughly half (53%) of young women ages 18 to 29 say that someone has sent them explicit images they did not ask for“ (ebd.). In einer Untersuchung von 18-55-jährigen Frauen in Dänemark, Italien, Neuseeland, Polen, Spanien, Schweden, Großbritannien und den USA gaben im Schnitt 23% an, dass sie bereits online Missbrauch oder Belästigungen ausgesetzt waren (Amnesty International 2017). Für Deutschland fehlen leider vergleichbare Zahlen.

Digitale Gewalt in Form von Hate Speech findet zumeist öffentlich statt. Bedrohungen und Beleidigungen sind für alle lesbar, Falschinformationen finden sich ganz oben in den Ergebnissen der Suchmaschinen. Zu den Folgen gehören neben den körperlichen und psychischen Belastungen wie Stress und Panikattacken für die direkt Betroffenen auch deren Rufschädigung (ebd.). Gerade der öffentliche Charakter verschlimmert die Gewalt. Gleichzeitig bietet das öffentliche Ausführen auch die Chance, die Strategien als solche zu demontieren und zum Beispiel geschlechtsspezifische Gewalt sichtbar zu machen. Medial wird diese Chance aber kaum genutzt, denn sehr häufig wird das Problem auf Prominente, Journalist_innen und Politiker_innen als Betroffene verengt. Diese mediale Vereinfachung komplexer gesellschaftlicher Probleme bedeuten vor allem Nachteile für mehrfach diskriminierte Personen. Warum eine Person von digitaler Gewalt betroffen ist, wird vielfach mit ihrer Prominenz und seltener mit dem Geschlecht erklärt. Auf diese Weise werden

Intersektionen von Geschlecht, Klasse, Herkunft etc. im medialen Diskurs weiterhin verdeckt. Zudem entsprechen Menschen, die beispielsweise als arm, behindert, of Color, und/oder nicht cis-/hetero gelesen werden, häufig nicht den stereotypen Vorstellungen von einem glaubwürdigen Opfer.

Damit einher geht das Ausblenden weiterer Formen digitaler Gewalt, die weniger als politische Strategie sondern vor allem im privaten Nahraum passieren: Die Veröffentlichung von (heimlich) aufgenommenen Nackt-, Vergewaltigungs- oder Sexszenen auf Pornoseiten, Identitätsdiebstahl, die Erpressung mit ebensolchem Bildmaterial, das Verschicken von sogenannten Dickpics², das unerlaubte Eindringen in smarte Geräte und so weiter. Ein weiteres Problem ist: „Mehr als tausend Deutsche haben etwa eine Spionagesoftware namens Flexispy genutzt (...). Die Software durchleuchtet das Handy komplett: Standort, Chatnachrichten, Mikrofon“ (Meineck 2020). Eine Umfrage unter Frauenberatungsstellen kam zu folgendem Ergebnis: „Die Betroffenen, die Beratung bei Stalking, sexualisierter Gewalt und häuslicher Gewalt in Anspruch nehmen, sind potentiell auch von Formen digitaler Gewalt betroffen bzw. digitale Gewalt kann sich als ein Teil ihrer Gewalterfahrung darstellen“ (Bundesverband 2017, 9). Ein Großteil der Stellen gab an, „dass mittlerweile nahezu in allen Fällen das Internet oder digitale Medien dazu genutzt werden, Stalking-Handlungen auszuüben“ (ebd., 8). Gemessen an den Zahlen zu häuslicher Gewalt, wonach in Deutschland „(e)twas jede vierte Frau (...) mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch ihren aktuellen oder früheren Partner“ (BMFSFJ 2020) wird, liegen damit potentiell sehr viele Fälle vor, die Frauen aller sozialen Schichten betreffen, aber in der öffentlichen Wahrnehmung nicht als digitale Gewalt diskutiert oder gar geahndet werden. Hinzu kommt, dass sich aktuell noch nicht genau beziffern lässt, wie sich die Coronapandemie auf häusliche Gewalt auswirkt.³ Doch schon jetzt ist ein Anstieg häuslicher Gewalttaten infolge der Pandemie zu befürchten, wie beispielsweise die Aussage der Beratungsstelle Weißer Ring, dass „sich in den ersten zehn Monaten des Corona-Jahrs 2020 gut zehn Prozent mehr Opfer von häuslicher Gewalt, Sexualdelikten und Körperverletzung gemeldet (haben) als im Vorjahreszeitraum“ (Der Tagesspiegel 2020) nahelegt.

Gleichzeitig gehört es zur Strategie der mehrheitlich männlichen Gewalttäter_innen und zur Natur häuslicher Gewalt, dass sie im privaten Nahraum geschieht. Ähnlich wie Hate Speech als Mittel antifeministischer und rechtsextremer Gruppen in der Vergangenheit wenig Beachtung fand, stellt sich dieses Problem deshalb auch bei digitaler Gewalt im Zusammenhang mit sexualisierter oder häuslicher Gewalt. Deren Ausblendung im Diskurs um digitale Gewalt zu verhindern bzw. sie als wesentliches Element sichtbar zu machen, ist die Aufgabe aller, die im Feld geschlechtsspezifischer und/oder digitaler Gewalt arbeiten, also feministischen Organisationen, Journalist_innen, Aktivist_innen genauso wie Politiker_innen. So hat die Vergangenheit gezeigt, dass breite öffentliche Debatten vermehrt zu Hilfsanfragen von Betroffenen geführt haben (Salzburger 2014). Gleichzeitig wird zunehmend deutlich, warum der Blick auf häusliche Gewalt ein Update dringend nötig hat: Frauenberatungsstellen

leisten bereits jetzt wichtige Arbeit gegen digitale Gewalt, allerdings existiert in Deutschland lediglich eine ausgewiesene IT-Beraterin für digitale Gewalt. Im Anti-Stalking-Projekt des FRIEDA-Frauenzentrum e.V. in Berlin gibt Leena Simon u.a. Hilfestellung bei der Beweissammlung, der Überprüfung der Geräte zum Beispiel auf Spy-Software und zeigt, wie Klient_innen ihre Geräte selbst besser vor Angriffen schützen können (Meineck 2020). Angesichts eines steigenden Bedarfs an digitaler Unterstützung ist es notwendig, feministische Forderungen nach mehr Frauenhausplätzen, ihrer langfristigen und nachhaltigen Finanzierung, ihrer Barrierefreiheit und Zugänglichkeit für migrantische Frauen mit der Forderung nach flächendeckender IT-Fortbildung von Beratungsstellen zu ergänzen. Die Berater_innen müssen zu den verschiedenen Formen digitaler Gewalt und deren Konsequenzen aus- und weitergebildet werden sowie die Möglichkeit haben, sich konstant technisch fortzubilden. Außerdem hat es sich bewährt, wenn Beratungsstellen mit Jurist_innen zusammenarbeiten, die bei rechtlichen Fragen zur Seite stehen. Sie müssen unabhängig arbeiten können und Betroffenen kosten- und barrierefrei zur Verfügung stehen. Initiativen gegen Hate Speech können im Gegenzug beim Umgang mit geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt und Frauen in Krisensituationen von erfahrenen Frauenberatungsstellen profitieren. Um Betroffene noch besser unterstützen sowie präventive Aufklärungsmaßnahmen entwickeln zu können, muss die Arbeit der Beratungsstellen und zivilgesellschaftlicher Initiativen unbedingt durch konkrete Daten aus Deutschland zu Häufigkeit, Betroffenheit, unterschiedlichen Gewaltformen etc. unterfüttert werden. Eine neue repräsentative Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland ist dringend notwendig. In der letzten Studie von 2004 fehlen wichtige Informationen über geschlechtsspezifische digitale Gewalt sowie zur Verknüpfung von digitaler und häuslicher Gewalt. Außerdem soll die Polizei geschlechtsspezifische Statistiken zu digitaler Gewalt führen (Netz ohne Gewalt 2019).

Anmerkungen

- 1 „This report measures online harassment using six distinct behaviors: Offensive name-calling, purposeful embarrassment, stalking, physical threats, harassment over a sustained period of time, sexual harassment“ (Pew Research Center 2017).
- 2 Als Dickpic wird umgangssprachlich das Bild eines Penis bezeichnet, das über das Internet an andere Personen verschickt wird. Hat die_der Empfänger_in dem Erhalt des Bildes nicht zugestimmt, handelt es sich beim Versenden um sexuelle Belästigung.
- 3 Die Studie der TU München zu häuslicher Gewalt während der Pandemie ist leider nicht aussagekräftig, denn die Befragten gaben nur Auskunft über einen sehr kurzen Zeitraum.

Literatur

Amnesty International, 2017: Amnesty reveals alarming impact of online abuse against women. Internet: www.amnesty.org/en/latest/news/2017/11/amnesty-reveals-alarming-impact-of-online-abuse-against-women/ [09.01.2021]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2020: Frauen vor Gewalt schützen. Häusliche Gewalt. Internet: www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/haeusliche-gewalt/80642 (09.01.2021).

Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in Deutschland, 2017: Ergebnisse einer Umfrage unter Frauenberatungsstellen und Frauennotrufen im bff. Internet: www.frauen-gegen-gewalt.de/de/aktuelle-studien-und-veroeffentlichungen.html?file=files/userdata/downloads/studien/bff_Digitalisierung_geschlechtsspezifischer_Gewalt_Expertise_hartmann.pdf&cid=5859 (09.02.2021)

Der Tagesspiegel, 2020: Mit dem Schlimmsten rechnen. Weißer Ring meldet 2020 deutlich mehr häusliche Gewalt. Internet: www.tagesspiegel.de/gesellschaft/mit-dem-schlimmsten-rechnen-weisser-ring-meldet-2020-deutlich-mehr-haeusliche-gewalt/26749938.html (09.01.2021).

Mädchenmannschaft, 2010: Ihr durchtriebenen, miesen Fotzen! Internet: <https://maedchenmannschaft.net/ihr-durchtriebenen-miesen-fotzen/> (09.01.2021).

Meibauer, Jörg, 2013: Hassrede. Von der Sprache zur Politik. In: Meibauer, Jörg (Hg.): Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. S. 1-16. Internet: www.linguistik.tu-berlin.de/fileadmin/fg72/PDF/MSF_Forschung/hassrede_2013-03-18d_korr_2013-05-03.pdf (09.01.2021).

Meineck, Sebastian, 2020: „Angriff auf die Psyche“: Leena berät Frauen, die digital von ihrem Ex gestalkt werden. Internet: www.vice.com/de/article/889nap/leena-simon-beraet-stalking-durch-ex-partner-digitale-gewalt (09.01.2021)

Netz ohne Gewalt, 2019: Gegen den Rollback im Netz – Digitale Gewalt geht uns alle an! Internet: <https://netzohnegewalt.org/> (09.01.2021).

Pew Research Center, 2017: Online Harassment 2017. Internet: www.pewresearch.org/internet/2017/07/11/online-harassment-2017/#fnref-19049-2 (22.01.2021).

Salzburger, Sonja, 2014: Ein Jahr #Aufschrei. Christine Lüders, Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Internet: www.sueddeutsche.de/leben/ein-jahr-aufschrei-noch-viel-zu-tun-1.1868630-5 (09.01.2021).

Feminist Protests, Abortion Rights and Polish Democracy

ANNA GWIAZDA

The recent ruling by the politicised Constitutional Tribunal to impose a near total-ban on abortion in Poland instigated a nation-wide protest and civic opposition. The ruling confirms rising illiberalism, supported by the governing right-wing populist Law and Justice party (PiS). Nevertheless, women's political activism is significant for democracy. The extra-parliamentary representation of feminist interests and participation of diverse social groups in mass mobilisation could contribute to democratic changes. Yet, for these changes to take root, a long-term feminist strategy is needed.

Polish abortion law

Poland has one of Europe's strictest abortion laws. The Act of 7 January 1993 on family planning, protection of human foetuses, and conditions of abortion allows termination only, (1) if the pregnancy is the result of rape or incest, (2) when the mother's life is in danger, (3) or because of severe foetal abnormalities. On 22 October 2020, the Constitutional Tribunal invalidated the third provision, which constituted the basis for almost all abortions in the country. The case was brought to the Tribunal by a group of PiS parliamentarians who questioned the constitutionality of the provision. A similar initiative was launched in 2017, but no action was taken. This ruling set off a wave of large street protests co-ordinated by the All-Poland Women's Strike movement. Despite a government ban on public gatherings due to Covid-19 pandemic restrictions, a broad cross-section of society, including younger Poles, not only in urban agglomerations but also in smaller towns, was mobilised. The largest protests since the 1989 collapse of communism attracted more than 400,000 people. However, according to the public opinion agency CBOS, it was likely that more than two million Polish adults protested across the country. In the CBOS survey, almost two-thirds of respondents (63%) declared their support for the protests, 8% their participation in them (CBOS 2020).

The Women's Strike demanded the government's immediate resignation and endorsed other demands such as full reproductive rights; a secular state with no Catholic Church involvement in state affairs; effective implementation of the anti-violence convention; improvement of women's economic situation; and preserving liberal democracy which guarantees minority rights, including LGBTQ+ rights (Strajk kobiet 2020).

Initially, the ruling was not published. However, on 27 January 2021 the Constitutional Tribunal published its justification to the controversial ruling. The PiS government announced it would come into effect imminently. This was called a dark day for democracy and women followed by a wave of new protests.

Democratic backsliding and women's rights

This limitation of women's reproductive rights is additional evidence confirming rising illiberalism in Poland. Democratic backsliding began in 2015, when the PiS party won elections and subsequently began dismantling the liberal democratic state. The party showed disregard for the constitution, the rule of law, parliamentary procedures and citizens' rights (Markowski 2019; Rupnik 2017). Moreover, it politicised the judiciary. For example, the Constitutional Tribunal, which once was an independent institution, is no longer so. The majority of judges are affiliated with the PiS party and their nominations were political.

Illiberalism entailed the limitation of rights, specifically, the rights of women and LGBTQ+ people. PiS withdrew funding for in-vitro fertilisation, restricted access

to emergency contraception and reduced funding for combating domestic violence (Korolczuk 2017; Wiercholska 2018). Furthermore, on several occasions it supported ultra-conservative citizens' proposals to ban abortions completely. Already in 2016, demonstrations spread in response to such a proposal. The "Black Protests," which gathered tens of thousands of demonstrators, wearing black, opposed the proposed ban and defended women's rights (Gwiazda 2019). Later, PiS made a U-turn as a response to women's protests. In 2018, when another anti-abortion bill was proposed in parliament, thousands of women demonstrated all around the country. Likewise, this attempt was, in the end, rejected in parliament.

Why now?

Why did PiS push for a change in the abortion law in the middle of the Covid-19 pandemic? Commentators agree that the ruling was political and its timing was chosen by PiS leader Jarosław Kaczyński (e.g. Wielowieyska 2021). Instead of using regular parliamentary procedures, he delegated this controversial issue to the politicised Constitutional Tribunal. Tribunal president Julia Przyłębska is a close friend of Kaczyński (Pronczuk 2021). Thus, the outcome was predictable.

Moreover, Kaczyński wanted to unite his party behind the ultra-conservative proposal and mobilise religious and conservative PiS supporters. After months of infighting, he wanted to protect his position against potential challengers for the party's socially conservative electoral base, coming from Justice Minister Ziobro (and his faction "United Poland") and the far right Confederation. By strengthening close informal links with the Catholic Church – a long-standing opponent of all forms of abortion – Kaczyński hoped to gain additional support.

At the same time, he wanted to weaken the opposition by instigating internal division on abortion-related issues. The Left wants to liberalise abortion law, while the Civic Coalition is divided: some want liberalisation; others opt for "the 1993 compromise." The Polish Peasant Party has announced that it will submit a bill to parliament, similar to the 1993 law.

Finally, the PiS was also trying to distract Poles from the fact that the government was struggling to tackle the Covid-19 pandemic. It used the restrictions on public gatherings to argue that pro-abortion protests posed a public health risk. Instead, there is growing discontent at PiS government's ineptitude in fighting the pandemic, with people losing jobs and businesses, and inefficient health care to cope with Covid-19 (Wielowieyska 2021).

The impact of feminist protests

Recent feminist protests have likely effects on democracy. The representation of feminist claims is important given the underrepresentation of such interests in the Polish parliament. Since 2015, the parliament has been dominated by conservative

interests, with ultra-conservative legislative initiatives being considered. As a result, feminists have been underrepresented substantively. The political representation of women is an important aspect of democracy and needs to be considered (Childs/Lovenduski 2013). It occurs in a variety of sites. According to Saward (2010, 123), focusing exclusively on parliaments when considering representation is “to privilege the notion of ‘representative government’ over that of ‘political representation’ and thus to impose an undue narrowing of focus.” Likewise, Squires (2008) acknowledges that more attention should be given to the extra-parliamentary sites of representation. Informal channels of political articulation such as demonstrations in the streets should be examined. If parliaments are unrepresentative of some interests and try to limit already confirmed rights, stronger extra-parliamentary representation is expected (Gwiazda 2019).

Moreover, increased civic involvement matters for democracy. In Poland, political participation was low. Until 2015, Poles were “passive democrats” (Gwiazda 2016). Yet, the participation of organised civil society and voters is vital. Citizens should participate in the political process not only by voting but also by joining political parties and civil society organisations, demanding accountability from elected representatives and engaging in public issues (Diamond/Morlino 2005). Feminist demonstrators effectively checked governmental action. They became agents of accountability. This type of societal accountability is crucial in a country where other types of accountability are limited.

A way forward

It remains to be seen, if women’s mobilisation contributes to long-term democratic changes. So far, it has contributed to strengthening representative claims and a participatory society. The question is whether it can be channelled into day-to-day conventional politics to enhance Polish democracy. Beckwith (2000) highlights a dilemma faced by feminist movements: working within institutions (an “inside” strategy), or remaining autonomous (an “outside” strategy), independent of political parties and state institutions. If the first option is chosen, can the parties of the left and/or the centre represent women’s issues advocated by demonstrators? Or will a new party be established? If the second option is chosen, what is the best strategy to maintain the momentum to introduce a lasting feminist change? For the time being, All-Women Strike leaders have started to collaborate with the Left on a new legislative proposal for abortion law liberalisation.

References

- Beckwith**, Karen, 2000: Beyond Compare? Women’s Movements in Comparative Perspective. In: *European Journal of Political Research*. 37 (4), 431–468.
- CBOS**, 2020: O Dopuszczalności Przerwywania Cięży i Protestach Po Wyroku Trybunału Konstytucyjnego. Internet: www.cbos.pl/PL/publikacje/raporty.php [20.12.2020].

Childs, Sarah/Lovenduski, Joni, 2013: Political Representation. In: Waylan, Georgina/Celis, Karen/Kantola, Johanna/Weldon, S. Laurel (Eds.): *The Oxford Handbook of Gender and Politics*. New York, 489-513.

Diamond, Larry/Morlino, Leonardo (Eds.), 2005: *Assessing the Quality of Democracy*. Baltimore.

Gwiazda, Anna, 2016: *Democracy in Poland: Representation, Participation, Competition and Accountability Since 1989*. London.

Gwiazda, Anna, 2019: The Substantive Representation of Women in Poland. In: *Politics & Gender*. 15 (2), 262-284.

Korolczuk, Elżbieta, 2017: "The Purest Citizens" and "IVF Children". Reproductive Citizenship in Contemporary Poland. In: *Reproductive Biomedicine & Society Online*. 3, 126-133.

Markowski, Radosław, 2019: Creating Authoritarian Clientelism: Poland After 2015. In: *Hague Journal on the Rule of Law*. 11, 111-132.

Pronczuk, Monika, 2021: Poland Delays a Near-Total Ban on Abortion. *New York Times*, 28 January 2021, Internet: www.nytimes.com/2020/11/04/world/europe/poland-abortion-law-delay.html (28.1.2021).

Rupnik, Jacques, 2017: Illiberal Democracy in East-Central Europe. In: *Esprit*. No. 6, 69-85.

Saward, Michael, 2010: *The Representative Claim*. Oxford.

Squires, Judith, 2008: The Constitutive Representation of Gender: Extra-Parliamentary Re-Presentations of Gender Relations. In: *Representation*. 44 (2), 187-204.

Strajk kobiet. 2020: Postulaty Strajku Kobiet. Internet: <http://strajkkobiet.eu/postulaty/> (12.1.2021).

Wielowieyska, Dominika, 2021: Wyrok TK w Sprawie Aborcji. Dlaczego Kaczyński Poszczuł Polaków Na Siebie. In: *Gazeta Wyborcza*, 28 January 2021. Internet: <https://wyborcza.pl/7,75398,26729278,wyrok-tk-w-sprawie-aborcji-dlaczego-kaczynski-poszczul-polakow.html#nowaZajawkaGlownaMT:undefined> (28.1.2021).

Wiercholska, Agnieszka, 2018: Gender in the Resurgent Polish Conservatism. In: Bluhm, Katharina/Varga, Mihai (eds.): *New Conservatives in Russia and East Central Europe*, London, 198-222.

Protestbewegung in Belarus: Frauen an der Front?

OLGA DRYNDOVA

Oft wird die Protestbewegung, die nach den gefälschten Wahlen vom August 2020 in Belarus entstand, als eine „weibliche Revolution“ gesehen. Soziolog_innen bezeichnen die Bewegung als eine breite pro-demokratische Volksbewegung, die alle Altersgruppen und soziale Schichten repräsentiert (Shelest 2020). Die protestierenden Frauen sind nur ein, wenngleich ein wichtiger, Teil. Genderthemen gehörten in Belarus nicht zum Mainstream, wurden im Wahlkampf aber sichtbarer. Ich argumentiere, dass eine Kombination traditioneller und feministischer Werte in den Botschaften des „Frauentrios“ und während der Proteste erkennbar ist, welche die patriarchalen Werte hinterfragen. Dies kann weitreichende Folgen für den Wandel der belarusischen Gesellschaft haben.

Frauen in Politik und Gesellschaft

Belarus schneidet in einschlägigen Rankings gut ab: Beim Global Gender Gap Report 2020 belegt das Land Platz 29 (World Economic Forum 2020). Die Erwerbstätigkeit ist hoch; in der Beamt_innenschaft sind ca. 70% Frauen, im Parlament über 30% weibliche Abgeordnete (Nationaler Bericht 2017) vertreten. In einer Autokratie ist damit allerdings nicht automatisch ein Zugang zu politischer Macht verbunden (Laputska 2018).

Patriarchale Hierarchien und Sexismus – im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz und zu Hause – gehören zum Alltag und zum Repertoire des Präsidenten Lukaschenka (Fürst/Walke/Razor 2020; Kostugova 2020; Solomatina 2020). Er bezeichnet Frauen oft als „die große Schöpfung der Natur“ oder „Hüter der Familienwerte“ (zitiert in: Naviny, 3.3.2018). 2020 merkte er an, dass die belarusische Verfassung nicht für Frauen geschrieben sei bzw. dass Frauen politische Macht nicht „schultern“ könnten. Frauen scheinen dabei weniger patriarchal eingestellt zu sein als Männer. So stimmen sie weniger der Aussage zu, dass Männer bessere politische Führer, Direktoren und Geschäftsleute seien als Frauen (IPM 2019). Jedoch waren diese Themen marginal: Rund 70% der Belarus_innen wussten nicht, was der Begriff „Geschlechterungleichheit“ bedeutet, oder dachten, das Problem sei für Belarus nicht relevant; nur 3,9% der Männer und 6,9% der Frauen glaubten, geschlechtsspezifische Ungleichheiten persönlich erlebt zu haben (Shraibman 2020).

Frauenpower wider Willen

Die Wahlen sowie die Proteste haben dem Frauenthema eine neue Dimension gegeben – allerdings wider Willen. Schon lange vor den Wahlen war die belarusische Gesellschaft politisiert: Wirtschaftliche Stagnation, unzureichende und arrogante staatliche Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie sowie ein Überdruß nach 26-jähriger Lukaschenka-Herrschaft radikalisierten die Menschen (Dryndova 2020). Die Proteststimmung und Bereitschaft, für alternative Kandidat_innen zu stimmen, wuchs. Dabei waren Kandidatinnen anfangs nicht vorhanden. Swiatlana Zichanouskaja, Maryia Kalesnikawa und Weranika Zapkala, die zum revolutionären „weiblichen Trio“ wurden, repräsentierten drei nicht registrierte männliche Präsidentschaftskandidaten: den YouTube-Blogger Siarhei Zichanouski, den Ex-Leiter des High-Tech-Parks Walery Zapkala und den Ex-Leiter der Belgazprombank Wiktar Babaryka. Zichanouskaja's Kandidatur war eine spontane, eher emotionale Entscheidung aus Solidarität mit ihrem Mann; da er verhaftet wurde, konnte er nicht selbst kandidieren. Die folgenden Wochen wurden zu einer Art politischen „Reality-Show“: Tausende Belarus_innen unterschiedlicher sozialer Herkunft stellten sich landesweit in Schlangen, um ihre Unterschriften für „jeden außer Lukaschenka“ zu geben – auch für Zichanouskaja, wobei Menschen ihren Namen oder Beruf oft nicht kannten. Ihre Registrierung als Präsidentschaftskandidatin und damit als einzige glaubhafte

Alternative zu Lukaschenka war überraschend. Die Behörden haben ihr Potenzial offensichtlich nicht erkannt, so dass sich das „Frauen-Triumvirat“ bilden konnte. Dadurch wurde erst drei Wochen vor der Wahl eine (zunächst mehr formelle als inhaltliche) Frauendimension in der Wahlkampagne erkennbar. Das Trio einigte sich schnell auf die Hauptpunkte ihrer Kampagne: hohe Wahlbeteiligung, im Falle eines Sieges von Zichanouskaja die Organisation neuer freier Wahlen und die Freilassung politischer Gefangener. Sie sprachen nicht über ihre politischen Ambitionen, sondern über das Gemeinwohl. Frauenthemen blieben dabei eher im Hintergrund: Zwar sollten Frauen und Männer auch in der Politik gleichgestellt werden, die Hauptbotschaften fokussierten allerdings auf fehlende Demokratie und Rechtsstaat sowie massenhafte Repressionen. Zugleich verbanden sich im Selbstbild der Frauen und in ihren Botschaften traditionelle Werte mit weiblicher Führung – so erreichten sie ein breites Wahlpublikum.

Swiatlana Zichanouskaja hatte nie vor, in die Politik zu gehen. Früher Dolmetscherin war sie jetzt Hausfrau und Mutter. In ihren Reden konzentrierte sie sich auf Familienwerte, Kinder und Liebe; die Verhaftung ihres Ehemanns habe sie mobilisiert. Mit der Zeit stand sie jedoch nicht nur für seine Freiheit, sondern für die Freiheit aller Belarus_innen. Sie sah sich zwar als schwache und ‚einfache‘ Frau, wurde im Verlauf des Wahlkampfes aber immer stärker. Wenn alles vorbei sei, würde sie wieder „ihre Bouletten braten“ (zitiert in Naviny, 27.7.2020). Ihre Ansichten änderten sich auch nach den Wahlen nicht, als sie Belarus verlassen musste und zu einer international bekannten Oppositionsfigur wurde.

Maryia Kalesnikawa war in gewisser Weise der Gegenpol – sie sah sich als freie Weltbürgerin und Feministin. Sie war erfolgreiche Musikerin und Artdirektorin. Sie lebte und arbeitete lange Zeit in Deutschland und anderen europäischen Staaten, dadurch lernte sie die Vorteile von Demokratie und Freiheit kennen. Sie wurde bereits im Team von Babaryka sichtbar: Ihre Botschaften („Wir sind legitim!“, „Belarusen, ihr seid unglaublich!“) erreichten eine breite Öffentlichkeit. Von den drei Frauen ist sie die einzige, die nach den Wahlen in Belarus blieb. Als der Geheimdienst versuchte, sie außer Landes zu schaffen, zerriss sie ihren Pass, was zu ihrer Verhaftung führte.

Weranika Zapkala, die dritte im Bunde, galt eher als Person, die beide Lebensformen biografisch vereint. Sie war eine selbstbewusste, erfolgreiche Managerin bei Microsoft, die deutlich machte, dass die belarusische Verfassung auch für Frauen geschrieben sei – eine Kampfansage an Lukaschenka, der das Gegenteil insinuiert hatte. Zugleich unterstützte sie Zichanouskaja als Mutter und Ehefrau – so sah für sie Frauensolidarität aus. Trotz eigener hoher Popularität in und außerhalb von Belarus betonte sie, es gebe nur einen Politiker in ihrer Familie: ihr Ehemann Walery Zapkala. Die Geschichte „drei Frauen gegen einen Diktator“ erwies sich als erfolgreiche Wahlstrategie. Das spontane Symbol ihres gemeinsamen Wahlkampfes – ein Herz (von Babaryka), eine Faust (von Zichanouski) und ein Siegeszeichen (von Zapkala) – ging sofort viral. In nur drei Wochen besuchte das Trio 13 Orte und lockte bis zu

5% der Bevölkerung zu ihren Kundgebungen in den früher apolitischen regionalen Städten.

Die überraschende Frauendimension der Kampagne wurde zusammen mit dem Überdruß gegen Lukaschenka zum wichtigen Erfolgsfaktor. Erstens gaben die drei Frauen den Belarus_innen dadurch, dass sie den Kampf trotz Repressionen nicht aufgegeben haben, Hoffnung auf Veränderung. Zweitens verbreiteten sie eine empathische Botschaft, die ursprünglich vom Babaryka's Team kam. Sie veränderten das frühere oppositionelle Narrativ „Behörden sind schlecht“ zu „Menschen sind gut“ und proklamierten damit die Fähigkeit zum kollektiven Handeln. „Ich kann alles verändern!“, skandierten Tausende während ihrer Kundgebungen. Solche Botschaften waren neu: Laut Meinungsumfragen vor den Wahlen glaubte die überwiegende Mehrheit der Belarus_innen nicht daran, dass ihre Aktivitäten zu einer politischen Änderung führen können (USAID/Pact 2018).

Das Trio mobilisierte Tausende zur Beteiligung an und Beobachtung der Wahlen – der Wahlbetrug wurde zu einem offensichtlichen und breit diskutierten Phänomen.

„Weiße Proteste“ und Frauenmärsche: Weibliches Element der Revolution

Die zweite Welle des Frauenaktivismus entwickelte sich als Reaktion auf die schockierende Polizeigewalt gegen Demonstrant_innen nach den Wahlen. Mehrere hundert Frauen bauten Solidaritätsketten in Minsk; sie trugen weiße Kleidung und hielten Blumen. So wollten sie zeigen, dass Gewalt kein belarusischer Weg der Transformation sei. Diese Initiativen hatten kein politisches Zentrum: Frauen organisierten sich über persönliche Kontakte und soziale Netzwerke.

Damit bekam die weibliche Dimension aus dem Wahlkampf (weibliche Führungsfiguren) eine neue Dynamik der Selbstorganisation. Die „weißen Proteste“ hatten weitere Funktionen: Die Gewaltlosigkeit machte die Proteste sicherer und motivierte dadurch weiteren Gruppen zum Mitmachen: Ärzt_innen, Student_innen, Rentner_innen usw. Sie führten neue kreative und dezentrale Protestformen ein. Sie machten die Bewegung im In- und Ausland sichtbarer. Sie halfen, die Gewalt der Polizei für mehrere Wochen zu stoppen. Dadurch ermöglichten die „weißen Proteste“ die größten und längsten Protestkundgebungen in der Geschichte des unabhängigen Belarus.

Ferner wurden vom 29. August bis 26. September jeden Samstag Frauenmärsche (mit bis 10.000 Beteiligten) organisiert. Deren sowohl traditionelle als auch emanzipative Botschaften waren sehr unterschiedlich. Viele Frauen gingen auf die Straße, um durch ihre Weiblichkeit, die zu einer „Soft-Power“ geworden war, ihre Ehemänner und Söhne vor der Polizei zu schützen. Gleichzeitig waren viele Plakatsbotschaften kreative und humorvolle Reaktion auf sexistische Aussagen des Präsidenten, indem sie Frauen als politische Subjekte kenntlich machten: „Kämpfe wie ein (belarusisches) Mädchen“; „Patriarchat, du bist im Arsch“; „Mache Platz für eine Frau frei“; „Belarus ist weiblich, ich habe für eine Frau abgestimmt“, „Sasha, NEIN

bedeutet NEIN“ (Sascha als Kurzversion von Aliaksandr Lukaschenka). Mit der Zeit schlossen sich auch feministische und LGBT-Gruppen den Frauenmärschen an. Die Hoffnung, dass die Ächtung offener Gewalt gegen Frauen gleichzeitig Schutz vor Polizeigewalt bieten würde, hat sich auf Dauer jedoch nicht bestätigt. Als die Behörden erkannten, dass diese Frauen zu einer politischen Kraft geworden waren, begannen massive Repressionen auch gegen sie, was seit Ende 2020 zur Abnahme protestierender Frauen im öffentlichen Raum führte.

Ausblick

Lukaschenka hat Frauen, die lange seine Stammwählerinnenschaft bildeten, unterschätzt und womöglich unbeabsichtigt zur Entwicklung des Feminismus in Belarus beigetragen. Patriarchale Werte scheinen für einen großen Teil der belarusischen Öffentlichkeit archaisch geworden zu sein. „Sasha, Sexismus hat dich zerstört“ – hieß es auf einem Protestplakat.

Der Ausgang der politischen Krise in Belarus ist offen. Es ist jedoch schon jetzt ersichtlich, dass sich das öffentliche Bild von Frauen wandelt. Feminismus und politische Partizipation scheinen nunmehr mit Weiblichkeit kompatibel zu sein, Frauen-Aktivismus wird zur Mode. Für die Zukunft ist eine Überwindung von Stereotypen und Klischees zu erwarten, die mit Frauen in Politik und Gesellschaft verbunden sind. Allerdings hängt es davon ab, ob Frauen auch weiterhin eine wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Transformation spielen werden bzw. ob es nach dem Regimewechsel den politischen Willen gibt, Genderthemen hoch auf Agenda zu halten.

Anmerkung

- 1 Die Titel belarusisch-sprachiger Quellen in der Literaturliste wurden von der Autorin ins Deutsche übersetzt.

Literatur¹

Dryndova, Olga, 2020: Belarusian spring? Politicisation of the wider society. In: New Eastern Europe, 08.07.2020. Internet: <https://neweasterneurope.eu/2020/07/08/belarusian-spring-politicisation-of-the-wider-society/> [01.02.2021]

Fürst, Juliane/**Walke**, Anika/**Razor**, Sasha, 2020: On free women and free Belarus. A look at the female force behind the protests in Belarus. In: Zeitgeschichte, 22.09.2020. Internet: <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/free-women-and-free-belarus> [01.02.2021]

IPM, 2019: Werte der Bevölkerung von Belarus. Ergebnisse der nationalen Bevölkerungsumfrage. Internet: www.research.by/webroot/delivery/files/SR_19_01.pdf [02.02.2021]

Kostugova, Valeria, 2020: Revolution ist eine sie. Wie Frauen zur Hauptkraft des belarusischen Protests wurden. In: The Insider, 4.09.2020. Internet: <https://theins.ru/opinions/valeriya-kostugova/234539> [01.02.2021]

Laputska, Veranika, 2018: Frauen in Staat und Politik in Belarus. In: Belarus-Analysen. 36, 2-6. Internet: <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/36/frauen-in-staat-und-politik-in-belarus/> [01.02.2021]

Nationaler Bericht der Republik Belarus über die Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung für den Zeitraum bis 2013, 2017. Internet: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/16357Belarus.pdf> (02.02.2021)

Solomatina, Irina, 2020: Die Revolution hat kein feministisches Gesicht. In: BELARUS! Das weibliche Gesicht der Revolution, 41-54.

Shelest, Oksana, 2020: Revolution in Belarus – Faktoren und Werteorientierungen. In: Belarus-Analysen. 53, 2-6. Internet: <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/53/revolution-in-belarus-faktoren-und-werteorientierungen/> (02.02.2021)

Shraibman, Artyom, 2019: Was denken die Belarusen? Nichts zur Ungleichheit der Geschlechter. In: Thinktanks, 31.03.2020. Internet: <https://thinktanks.by/project/2020/03/31/chto-dumayut-belorusy-po-voprosu-gendernogo-neravenstva-nichego.html>

USAID/Pact, 2018: Belarus 2018 Polling Memo: Public Patterns of Transition. Internet: www.pact-world.org/sites/default/files/Belarus%202018%20Polling%20Memo.pdf (01.02.2021)

World Economic Forum, 2020: Global Gender Gap Report 2020. Internet: www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2020.pdf (01.02.2021)

Kamala Harris and the ‘Politics of Presence’ of Women in US Politics

Interview with Kira Sanbonmatsu

Femina Politica: Professor Sanbonmatsu, the United States considers itself to be the oldest democracy in the world. In stark contrast to this is the fact that it is only 100 years ago, in 1920, that women gained suffrage. And for Black women it was not until the 1960s that they could actually use their political rights. With regard to what is called descriptive representation, currently (January 2021) the United States ranks number 67 on the IPU’s world ranking of women in parliaments. Why is this the case? And why has the rise in numbers been so slow?

Table 1: Monthly ranking of women in national parliaments

Rank	Country	Lower or single house [% W]
1	Ruanda	61.3
2	Cuba	53.4
3	United Arab Emirates	50.0
7	Sweden	47.0
11	Finland	46.0
49	Germany	31.5
67	United States of America	27.3

Source: <https://data.ipu.org/women-ranking> (ranking as of 1 January 2021)

Sanbonmatsu: The United States has a weak record on women's officeholding when world rankings are considered. One of the reasons that the United States lags behind other nations is the nature of our electoral system. The absence of proportional representation has made it more difficult for women to translate their participation in the political parties into candidacies. In addition, incumbents have significant electoral advantages. Meanwhile, as you note, with slavery in place at the nation's founding, race and racism have generally meant that Black women and other women of color confront a host of obstacles to full political participation. Interestingly, however, women are approaching gender parity in officeholding within the Democratic party today.

Femina Politica: After the November 2020 election there is a record high of women and of women of color in the Congress: 118 out of the 435 members in the House of Representatives are women – 48 of which are women of color – plus 24 female Senators, four of which are women of color. In your book “A Seat at the Table” you write that women and especially women of color in Congress are very aware of their status and that their perspectives bring in intersectional realities. Against this background, what do you expect from the new Congress? What are the potential implications for Congress' working and for legislative activities?

Sanbonmatsu: Almost all of the women of color serving in the new Congress are Democrats. Because Democrats hold the presidency and control both chambers of the U.S. Congress, the perspectives of women of color are much more likely to be incorporated into public policy than in the Trump administration. In addition, Vice President Kamala Harris will cast the tie-breaking vote in the U.S. Senate. The unified Democratic government combined with the high number of women of color serving in Congress provides an unprecedented opportunity. At the same time, the Democratic advantage in the U.S. House of Representatives is narrow [221 Democrats: 211 Republicans; FP],¹ and the parties hold equal numbers of seats [50:50; FP] in the U.S. Senate.

Table 2: Women in the U.S. Congress in 2021

	No of seats	Women in %	women Democrats (n)	women Republicans (n)
House of Representatives	435	27.1	89	29
Senate	100	24	16	8
Congress (both chambers)	535	26.5	105	37
Black women			24	--
Latinas			11	2
Asian/Pacific Islander women			7	2
Native American women			2	--
Middle Eastern/North African women			1	--
Multiracial women			1	1

Source: CAWP 2021.

Femina Politica: The United States is an incredibly divided country and this is reflected in Congress. Do you expect bipartisan cooperation among female House Representatives and Senators? Or is the partisan polarization continue to be detrimental for female politicians?

Sanbonmatsu: The United States is indeed divided and the parties remain very polarized. A new group of Republican women won election to the U.S. House of Representatives in November, some of whom are very supportive of Trump. Thus we will see serious policy disagreements along party lines. In addition, the January 6 attack on the U.S. Capitol worsened divisions within Congress. At the same time, I expect that women will be able to find ways to work together on some issues in the coming years as they have in the past.

Femina Politica: With the new US government now in power for the first time a woman, even more so: a woman of color, Kamala Harries, achieves the position as Vice President. What does this mean in terms of symbolic representation? Do we rather over-rate or underestimate this aspect?

Sanbonmatsu: Vice President Kamala Harris is already having a large impact on the country symbolically. And because she will cast the tie-breaking vote in the U.S. Senate, she will be more visible and influential than is typical for the vice president. President Biden has also emphasized that he sees Harris as his partner in the administration. Thus, we should not underestimate the important role she will play politically and the likely impact her presence will have at the symbolic level. Women of color, and Black women in particular, have long been the base of the Democratic

party. But they rarely hold major leadership roles. As a Black woman and a woman of South Asian descent, Harris signifies what is possible for all women and especially women who have been marginalized throughout U.S. history. Moreover, Harris is the daughter of immigrants. All of these aspects of her identity are celebrated within the Biden-Harris administration, making for a stark contrast with the race, gender, and immigration policies of the Trump administration.

Femina Politica: Aside from Vice President Harris, this U.S. government is in general the most female and most diverse executive ever in power. Will this affect the work of the governments and its policies?

Sanbonmatsu: Issues that are more important to women than men are often brought to the agenda by women legislators. It's likely that the women serving throughout the Biden administration will bring perspectives that resonate with women in the public. The presence of more women in major positions can potentially make Congress and the executive branch more accessible and welcoming to women voters. At the same time, it's important to remember that women are a large and diverse group and that women in government will not speak with one voice.

Femina Politica: Fighting the Corona pandemic is *the* most salient issue on the administration's agenda. Do you see that gender and racial effects of the pandemic are taken into account and, if yes, in which way?

Sanbonmatsu: To date, the major ways that President Biden has departed from Trump's handling of the pandemic are his embrace of science and his willingness to use the power of the federal government to combat the pandemic. Biden has also committed the administration to address the ways that the pandemic affects marginalized groups, with a particular emphasis on racial disparities.

Femina Politica: The presidential inauguration speech was remarkable in addressing the ubiquitous problem of structural racism. Where do you see that this will include intersectional concerns of women of color, thus gender-based discrimination?

Sanbonmatsu: President Biden has primarily addressed policy issues through a singular lens, whether that be a race-based or gender-based lens. But he has also addressed intersectional aspects of policy. Biden has enlisted experts on racial, gendered, and raced-gendered issues by selecting Harris as his running mate and appointing other women of color to positions in his administration – including appointments to non-traditional positions.

Femina Politica: After the election is before the election. And Kamala Harris has illustrated in her political career that she is a woman of ambitions. If you were to

advise Vice President Harris, what would you recommend to her in order to be more successful than Hilary Clinton to become the first female US president in 2024?

Sanbonmatsu: Given the turmoil of the 2020 presidential election, I would advise any Democratic candidate running in 2024, including Harris, to combat voter suppression² and disinformation in order to be successful. Mobilizing voters of color will also be important. If Biden does not run for reelection in 2024, Harris would most likely enter the race for the Democratic nomination as the frontrunner.

Thank you very much for the interview.

Kira Sanbonmatsu is Professor of Political Science at Rutgers University and Senior Scholar at the Center for American Women and Politics (CAWP) at the Eagleton Institute of Politics. Her research interests include gender, race/ethnicity, parties, public opinion, and state politics. Her most recent book “A Seat at the Table”, co-authored with Kelly Dittmar and Susan Carroll, is about women in Congress.

Notes

- 1 Currently, three seats are still vacant; <https://pressgallery.house.gov/member-data/party-breakdown> (as of 29 January 2022)
- 2 Anmerkung der Redaktion: „Voter suppression“ wird als Begriff für Regularien verwendet, die darauf abzielen, für bestimmte sozialen Gruppen (v.a. people of color) die Wahrnehmung des Wahlrechts zu erschweren oder zu verunmöglichen; vgl. www.bpb.de/internationales/amerika/usa/314474/hindernisse-auf-dem-weg-zur-wahl.

Sources

Centre for American Women and Politics (CAWP), Women in Office 2021, Press release, 26 January 2021. Internet: <https://cawp.rutgers.edu/sites/default/files/resources/press-release-women-in-office-2021.pdf>

Dittmar, Kelly/Sanbonmatsu, Kira/Carroll, Susan J., 2018: A Seat at the Table: Congresswomen’s Perspectives on Why Their Presence Matters. Oxford.

Interparliamentary Union (IPU): Monthly ranking of women in national parliaments. Internet: <https://data.ipu.org/women-ranking>

Kurznachrichten

Solidaritätserklärungen mit Maureen Maisha Auma

Prof. Dr. Maureen Maisha Auma, Professorin für Kindheit und Differenz (Diversity Studies) an der Hochschule Magdeburg-Stendal und Gastprofessorin an der TU Berlin, wird nach einem Interview im *Tagesspiegel* zu Rassismus an deutschen Hochschulen, insbesondere durch die AfD Fraktion von Sachsen-Anhalt, rassistisch und sexistisch angegriffen und durch öffentlich-politische Hassreden diskreditiert. Die Kritik an der geringen Zahl Schwarzer und migrantischer Professor_innen in Deutschland und ihr Plädoyer für eine kritische Rassismusforschung sowie eine rassismuskritische Verortung diversitätsbezogener und intersektionaler Theorien in Deutschland haben zu einer massiven Kampagne gegen sie geführt. In Folge ist es zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen und Unterschriftsaktionen von Kolleg_innen, wissenschaftlichen Organisationen sowie von hochschulpolitischen und antirassistischen Initiativen gekommen.

Links zum Tagesspiegel-Interview sowie zu einigen der vielfältigen Solidaritätserklärungen:

www.tagesspiegel.de/wissen/struktureller-rassismus-an-deutschen-hochschulen-nur-tagsueber-sind-universitaeten-weisse-institutionen/26730214.html

www.hs-magdeburg.de/hochschule/aktuelles/single-news/single/die-hochschule-magdeburg-stendal-bekundet-solidaritaet-mit-ihrer-professorin-maureen-maisha-auma.html www.gwi-boell.de/de/2021/02/08/wir-brauchen-eine-kritische-rassismusforschung

<https://isdonline.de/solidaritaet-mit-prof-dr-maisha-maureen-auma/>

www.migrationsrat.de/angriff-gegen-prof-maisha-auma-weit-ueber-bayreuth-hinaus-brisant/

Corona verschärft die Gender Gaps in Hochschulen

In der Blogreihe „Soziale Ungleichheit in der Corona-Krise“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans Böckler Stiftung findet sich ein ausführlicher Beitrag von Lara Altenstädter, Ute Klammer und Eva Wegrzyn zur aktuellen Situation von Wissenschaftlerinnen in der Corona-Pandemie und ihrer Belastung durch die intensive Vorbereitung der Online-Lehre und die Betreuung der Studierenden sowie das Corona-bedingte Mehr an Carearbeit.

Link: www.wsi.de/de/blog-17857-corona-verschaerft-die-gender-gaps-in-hochschulen-30222.htm

Hamburger Verbund-Projekt „Sorgetransformationen“

Im neuen Verbund-Projekt „Sorgetransformationen. Forschungsverbund interdisziplinäre Carearbeitsforschung“ arbeiten Wissenschaftler_innen unterschiedlicher Disziplinen gemeinsam an der Erforschung der Umbrüche bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit. Ziel des Projekts ist die interdisziplinäre Analyse von Carearbeit mit Blick auf gesellschaftlich spannungsreiche Wandlungs- und Krisenprozesse in den Feldern Arbeit, Wohlfahrtsstaat, Demografie und Arbeitsmarkt, Lebens- und Familienformen sowie Technologien. Untersucht werden Spannungen zwischen Persistenz und Transformation innerfamiliärer Arbeitsteilung und Geschlechterungleichheiten, Wechselwirkungen von Verschiebungen im Wohlfahrtsstaat und demografischen Konstellationen, Wandel von Prinzipien und (Wert-)Maßstäben der Sorge- und Fürsorgeerbringung sowie Umbrüche in der gesellschaftlichen Bewertung und Anerkennung von Sorgearbeit.

Link: www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/forschungsschwerpunkte/profilinitiative-arbeit-sozialer-wandel/projekte/lff-forschungsverbund-sorge-transformationen.html

Neues DFG-Graduiertenkolleg „Geschlecht als Erfahrung“ an der Universität Bielefeld

Im Fokus des Graduiertenkollegs „Geschlecht als Erfahrung. Konstitution und Transformation gesellschaftlicher Existenzweisen“ steht die interdisziplinäre Weiterentwicklung der Geschlechterforschung. So soll „Geschlecht als Erfahrung“ aus einer vornehmlich leib-, erlebens- und erfahrungsgebundenen Perspektive untersucht und theoretisch reflektiert werden. Wie gründet sich Geschlecht in gelebten Erfahrungen und in der Verschränkung mit anderen Dimensionen der Existenz wie Klasse, Ethnizität, Staatsbürgerschaft, Sexualität, Gesundheit, Alter und Religion? Wie transformieren sich soziale und symbolische Geschlechterordnungen? Diesen Fragen geht das Graduiertenkolleg nach und will so eine „verkörperte Geschlechterforschung“ etablieren.

Link: www.uni-bielefeld.de/zwe/izg/grk/index.xml

Kampagne „Fairnetzt Euch!“ der buko für Entgeltgleichheit und faire Arbeitsbedingungen in Hochschulsekretariaten: Handlungsempfehlungen erschienen

Die Arbeit in den Hochschulsekretariaten hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert; eine Neudefinition des Berufsbildes und eine tarifliche Höherbewertung sind jedoch bisher ausgeblieben. Kernpunkt der Kampagne war deshalb die Solidarisierung mit einer der strukturell schwächsten Gruppen innerhalb des MTV-Bereichs, den Mitarbeiter_innen in den Hochschulsekretariaten. Ausführliche Informationen zu dieser strukturellen Diskriminierung finden sich im Positionspapier der Bundes-

konferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (bukof) „Endlich Entgeltgerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen in Hochschulsekretariaten schaffen!“ vom Oktober 2020, das von zahlreichen geschlechter- und wissenschaftspolitischen Organisationen sowie Gewerkschaften unterstützt wird. Das Ziel der im Februar 2021 veröffentlichten Handlungsempfehlungen für Hochschulleitungen sowie Personalverantwortliche ist es, konkrete Maßnahmen aufzuzeigen, die einen Beitrag zur Verringerung des Gender Pay Gaps leisten.

Link: <https://bukof.de/service/kampagne-fairnetzteuch/>

Neue Podcast-Reihe des ZIFG

Das Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIFG) der TU Berlin hat jetzt eine eigene Podcast-Reihe namens „Voice Over“, um Wissen zu vermitteln und eigene Forschung medial aufzubereiten. Das Podcast dient als Sprachrohr, aktuelle Forschung sichtbar zu machen und die Perspektiven des ZIFGs zur Diskussion zu stellen. Mit dem Podcast will das ZIFG feministische Perspektiven auf Gesellschaft und Technologien vermitteln.

Link: www.zifg.tu-berlin.de/menue/news_und_veranstaltungen/voice_over_podcast/

Video des Kompetenzzentrums Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) zur Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft

Das CEWS hat anlässlich seines zwanzigjährigen Jubiläums Stimmen zur Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft eingeholt. Das Video präsentiert Einschätzungen von Akteur_innen aus den Bereichen Hochschulleitung, Geschlechterforschung sowie Gleichstellungs- und Diversity-Praxis.

Link zum Film: www.gesis.org/cews/cews-home/20-jahre-cews

Neue Themenseite des CEWS: Gender-Monitoring an Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung (CEWS) hat zum Thema Gender-Monitoring wertvolle Informationen zusammengestellt. Vier Unterseiten setzen sich theoretisch mit dem Thema Gender-Monitoring auseinander und bieten zugleich Informationen und Tools zu seiner praktischen Umsetzung. Die Themenseite bietet außerdem Zugang zu nationalen und internationalen Daten zum Geschlechterverhältnis in der Wissenschaft. Schließlich wird das CEWS-Hochschulranking unter Gleichstellungsaspekten dargestellt und in einen Überblick über globale und nationale Hochschulrankings eingeordnet.

Link zur Themenseite: www.gesis.org/cews/themen/gender-monitoring

DFG veröffentlicht neues „Chancengleichheits-Monitoring“

Jährlich wird in diesem Monitoring der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) über die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen an DFG-Projekten und über ihre Antragserfolge berichtet. Das Monitoring zeigt eine zwar langsame, aber doch stetig positive Dynamik bei der Repräsentation von Frauen in der Förderung durch die DFG.

Link zum Bericht von 2020: www.dfg.de/dfg_profil/zahlen_fakten/evaluation_studien_monitoring/chancengleichheit/

Tagung zur sexualisierten Diskriminierung und Gewalt an Hochschulen

Die Tagung „MeToo in Science“, die als Kooperation der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Paderborn durchgeführt wird, nimmt sich mit zwei Veranstaltungen (17.06.2021, 16:00-19:30 Uhr; 01.07.2021, 16:00-19:30 Uhr) dem Thema sexualisierter Diskriminierung und Gewalt an, um die Diskussion über strukturelle und rechtliche Rahmenbedingungen zu intensivieren sowie den Austausch über innovative Präventionsmaßnahmen zu führen. Sie richtet sich an Wissenschaftsorganisationen, Hochschulleitungen, Ministerien, Gleichstellungsbeauftragte, Mitarbeiter_innen in beratender Tätigkeit, Ombudspersonen, Wissenschaftler_innen, Wissenschaftsmanager_innen, Personalräte/Gewerkschaften und andere Interessierte.

Link: https://mariejahodacenter.rub.de/metoo_in_science/

Gegen Sexismus in der Wissenschaft: Gemeinsame Erklärung und Unterschriftensammlung

Die AG Gender und Macht in der Wissenschaft hat eine gemeinsame Erklärung mit Wissenschaftler_innen verschiedener Universitäten zu Sexismus in der Wissenschaft online gestellt und ruft zur Unterzeichnung auf. Es besteht zudem die Möglichkeit, Erfahrungen mit Sexismus in Form von Vignetten zu veröffentlichen.

Link: <https://gender-macht-wissenschaft.de/>

Aktuelle Attacken auf Wissenschaftsfreiheit in Frankreich: Intersektionale und Postkoloniale Theorien sowie Critical Race Theory in der Kritik

Im Sommer 2020 hat der französische Präsident Emmanuel Macron eine Debatte um den Zusammenhalt der französischen Gesellschaft entfacht, in der er auch die Sozialwissenschaften kritisierte. Demnach trügen u.a. Intersektionalitätstheorien, Postkoloniale Theorien und Critical Race Theory dazu bei, Separatismus zu befördern und Islamist_innen wissenschaftliche Grundlagen zu bieten. Im Februar 2021 hatte daran anknüpfend die Wissenschaftsministerin Frédérique Vidal das „Centre National pour la Recherche Scientifique“ (CNRS, „Nationales Zentrum für wissen-

schaftliche Forschung“) aufgefordert, eine Studie zu erstellen, inwiefern sogenannte „Islamso-Linke“ in den Wissenschaften aktiv seien. Das CNRS wies die Aufforderung postwendend als unbegründet zurück: „Islamso-Linke“ seien keine wissenschaftliche Realität.

Link zum Artikel in der New York Times: <https://tinyurl.com/s7f1qio6>; Link zum Artikel in Le Monde: <https://tinyurl.com/3u6934s7>; Link zur Website des CNRS: www.cnu.fr/actualite/islamo-gauchisme-stopper-la-confusion-et-les-polemiques-steriles/

EU-Report „Gendered Innovations 2“ erschienen

Zur Integration von geschlechtsbezogenen Analysen in die Forschung hat eine Expert_innengruppe im Auftrag der Europäischen Kommission einen Bericht veröffentlicht, der auch als Leitfaden für das europäische Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ dienen soll. Im Material enthalten sind begriffliche Definitionen und Methoden hinsichtlich geschlechterbezogener und intersektionaler Perspektiven sowie interdisziplinäre Fallstudien und konkrete politische Empfehlungen.

Link: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/33b4c99f-2e66-11eb-b27b-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-search>

Europäische Kommission veröffentlicht weitere Vorhaben im Rahmen ihrer Gesamtstrategie „Eine Union der Gleichheit“

Nach der bereits im März 2020 verabschiedeten EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 hat die Europäische Kommission drei weitere Vorhaben für denselben Zeitraum verabschiedet, innerhalb derer auch Geschlechtergleichstellung und intersektionale Aspekte berücksichtigt werden sollen.

Im September 2020 wurde der erste „EU-Aktionsplan gegen Rassismus“ verabschiedet. Mit diesem soll die Umsetzung von EU-Recht verbessert, zudem Politiken und Austausch mittels neu berufener Koordinator_in besser koordiniert, Aktionspläne auf mitgliedsstaatlicher Ebene initiiert und unterstützt sowie die Diversität unter den Beschäftigten der EU-Kommission verbessert werden. Im Rahmen des Aktionsplans wurde zudem im Oktober 2020 ein „Zehnjahresplan zur Unterstützung der Roma in der EU“ verabschiedet.

Im November 2020 wurde erstmalig eine „Gleichstellungsstrategie für LGBTIQ-Personen“ veröffentlicht, um deren gesellschaftliche Teilhabe zu unterstützen. Zahlreiche Maßnahmen und Aktionen sind vorgesehen; u.a. rechtliche Verbesserungen, ein erweiterter Diskriminierungsschutz, die verstärkte Absicherung und Anerkennung von Regenbogenfamilien sowie Schutz vor Hassrede und Gewalt, nicht zuletzt im Kontext von Globalisierung und Migrationsbewegungen stehen für die nächsten fünf Jahre auf der europapolitischen Agenda.

Link zum Aktionsplan gegen Rassismus: https://ec.europa.eu/info/files/union-equality-eu-action-plan-against-racism-2020-2025_de

Link zum Zehnjahresplan zur Unterstützung der Roma: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1813

Link zur LGBTIQ-Strategie: https://ec.europa.eu/info/files/lgbtiq-equality-strategy-2020-2025_en

Neues EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ verankert Vorgaben zur Gleichstellung

Am 11. Dezember 2020 einigten sich der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament auf das neue EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ für den Zeitraum 2021-2027. Das Budget beträgt rund 95,5 Milliarden Euro und liegt damit rund 30% über dem auslaufenden Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020. Vorgesehen sind auch konkrete Vorgaben zur Gleichstellung, u.a.: Berücksichtigung von Gender-Aspekten in allen Programmteilen, verabschiedete Gleichstellungspläne als neues Zugangskriterium ab 2022 für Hochschulen, Forschungseinrichtungen und öffentliche Einrichtungen (zur Umsetzung der Gleichstellungspläne können zusätzliche Gelder beantragt werden), spezifische Budgets für Gender Studies und Forschung zur Intersektionalität.

Link zum EU-Fact Sheet: <https://tinyurl.com/1s4iaegz>

Gender und Diversity in der (digitalen) Lehre

Auswirkungen der Corona-Pandemie

MELANIE BITTNER

Seit April 2020 findet Hochschullehre in Deutschland fast nur noch online statt. Die kurzfristige Umstellung verlangte Lehrenden und Studierenden, Verwaltung und IT-Bereichen viel ab. Der gesellschaftliche Ausnahmezustand verdeutlichte schnell bestehende genderbezogene und soziale Ungleichheiten und führte teilweise zu deren Verschärfung (Altenstädter/Klammer/Wegrzyn 2021; Schönplflug 2020). Die Expertise von Gleichstellungs- und Diversity-Akteur*innen wurde dennoch häufig nicht als (system-)relevant für die Neugestaltung der Lehr- und Lernbedingungen wahrgenommen.¹ In einer Umfrage unter Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wurde festgestellt, „dass 82% der Teilnehmer*innen (...) nicht zum zentralen Krisenstab und 64% auch nicht zum erweiterten Krisenstab ihrer Einrichtung eingeladen sind“ (bukof/AGbaF 2020, 3).

Welche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Hochschullehre lassen sich beobachten? Wo gibt es Entwicklungen zu gender- und diversitätsbewusster Lehre?² Und welche Schlussfolgerungen oder Forderungen lassen sich daraus ableiten? Die-

ser Beitrag geht Fragen nach, zu denen es noch keine systematische Analyse gibt und greift auf Eindrücke und Erfahrungen aus der Arbeit als Koordinatorin der „Toolbox Gender und Diversity in der Lehre“ an der FU Berlin und als Mitglied im „Netzwerk Gender und Diversity in der Lehre“ zurück.

Studium und Lehre am Limit?

Nachdem der Vorschlag eines Nichtsemesters (Villa Braslavsky/Geier/Mayer 2020) von den Wissenschaftsministerien und Hochschulleitungen abgelehnt wurde, riefen letztere für das Sommersemester 2020 ihr eigenes „Wir schaffen das!“ aus. Dies führte für Lehrende wie Studierende zu extrem hohem Arbeitsaufwand und Zeitdruck. Die meisten Lehrenden hatten ihre Veranstaltungen bereits vorbereitet und mussten durch die ad-hoc-Digitalisierung vieles neu planen. Software musste auf den zur Verfügung stehenden Geräten zum Laufen gebracht, der Einsatz der notwendigen Tools erlernt und bei technischen Pannen improvisiert oder auf anderem Weg nachgeliefert werden – und das alles meist zu Hause, wo nicht alle einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz zur Verfügung haben. Dazu kam ein deutlich erhöhter Aufwand für die Kommunikation mit den Studierenden (Bittner/Garske 2020). Die Studierenden wiederum mussten viel Zeit investieren, sich einen Überblick zu verschaffen, was in welcher Lehrveranstaltung technisch genutzt und als Leistung erwartet wurde. Die Bearbeitung von asynchronen Aufgaben dauerte häufig deutlich länger, als an Workload angesetzt war. Besonders große Unsicherheit gab es in Bezug auf Prüfungen. Eine angemessene Wertschätzung, das Sommersemester 2020 trotz großer Anstrengung erfolgreich durchgeführt zu haben, vermissten viele (Seyfeli/Elsner/Wannemacher 2020, 6).

Die Reaktionen zeigen, dass gender- und diversitätsbewusste Didaktik unterschiedlich ansetzen kann: Die Autor*innen des Netzwerks Gender und Diversity in der Lehre schlugen eine Reduktion des Workloads um 30-50% vor (Kalmbach et al. 2020). Viel zitiert wurde auch ein Blogbeitrag von Rebecca Barret-Fox, die Lehrende aufgrund der Rahmenbedingungen provokant aufforderte: „Please do a bad job of putting your courses online“ (Barret-Fox 2020). In der „Toolbox Gender und Diversity in der Lehre“ wurden frei verfügbare Angebote mit Bildungsmaterialien und Texten für die Lehre gesammelt, deren Nutzung Lehrende entlasten kann. Und in den Workshops fand das Konzept der Fehlerfreundlichkeit noch mehr Anklang als vor der Pandemie. Es erkennt an, dass Lehr-Lernräume immer von gesellschaftlichen Machtverhältnissen geprägt sind und versucht, das fragile Verhältnis zwischen Schutzraum vor Diskriminierung und Lernraum (auch über Diskriminierung) durch einen proaktiven Umgang in Balance zu halten (Goel 2016).

Die Vielfalt der Studierenden – oft beschworen, endlich nicht mehr zu ignorieren?

Schon lange ist an Hochschulen die Rede von der Diversität oder Diversifizierung der Studierenden. Diversity wird zum Teil ressourcenorientiert interpretiert als positiver Wert an sich und auch als Bereicherung für Lehre und Forschung. Aber häufig liegt das Augenmerk auch auf Exklusionsmechanismen, die den Zugang zur Hochschule und das Studium grundlegend prägen. Die Anerkennung struktureller Diskriminierung fällt dabei nicht allen Hochschulen und Hochschulmitgliedern leicht. Schließlich ist sowohl das Erkennen von Wahrnehmungs-/Bewertungsverzerrungen (Bias) und Privilegien als auch von Barrieren und fehlender Chancengleichheit auf dem eigenen Bildungsweg schmerzhaft.

Durch die Pandemie sollten unterschiedliche Lebens- und Studienbedingungen der Studierenden für Hochschulleitungen, Verwaltung und Lehrende noch offensichtlicher geworden sein. Studentische Jobs in Gastronomie und Einzelhandel und damit finanzielle Absicherung verschwanden, die Rückreise vom Familienbesuch im Ausland wurde durch Grenzschließungen erschwert und Eltern wurde Homeschooling und Rund-um-die-Uhr-Betreuung abverlangt. Die technische Ausstattung bezüglich Hardware und Software sowie die Internet-Bandbreite bestimmten neben didaktischen Überlegungen die Entscheidung für synchrone oder asynchrone Lernsettings. Die Frage nach der Nutzung von Kameras führte manchmal zu entgrenzten Einblicken in private Räume und allzu oft zu einem Meer an dunklen Kacheln auf dem Bildschirm. Auch hohe psychische Belastung sowie besondere gesundheitliche Risiken für Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen oder Behinderungen dürfen nicht verschwiegen werden.

Viele dieser belastenden Arbeitsbedingungen wirken fort und treffen zudem nicht nur auf Studierende, sondern auch auf Lehrende und andere Hochschulmitarbeitende zu, deren häufig prekäre Beschäftigungsverhältnisse vermutlich nicht zufällig während der zweiten Corona-Welle im Wintersemester 2020/21 medial laut wurden, u.a. in den sozialen Medien unter dem Hashtag #acertaindegreeofflexibility oder #95vsWissZeitVG (Bahr/Eichhorn/Kubon 2020).

Der Umgang mit Diversität – mehr Sensibilisierung bei anhaltender Individualisierung?

An der FU Berlin und anderen Hochschulen gab es seit der Pandemie eine deutliche Nachfrage nach Weiterbildungsveranstaltungen zu Gender und Diversity in der digitalen Lehre. Bei der Toolbox wurden sehr gute Erfahrungen mit halbtägigen, intensiven Kurzworkshops gemacht (Pflüger 2020). Auch das Hochschulforum Digitalisierung, das ein (noch) wichtigerer Akteur in der hochschuldidaktischen Landschaft wurde, startete ein Dossier Diversität und Barrierefreiheit, u.a. mit mehreren Beiträgen des Netzwerks Gender und Diversity in der Lehre.³ Gleichzeitig verdeut-

licht das wachsende Interesse an Weiterbildungen zu und Auseinandersetzungen mit dem Thema, dass dieses weiterhin nicht systematisch als Querschnittsaspekt in den Serviceeinrichtungen für Hochschuldidaktik und E-Learning sowie den Weiterbildungseinrichtungen berücksichtigt wird.

Über individuelle Sensibilisierung und Kompetenzentwicklung hinaus lassen sich auch einige strukturelle Veränderungen beobachten, die Potential für mehr Chancengleichheit bieten, wie z.B. jene im Prüfungswesen. Während manche Hochschulen Lehrenden durch geänderte Rahmenstudien- und Prüfungsordnungen weitreichende Flexibilität einräumten, galt andernorts das Credo, Studierenden nach Möglichkeit entgegenzukommen und Härtefälle großzügig anzuerkennen. Eine solche Regelung führt unweigerlich zu Konflikten, wenn Lehrende oder Mitarbeiter*innen in Prüfungsbüros weniger Verständnis z.B. für Studierende mit Kindern haben. Mehr Sicherheit herrscht, wenn sowieso ein Anspruch auf Nachteilsausgleich für Eltern und Pflegende vorgesehen ist. Das Land Berlin reagierte auf die prekäre Lage vieler Studierender mit einem gesetzlichen Schutzschirm, laut dem u.a. Prüfungsversuche bei Nichtbestehen nicht angerechnet werden durften – eine Entlastung vor allem für diejenigen, die finanziell eine Verlängerung des Studiums in Betracht ziehen können.

Bewegung kam außerdem endlich in den Umgang mit Geschlechtervielfalt. An der FU Berlin bestand das Problem, dass das Learning Management System Blackboard und das Videokonferenzsystem Webex auf die Studierendendaten zugriffen und so immer der offiziell eingetragene Vorname sichtbar wurde, auch wenn trans*, inter* oder nicht-binäre Studierende diesen nicht mehr benutzten oder sogar den rechtlichen Weg der Vornamensänderung begonnen hatten. Nach Protesten von Studierenden wurde die Anerkennung des Ergänzungsausweises der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität (dgti) für Blackboard und Webex geregelt und damit eine Form der Diskriminierung abgebaut. Dennoch ist die Situation an der FU Berlin und nahezu allen anderen Hochschulen in Deutschland weit von den Forderungen und konkreten Handlungsempfehlungen von Betroffenen und Expert*innen entfernt (bukof 2020).

Von den Hochschulen und der Politik besonders deutlich in den Bereich des Privaten verwiesen wurden die Herausforderungen, Erwerbs- und Care-Arbeit zu vereinbaren. Nicht vorhandene oder unsichere Kinderbetreuung belastet Eltern in hohem Ausmaß. Auch wenn die Erwerbstätigkeit ins Homeoffice verlegt werden kann, sorgt insbesondere die Kombination mit Homeschooling für zusätzliche Arbeitsverdichtung. Für Beschäftigte in der Reinigung oder Technik existiert die Möglichkeit des Homeoffice gar nicht. Das Budget zusätzlich möglicher Freistellungstage für Beschäftigte ist zudem begrenzt und nicht unbedingt mit reduzierten Aufgaben verbunden. Die Aufforderung von Politik und Kindertageseinrichtungen, Betreuung außer Haus nur als Notlösung zu nutzen, zeigt die Individualisierung der Problemlagen deutlich, indem sie Eltern die Gratwanderung zwischen gesellschaftlicher Solidarität und persönlicher bzw. familiärer Überlastung zumutet.

Some gain, much pain – ein Fazit zu Gender und Diversity in der digitalisierten Lehre

Erweiterte Kompetenzen für die digitale Lehre sowie mehr räumliche und zeitliche Flexibilität sind Vorteile der neuen, pandemiebedingten Lehr-Lernbedingungen. Die unfreiwillige Digitalisierung wurde von Studierenden teilweise auch als positiv bewertet, weil z.B. durch die Aufzeichnung von Vorlesungen Lernen im eigenen Tempo leichter wurde. Aber auch Kritikpunkte und Forderungen lassen sich aus dieser Zeit ableiten, in der Lehre – und nicht wie sonst Forschung – in das Zentrum der hochschulpolitischen Diskussionen und Entscheidungen gerückt ist.

1. Mit der Normalisierung von Online-Lehre brauchen Lehrende dringend eine kritische Perspektive auf Digitalisierung und Medien (Bohnenkamp et al. 2020) – mehr Reflexion statt mehr Tools. Welche Anwendungen gewährleisten beispielsweise mehr Barrierefreiheit bzw. welchen Support brauchen Lehrende, um Untertitel in Videos u.ä. zur Verfügung stellen zu können?
2. Mit der andauernden Pandemie sollte stärker die Frage gestellt werden, welche Studierenden verloren gehen, indem sie Lehrveranstaltungen oder gar ihr Studium abbrechen und welche Unterstützung für sie sinnvoll wäre. An der FU Berlin übernehmen beispielsweise ausgebildete studentische Mentor*innen eine besonders wichtige Funktion als Ansprechpersonen für Studierende im ersten Semester. Deshalb werden in Workshops der Toolbox mit dieser Zielgruppe auch Herausforderungen für Studierende der ersten Generation, z.B. durch den akademischen Habitus, und Diskriminierungserfahrungen thematisiert.
3. Sexualisierte Belästigung, Diskriminierung und Gewalt findet auch im digitalen Raum statt; viele Fälle wurden intern⁴ von den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten dokumentiert und in informellen Gesprächen erwähnt. Handelt es sich hier um ein generell vernachlässigtes Thema an Hochschulen, sind Nutzer*innen in digitalen Räumen auch mit neuen Formen von Übergriffen konfrontiert, z.B. in privaten Chats während regulärer Lehrveranstaltungen. Neben Weiterbildungsangeboten für Lehrende, Führungskräfte und Verwaltung sind verbindliche, klare Regelungen an den Hochschulen notwendig. Beratungsstellen müssen mit ausreichend Ressourcen ausgestattet sein, damit Betroffene und Bystander Unterstützung erfahren können.
4. Die Digitalisierung von Lehrveranstaltungen darf nicht den Abbau von Lehrpersonal oder die Erhöhung des Lehrdeputats legitimieren. Gute digitale Lehre ist in der Erstellung und Betreuung mit viel Aufwand verbunden (Hochschulforum Digitalisierung 2016, 28-36). Zudem brauchen die Lehrenden Raum für die Entwicklung ihrer Gender- und Diversity-Kompetenz und den Austausch untereinander.
5. Zeit in Lehre zu investieren, ob in die eigene Weiterbildung oder die Durchführung von Lehrveranstaltungen, zahlt sich im Hochschulsystem langfristig nicht

aus. Für die wissenschaftliche Karriere sind auch gender- und diversitätsbewusste Lehrkonzepte weitgehend irrelevant und höchstens eine Kirsche auf der Torte; es zählen vor allem Veröffentlichungen. Ohne eine Aufwertung von Lehre im Allgemeinen wird daher auch Gender und Diversity in der (digitalen) Lehre weiterhin projektbasiert, befristet, freiwillig – kurz: prekär – bleiben.

Anmerkungen

- 1 Spezifisch zum Thema gender- und diversitätsbewusster Lehre gibt es mittlerweile an zahlreichen Hochschulen in Deutschland Projekte und Maßnahmen: www.genderdiversitylehre.fu-berlin.de/toolbox/ressourcen/literatur.
- 2 Umfassende Informationen, Anregungen und Ressourcen dazu in der „Toolbox Gender und Diversity in der Lehre“ der FU Berlin: www.genderdiversitylehre.fu-berlin.de/toolbox.
- 3 Dies ist ein autonomes Netzwerk von Personen, die strategisch, theoretisch und/oder operativ im Bereich Gender und Diversity in der Hochschullehre arbeiten und sich untereinander vernetzen und kontinuierlich zusammenarbeiten wollen. <http://netzwerk-gender-diversity-lehre.de>.
- 4 Das Margherita-von-Brentano-Zentrum für Geschlechterforschung der FU Berlin sammelt für ein Forschungsprojekt anonym Erfahrungen mit sexualisierter Belästigung, Diskriminierung und Gewalt im Hochschulkontext: https://ssl2.cms.fu-berlin.de/mvbz/forschung/forschungsschwerpunkt/PM_sdg-umfrage/index.html

Literatur

Altenstädter, Lara/Klammer, Ute/Wegrzyn, Eva, 2021: Corona verschärft die Gender Gaps in Hochschulen. Internet: www.wsi.de/de/blog-17857-corona-verschaerft-die-gender-gaps-in-hochschulen-30222.htm (15.2.2021).

Bahr, Amrei/Eichhorn, Kristin/Kubon, Sebastian, 2020: 95 Thesen gegen das WissZeitVG. Internet: <https://95vswisszeitvg.wordpress.com> (15.2.2021).

Barrett-Fox, Rebecca, 2020: Please do a Bad Job of Putting your Courses Online. Internet: <https://anygoodthing.com/2020/03/12/please-do-a-bad-job-of-putting-your-courses-online/> (15.2.2021).

Bittner, Melanie/Garske, Pia, 2020: Gender-/Diversitätsreflexivität in der digitalen Lehre: Respektvolle Kommunikation fördern – Übergriffe vermeiden – schwierige Situationen bewältigen. Internet: <https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/respektvolle-kommunikation-online-lehre> (15.2.2021).

Bohnenkamp, Björn/Burkhardt, Marcus/Grashöfer, Katja/Hlukhovych, Adrianna/Krewani, Angela/Matzner, Tobias/Missomelius, Petra/Raczkowski, Felix/Shnayien, Mary/Weich, Andreas/Wippich, Uwe, 2020: Online-Lehre 2020 – Eine medienwissenschaftliche Perspektive. Internet: https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/HFD_DP_10_Online-Lehre_2020_Eine_medienwissenschaftliche_Perspektive.pdf (15.2.2021).

Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V. (bukof), 2020: Handlungsempfehlung für Geschlechtervielfalt an Hochschulen: Erste Schritte. Internet: <https://bukof.de/wp-content/uploads/20-05-19-bukof-Handlungsempfehlungen-Geschlechtervielfalt-an-Hochschulen.pdf> (15.2.2021).

Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen e.V. (bukof)/Allianz der Gleichstellungsbeauftragten der außeruniversitären Forschungsorganisationen (AGbaf), 2020: Geschlechterpolitik in Zeiten von Corona –Ergebnisse einer Umfrage unter den

Frauen- und Gleichstellungsakteur*innen der außeruniversitären Forschungsorganisationen und Hochschulen. Internet: <https://bukof.de/wp-content/uploads/20-07-01-Ergebnisse-Umfrage-AG-Geschlechterpolitik-in-Zeiten-von-Corona.pdf> (15.2.2021).

Freie Universität Berlin, 2021: Toolbox Gender und Diversity in der Lehre. Internet: www.gender-diversitylehre.fu-berlin.de (15.2.2021).

Goel, Urmila, 2016: Die (Un)Möglichkeiten der Vermeidungen der Diskriminierung. In: AG Lehre des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (Hg.): Diskriminierungskritische Lehre. Denkanstöße aus den Gender Studies. Berlin, 39-47.

Hochschulforum Digitalisierung, 2016: The Digital Turn – Hochschulbildung im digitalen Zeitalter. Arbeitspapier Nr. 27. Berlin.

Kalmbach, Karo/**Eckert**, Lena/**Miketta**, Katharina/**Pantelmann**, Heike/**Spahn**, Annika/**Weidner**, Mathias, 2020: Gender- & Diversitätsreflexivität in der digitalen Lehre. Gedanken zur ad-hoc-Digitalisierung während der Corona-Pandemie. Internet: <https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/gender-diversitaet-digitale-lehre> (15.2.2021).

Pflüger, Lena, 2020: Nichts ist neutral. Internet: www.fu-berlin.de/campusleben/lernen-und-lehren/2020/201008-diversitaets-und-genderbewusste-Lehre (15.2.2021).

Schönpflug, Karin, 2020: A Feminist Economics View on Racialized, Gendered, and Classed Effects of the COVID-19 Crisis. Internet: <https://doi.org/10.17185/gender/20201117> (15.2.2021).

Seyfeli, Funda/**Elsner**, Laura/**Wannemacher**, Klaus, 2020: Vom Corona-Shutdown zur Blended University? ExpertInnenbefragung Digitales Sommersemester. Baden-Baden.

Villa Braslavsky, Paula-Irene/**Geier**, Andrea/**Mayer**, Ruth, 2020: Das Sommersemester 2020 muss ein „Nichtsemester“ werden – Ein offener Brief aus Forschung und Lehre. Internet: www.nichtsemester.de/cbxpetition/offener-brief (15.2.2021).

REZENSIONEN

Ariane Brensell und Andrea Lutz-Kluge (Hg.)

Partizipative Forschung und Gender. Emanzipatorische Forschungsansätze weiterdenken

ANICA WALDENDORF

Der von *Ariane Brensell* und *Andrea Lutz-Kluge* herausgegebene Sammelband schafft einen Überblick über partizipative Forschung und wie sie emanzipatorisch eingesetzt werden kann. Empirische Beispiele illustrieren, in welchen diversen Kontexten partizipatorische Ansätze eingesetzt werden. Außerdem zeigen sie auf, welche Schwierigkeiten im Forschungsprozess auftauchen und wie diese überwunden werden können.

In der Einleitung setzen Brensell und Lutz-Kluge den Rahmen, indem sie die Grundhaltung der partizipativen Forschung erklären und deren Verknüpfung zu Emanzipation aufzeigen. Der Kerngedanke ist, dass partizipative Forschung „nicht *über* Menschen, sondern *mit* Menschen“ (8) geschieht und zu Veränderung von gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebenssituationen anregt. Dabei ist es wichtig, strukturelle Machtverhältnisse in Frage zu stellen und die eigene Position zu reflektieren. Indem subjektive Erfahrungen erforscht und festgehalten werden, können Ansätze zur Veränderung identifiziert und Emanzipationsprozesse angeregt werden. Im Zusammenhang hiermit warnen die Herausgeberinnen vor einer oberflächlichen Partizipation, welche sie „Alibi- und Pseudo-Partizipation“ (11) nennen, deren Emanzipationspotential letztendlich beschränkt bleibt.

Nivedita Prasad gibt eine ausführliche Einführung in (feministische) partizipatorische Aktionsforschung ((F)PAR), beginnend mit einem kurzen historischen Überblick über deren Entwicklung. Anschließend wird erläutert, was die einzelnen Begriffe der (F)PAR bedeuten. Zwei empirische (F)PAR-Projekte werden reflektiert, um die verschiedenen Rollen, die ein*e Forschungsinitiator*in einnimmt, zu verdeutlichen, und um Herausforderungen zu diskutieren, denen mensch sich gegenübersteht. *Lilli Böwe* und *Monika Nürnberger* stellen ein Photovoice-Projekt in Berlin vor. Besucher*innen eines Frauentreffs in der Kurfürstenstraße wurden eingeladen, ihre Lebenssituation durch Fotografie darzustellen. Ziel des Projekts war es, die Besucher*innen des Frauentreffs zu Wort kommen zu lassen. Die Ergebnisse der Forschung wurden in einem Buch sowie einer Wanderausstellung festgehalten und somit öffentlich zugänglich gemacht. Nicht nur die Teilnehmer*innen profitierten von diesem Projekt, sondern auch die Mitarbeiterinnen des Frauentreffs und der Frauentreff selbst.

Erik Meyer und *Arn Sauer* zeigen auf, wie partizipative Forschung genutzt werden kann, um die Lebenslagen von jungen trans*-Menschen zu erforschen. Sie arbeiten die verschiedenen Stufen von Partizipation heraus, indem sie auf bisherige Forschungen mit trans*-Menschen zurückgreifen und ihren community-based approach im Rahmen partizipativer Forschung darstellen. Bei der Reflexion des partizipativen Ansatzes betonen sie, dass die Einladung zur Partizipation alleine nicht ausreiche, da beispielsweise zeitliche Beschränkungen eine umfassende Teilnahme erschweren können.

Brensell bietet Einblicke in die partizipative Traumaforschung. Sie kritisiert die bestehende Traumaforschung, die auf einem biomedizinischen Verständnis und einem objektivierenden Ansatz beruhe und der subjektiven Perspektive zu wenig Gewicht beimesse. Brensell reflektiert ihr partizipatives Forschungsprojekt, das herausarbeitete, wie erlebte (sexualisierte) Gewalt bearbeitet werden kann. Durchgeführt wurde die Forschung zusammen mit Fachberatungsstellen des Bundesverbands Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) und Frauen, die Gewalt erfahren haben. Alle sechs Forschungsetappen werden detailliert beschrieben.

Um den Wissenslücken in Bezug auf die Gesundheit von nicht-heterosexuellen Frauen* entgegenzusteuern, führte *Gabriele Dennert* eine partizipative Bedarfserhebung durch. Im Zuge dessen wurde ein Expert*innenkreis gegründet. Dieser wurde in der Konzipierung der Forschung miteinbezogen und hatte auch Entscheidungsmacht: „Der Expert_innenkreis und die Studienleitung bestimmten zunächst gemeinsam die zentrale Ausrichtung des ‚Group Concept Mapping‘ und entwickelten die Frage für das Brainstorming.“ (102) Die Mixed Methods-Herangehensweise eines Group Concept Mapping wurde eingesetzt, um zuerst Ideen zu sammeln und anschließend zu strukturieren. In der abschließenden Reflexion über das methodische Vorgehen wird vor allem der benötigte Zeitaufwand zur Partizipation kritisch betrachtet.

Michelle Fine und *Maria Elena Torre* geben eine detaillierte Beschreibung der Partizipativen Aktionsforschung, die sie mit Gefängnisinsassinnen in den USA durchgeführt haben. Sie beschreiben, wie sie mit den Unterschieden umgehen, die zwischen den beteiligten Personen bestehen. Es werden auch die emotionalen Aspekte des Forschungsprozesses reflektiert. Die Ergebnisse der Studie wurden in vielfältigen Formen für verschiedene Zielgruppen präsentiert – so wurde die Aktionsorientierung nicht aus den Augen verloren. Bei der Reflexion über den Forschungsprozess erinnern sie andere Forschende daran, „Privileg und Macht innerhalb der Gruppe kontinuierlich zu hinterfragen“ (131f.).

Aus der Kritik an der fehlenden Entwicklung geeigneter Methoden, die fruchtbar in partizipativer Forschung eingesetzt werden können, plädieren *Sandra Köstler* und *Lutz Kluge* für den Einsatz von ästhetischen Methoden. Diese können in verschiedenen Schritten des Forschungsprozesses eingesetzt werden, nicht nur bei der Datengenerierung. Drei ästhetische Methoden werden präsentiert: Handarbeit, Fotografie und Gehen. Jede dieser Methoden erfordert Flexibilität, um sich an die Bedürf-

nisse und Wünsche der Teilnehmenden anzupassen. Die Autorinnen argumentieren, dass die Stärke von ästhetischen Methoden in der Fähigkeit liegt, Unterschiede zu überbrücken und eine gemeinsame Basis zu schaffen. Darüber hinaus geben sie den Teilnehmenden viel Entscheidungs- und Steuerungsmacht, ohne dass sie Kenntnisse über die spezifische Forschungsmethode haben müssen.

Thomas Schlingmann wirft einen kritischen Blick auf partizipative Forschung: Er argumentiert, dass Partizipation allein nicht ausreiche. Forschungsprojekte, die einen partizipativen Ansatz verwenden, können eine emanzipatorische Wirkung haben, jedoch nur innerhalb eines bestimmten lokalen Kontextes und nicht auf einer Makroebene. Er weist darauf hin, dass das Verständnis von Wissenschaft einer Auflösung der Dichotomie der Forschenden und Beforschten im Wege steht. Zudem kritisiert Schlingmann Forschungsprojekte, die lediglich Partizipation nennen, aber nicht betreiben. Um diese Diskrepanz zu überwinden, muss partizipative Forschung die Perspektiven der Betroffenen, der Praktizierenden und der Forschenden verbinden. Ein geeigneter Ansatz hierfür ist die betroffenenkontrollierte Forschung.

Insgesamt bietet der Sammelband einen ausführlichen und gelungenen Überblick über partizipative Forschung. Mittels der Beschreibung der Geschichte der partizipativen Aktionsforschung und anhand verschiedener empirischer Beispiele werden Leser*innen angeregt, selbst partizipativ zu forschen. Ihnen werden hierbei wertvolle Reflexionen, Einblicke und Hinweise mit auf den Weg gegeben. Die Vielseitigkeit und das Emanzipationspotenzial des Ansatzes werden aufgezeigt und inspirieren Leser*innen somit, selbst kreativ zu werden.

Ariane Brensell, Andrea Lutz-Kluge (Hg.), 2020: Partizipative Forschung und Gender. Emanzipatorische Forschungsansätze weiterdenken. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich. 175 S., ISBN 978-3-8474-2095-8.

Iwona Dadej

Beruf und Berufung transnational. Deutsche und polnische Akademikerinnen in der Zwischenkriegszeit

BARBARA DEGEN

„Der vergleichende Ansatz, der die beiden national orientierten Historiografien aus der nachbarschaftlichen, dennoch fremden Perspektive betrachten lässt, erweist sich als genauso abenteuerlich und erkenntnisreich wie halsbrecherisch“, schreibt *Iwona Dadej* auf den ersten Seiten (15) und macht damit auf ihr Buch neugierig. Die Zwischenkriegszeiten von 1919 bis 1939 sind für die demokratische Entwicklung in Deutschland wie in Polen zentral. Dadejs Buch ist Grundlagenforschung für

die jeweilige Organisations- und Wirtschaftsgeschichte der beiden Länder und die Kämpfe der Frauen „um Wertschätzung jenseits und diesseits der wissenschaftlichen Strukturen“ in der „Einheit von Zeit und Handlung“ (10). Die Studie stellt Fragen nach Parallelen und Unterschieden in dem Kampf der deutschen und polnischen Akademikerinnen um Anerkennung in der Wissenschaft. Sie konzentriert sich zudem auf die Strategien und die Infrastruktur der Akademikerinnen in dem jeweiligen Land und fragt auch nach den weiblichen Public Intellectuals und ihrer Rolle für die Sichtbarkeit der Akademikerinnen.

Die Autorin bewältigt ihr komplexes Thema durch eine Fülle unterschiedlichen Quellenmaterials und unterschiedlicher Methoden. So verknüpft sie die Namen ihrer Propagandistinnen mit den Aktivitäten in den Organisationen der Akademikerinnen in der jeweiligen Zeit und wertet Erinnerungs-, biographische und autobiographische Schriften aus. Ihr methodischer und theoretischer Zugang ist die Entwicklung einer „Vergleichslogik“ (33). Ihre Vergleiche sind angesiedelt jenseits der Achse Westeuropa-Nordamerika, wobei die Kategorie Geschlecht die entscheidende Rolle für sie spielt. Außerdem benutzt sie den Ansatz der Transfergeschichte, den sie mit Michele Espagne definiert als „Prozesse der Wandlungen, die bei der Übertragung von Konzepten, Normen, Bildern und Repräsentationen von einer Kultur in die andere stattfinden“ (33). Durch diese Zugänge filtert Dadej den Einfluss der Akademikerinnen auf das jeweilige Zeitgeschehen heraus und öffnet damit den grenzüberschreitenden Blick auf die Verknüpfungen von Politik, Geschichte und Frauenbewegung. Für Polen stellt sie fest, dass die dortige gegenwärtige Frauenforschung oft nicht als „objektiv“ und „wissenschaftlich genug“ (24) wahrgenommen und deshalb das historische Erbe der dortigen Frauenforschung nicht ernst genommen wird. Umso spannender sind die fast archäologischen Grabungsarbeiten der Autorin und ihre Funde. Dabei musste auch die massive, oft systematische Zerstörung der öffentlichen Archive und Bibliotheken in Polen während der Kriegszeiten ab 1939 berücksichtigt werden. Für die Periode 1926–1936 stellt die Autorin fest, dass die zehn Jahre in der Geschichte der Dachorganisationen (*International Federation of University Women*, IFUW) sowie ihrer nationalen Ableger in Polen (*Polskie Stowarzyszenie Kobiet z Wyższym Wykształceniem*, PSKzWW) und in Deutschland (*Deutscher Akademikerinnenbund*, DAB) eine Dekade kennzeichnen, die für gleichwohl glanzvolle wie turbulente Momente der internationalen Verbände stehen und die sowohl auf die Eigendynamik, sowie die interne und internationale Politik der jeweiligen Verbände verweisen.

Für den Zeitraum ab 1933 in Deutschland widerspricht Dadej der Meinung, dass mit der Selbstauflösung der Verbände in Deutschland der Fortbestand des DAB endete, und folgt der Position, dass nach 1933 die Akademikerinnen versuchten, auszuhalten und die Verbandsstrukturen so lange wie möglich zu erhalten. Erst 1935 begann für viele deutsche Organisationen die systematische Zerschlagung. In Polen war der entscheidende Einschnitt dagegen der Kriegsbeginn 1939 und die Verfolgung und Dezimierung der *inteligencja*-Schicht und damit auch Mitglieder des PSKzWW. Ein Großteil seiner Mitglieder beteiligte sich an den „sehr ausdifferenzierten Formen des

Widerstandes“ (187f.). Er war verbunden mit der Hilfe für Einzelne und dem Kampf um den Erhalt des kulturellen und sozialen Lebens (187ff.).

Die Frage, wie die Frauen mit den Konflikten zwischen nationalen und internationalen Interessen, z.B. bei der Sprache, umgingen, wird im Kapitel mit der schönen Überschrift „(K)eine Verständigung in den Verständigungsbemühungen?“ behandelt (72ff.). Die Hauptvertreterinnen der jeweiligen Organisation werden mit Bildern und mit Kurzbiographien vorgestellt. Den letzten Teil des Buches nimmt eine Fallstudie zu den Juristinnen ein (193ff.). Sie beginnt mit zwei literarischen Szenen in Berlin und Warschau, die zeigen, wie Juristinnen in den 1920er-Jahren gesehen wurden: „Bebrillt, häßlich zerzaust, sittenlos und eventuell eine Jüdin“ (193). Da die Frauen Jura zuerst im Ausland (in Zürich und Paris) studieren durften, erwarben sie damit eine ‚zweisprachige Ausbildung‘, weil sie auch mit den jeweiligen Landesrechten vertraut sein mussten. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten einer beruflichen Perspektive stiegen in Deutschland die Zahlen der Jurastudentinnen von 23 (1908/09) auf 1258 (1931) und gingen 1933 auf 742 zurück. In Polen stiegen die Ausbildungszahlen zu Beginn der 1930er-Jahre auf 20%, gegenüber 6,1% in Deutschland.

Jede ‚Vergleichslogik‘ unterschiedlicher historischer Entwicklungen benötigt einen gemeinsamen Fokus. Dadej wählt dafür die Eroberung akademischer Positionen und die Entwicklung einer ‚eigenen Sprache‘ jenseits der männlich dominierten etablierten Wissenschaftssicht. Die Autorin benennt ihre Vergleichsparameter deutlich und geht souverän mit der sehr unterschiedlichen Quellenlage in Deutschland und Polen um. Damit kann ihre Forschung ein Vorbild für nationale Vergleichsforschungen, z.B. im Rahmen der Europäischen Union (EU), sein. Gleichzeitig zeigt sie, wie erkenntnisfördernd und bereichernd der Blick aus Frauensicht und der Beitrag zu einer eigenen Frauengeschichte ist. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Zeitgeschichte, die das – oft unbewusste – Entweder-Oder-Denken bei Geschlechterfragen sprengt. Die Verknüpfung von Genderblick und Frauengeschichte wird damit als zentraler Schlüssel zur Gesamtgeschichte deutlich und widerlegt die Deutung von Frauengeschichte als nur separates oder spaltendes, Männer ausgrenzendes Politikfeld. Dadej schreibt verständlich und gut lesbar, ein bemerkenswertes und richtungsweisendes Buch.

Iwona Dadej, 2019: *Beruf und Berufung transnational. Deutsche und polnische Akademikerinnen in der Zwischenkriegszeit*. Osnabrück: Verlag fibre. 358 S. ISBN 978-3944870656.

Claudia Brunner

Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne

CHRISTINE M. KLAPEER

Die Thematisierung von (Geschlechter-)Gewalt, insbesondere ihrer vermeintlich verdeckten, normalisierten, institutionell verdichteten oder staatlich legitimierten Seiten und Wirkungsweisen, stellt ein Kernelement geschlechterkritischer Politikwissenschaft dar. *Claudia Brunner* situiert sich explizit in diesem Kontext existierender feministischer und geschlechtertheoretischer Gewaltanalysen. Gleichzeitig geht sie mit ihrer erkenntnistheoretischen Zielsetzung, die „gewaltförmige Qualität des Wissens“ (75) als konstitutives Element einer anhaltenden (und gewaltvollen) Kolonialität der Moderne konzeptuell greifbar macht, über bestehende feministische Gewaltdebatten hinaus – ohne die Relevanz der Konstruktion Geschlecht selbst zu relativieren.

Mit ihrer konsequent dekolonial bzw. globalpolitisch angelegten Rahmen- und Ausgangsperspektive geht es der Autorin um eine intersektionale und eurozentrismuskritische Neubestimmung des Gewaltbegriffs und um eine analytische Sensibilisierung für die Bedeutung der Dimension Wissen(schaft) für Gewaltverhältnisse – und zwar insbesondere in ihrem Arbeitsbereich, der Friedens- und Konfliktforschung. Denn, wie Brunner überzeugend im ersten Kapitel darlegt, evozieren bestimmte (wissenschaftliche) Gewaltdefinitionen sowie darauf aufbauende Analysen z.B. aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung oder der internationalen Beziehungen die Unsichtbarkeit *anderer* Gewaltformen oder tragen zu deren (De-)Legitimierung bei. Als besonders problematisch erachtet die Autorin jene engen Gewaltdefinitionen, die vorrangig direkte oder physische Gewaltanwendung fokussieren, da hier die gewaltvollen Effekte von (z.B. rassisierenden) Klassifikationen, Vereindeutigung oder Normalisierung aus dem Blick geraten. Je enger die Definition von Gewalt, desto eher lassen sich darin Kompliz*innenschaften mit epistemische Gewaltformen als „stille Norm(en)“ finden (21), so Brunners gewichtige Eingangsthese, die auch als höchst anschlussfähige Reflexionsgrundlage für empirische Diskriminierungs- und Gewaltstudien gelten kann.

Den methodologischen und theoretischen Ausgangs- und Knotenpunkt der Untersuchung bildet das Konzept der „epistemischen Gewalt“, das Brunner nach einer gut strukturierten Einführung in ihren dekolonialen Deutungshorizont (Kapitel 2) im Rahmen von drei umfangreichen Kapiteln ausdifferenziert und sorgfältig „weiterdenkt“ (10). Ihre Denk- und Analysebewegung ist in diesem Zusammenhang auf zwei Ebenen angesiedelt: In einem ersten Schritt (Kapitel 3) spürt sie unterschiedlichen Deutungen des Konzeptes der epistemischen Gewalt in drei zentralen Wissenschaftsfeldern nach – der Friedens- und Konfliktforschung, feministischer Wissenschaftskritik sowie post- und dekolonialer Theorie, um anschließend nach „Dimensionen des Epistemischen“ in anderen bekannten und in der (feministischen) Politikwissen-

schaft vielfach rezipierten Gewaltkonzepten zu suchen. Gerade weil das Konzept der epistemischen Gewalt von beträchtlichen definitorischen Unschärfen geprägt ist, präsentiert sich diese sorgfältige Begriffsarbeit in Kapitel 3 als besonders fruchtbar, da hier *das Epistemische* an der Gewalt bzw. *das Gewaltvolle* an Wissen(schaft) im Detail diskutiert und vor dem Hintergrund wichtiger Referenzautor*innen (u.a. Gayatri Chakravorty Spivak) und verwandter Theoreme (u.a. Orientalismus, Kolonialität, Epistemizid) konzeptionell ausbuchstabiert wird. Während diese Zusammenführung vor allem als eine kritisch-reflexive Verdichtung existierender Ansätze zu epistemischen Formen von Gewalt gelesen werden kann, präsentiert sich das vierte Kapitel als besonders spannendes analytisches Kernstück. Darin unterzieht die Autorin die bekannten Gewaltkonzepte von Johan Galtung, Pierre Bourdieu und Judith Butler einer sorgfältigen „feministisch-post-dekolonialen“ Re-Lektüre (185) und eröffnet so einen kritischen Dialog zwischen dem Konzept der epistemischen Gewalt und Ansätzen zu strukturellen und kulturellen (Galtung), symbolischen (Bourdieu) und normativen (Butler) Gewaltformen. Dadurch werden nicht nur wichtige Korrespondenzen zwischen den einzelnen Gewaltverständnissen deutlich, sondern Brunner gelingt es auch, problematische Leerstellen – u.a. in Bezug auf Rassismus und Kolonialismus – in den diskutierten Gewaltkonzepten aufzuzeigen.

Im letzten Kapitel legt Brunner eine sozialwissenschaftliche Systematisierung des Konzepts der epistemischen Gewalt auf einer Mikro-, Meso- und Makroebene vor. Dabei bedient sie sich jeweils drei bekannter Theoreme aus der dekolonialen Theorie – der Kolonialität des Seins von Nelson Maldonado-Torres, der Kolonialität des Wissens von Walter D. Mignolo und der Kolonialität der Macht von Aníbal Quijano. Diese verknüpft sie in einer transdisziplinären Denkbewegung mit ihren Überlegungen zur Bedeutung von Wissen(schaft) für (konkrete) Gewalterfahrungen (Mikroebene), Gewaltnormalisierung (Mesoebene) und globalen Gewaltordnungen (Makroebene). Spannend an diesen abschließenden „Konturierungen“ ist auch, dass die Eignung und Anwendbarkeit der im Kapitel 4 diskutierten Gewaltkonzeptionen in Bezug auf diese drei sozialwissenschaftlichen Analyseebenen diskutiert und evaluiert wird und so eine zumindest vorläufige transdisziplinäre und dialogische Präzisierung des epistemischen Gewaltbegriffes gelingt, ohne die dekoloniale Ausgangsperspektive zu verlassen.

Brunners Monographie präsentiert sich nicht nur als wichtige kolonialismuskritische Auseinandersetzung mit Gewaltdebatten und Gewaltverständnissen aus unterschiedlichen Wissenschaftsfeldern, sondern ihre Überlegungen tragen auch wesentlich zu einer sozialwissenschaftlichen Schärfung des Konzepts der epistemischen Gewalt bei. Nicht zuletzt regt die vorliegende Auseinandersetzung dazu an, die innerhalb der (feministischen) Politikwissenschaft oder Geschlechterforschung nach wie vor zu konstatierende Marginalisierung kolonialer Gewaltverhältnisse in der Theoretisierung von Geschlechterverhältnissen stärker in den Blick zu nehmen.

Claudia Brunner, 2020: Epistemische Gewalt. Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne. Bielefeld: transcript. 336 S., ISBN 978-3-8376-5131-7.

Stefanie Boulila

Race in Post-racial Europe: An Intersectional Analysis

CÉLINE BARRY

In „Race in Post-Racial Europe“ unterzieht *Stefanie Boulila* die Annahme eines post-rassistischen, post-feministischen Europas der Kritik und untersucht die diskursiven Prozesse, anhand derer die modernistische Repräsentation Europas hergestellt wird. Sich postkolonialer und intersektionaler Theorien bedienend, identifiziert Boulila das Zusammenwirken post-rassistischer, post-feministischer und post-homophober Vorstellungswelten als Angelpunkt, an dem sich die weiße westliche Identität Europas als geschlechtergerecht, progressiv und dem ‚Rest‘ der Welt und rassifizierten Communities überlegen konstituiert (5). Obwohl Rassismus die Idee und Struktur Europas durchziehe, werde er durch die Vorstellung eines post-rassistischen Zeitalters, in dem dieser keine Rolle spiele, unbesprechbar, und emanzipatorische Bewegungen werden konterkariert. Deshalb argumentiert Boulila für die Stärkung rassismuskritischer Reflexion und die Einführung der Kategorie ‚Rasse‘, die außerhalb angelsächsischer Theorieräume weitgehend unbenannt bleibe (8f.). Von hier aus ergründet Boulila diskursanalytisch, „*how racial knowledge and power operate through gender/sexual discourses as they form post-imaginaries*“ (9), und macht das Ungesagte sichtbar.

Teil I legt anhand einer Relektüre rassismuskritischer und postkolonialer feministischer Theorie dar, wie Modernität zum zentralen Marker des europäischen Selbstbildes wurde und in Rassifizierungs- und Vergeschlechtlichungsprozesse verwickelt ist. Dabei geht Boulila in zwei Kapiteln erstens auf den Entstehungszusammenhang der Verleugnung des Rassismus sowie der Verdrängung des Rassismusbegriffes ein, die verursachen, dass über Rassismus gesprochen wird, „*without using the language of race*“ (18) und ruft zweitens die koloniale Geschichte in Erinnerung, in der Europa als weiß rassifiziert und an ein heteronormatives Geschlechterregime gekoppelt wurde. In Teil II und III zeigt Boulila anhand der Untersuchung vielfältiger diskursiver Ereignisse aus TV-Shows, Presse, Politik und Wissenschaft aus unterschiedlichen europäischen Kontexten, dass heutige Diskurse der gleichen kolonial-rassistischen Logik gehorchen. Teil II behandelt die rassistische Dimension des Postfeminismus, dessen neo-konservative Argumentationslinien für die Rückkehr zu traditionellen Normen maßgeblich über rassifizierende Konstruktionen von Frauen* of Color operieren: Während exotisierende Inszenierungen von Frauen* of Color die Normen akzeptabler weißer Sexualität festlegen, werden viktimisierende und kriminalisierende Repräsentationen von Müttern* of Color für pronatalistische Diskurse über die Nation aktiviert, die von weißen Frauen reproduziert werden soll. Teil III ist drei diskursiven Prozessen gewidmet, die die rassistische Struktur liberaler Politiken illustrieren: die post-homophobe Selbstinszenierung Europas, die homonationalis-

tischen Rassismus produziert und LGBT*I*Q-Feindlichkeit in Europa unsichtbar macht; die Depolitisierung antirassistischer Bewegungen durch die Dethematisierung der Differenz zwischen weißen und People of Color; die Angriffe gegen eine Intersektionalität, die an Rassismus als zentraler Ungleichheitsdimension festhält.

Die Studie zeichnet sich durch analytische Schärfe und Komplexität aus: Boulila denkt theoretische Konzepte weiter und kontextualisiert sie konsequent. Beim Blick auf die paneuropäischen Muster der Herstellung transnationalen Weißseins trägt sie den unterschiedlichen nationalen Kontexten und Rassismen auf differenzierte Weise Rechnung. Zu klären bleibt allerdings noch die Frage nach den innereuropäischen Hierarchien, die dazu führen, dass bestimmte Staaten die symbolische Produktion weißer Normen stärker beeinflussen als andere. In Hinsicht auf den deutschen Kontext verdeutlichen die vielfältigen Beispiele aus Deutschland – von rechtskonservativen Stimmen über Antirassismus-Kampagnen bis hin zu akademischen Debatten – die Dringlichkeit, der Dethematisierung von Rassismus entgegenzuwirken. Boulilas Analyse gibt hierfür Impulse für die Frage nach dem Umgang mit der Kategorie ‚Rasse‘.

Die Studie liefert wertvolle Erkenntnisse für das Verständnis der zeitgenössischen Artikulationen des Rassismus im neoliberalen Zusammenhang und stellt eine wichtige Intervention gegen die post-rassistischen Tendenzen intersektionaler und queer-/feministischer Theoriebildung dar. Gerade jetzt, wo sich Rassismus mittels der Kraft der Black Lives Matter-Bewegung auf die politische Tagesordnung drängt und die Dekolonisierung des Wissens vorangetrieben wird, sind Rassismuskritik und das Bewusstsein für die Funktionsweisen post-rassistischer, post-feministischer und post-homophober Staatsräson unabdingbar.

Stefanie Boulila, 2019: *Race in Post-racial Europe: An Intersectional Analysis*. Lanham: Rowman & Littlefield. 190 S., ISBN 978-1-78660-557-3 (Hardback), 978-1-78660-558-0 (Paperback), 978-1-78660-559-7 (eBook).

Gabriele Dietze und Julia Roth (Hg.)

Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond

ANNETTE HENNINGER

Der Band analysiert Mobilisierungen gegen ‚Gender‘ im Rechtspopulismus. *Gabriele Dietze* und *Julia Roth* identifizieren in der Einleitung einen rechtspopulistischen Komplex, der Rechtsextremismus, religiösen Fundamentalismus und den Rechtsruck von Teilen des Bürgertums umfasse. Aktuell sei im Rechtspopulismus

eine Obsession mit Fragen von ‚Gender‘, Sexualität und Familie zu beobachten, die in den Beiträgen aus intersektionaler und affekttheoretischer Perspektive untersucht wird.

Birgit Sauer begreift Rechtspopulismus als maskulinistische Identitätspolitik, die polit-ökonomisch verortet werden müsse: Der neoliberale Wandel von Kapitalismus und Genderregimes habe zu neuen Chancen für hochqualifizierte Frauen, aber auch zur Erosion des Ernährermodells geführt. Affekttheoretisch betrachtet gelinge es rechten Politiken, männliche Krisenerfahrungen in Hass gegen hochqualifizierte Frauen und Migrant*innen umzuwandeln. Das Versprechen einer Rückkehr zu traditionellen Geschlechterverhältnissen könne auch für Frauen attraktiv sein. *Niels Spierings* verortet die Attraktivität von ‚Gender‘ für rechte Politiken dagegen auf der Ebene vergeschlechtlichter Identitäten: Die Berufung auf eine ‚natürliche‘ Geschlechterbinarität erzeuge ein Gefühl moralischer Überlegenheit in einem Feld, das eng mit Identität verknüpft sei. Dies lasse sich mit Vorstellungen einer ‚natürlichen‘ Ordnung der Gesellschaft verbinden sowie mit Angriffen gegen eine Elite, die die vermeintlich bereits erreichte Gleichstellung zu weit treibe und nicht wirksam gegen männliche Migranten aus muslimischen Ländern verteidige, denen geschlechterpolitische Rückständigkeit unterstellt wird.

Zwei Beiträge präsentieren bereits bekannte Befunde zur extremen Rechten in Österreich (*Stefanie Mayer*, *Edma Ajanović* und *Birgit Sauer*) sowie zur Programmatik der AfD und der ‚Demo für alle‘ (*Imke Schminke*). *Patrick Wielowiejski* zufolge bemüht sich die AfD um Modernität, indem sie ein gemeinsames Anliegen mit sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten konstruiert. Dies erfolge zum einen über Homonationalismus. Zum anderen gerierten sich die von Wielowiejski befragten AfD-Mitglieder als homo-freundliche Identitäre in Opposition gegen eine globale liberale Elite, die Menschen ihre Identität rauben wolle. Homosexualität als fixe Identität sei für sie akzeptabel, nicht jedoch die vermeintlich von der ‚Gender-Ideologie‘ propagierte Fluidität von sex und gender. *Gabriele Dietze* begründet die Attraktivität von Rechtspopulismus für Frauen mit einem sexuellen Exzeptionalismus, der den globalen Norden als progressivste und überlegene Geschlechterordnung darstelle. Zudem beobachtet Dietze bei jüngeren Frauen aus unteren Schichten Emanzipationsmüdigkeit: Der Rechtspopulismus verspreche ihnen Entlastung vom Erwerbszwang, die Reduzierung von Konflikten um die häusliche Arbeitsteilung sowie eine Aufwertung heterosexueller Weiblichkeit und Mutterschaft.

Cornelia Möser analysiert am Beispiel Frankreichs die Einbindung von Feministinnen in rechtspopulistische Mobilisierungen. Als Teil einer Ent-Dämonisierungsstrategie unterscheide die französische Rechte zwischen legitimen Forderungen (equal pay, Schutz vor Gewalt) und einem überzogenen ‚Gender‘-Feminismus, der Geschlechterbinarität hinterfrage, die Familie kritisiere sowie Bündnisse mit sexuellen Minderheiten und dem Multikulturalismus eingehe. Diese Kritik werde von einigen Ikonen der Frauenbewegung geteilt, die rechte ‚Anti-Gender‘-Proteste unterstützten.

Weitere Beiträge befassen sich mit postsozialistischen Staaten. *Eszter Kováts* zeigt auf, dass der liberale Feminismus in Ungarn vielerorts als Kolonialisierung durch westliche Eliten empfunden wurde. Angesichts der neoliberalen Umstrukturierungen nach 1989 werde die von der rechtspopulistischen Fidesz-Partei vertretene Geschlechterpolitik, die auf finanzielle Transfers für Mütter setze, von vielen Frauen als Entlastung vom Zwang zur Erwerbsarbeit unter unwürdigen Bedingungen empfunden. *Roman Kuhar* und *Mojca Pajnik* heben die Rolle der Re-Evangelisierungsstrategie der Katholischen Kirche bei ‚Anti-Gender‘-Mobilisierungen in Slowenien hervor. Die erfolgreichen Kampagnen für zwei Referenden gegen eine Modernisierung des Familienrechts 2012 und 2015 seien von der Kirche gesteuert und durch scheinbar unabhängige Satelliten-Organisationen umgesetzt worden.

Simon Schleusener analysiert die Hinwendung der US-Arbeiter*innenklasse zur politischen Rechten als rückwärtsgewandte Utopie, die auf dem Versprechen von Wirtschaftsprotektionismus, traditionellen Geschlechterverhältnissen und der Bekämpfung illegaler Migration basiere. Trumps affektiver Kommunikationsstil gewähre seinen Anhänger*innen kulturell-symbolische Anerkennung. Die Erosion der Arbeiter*innenklasse werde dabei nicht auf neoliberale Wirtschaftspolitik, sondern auf liberale (feministische) Attacken auf die Familie und den ‚American Way of life‘ interpretiert. *Simon Strick* analysiert die ‚Alternative Rechte‘ (Alt Right) als loses Netzwerk neurechter Gruppen. Diese charakterisierten die ‚Elite‘ bzw. das ‚herrschende System‘ als extrem unterdrückend, was ihnen die Selbststilisierung zum marginalisierten Opfer ermögliche. Strick analysiert die affektiven Strategien von Alt-Right-Bloggern, die an Alltagserfahrungen ihrer überwiegend jungen männlichen Follower anknüpfen. Diesen werde z.B. das Gefühl vermittelt, als ‚normaler‘ (weißer) Mann von einer Verschwörung von Feminist*innen und Liberalen bedroht zu sein, oder es werden Tipps zur Anbahnung heterosexueller Kontakte gegeben, die mit dem Szenario einer drohenden ‚Umvolkung‘ verknüpft werden.

Die Beiträge von *Agnieszka Graff* und *Julia Roth* widmen sich feministischen Gegenstrategien. *Graff* analysiert die ‚Schwarzen Proteste‘ in Polen, denen 2016 und 2018 erfolgreiche Mobilisierungen gegen zwei von ultra-katholischen und kirchlichen Kreisen unterstützte Referenden zur Verschärfung des Abtreibungsrechts gelang. *Graff* charakterisiert die Proteste als feministischen Populismus, der die Figur der wütenden einfachen Frau gegen die als konservativ, katholisch-klerikal und patriarchal geframeten Elite ins Spiel brachte. *Roth* betrachtet Mobilisierungen wie die Women’s Marches gegen die Wahl von Trump in den USA oder #NiUnaMenos in Lateinamerika als neue Welle eines intersektionalen Feminismus. Dieser habe das Potenzial, die zersplitterte linke Opposition zu vereinen und mit einer Politik der Präsenz öffentliche Räume zurückzuerobern.

Ziel des Bandes ist es, vor dem Hintergrund neoliberaler Restrukturierungen die Mobilisierungskraft von ‚Gender‘ und Sexualität für rechte Politiken zu erklären. Dabei zeigt sich, dass rechte Geschlechterpolitiken auf die Naturalisierung und Kulturalisierung sozialer Ungleichheiten zielen, die sodann überwiegend auf der Ebene

von Identitäten und der zielgruppenspezifischen Mobilisierung von Affekten bearbeitet werden. Die kulturwissenschaftlichen Beiträge lassen spannende Querbezüge zwischen Rechtspopulismus und populärer Kultur erahnen, die konzeptionell noch weiter ausbuchstabiert werden sollten.

Gabriele Dietze, Julia Roth (Hg.), 2020: Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond. Bielefeld: transcript. 283 S., ISBN 978-3-8376-4980-2.

Katharina Hajek

Familie und Biopolitik. Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung in der „nachhaltigen Familienpolitik“

ALICIA BERNHARDT

Was uns als gegeben erscheint, unterliegt einem stetigen historischen Wandel: Die Familie, die im 21. Jahrhundert in der BRD hegemonial als heterosexuelle Kleinfamilie verstanden wird und sich besonders durch ihre scheinbar biologische Zugehörigkeit und ihren generativen Charakter auszeichnet, war im 18. Jahrhundert eine Haushaltsgemeinschaft, die aus Dienstbot:innen, Mitarbeiter:innen und Familienoberhaupt bestand. Die wandelnde Bedeutung von Familie, die damit einhergehende Veränderung der Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlichten Subjektivitäten, ihre Zweckmäßigkeit als Teil von Biopolitik sowie ihr grundlegender Bezug zur gesellschaftlichen Organisation sozialer Reproduktion sind die Grundpfeiler des vorliegenden Buches.

Das Buch ist in zwei Teile und insgesamt neun Kapitel gegliedert. Im ersten Teil nähert sich *Katharina Hajek* dem Forschungsgegenstand Familie aus theoretischer Perspektive; im zweiten empirischen Teil analysiert sie mittels interpretativer Policy- und Diskursanalyse zentrale Gesetze, Verordnungen und Programmen zur ‚nachhaltigen Familienpolitik‘ der BRD der Jahre 2002 bis 2008. Zur Bedeutung ihres Themas hebt Hajek in der Einleitung hervor, dass das Bündel an weitreichenden Reformen der ‚nachhaltigen Familienpolitik‘, wie z.B. die Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes und der Ausbau der Kindertagesbetreuung, einen Bruch in der bundesdeutschen Familienpolitik markiert. Für die Analyse der Frage, wie im Rahmen dieser Politik Bevölkerung reguliert und welches Verständnis von Familie dabei artikuliert wird, bezieht sich Hajek in den ersten vier Kapiteln auf die umfangreiche feministische und geschlechterkritische Foucault-Rezeption sowie auf den Begriff der sozialen Reproduktion. Diese Literaturstränge sind bisher zu selten zusammengeführt und auf familienpolitische Maßnahmen bezogen worden.

Im Ergebnis ihrer kritischen Analyse des Foucault'schen Konzepts der Biopolitik zeigt Hajek, dass bei Foucault die Fragen der Geschlechterverhältnisse, vergeschlechtlichter und vor allem *weiblicher* Subjektivität sowie der Trennung von öffentlich und privat weitgehend ausgeblendet bleiben. In der jüngeren Entwicklung der sozialen Reproduktion hebt Hajek Prozesse der Diversifizierung und Kommodifizierung als wichtige neuere Tendenzen hervor, zu denen z.B. die Auslagerung reproduktiver Tätigkeiten aus privaten Haushalten zu öffentlichen Dienstleistungen gehören.

Basierend auf verschiedenen Gutachten und Stellungnahmen, unter anderem vom Institut der deutschen Wissenschaft, dem gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) und dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, stellt Hajek im empirischen Teil fest, dass der Bruch in der bundesdeutschen Familienpolitik ab 2002 sowohl inhaltlich als auch auf der Akteur:innenebene stattfand. Das äußerte sich unter anderem in einem sprunghaften Bedeutungsgewinn von „privat- beziehungsweise mischfinanzierte(r) Akteur_innen“ (180) gegenüber öffentlichen Institutionen wie z.B. dem Familienministerium. Als zentrale Motive der Umorientierung identifiziert Hajek, dass aus Sicht der Regierungsparteien aus der ersten PISA-Studie ungenügende familiäre Humanvermögen und Bildungsdefizite abzulesen seien. Darüber hinaus legt die nachhaltige und bevölkerungsorientierte Familienpolitik den Fokus auf die niedrige Geburtenrate und bewertet diese aus ökonomischer Perspektive kritisch. Sehr deutlich zeigt Hajeks Analyse, wie die Humankapitalproduktion eine volkswirtschaftliche Bedeutung erlangte. Die ausgewerteten Gutachten identifizieren die Familie vorrangig als ökonomisch wichtige Bildungsinstitution und Mütter als deren zentrale Akteur:innen.

Hajek arbeitet in ihrer umfangreichen Analyse vier wichtige Dimensionen der Neuorganisation sozialer Reproduktion heraus: Erstens ist das heteronormative Kleinfamilienmodell als normativer Bezugspunkt schwächer geworden und das Familienmodell ausdifferenzierter. Zweitens hat die weiblich-familiäre Subjektivität eine weitreichende programmatische Veränderung erfahren und das Leitbild der Hausfrau ist durch das der erwerbstätigen Frau und Mutter ersetzt worden. Drittens ist die Familie zur Bildungsinstitution geworden und die staatliche Intervention weitete sich in den privaten Raum aus. Viertens werden Familien entlang rassistischer und klassistischer Differenzierungen hierarchisiert und soziale Verhältnisse werden individualisiert. In politischen Diskursen wird nicht der sozioökonomische Status einer Familie problematisiert, sondern das fehlende Humanvermögen und der persönliche Antrieb einer Familie, die einen Einfluss auf den Bildungserfolg des Kindes hätten. Hajek hat mit ihrem Buch einen wertvollen Beitrag zur Betrachtung von Familienpolitik aus geschlechterkritischer Perspektive geleistet. Besonders bemerkenswert ist, dass die produktive Zusammenführung und kritische Rezeption des theoretischen Zugangs zur Biopolitik und der sozialen Reproduktion nicht in der theoretischen Diskussion verbleibt, sondern auf ein konkretes Politikfeld übertragen wird und in

eine ausführliche empirische Untersuchung mündet. Mit Hilfe von theoretischen Instrumentarien werden so praktische und soziale Fragen gründlich analysiert. Dass Hajek daraus wiederum Rückschlüsse für eine theoriegeleitete Analyse von Biopolitik in Bezug auf Familie, Bevölkerung und Gesellschaft zieht, zeigt, wie gewinnbringend die Interaktion von Theorie und Empirie sein kann.

Katharina Hajek, 2020: Familie und Biopolitik. Regulierung und Reproduktion von Bevölkerung in der „nachhaltigen Familienpolitik“. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag. 332 S., ISBN: 978-3-593-51109-2.

Anna Hartmann

Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus

FRIEDERIKE BEIER

Das Thema Sorgearbeit nimmt spätestens seit dem Beginn der weltweiten Finanzkrise von 2008 wieder eine prominente Rolle in der feministischen Wissenschaft ein. Die entsprechenden Publikationen gehen meist entweder auf die ökonomischen Bedingungen von Sorgearbeit ein oder untersuchen aus einer soziologischen Perspektive die Arbeitsbedingungen und Diskriminierung von Care-Arbeiterinnen. *Anna Hartmanns* Monografie entzieht sich dieser Aufteilung und führt ökonomiekritische und subjekttheoretische Ansätze zusammen, um die spezifische Verfasstheit von Sorge im 21. Jahrhundert zu theoretisieren. Dabei verbindet sie die marxistische Regulationstheorie mit einem psychoanalytisch lacanianischen Zugang, um zu zeigen, wie Sorge im Spätkapitalismus ‚entsorgt‘ wird.

Zu Beginn geht Hartmann auf die Care-Debatte im deutschsprachigen Kontext ein. Während die Rolle von Sorgearbeit im Kapitalismus in der feministischen Ökonomiekritik zwar spezifiziert wird, bleibt dabei unzureichend erklärt, warum es ungerechnet Frauen sind, die einen Großteil dieser Reproduktionsarbeit übernehmen, auch wenn die weibliche Erwerbsbeteiligung massiv angestiegen ist. Eine weitere Leerstelle sieht Hartmann in der mangelnden Bestimmung des für die Sorge charakteristischen Subjekt-Subjekt-Verhältnisses. Folglich bleibt sowohl die in diese eingeschriebene Hierarchie als auch die Subjektposition der Mutter unsichtbar.

Diese Leerstellen soll die feministische lacanianische Psychoanalyse füllen. So bezieht sich die Autorin auf Luce Irigaray und Tove Soiland, welche die Verknüpfung der (männlichen) Subjektposition mit der Abtrennung von der Mutter und deren Objektivierung betonen. Damit theoretisiert Hartmann die gesellschaftliche Abwertung der Sorge sowie deren Verknüpfung mit der weiblichen Subjektposition in der

ödipalen Ordnung. Darauf aufbauend konzipiert sie „Sorge als Gabe“ (129), um das weibliche Begehren in der Sorgebeziehung sowie die Unverfügbarkeit der Mutter zu betonen. Mit Unverfügbarkeit ist gemeint, dass Sorge keine unendliche Ressource ist, sondern in der konkreten Mutter-Kind-Beziehung von der Mutter gegeben, aber auch verwehrt werden kann. Hartmann gelingt es dadurch, den möglichen Subjektstatus der Mutter nachvollziehbar zu theoretisieren. Der psychoanalytische Teil ist jedoch zuweilen etwas schwer zugänglich. Beispielsweise bleibt unklar, was mit der „Dialektik des Stillens“ (134) gemeint ist. Eine Schwäche des Buches sehe ich zudem in der prominenten Rolle der Mutter, welche in der Psychoanalyse durchaus üblich ist, womit andere primäre Bezugspersonen sowie die Pflege von alten und kranken Menschen in den Hintergrund treten. Obwohl der Fokus auf das erste Sorgeverhältnis auf einer symbolischen Ebene sinnvoll erscheint, stellt sich doch die Frage, inwiefern auch andere Sorgeverhältnisse dadurch erklärt werden können.

Im Zentrum der Monografie steht die Analyse der Sorge im Postfordismus. Hartmann arbeitet heraus, wie die Ökonomisierung von Sorge im Postfordismus sowie die postödipale Ordnung die intersubjektive Dimension der Sorge verdrängen und den Zustand der Angewiesenheit verleugnen. Sorge wird somit gleich doppelt entsorgt, da sich „im Zuge der Überführung von vormals privater, familialer Sorge in professionelle Sorge-Dienstleistungen die Phantasie fort(schreibt), dass Sorge voraussetzungslos und somit quasi als ‚Naturressource‘ existiert“ (178). Des Weiteren „führt die Ökonomisierung und Warenförmigkeit der Sorge dazu, dass das Spezifische der Sorge, ihr Beziehungsmoment an Bedeutung verliert“ (178f.).

Abschließend verdeutlicht Hartmann das ungelöste Problem der Sorge anhand von Elena Ferrantes Romanen der „Neapolitanischen Saga“. So werden die ökonomischen und subjekttheoretischen Hintergründe der Sorgearbeit an der Lebensgeschichte der Romanfigur Elena Grecco beispielhaft sichtbar. Dieser letzte Teil ist insbesondere für Menschen, die sich mit ökonomischen und psychoanalytischen Diskursen nicht so gut auskennen, sehr zu empfehlen.

Die Stärke des Buches liegt in der pointierten Zusammenfassung der feministischen Ökonomiekritik sowie der feministischen Psychoanalyse und deren theoriegeleiteter Verknüpfung. Dadurch gelingt es Hartmann, die Rolle von Sorgearbeit für die kapitalistische Verwertungsökonomie darzulegen und gleichzeitig subjekttheoretische Aspekte zu betonen. Leider bleibt die anfangs aufgeworfene Frage unbeantwortet, warum es im Postfordismus nach wie vor Frauen sind, die einen Großteil der Sorgearbeit übernehmen. Für den Fordismus wird diese Frage ansatzweise beantwortet, indem Sorge als Gabe konzipiert wird, die den Wunsch nach intersubjektiven Beziehungen füllen soll. Da jedoch dieser Aspekt im Spätkapitalismus ‚entsorgt‘ wird, stellt sich die Frage nach der Vergeschlechtlichung der Sorgeverhältnisse wieder neu. Darauf hat auch Hartmann keine Antwort. Ihr Buch leistet dennoch einen herausragenden Beitrag im Zusammendenken von ökonomiekritischen und psychoanalytischen Perspektiven auf Sorge. Dadurch wird deutlich, dass die strukturelle Abwertung von Sorge in unserer Gesellschaft nicht nur ökonomische, sondern auch

subjekttheoretische Gründe und Auswirkungen hat, die bisher in der Care-Debatte zu kurz kommen.

Anna Hartmann, 2020: *Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. 225 S., ISBN 978-3-89691-260-2.

Elena Ferrante, 2016: *Neapolitanische Saga*. Frankfurt a/M.

Soumita Basu, Paul Kirby und Laura J. Shepherd (Hg.)

New Directions in Women, Peace and Security

MARIEKE FRÖHLICH

Der Sammelband erschien zum 20-jährigen Jubiläum der UN Resolution 1325 (2000), die eine neue Ära der globalen Sicherheitspolitik einläutete. Bestehend aus inzwischen zehn Resolutionen des UN-Sicherheitsrats ist die Women, Peace and Security Agenda (WPS) nicht nur ein wichtiges Politikfeld für Zivilgesellschaft, politische Entscheidungsträger*innen und die Vereinten Nationen, sondern hat sich auch zu einem eigenständigen florierenden Forschungsbereich entwickelt. In einem viel diskutierten Themenbereich, der oft mit Silodenken kämpft, bringt der Sammelband diverse Stimmen aus all diesen Sektoren zusammen und beleuchtet kritisch, pragmatisch und produktiv bislang wenig oder kaum beachtete Perspektiven und Themenverknüpfungen der Agenda. Den Herausgeber*innen gelingt es, die Komplexität und Vielschichtigkeit der WPS-Agenda differenziert darzustellen und sie als durchaus zukunftsfähig und -weisend zu diskutieren. Das Spannungsfeld zwischen klarer feministischer Friedensvision als Inspiration und Motor für WPS, die vermeintliche Kooptation der Agenda und (nötiger) Pragmatismus im Kontext eines patriarchalen und postkolonialen, rassistischen Staatensystems, das auf Ungleichheit aufbaut, abzustecken, ist zentrales Anliegen des Bandes. Insbesondere die stilistische Vielfalt der Beiträge – akademische Abhandlungen, empirische Studien sowie Interviews mit Expert*innen und Aktivist*innen – sorgen für sprachliche Zugänglichkeit, tiefe und diverse Einblicke.

Der Sammelband ist in Vorwort, Einleitung und zwei Hauptteile gegliedert, die chronologisch als auch thematisch fortschreitend verstanden werden können: „Encounters“ (1-132) beinhaltet sieben Kapitel, die sich mit verschiedenen Reflexionen zur Implementierung der WPS-Agenda befassen. Der zweite Teil „Horizons“ (133-246) bringt in sechs Kapiteln neue und bislang zu wenig beleuchtete Themen und Diskussionen in den WPS-Kanon ein und öffnet so Perspektiven für die Zukunft. Sind die Beiträge im ersten Teil geographisch und lokal verortet, so bearbeitet der zweite Teil breite transnationale Themenblöcke.

Im Vorwort führt *Anne Marie Goetz* in die Probleme der Agenda, aber auch in die Konflikte und Frustrationen unter den WPS-Implementierenden und -Erforschenden ein: „What pains femocrats is how rarely academic analysts can see how carefully femocrats deploy instrumental arguments, how strategically they pick their fights and select opportunities to make advances“ (XXV). Der Sammelband versucht, genau hier eine Brücke zu schlagen und Beiträge von Akademiker*innen, Aktivist*innen und Femocrats ins Gespräch zu bringen.

Dies gelingt besonders im ersten Teil des Bandes. „Encounters“ besteht aus Interviews bzw. Konversationen von Praktiker*innen und aus stilistisch gesehen klassischen akademischen Beiträgen, die etablierte globale Diskurse zu WPS hinterfragen. Die Spannungen zwischen internationalen Agenden und lokalen Realitäten sowie die Gefahr des Privilegierens globaler Perspektiven mit ihren Institutionen und dem Vernachlässigen der lokalen Spezifität wird in Bezug auf Zivilgesellschaft im Südsudan, auf das Economic Peace Paradigm, Normdiffusion und das Dogma des wirtschaftlichen Empowerments von Frauen in Konfliktkontexten beschrieben. *Rita Manchanda* fragt in ihrem Beitrag nach dem möglichen Schaden durch normative WPS-Politiken, wenn diese nicht die „everyday reality of resistance“ (63) von Frauen und deren intersektionale Kämpfe für Gerechtigkeit miteinbeziehen. Sie plädiert für ein Zentrieren der Lebenswelten von Frauen in (Post-)Konfliktkontexten und eine (Re-)Politisierung von Resilienz und Widerstand durch Kontextualisierung dieser. Damit verkompliziert sie die Verknüpfung von Agency und Victimhood im Geflecht von Gesellschaft und Konflikt: „The crisis of solutions and women’s everyday resistance and resilience in the conflict continuum needs to be recognized within a dialectic of victimhood and agency (Gopinath & Manchanda, 2019)“ (76).

Im zweiten Teil des Sammelbandes werden in sechs Kapiteln bis dato vernachlässigte Themen ins Zentrum einer Zukunftsvision für die WPS-Agenda gesetzt. Es werden einerseits Querschnittsthemen, insbesondere die Intersektion von rassistischen Hierarchien und Postkolonialität mit Geschlechterungerechtigkeiten und Konflikt sowie innerhalb feministischer Diskurse hervorgehoben, andererseits werden neue Themenblöcke, wie Menschenhandel, die Privatisierung von Krieg und der Klimawandel mit der WPS-Agenda zusammengebracht. *Toni Haastrup* und *Jamie J. Hagen* beschreiben mit einem Fokus auf Nationale Aktionspläne (NAPs), wie die internationale normative WPS-Agenda rassistische Hierarchien reproduziert: „We contend that the WPS agenda, despite its potential for emancipation, and given its framing as a universal/global normative framework, is steeped in racialized hierarchies manifested in whiteness“ (133). Mit ihrer Studie zur machtpolitischen Bedeutung der ausschließlich extern fokussierten NAPs westlicher Staaten im Rahmen einer von Kolonialität geprägten Weltordnung leisten sie einen wichtigen Beitrag für die noch viel zu wenigen post- und dekolonialen Kritiken der WPS-Agenda. *Anna Stavrianakis* geht einen Schritt weiter und arbeitet nicht nur die Kolonialität internationaler Beziehungen und damit verbundene Waffentransfers heraus, sondern fragt zudem, wessen Stimmen und Erfahrungen in feministischen Diskursen und Erfolgen

der Abrüstung kein Gehör finden. Sie zeigt damit die komplizierte Verbindung von (feministischem) Antimilitarismus mit postkolonialen Machtstrukturen und inhärenten Rassismen. Dies beinhaltet insbesondere eine Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Gründe und Ziele von (militärischer) Gewaltausübung: „(S)ome forms of violence are legitimate attempts at self-defence and resistance, and so any effort at violence reduction must *not disarm the weak without first disarming the powerful*“ (163, Herv. MF). Stavrianakis richtet einen tiefgründigen und überzeugenden Appell an alle, die in feministischer Friedenspolitik engagiert sind, Antirassismus und (neo-)kolonialkritische Politiken in der feministischen Abrüstungsbewegung zu zentrieren.

Basu, Kirby und Shepherd liefern ein gelungenes Werk, das auch im 20. Jahr der WPS-Agenda neue, komplexe Inhalte bietet. Besonders hervorzuheben ist der produktive Fokus auf eine Verknüpfung antirassistischer und dekolonialer Ansätze mit der WPS-Agenda und der stets kritische Blick auf die Instrumentalisierung, Militarisierung und Versicherheitlichung der Agenda im Kontext globaler Machtstrukturen. Dies sind an sich nicht gänzlich neue Themen, werden durch die Autor*innen jedoch neu verknüpft, beleuchtet und kontextualisiert, was wichtige Akzente für zukunftsweisende „New Directions in Women, Peace and Security“ setzt. Zu bemängeln ist, dass zwei wichtige Streitthemen der Agenda kaum Beachtung finden: die Rolle von Männern und Männlichkeitsbilder und der Ausschluss von LGBTIQ* bzw. die Heteronormativität der WPS-Agenda. Die Vielschichtigkeit, Umstrittenheit aber auch Bedeutung dieser Themen in akademischen Diskussionen und Praxisfeldern hätte eine Beachtung im Buch dringend verlangt und sicherlich zur Weiterentwicklung der Agenda beigetragen.

Soumita Basu, Paul Kirby, Laura J. Shepherd (Hg.), 2020: *New Directions in Women, Peace and Security*. Bristol: Bristol University Press. 254 S., ISBN: 978-1-5292-0775-0.

Femina Politica Heft 1/2022: Vor der Tür. Intersektionale Dimensionen von Armut und Ausbeutung

Seit geraumer Zeit warnen NGOs auf staatlicher sowie transnationaler Ebene vor erhöhten Armutsrisiken für immer größere Bevölkerungsgruppen. Die Neoliberalisierung westlich-moderner Sozial- und Wohlfahrtsstaaten ebenso wie die Austeritätspolitiken im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Armutsrisiken deutlich erhöht und bleiben auch in Zeiten der Autoritarisierung akut. Die weltweite Corona-Pandemie verschärft diese Tendenzen und bringt zugleich neue politische und sozio-ökonomische Krisen hervor: So ist zu erwarten, dass sich der Kreis der von Armut Betroffenen ausweiten wird und Formen „extremer Armut“ selbst in jenen Staaten zunehmen werden, die über ein Sozialstaatssystem oder zumindest sozialpolitische Mindestsicherungen verfügen. Ebenso drohen in vielen Ländern des globalen Südens aktuell neue Hunger- und Überlebenskrisen durch Einkommensausfälle und unzureichende Unterstützungsprogramme. Explizit gefährdet sind durch sich ausweitende Verarmungsprozesse vor allem jene, die ohnedies besonders verletzlich und marginalisiert sind, gerade auch Frauen*.

Armut ist demnach ein multidimensionales und transnationales Phänomen: Ausbeutungsverhältnisse im Kontext globalisierter Wertschöpfungsketten, die gesellschaftliche Strukturen in Ländern des globalen Südens zerstören, haben ebenso globale Auswirkungen wie die Externalisierung von Arbeit, die bspw. in der Textilindustrie oder durch die Digitalisierung von Arbeit forciert wird und damit sozialrechtliche Absicherungen umgeht und prekäre Lebensbedingungen hervorbringt. Zugleich muss Armut im Kontext historischer Gewordenheiten, z.B. der Durchsetzung kapitalistischer Wirtschafts- und Lebensformen nach der Auflösung des Sowjetblocks und hinsichtlich kolonialer Kontinuitäten betrachtet werden, die sich auf unterschiedlichen Ebenen in aktuelle (trans-)nationale Politiken übersetzen und auf Geschlechterverhältnisse Einfluss haben.

Die Forschungen der letzten Jahrzehnte legen für westliche Wohlfahrtsstaatsregime offen, dass Armut politisch und medial vielfach als individuelles Problem markiert wird. Diese Diskurse tragen dazu bei, den Abbau sozialstaatlicher Leistungen bei gleichzeitigem Ausbau staatlicher Sanktionierungsmöglichkeiten ebenso zu legitimieren wie die strafrechtliche Einhegung armer Bevölkerungsgruppen oder die besondere Beobachtung bestimmter Wohnquartiere. Als vermeintlich individuelles Problem wird strukturelle Armut zudem häufig in einer ‚anderen Zeit‘ oder einem ‚anderen geografischen Raum‘ verortet und mit dem Narrativ der demokratischen Rückständigkeit oder mangelnder Souveränität verknüpft. Dadurch werden trans-

nationale hierarchische Verflochtenheiten, die zur Produktion von Armut beitragen, ebenso ausgeblendet, wie der Umstand, dass Armut durch miteinander verschränkte soziale Ungleichheitskonstellationen hervorgebracht wird und mithin, dass sich Armut an der Achse Ein-Drittel/Zwei-Drittel-Welt anordnet. Eine intersektionale und transnationale Perspektive ist demnach zentral, um Armut zu erfassen – und zugleich ein Forschungsdesiderat in derzeitigen Debatten.

Die Geschichte der Armut ist und war auch immer eine des Widerstands: Sei es weltweit durch Streiks, lokale und transnationale Protestbewegungen wie Armuts-, Ernährungssouveränitäts- oder Wohnungsloseninitiativen und national oder transnational organisierte Lobbygruppen. Nicht zuletzt werden in letzter Zeit in Forschung und Lehre Themen wie Exklusion, Armut und Klassismus – nicht unhinterfragt – expliziter in den Blick genommen.

Dieses Schwerpunktheft will aus intersektionaler und dabei insbesondere geschlechtersensibler Perspektive Armut, deren gegenwärtige und historische Ursachen sowie die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung in den Mittelpunkt rücken. Im Sinne der unterschiedlichen Ansätze innerhalb der Forschung sowie der Herausforderungen, Armut zu erfassen, verstehen wir Armut als multi-dimensionales Phänomen und fokussieren drei miteinander verschränkte Aspekte: erstens als Ausdruck sozio-ökonomischer Ungleichheit, zweitens als alltäglicher Lebensprozess und Erfahrung sowie drittens als affektives Verhältnis.

Von besonderem Interesse sind theoriegeleitete empirische sowie theoretische Beiträge zu folgenden Themen:

- ▶ Welche Aspekte von Armut müssen berücksichtigt werden, um Armut als komplexes Phänomen besser zu erfassen? Wie kann Armut als Ergebnis von Mehrfachdiskriminierung aus feministisch intersektionaler Perspektive theoretisiert werden? Wie gelingt es, sozio-ökonomische Aspekte, alltägliche Erfahrungen und Gefühle sowie globale bzw. transnationale Dimensionen von Armut und Verarmung zusammenzudenken? Und was sind die method(olog)ischen Konsequenzen?
- ▶ Welche alten und neuen Armutsdiskurse – Stichwort Kriminalisierung, Stigmatisierung, shaming, Abstiegsdebatten, deserving/undeserving poor – sind gegenwärtig zu beobachten? Wie positionieren sich die politischen Akteur*innen in diesen Debatten, welche Rolle spielen sie beim politischen Umgang mit Armut und welche politischen Konstellationen bringen welche Armutspolitiken hervor?
- ▶ Welche Formen der Vereinnahmung von Armut sind derzeit beobachtbar – etwa im Sinne einer „neuen Mitleidsökonomie“, aber auch rechter „Nationalsozial“-Politiken – und welche Rolle spielen hier intersektionale Geschlechterperspektiven? Wie tragen aktuelle staatliche und/oder transnationale Maßnahmen, wie etwa Stadtraum-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken oder Entwicklungspolitiken zur Ausweitung oder Bekämpfung von Armut bei?

- Welche Formen der (Selbst-)Organisierung und des Widerstands verweisen nicht nur auf wichtige (Überlebens-)Kämpfe, sondern auch auf Möglichkeiten politischer Handlungsmächtigkeit, Aneignung und Partizipation? Und welche (informellen) Unterstützungsnetzwerke und politischen Praxen tragen hierzu bei?

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Brigitte Bargetz und Jana Günther betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum **31. Mai 2021** an b.bargetz@politik.uni-kiel.de und jana.guenther@h-da.de oder redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen* in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen* bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Juni 2021** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. September 2021**. Die Angaben zu den Autor*innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer-Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied aus dem Herausgeberinnenteam. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. November 2021**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen. Der Abgabetermin für die Endfassung des Beitrags ist der **15. Januar 2022**.

AUTOR_INNEN DIESES HEFTES

Barry, Céline, Dr., Soziologin; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen*- und Geschlechterforschung der Technischen Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Rassismus, Feminismus und Intersektionalität in postkolonialen Kontexten. celine.barry@tu-berlin.de

Beier, Friederike, Politikwissenschaftlerin; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Research Affiliate an der Berlin Graduate School for Global and Transregional Studies (BGTS). Arbeitsschwerpunkte: Soziale Reproduktion, feministische Staatstheorie, Gender in Global Governance. friederike.beier@fu-berlin.de

Bernhardt, Alicia, M.A. Politikwissenschaft; Pressereferentin der Frauen- und Gesundheitssenatorin in Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Gesellschaftstheorie, Politische Ökonomie und Geschlecht, Soziale Reproduktion und Biopolitik.

Bittner, Melanie, Soziologin; Koordinatorin der „Toolbox Gender und Diversity in der Lehre“ an der Freien Universität Berlin, freiberufliche Trainerin für Gender, Diversity und Antidiskriminierungskultur. Arbeitsschwerpunkte: Diversität und Bildung, Gleichstellungspolitik, Food Studies. melanie.bittner@fu-berlin.de

Bosisio, Elisa, is a PhD student in Philosophy and teaches in the Master in Studi e Politiche di Genere at the University of Roma Tre. Areas of expertise: bio-info-techno mediated ecological entanglements, feminist and queer studies, combining the incentives of new materialism and neomaxism, posthuman epistemologies and multispecies ethics of care. elisa.bosisio@uniroma3.it

Conrads, Judith, Prof. Dr., Professorin an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster, Lehrgebiet Soziologie; Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht, Macht- und Ungleichheitsverhältnisse, Soziologie für die Soziale Arbeit. j.conrads@katho-nrw.de

Cress, Anne, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen, Arbeitsbereich vergleichende Politikwissenschaft und europäische Integration. Arbeitsschwerpunkte: Repräsentations- und Partizipationsforschung, Prostitutionspolitik sowie Grounded Theory und Situationsanalyse. anne.cress@uni-tuebingen.de

Deegen, Barbara, Dr. jur.; freie Autorin. Arbeitsschwerpunkte: Frauengeschichte, NS-„Euthanasie“ und Frauenrechte. Barbaradeegen@freenet.de

Dryndova, Olga, Master in European Studies & Intercultural Communication und ein Diplom in Internationale Beziehungen. Sie ist Herausgeberin der „Belarus-Analysen“ an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen und ist in der Politikberatung aktiv; Arbeitsschwerpunkt: Politik und Gesellschaft in Belarus, Demokratieentwicklung und Zivilgesellschaft in post-sowjetischen Staaten, deutsch-belarussische Beziehungen.

Fetz Simon, MA, Doktorand an der Universität Jena, Referent für politische Bildungsarbeit. Arbeitsschwerpunkte: Feministische Theorien und Kritische Männlichkeitsforschung, Rechtsextremismus und Geschlecht, Rassismuskritik, materialistische Gesellschaftstheorien. Simon.fetz@uni-jena.de

Fröhlich, Marieke, M.A. Gender Studies und Internationale Beziehungen; Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Rhein-Waal, Kleve. Arbeitsschwerpunkte: feministische Friedens- und Konfliktforschung, Postkoloniale Theorie, Gender, Peace and Security. Marieke.froehlich@hochschule-rhein-waal.de

Fuchs, Gesine, habilitierte Politikwissenschaftlerin und Professorin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit sowie Lehrbeauftragte an der Universität Münster. Mitherausgeberin der Femina

Politica. Arbeitsschwerpunkte: sozial- und gleichstellungspolitische Analysen, politische Repräsentation sowie Recht und Gesellschaftsforschung. www.gesine-fuchs.net.

Graf, Patricia, Dr.in, Politikwissenschaftlerin, Professorin für Forschungsmethodik an der Business School Berlin. Mitherausgeberin der Femina Politica. Arbeitsschwerpunkte: Innovationspolitik, subnationaler Vergleich, Wissen und Geschlecht, Politik und Entwicklung in Lateinamerika. patricia.graf@businessschool-berlin.de.

Guerrina, Roberta, PhD, is Professor in Politics and Director of the Gender Research Centre at the University of Bristol and currently joint editor of the Journal Common Market Studies Annual Review. Areas of expertise: politics of gender with a particular interest in EU politics and social policy, citizenship and gender equality, human rights, work-life balance, identity politics and the UNSCR 1325.

Gwiazda, Anna, Dr; Reader in Comparative Politics, Department of Political Economy, King's College London. Arbeitsschwerpunkte: politische Repräsentation von Frauen, Gleichstellung, Demokratisierung und Demokratiequalität, europäische Politik und Politik in Polen. Ihr aktuelles Forschungsprojekt befasst sich mit „The substantive representation of women in Poland“. anna.gwiazda@kcl.ac.uk

Haller, Lisa Yashodhara, Dr. Politikwissenschaft, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Sozialforschung IfS an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Arbeitsschwerpunkte: Sozialpolitik, Qualitative Mehrebenenanalysen, Paar- und Geschlechterforschung.

Henninger, Annette, Dr. phil; Professorin für Politik und Geschlechterverhältnisse mit Schwerpunkt Arbeits- und Sozialpolitik an der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterpolitische Interventionen durch soziale Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften, Geschlechtereffekte von Sozial-, Familien- und Arbeits(markt)politik sowie aktuelle antifeministische Mobilisierungen und deren Auswirkungen auf die Demokratie.

Imboden, Natalie, lic. phil. hist., Geschichte und Politikwissenschaften, langjährige Tätigkeit für verschiedene Gewerkschaften, Generalsekretärin des Mieterinnen- und Mieterverbands Schweiz und Politikerin der Grünen. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt, Finanz- und Steuerpolitik, Gleichstellung. natalie.imboden@bluewin.ch

Klapeer, Christine M., Dr.in phil., Politikwissenschaftlerin; Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Studienfach Geschlechterforschung der Georg-August-Universität Göttingen. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorien, (transnationale) sexuelle Politiken und LGBTIQ-Bewegungen aus post-/dekolonialer und queer_feministischer Perspektive. christine.klapeer@uni-goettingen.de

Korak, Johannes, MA, unabhängiger Sozialwissenschaftler* und Trainer*. Arbeitsschwerpunkte: Feministische, post- und dekoloniale Theorien, Wissenschaftskritik und -theorien der Sozialwissenschaften, Rassismuskritik und -theorien, Klimagerechtigkeit und Politische Ökologie. joko-rak@gmail.com

Malik, Mariam, BA, wissenschaftliche Mitarbeiterin im CoAct-Projekt am Institut für Bildungswissenschaften der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Intersektionalität, Rassismuskritik, Post- und dekoloniale Theorien, mariam.malik@univie.ac.at

Masselot, Annick, PhD, is Professor of Law at the University of Canterbury, New Zealand and co-editor of the Journal of Common Market Studies. Areas of expertise: gender equality and equal treatment, social and employment law, reconciliation between work and family life, pregnancy and maternity rights in a comparative context, gender impact of crises.

Michel, Christine, lic. phil. hist., Philosophie und Politikwissenschaften, Fachsekretärin für Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit bei der interprofessionellen Schweizer Gewerkschaft Unia. Arbeitsschwerpunkte: Gesundheit am Arbeitsplatz, Gender, Prekarisierung. ch.michel@bluemail.ch

Remé, Monika, Referentin für Internationale Gleichstellungspolitik und Themenverantwortliche für Gewalt gegen Frauen im Deutschen Frauenrat. reme@frauenrat.de

Sander, Alena, Doktorandin am Louvain-Europa-Institut für Politikwissenschaften der Universität Louvain und Mitglied des Forschungsprojekts „Resistance to international prescriptions and injunctions in Africa and the Middle East today“. Arbeitsschwerpunkte: Machtbeziehungen und Widerstände jordanischer Frauenorganisationen.

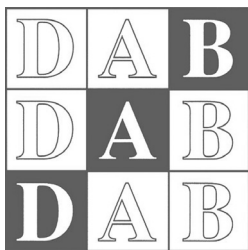
Strick, Jasna, M.A., Autorin und Social Media Redakteurin, Berlin; Arbeitsschwerpunkte: Aktivismus und soziale Medien, Feminismus, digitale Gewalt

von Hodenberg, Anna-Lena, Fernsehjournalistin und Gründungsgeschäftsführerin der gemeinnützigen Organisation HateAid, gegründet von Campact e.V. gemeinsam mit Fearless Democracy im Dezember 2018. Themenschwerpunkte: Verantwortlich für die Kampagne „Hate Speech Stoppen“ mit Blick auf Strafverfolgung und Opferschutz auf Länderebene, für Kampagnen der Bürgerbewegung Campact e.V. gegen Rechtspopulismus und Rassismus, Orchestriertem Hass im Netz und Strategien der Neuen Rechten.

Waldendorf, Anica, M.A., Soziologie; PhD Researcher am European University Institute, Department of Political and Social Sciences, Florenz, Italien. Arbeitsschwerpunkte: soziale Ungleichheit, Gender, Sprache, Migration, soziale Position. E-Mail: anica.waldendorf@eui.eu

Wintersteller, Teresa, Mag.a BA, Kultur- und Sozialanthropologin und Sozialarbeiterin; Projektmitarbeiterin CoAct am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Partizipative Aktionsforschung, qualitative Methodenentwicklung, Erwachsenenschutz. teresa.wintersteller@univie.ac.at

Wöhner, Veronika, Univ.-Prof.in Mag.a Dr.in, Professorin für Bildung und Ungleichheit am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien; Arbeitsschwerpunkte: Bildungssoziologie; Gender Studies; Partizipative Aktionsforschung. veronika.woehrer@univie.ac.at



Deutscher Akademikerinnenbund e.V.

Wir sind interdisziplinär, international vernetzt und setzen uns für dafür ein, Frauen zu fördern und Gleichberechtigung in Familie, Beruf und Gesellschaft durchzusetzen.

Neben einer Vielzahl von Aufgaben und Zielen engagieren wir uns in nationalen und internationalen Dachorganisationen wie im Deutscher Frauenrat, in der Europäische Bewegung Deutschland, in UN WOMEN u.m.

Wir motivieren Schülerinnen und Studentinnen für MINT-Berufe.

Wir fördern Studentinnen und Doktorandinnen und vergeben Druckkostenzuschüsse für Dissertationen sowie Reisekostenzuschüsse für Konferenzen.

Einmal jährlich erscheint die Zeitschrift „Konsens“. Darin informieren wir über unsere Arbeit, unsere Ziele und Erfolge sowie über Tagungen und vieles mehr. Der KONSENS gibt den Studentinnen und Interessentinnen darüber hinaus die Möglichkeit, sich ein Bild davon zu machen, inwieweit eine Mitgliedschaft auf dem Weg in den Beruf und der Karriere hilfreich sein könnte.

Werden Sie Mitglied im DAB und unterstützen Sie uns bei unseren gemeinsamen Zielen. Sie können in zahlreichen Regionalgruppen und Arbeitskreisen des DAB aktiv werden.



Manuela B. Queitsch
Präsidentin

LINK zum Konsens



Bundesgeschäftsstelle

Sigmaringer Str. 1
10713 Berlin

E-Mail: info@dab-ev.org

Tel. 030/3101 6441

www.dab-ev.org

www.facebook.com/Deutscher.Akademikerinnenbund

twitter.com/Akademikerinnen

www.instagram.com/



Markus Baum, Julia Maria Breidung, Martin Spetsmann-Kunkel (Hrsg.)

Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft

Rassismus, Rechtspopulismus und extreme Rechte zum Thema machen

Rassismus, Antisemitismus und Rechtspopulismus sind allgegenwärtig und berühren auch Hochschulen als Bildungsorte in ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Der Band thematisiert aus unterschiedlichen Blickwinkeln aktuelle rassistische, antisemitische und faschistische Erscheinungen in Gesellschaft und Hochschule und diskutiert die hochschulpolitischen Potentiale diesen entgegenzuwirken in der Lehre und in der Transferarbeit.

Schriften der Katho NRW, Band 35

2021 • ca. 250 S. • kart. • ca. 39,90 € (D) • 41,10 € (A)

ISBN 978-3-8474-2498-7 • eISBN 978-3-8474-1642-5



Ursula Birsl, Julian Junk, Martin Kahl, Robert Pelzer (Hrsg.)

Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog

Soziale Medien bilden im zunehmenden Maß einen Ort der Austragung und diskursiven Verarbeitung gesellschaftlicher und politischer Konflikte. Extrem rechte und salafistisch-dschihadistische Akteur*innen nehmen an diesen Auseinandersetzungen teil und nutzen sie als Plattform zur Propaganda. Der Band widmet sich der Frage, wie sich Mobilisierungs- und Radikalisierungsprozesse in sozialen Medien entfalten und unter welchen Bedingungen sie zu Gewalthandlungen in der realen Welt führen können.

2021 • ca. 400 S. • kart. • ca. 60,00 € (D) • 61,70 € (A)

ISBN 978-3-8474-2488-8 • eISBN 978-3-8474-1632-6

Abonnement-Auftrag und Bestellcoupon

☐ Ich möchte die **Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft** für mindestens ein Kalenderjahr abonnieren (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ab Heft ____ / _____ zum Preis von
- ☐ 39,90 EUR (Privatkunden und Institutionen)*
 - ☐ 28 EUR (Studierende)*
 - ☐ 46 EUR (print + online Privatkunden)*
 - ☐ 46 EUR (Online-Only Privat)
 - ☐ 35 EUR (print + online Studierende)*
 - ☐ 35 EUR (Online-Only Studierende)
 - ☐ 45 EUR (Förderabonnement)*
 - ☐ 72 EUR (print + online Institutionen)*
 - ☐ 72 EUR (Online-Only Institutionen)

* Preise zzgl. Versandkosten

Abonnements können mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende schriftlich beim Verlag gekündigt werden.

☐ Ich bestelle folgende Hefte der **Femina Politica**:

___ Ex. Heft 1/2021	Feministisch Wissen schaffen	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2020	Politiken der Generativität und Reproduktive Rechte	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2020	Sicherheit, Militär und Geschlecht	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2019	Umkämpfte Solidaritäten	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2019	Her mit der Zukunft?! Feministische und queere Utopien und die Suche nach alternativen Gesellschaftsformen	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2018	100 Jahre Frauenwahlrecht – und wo bleibt die Gleichheit?	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2018	Angriff auf die Demokratie	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2017	Care im (sozialinvestiven) Wohlfahrtsstaat	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2017	Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2016	20 Jahre Femina Politica	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2016	20 Jahre Vertrag von Amsterdam – Europäische Gleichstellungspolitik revisited	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2015	Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2015	Geschlechterpolitik in Osteuropa	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2014	Perspektiven queerfeministischer politischer Theorie	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2014	Digitalisierung zwischen Utopie und Kontrolle	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2013	Frauenbewegungen in nationalen und transnationalen Räumen	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2013	Gender und politische Partizipation in Asien	24,00 EUR
___ Ex. Heft 2/2012	Für das Politische in der Politischen Ökonomie	24,00 EUR
___ Ex. Heft 1/2012	Recht als feministische Politikstrategie	24,00 EUR

☐ Den Betrag von EUR _____ zzgl. Versandkosten überweise ich nach Erhalt der Rechnung (für nicht EU-Länder nur nach Vorkasse).

Bei Auslandsbestellungen: Versand per ☐ Luftpost ☐ Land-/Seeweg

Name _____ Ort, Datum _____

Straße _____ PLZ und Ort _____

ggf. Telefon _____ Unterschrift _____

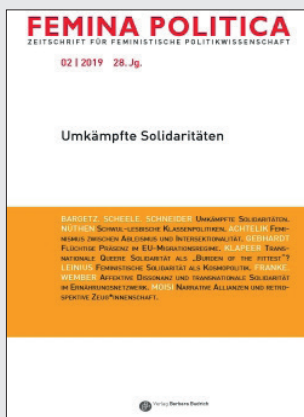
Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen schriftlich beim Verlag widerrufen kann.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Geben Sie Ihre Bestellung Ihrer Buchhandlung oder direkt dem Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen, Fax +49 (0) 2171/344 693, Email: info@budrich.de

Gender Studies

im Verlag Barbara Budrich



Verlag Barbara Budrich
 Stauffenbergstr. 7
 D-51379 Leverkusen
 Tel.: (+49) (0)2171 79491 50
 info@budrich.de
 www.budrich.de
 www.budrich-journals.de
 www.shop.budrich.de



Alle Zeitschriften aus dem Fachbereich Gender Studies finden Sie auf Budrich Journals unter:
www.budrich-journals.de

Sie können sich online auch zu unseren Zeitschriften-Alerts anmelden:
budrich.de/zeitschriften-alerts